

08.12.2016

## Beschlussempfehlung und Bericht

### des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
- Drucksachen 16/12500 und 16/13400 (Ergänzung) -

in der Fassung nach der 2. Lesung  
- Drucksachen 16/13500 bis 16/13507, 16/13509 bis 16/13516 und 16/13520 -

### 3. Lesung

### **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)**

**Berichterstatter**

Abgeordneter Christian Möbius

### **Beschlussempfehlung**

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksachen 16/12500 und 16/13400 (Ergänzung)  
- in der Fassung nach der 2. Lesung wird mit folgenden Änderungen angenommen:

Datum des Originals: 08.12.2016/Ausgegeben: 12.12.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)



1. In § 1 Haushaltsgesetz 2017 wird die Zahl „72.713.467.600“ durch die Zahl „72.706.190.600“ ersetzt.
2. Die Änderungen in den Einzelplänen ergeben sich aus den Anhängen sowie aus den Veränderungsnachweisen.
3. Der Gesamtplan (Haushaltsübersicht, Finanzierungsübersicht und Kreditfinanzierungsplan) erhält die aus der **Anlage** zu diesem Bericht ersichtliche neue Fassung.
4. Das Haushaltsgesetz 2017 bleibt im Übrigen in der Fassung nach der 2. Lesung unverändert.

## Bericht

### **A Allgemeines**

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksachen 16/12500 und 16/13400 (Ergänzung) - wurde vom Landtag in 2. Lesung am 30. November 2016 und 1. Dezember 2016 behandelt und am 1. Dezember 2016 entsprechend den Beschlussempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses, Drucksachen 16/13500 bis 16/13507, 16/13509 bis 16/13516 und 16/13520, verändert angenommen und an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Vorbereitung der 3. Lesung zurücküberwiesen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat den Gesetzentwurf in der Fassung nach der 2. Lesung in seiner Sitzung am 8. Dezember 2016 abschließend beraten.

Im Zusammenhang mit dem Haushalt 2017 wird auch auf den Bericht zur 3. Lesung des Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2017 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2017 - GFG 2017) - Drucksache 16/12501 - verwiesen.

### **B Beratungen des Haushalts- und Finanzausschusses in der Sitzung am 8. Dezember 2016**

#### **1. Schlussberatungen**

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 8. Dezember 2016 monierte die Fraktion der CDU die aus ihrer Sicht verspätete Vorlage der Landesregierung zum Senkungspotential des Ansatzes für die Zinsausgaben. Die CDU-Fraktion habe bereits in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses zur Vorbereitung der 2. Lesung am 24. November 2016 eine entsprechende LHO-Auskunft verlangt. Die Vorlage 16/4570 sei vom Finanzministerium aber erst am Abend vor der Sitzung zugeleitet worden. Entsprechend haben die Fraktionen mit ihren Änderungsanträgen nicht auf Basis der in dieser Vorlage gemachten Größenordnung handeln können. Die CDU-Fraktion beantragte die Absetzung der Haushaltsberatungen von der Tagesordnung und Durchführung der abschließenden Beratung zur 3. Lesung am Montag, dem 12. Dezember 2016.

Nach kontroverser Diskussion wurde der Antrag auf Absetzung von der Tagesordnung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Antrag stellenden Fraktion der CDU, bei Enthaltung der FDP-Fraktion und bei Enthaltung der Fraktion der PIRATEN, abgelehnt. Dementsprechend hat der Haushalts- und Finanzausschuss seine Schlussberatung zur Vorbereitung der 3. Lesung im Plenum am 8. Dezember 2016 durchgeführt und seine Beratungen zum Haushaltsgesetzentwurf 2017 nach der Landeshaushaltsordnung abgeschlossen.

In der Sitzung am 8. Dezember 2016 wurde zur „Entwicklung des Landeshaushalts im Ist zum 30. November 2016“ die Vorlage 16/4568 in die Beratungen einbezogen. Mit der Vorlage 16/4559 berichtet die Landesregierung im Nachgang zur Sitzung vom 24. November 2016 über die kw-Vermerke im Haushaltsplanentwurf 2017.

Zum Einzelplan 13 - Landesrechnungshof - wurde in der Sitzung eine schriftliche Beantwortung (Vorlage) der technischen Fragen des Berichterstatters zum Einzelplan 13 der FDP-Fraktion zugesagt.

In der Aussprache der Fraktionen zur 3. Lesung stellten die Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte ihrer Änderungsanträge, insbesondere die Schulsozialarbeit, den sozialen Arbeitsmarkt, die offene Ganztagsgrundschule, die Straßenbaumittel sowie weiterhin die Integrationsmaßnahmen des Landes heraus. Bezogen auf die vorliegenden Änderungsanträge der Oppositionsfraktionen seien insbesondere die Deckungsvorschläge nicht seriös. Die FDP-Fraktion senke Ansätze auf Kosten der Schwächsten, die CDU-Änderungsanträge seien bezogen auf die vorgeschlagenen Absenkungen aus Sicht der Koalitionsfraktionen unsozial. Die PIRATEN-Fraktion nehme mit ihren Änderungsanträgen keinerlei Rücksicht auf die Schuldenbremse.

Die CDU-Fraktion verwies auf die Generaldebatte zur Schlussberatung der 2. Lesung im HFA und die 2. Lesung im Plenum sowie auf die Diskussion vor Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung des HFA. Auf eine weitere Generalaussprache in dieser Sitzung des HFA könne aus Sicht der CDU mit Blick auf die anstehende 3. Lesung im Plenum verzichtet werden.

Die FDP-Fraktion konstatierte, dass den regierungstragenden Fraktionen der politische Wille zu einer Haushaltskonsolidierung fehle und die Neuverschuldung bei einer vernünftigen Schwerpunktbildung weiter abzusenken sei. Neben der konzeptionellen Erläuterung der Vielzahl von Änderungsanträgen der FDP wurde betont, dass der jetzige Haushalt auch eine Schlussbilanz der Landesregierung vor der anstehenden Landtagswahl sei. Aus Sicht der FDP spare die jetzige Koalition bei der Zukunft.

Die PIRATEN-Fraktion stellte ihre Änderungsanträge, die insgesamt einen Betrag von 4,5 Milliarden Euro ausmachten, vor. Allein 2 Milliarden Euro seien zur notwendigen Verbesserung der frühkindlichen Bildung notwendig. 600 Millionen Euro für die anfällige IT-Struktur in den Krankenhäusern. Im Übrigen sehe die Fraktion erheblichen Nachbesserungsbedarf beim Glasfaserausbau.

Die Koalitionsfraktionen machten ergänzend zu ihren Ausführungen deutlich, dass sie die Kritik der FDP-Fraktion zum Einzelplan 10, Geschäftsbereich des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz, für deutlich überzogen halte.

Der Finanzminister betonte, dass er in der Wiedereinführung von Studiengebühren auch keine Ausgabeverringerung, sondern eine weitere Einnahmebeschaffung sehe.

Im Übrigen wird auf das spätere Wortprotokoll zu den Schlussberatungen des Haushalts verwiesen.

## **2. Änderungsanträge der Fraktionen**

Die Änderungsanträge der Fraktionen sind einschließlich der umfangreichen Begründungen in den Anhängen dargestellt. Die Abstimmungsergebnisse und das Abstimmungsverhalten der Fraktionen zu den jeweiligen Änderungsanträgen ergeben sich ebenfalls aus den Anhängen. Die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen wurden angenommen. Zumindest einen weiteren Änderungsantrag avisierten die Koalitionsfraktionen für die 3. Lesung im Plenum. Eine Ergänzung des Kompendiums in der Sitzung war entbehrlich, da dieser Antrag sich nicht auf das Zahlenwerk bezog. Die Änderungsanträge der Oppositionsfraktionen fanden keine Mehrheiten. In Folge der angenommenen Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen veränderte sich auch das Haushaltsvolumen in § 1 des Haushaltsgesetzentwurfs 2017.

**3. Abstimmungen zu den Einzelplänen nach Abstimmung über die Änderungsanträge:**

Einzelplan	Ergebnis	SPD	CDU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	FDP	PIRATEN
01	einstimmig unverändert angenommen	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
02	verändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
03	verändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
04	unverändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
05	verändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
06	verändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
07	verändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
09	verändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
10	verändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
11	verändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
12	unverändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
13	einstimmig unverändert angenommen	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
14	unverändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
15	verändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
16	einstimmig unverändert angenommen	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
20	verändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein

**4. Bereinigungsbeschluss**

Der Haushalts- und Finanzausschuss fasste mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PIRATEN folgenden **Bereinigungsbeschluss**:

*„Der Finanzminister wird ermächtigt, bei der Aufbereitung der Beschlüsse zum Haushalt offenbare Unstimmigkeiten im Zahlenwerk zu bereinigen und zum Ausgleich des Haushalts ggf. den Ansatz bei Kapitel 20 020 Titel 371 10 - Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich der Schlusssummen des Haushaltsplans - zu verändern.*

*Die vom Finanzministerium nach der Sitzung des HFA als Anlagen zu der Empfehlung beizufügenden Veränderungsnachweise sind insoweit verbindlich für die 3. Lesung, als sie die Beschlusslage der HFA-Sitzung unter Berücksichtigung dieses Bereinigungsbeschlusses wiedergeben.“*

## 5. Ausgleich des Haushalts

Mit der Anpassung des Haushaltsvolumens in § 1 des Haushaltsgesetzes 2017 sowie der Veränderung des Ausgleichstitels in Kapitel 20 020, Titel 371 10 (Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich der Schlusssummen des Haushaltsplans), ist der Haushalt in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Die einzelnen Anträge und das Abstimmungsverhalten ergeben sich aus den Anhängen. Auf den angenommenen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zur Reduzierung des Ansatzes bei Kapitel 20 650, Titel 575 10, Zinsen für Kreditmarktmittel, wird der Vollständigkeit halber hingewiesen. Die Fraktionen von FDP und PIRATEN haben entsprechende Anträge gestellt, deren Abstimmung sich durch Annahme des Antrags der Koalitionsfraktionen erledigt hat. Diese sind in den Anhängen weiterhin dargestellt.

Ein gesonderter Beschluss zum Haushaltsausgleich war nicht erforderlich.

## C Abstimmungen, Ergebnis

Die Ergebnisse der jeweiligen Abstimmungen zu den Änderungsanträgen der Fraktionen ergeben sich aus den Anhängen. Die Abstimmungen über die ggf. so veränderten bzw. unveränderten Einzelpläne ergeben sich aus der unter B 3. Dargestellten Tabelle. Auf den Bereinigungsbeschluss unter B 4. wird verwiesen. Ein gesonderter Beschluss zum Haushaltsausgleich war nicht erforderlich (vgl. B 5.).

In der abschließenden Gesamtabstimmung wurde der Haushaltsgesetzentwurf in der Fassung nach der 2. Lesung mit den zur Vorbereitung der 3. Lesung im Haushalts- und Finanzausschuss gefassten Änderungen, einschließlich Personaletat, den Anlagen zum Haushaltsgesetz, einschließlich Gesamtplan, den Übersichten und den Einzelplänen in der Fassung der in dieser Sitzung zuvor beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP sowie der PIRATEN so verändert **angenommen**.

Christian Möbius  
Vorsitzender

Anhang: Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Änderungsanträge der Fraktion der CDU  
Änderungsanträge der Fraktion der FDP  
Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN

Anlage: Veränderungsnachweise des Finanzministeriums

Anlage zum Haushaltsgesetz 2017: Gesamtplan  
(Haushaltsübersicht, Finanzierungsübersicht, Kreditfinanzierungsplan)





**Anlage zum  
Haushaltsgesetz**

**Haushaltsplan  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
für das Haushaltsjahr  
2017**

**Gesamtplan**

Haushaltsübersicht (§ 13 Abs. 4 Nr. 1 LHO)

Finanzierungsübersicht (§ 13 Abs. 4 Nr. 2 LHO)

Kreditfinanzierungsplan (§ 13 Abs. 4 Nr. 3 LHO)

**Haushaltsübersicht**

Einzelplan	Einnahmen	Einnahmen	Ausgaben	Verpflichtungsermächtigungen	Ausgaben
	2017 (TEUR)	2016* (TEUR)	2017 (TEUR)	2017 (TEUR)	2016* (TEUR)
01 Landtag	202,8	195,2	136 579,1	2 195,2	135 041,6
02 Ministerpräsidentin	752,0	727,5	128 853,7	20 505,0	123 225,7
03 Ministerium für Inneres und Kommunales	193 293,0	180 476,4	8 307 250,4	973 318,5	8 861 951,1
04 Justizministerium	1 218 468,4	1 210 014,2	4 173 533,3	35 646,0	4 045 589,9
05 Ministerium für Schule und Weiterbildung	270 203,7	266 153,0	17 881 934,3	308 884,3	17 289 230,1
06 Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung	1 514 651,9	1 418 888,0	8 457 261,7	214 359,0	8 249 241,7
07 Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport	193 441,0	192 074,9	4 194 170,2	133 047,0	3 628 145,0
09 Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr	2 169 485,3	2 044 174,0	3 636 171,6	1 828 011,0	3 489 016,1
10 Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz	399 348,3	404 302,9	1 098 430,4	895 091,0	1 017 414,5
11 Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales	3 693 426,4	3 276 244,7	4 748 466,9	296 337,6	4 235 164,5
12 Finanzministerium	1 068 813,9	1 342 776,3	2 273 878,9	203 196,5	2 213 482,4
13 Landesrechnungshof	144,8	163,8	44 854,4	140,0	41 306,4
14 Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk	272 313,2	185 290,8	857 631,9	645 843,4	569 114,1
15 Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter	240 508,2	234 645,8	1 137 658,9	117 780,4	1 083 984,2
16 Verfassungsgerichtshof	-,-	0,2	73,8	-,-	58,0
20 Allgemeine Finanzverwaltung	61 471 137,7	59 193 953,9	15 629 441,1	271 831,3	14 968 116,3
Zusammen	72 706 190,6	69 950 081,6	72 706 190,6	5 946 186,2	69 950 081,6

\* Stand: 2. Nachtragshaushalt 2016

**Hinweis:**

Die Abweichungen in den Summen ergeben sich durch kaufmännisches Runden.

## FINANZIERUNGSÜBERSICHT

( Mio EUR )

<b>I.</b>	<b>HAUSHALTSVOLUMEN</b>	72.706,2
<b>II.</b>	<b>ERMITTLUNG DES FINANZIERUNGSSALDOS</b>	
1.	<b>Ausgaben</b> (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und für Fehlbeträge aus Vorjahren und haushaltstechnische Verrechnungen)	72.698,1
2.	<b>Einnahmen</b> (ohne Einnahmen aus Kreditmarktmitteln, Entnahmen aus Rücklagen und Überschüssen aus Vorjahren und haushaltstechnische Verrechnungen)	70.920,5
3.	<b>Finanzierungssaldo</b>	-1.777,6
<b>III.</b>	<b>ZUSAMMENSETZUNG DES FINANZIERUNGSSALDOS</b>	
4.	<b>Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt</b>	
4.1	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (brutto)	20.187,4
4.2	abzüglich Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	18.405,9
4.3	Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt	1.781,5
5.	zuzüglich Entnahmen aus Rücklagen	0,0
6.	abzüglich Zuführung an Rücklagen	4,2
7.	zuzüglich Überschüsse aus Vorjahren	0,3
8.	abzüglich Fehlbeträge aus Vorjahren	0,0
9.	Finanzierungssaldo	-1.777,6
<b>IV.</b>	<b>NACHRICHTLICH</b>	
	<b>ERMITTLUNG DER KREDITERMÄCHTIGUNG FÜR KREDITMARKTMITTEL</b>	
	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (netto)	1.781,5
	zuzüglich Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	18.405,9
	Kreditermächtigung (brutto)	20.187,4

## KREDITFINANZIERUNGSPLAN

( Mio EUR )

<b>I.</b>	<b>EINNAHMEN AUS KREDITEN</b>	
	bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	0,0
	vom Kreditmarkt (brutto)	20.187,4
	<b>Zusammen</b>	<b>20.187,4</b>
<b>II.</b>	<b>TILGUNGS-AUSGABEN FÜR KREDITE</b>	
	bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	161,3
	am Kreditmarkt	18.405,9
	<b>Zusammen</b>	<b>18.567,2</b>
<b>III.</b>	<b>NETTO-NEUVERSCHULDUNG insgesamt</b>	
	bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	-161,3
	am Kreditmarkt	1.781,5
	<b>Zusammen</b>	<b>1.620,2</b>





		<p>Die Einrichtung der zusätzlichen Planstelle ist zur Abdeckung des aufwachsenden Koordinierungsbedarfs in Integrations- und Flüchtlingsfragen erforderlich. Der im HH 2017 bislang vorgesehene Personalaufwuchs (1 Planstelle Bes.-Gr. A 13 g.D.) ist zur Deckung des Mehrbedarfs in 3 unterschiedlichen Bereichen (Flüchtlingspolitik, Integrationspolitik und EPOS.NRW) vorgesehen Die mit der Anmeldung beabsichtigte anteilige Entlastung der entsprechenden Fachbereiche ist nicht realistisch. Die betroffenen Ressorts haben sich personell verstärken müssen, um die Aufgaben im Bereich Flüchtlinge und Integration erfüllen zu können. In der Folge resultiert dringender Bedarf an Kompetenzen auf Referentenebene in der Ressortkoordinierungsabteilung der Stk, der über die bislang angemeldete Personalverstärkung hinausgeht. Mit der Bereitstellung einer Planstelle der Bes.-Gr. A 15 h.D. ist einer künftigen Personalentwicklung Rechnung getragen.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	FDP	<p><b>Kapitel 02 010 Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</b></p> <p>1 Stelle ist kw.</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: right;"><b>2016</b></td> <td style="width: 25%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>10.820.300 Euro</td> <td style="text-align: right;">10.601.500 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>110.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>10.710.300 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Eine Planstelle (B7) in der Staatskanzlei ist für Kommunikationsaufgaben der Landesregierung im Vorjahr neu strukturiert worden. Im Jahr der Landtagswahl verbietet es sich, neben allen bereits vorhandenen Strukturen eine Abteilungsleiterstelle für zusätzliche Regierungs-PR so bereitzustellen.</p>	<b>2017</b>		<b>2016</b>		von	10.820.300 Euro	10.601.500 Euro		um	110.000 Euro			auf	10.710.300 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>		<b>2016</b>																											
von	10.820.300 Euro	10.601.500 Euro																											
um	110.000 Euro																												
auf	10.710.300 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	FDP	<p><b>Kapitel 02 010      Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 422 01        Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</b></p> <p>1 Stelle ist kw.</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: right;"><b>2016</b></td> <td style="width: 25%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">10.820.300 Euro</td> <td style="text-align: right;">10.601.500 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">85.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">10.735.300 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Eine Planstelle (B2) in der Staatskanzlei ist ausschließlich für Belange der KlimaExpo GmbH im Jahr 2013 geschaffen worden. Aus Gründen der Haushaltskonsolidierung ist diese Planstelle ab dem Jahr 2017 zu streichen.</p>	<b>2017</b>		<b>2016</b>		von	10.820.300 Euro	10.601.500 Euro		um	85.000 Euro			auf	10.735.300 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>		<b>2016</b>																											
von	10.820.300 Euro	10.601.500 Euro																											
um	85.000 Euro																												
auf	10.735.300 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												



**Änderungsantrag zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 02 010 Ministerpräsidentin</b>  <b>Titel 511 01 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.220.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.420.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">82.500 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.137.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	1.220.000 Euro	1.420.000 Euro	um	82.500 Euro		auf	1.137.500 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	1.220.000 Euro	1.420.000 Euro																							
um	82.500 Euro																								
auf	1.137.500 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 02 010      Ministerpräsidentin</b> <b>Titel 511 61        Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie</b> <b>Geräte, Ausstattungs- und</b> <b>Ausrüstungsgegenstände, sonstige</b> <b>Gebrauchsgegenstände</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">355.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">355.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">56.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">299.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	355.000 Euro	355.000 Euro	um	56.000 Euro		auf	299.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	355.000 Euro	355.000 Euro																							
um	56.000 Euro																								
auf	299.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 02 010 Ministerpräsidentin</b>  <b>Titel 525 61 Aus- (und Fort)bildung</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">15.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">15.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">12.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">3.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	15.000 Euro	15.000 Euro	um	12.000 Euro		auf	3.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	15.000 Euro	15.000 Euro																							
um	12.000 Euro																								
auf	3.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 02 010 Ministerpräsidentin</b>  <b>Titel 526 00 Ausgaben für Gutachten, Sachverständige, Werkverträge, Gerichts- und ähnliche Kosten</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">104.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">131.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">29.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">75.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	104.000 Euro	131.500 Euro	um	29.000 Euro		auf	75.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	104.000 Euro	131.500 Euro																							
um	29.000 Euro																								
auf	75.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 02 010      Ministerpräsidentin</b> <b>Titel 526 66        Ausgaben für Gutachten, Sachverständige, Werkverträge und Ähnliches</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">143.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">143.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">71.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">72.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	143.000 Euro	143.000 Euro	um	71.000 Euro		auf	72.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	143.000 Euro	143.000 Euro																							
um	71.000 Euro																								
auf	72.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 02 010 Ministerpräsidentin</b>  <b>Titel 527 01 Reisekostenvergütungen für Dienstreisen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">344.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">394.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">44.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">300.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	344.000 Euro	394.000 Euro	um	44.000 Euro		auf	300.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	344.000 Euro	394.000 Euro																							
um	44.000 Euro																								
auf	300.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 02 010 Ministerpräsidentin</b>  <b>Titel 529 10 Zur Verfügung der Ministerpräsidentin/des Ministerpräsidenten für allgemeine Zwecke</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">72.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">28.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	100.000 Euro	100.000 Euro	um	72.000 Euro		auf	28.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	100.000 Euro	100.000 Euro																							
um	72.000 Euro																								
auf	28.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 02 010 Ministerpräsidentin</b>  <b>Titel 529 11 Zur Verfügung der Ministerpräsidentin/des Ministerpräsidenten für Aufgaben auf kulturellem Gebiet</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">50.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">50.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">42.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">8.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	50.000 Euro	50.000 Euro	um	42.000 Euro		auf	8.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	50.000 Euro	50.000 Euro																							
um	42.000 Euro																								
auf	8.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								



**Änderungsantrag zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 02 010 Ministerpräsidentin</b>  <b>Titel 531 10 Für Aufgaben der Presseinformation und der Öffentlichkeitsarbeit</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.500.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">200.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.300.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	1.500.000 Euro	1.500.000 Euro	um	200.000 Euro		auf	1.300.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	1.500.000 Euro	1.500.000 Euro																							
um	200.000 Euro																								
auf	1.300.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 02 010 Ministerpräsidentin</b>  <b>Titel 531 70 Veröffentlichungen und Dokumentationen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">165.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">55.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">45.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	100.000 Euro	165.000 Euro	um	55.000 Euro		auf	45.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	100.000 Euro	165.000 Euro																							
um	55.000 Euro																								
auf	45.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 02 010 Ministerpräsidentin</b>  <b>Titel 537 70 Ausgaben für die Landes- und Regionalplanung</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">648.900 Euro</td> <td style="text-align: right;">648.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">282.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">366.900 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	648.900 Euro	648.900 Euro	um	282.000 Euro		auf	366.900 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	648.900 Euro	648.900 Euro																							
um	282.000 Euro																								
auf	366.900 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 02 010 Ministerpräsidentin</b>  <b>Titel 541 10 Zur Erfüllung von Repräsentationsverpflichtungen der Landesregierung</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.350.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.350.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">50.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.300.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	1.350.000 Euro	1.350.000 Euro	um	50.000 Euro		auf	1.300.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	1.350.000 Euro	1.350.000 Euro																							
um	50.000 Euro																								
auf	1.300.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 02  
im Haushalts- und Finanzausschuss  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	CDU	<p><b>Kapitel 02 010 Ministerpräsidentin</b> <b>Titel 541 30 Kongresse und Veranstaltungen</b></p> <p>Verminderung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von 350.000 Euro</td> <td>350.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 250.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 100.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Kürzung dient zur Deckung im EP 07.</p>	<b>2017</b>	<b>2016</b>	von 350.000 Euro	350.000 Euro	um 250.000 Euro		auf 100.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>	<b>2016</b>																				
von 350.000 Euro	350.000 Euro																				
um 250.000 Euro																					
auf 100.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 02 010 Ministerpräsidentin</b>  <b>Titel 546 00 Abgaben nach dem</b>  <b>Künstlersozialversicherungsgesetz - KSVG</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">37.500 Euro</td> <td style="text-align: center;">37.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">17.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">20.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	37.500 Euro	37.500 Euro	um	17.000 Euro		auf	20.500 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: center;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: center;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: center;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	37.500 Euro	37.500 Euro																							
um	17.000 Euro																								
auf	20.500 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 02 010 Ministerpräsidentin</b>  <b>Titel 547 60 Sächliche Verwaltungsausgaben</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">315.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">345.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">245.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">70.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	315.000 Euro	345.000 Euro	um	245.000 Euro		auf	70.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	315.000 Euro	345.000 Euro																							
um	245.000 Euro																								
auf	70.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 02 010 Ministerpräsidentin</b>  <b>Titel 547 66 Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.392.400 Euro</td> <td style="text-align: right;">992.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">300.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.092.400 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	1.392.400 Euro	992.400 Euro	um	300.000 Euro		auf	1.092.400 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	1.392.400 Euro	992.400 Euro																							
um	300.000 Euro																								
auf	1.092.400 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								



**Änderungsantrag zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	FDP	<p><b>Kapitel 02 010      Ministerpräsidentin</b> <b>Titelgruppe 65      Energiewende</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>500.000 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>500.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>0 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Mittel der Titelgruppe werden für die Durchführung der Klima Expo verwendet. Aus Gründen der Haushaltskonsolidierung besteht hierfür kein Spielraum.</p>	<b>2017</b>			<b>2016</b>	von	500.000 Euro		500.000 Euro	um	500.000 Euro			auf	0 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>			<b>2016</b>																										
von	500.000 Euro		500.000 Euro																										
um	500.000 Euro																												
auf	0 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 02 025 Besondere Bewilligungen</b>  <b>Titel 685 40 Zuschuss an die Expo Fortschrittmotor Klimaschutz GmbH</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">2.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">2.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Aus Gründen der Haushaltskonsolidierung und politischen Schwerpunktsetzung besteht hierfür kein Spielraum.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	2.000.000 Euro	2.000.000 Euro	um	2.000.000 Euro		auf	0 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	2.000.000 Euro	2.000.000 Euro																							
um	2.000.000 Euro																								
auf	0 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																														
	FDP	<p><b>Kapitel 02 040 Internationale Angelegenheiten und Eine Welt Titel 633 00 Förderung der kommunalen Entwicklungszusam- menarbeit</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: right;"><b>2017</b></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: right;"><b>2016</b></td> <td style="width: 45%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">286.500</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> <td style="text-align: right;">270.000</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">286.500</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Der Ansatz ist wegen der Bundeszuständigkeit überflüssig. GIZ und BMZ decken diesen Bereich hinlänglich ab. Eine Evaluierung kommunaler Projekte ist nicht vorgesehen. Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit ist im Übrigen nicht rechtssicher, da Verpflichtungen aus Partnerschaftsabkommen nicht klagbar sind.</p>		<b>2017</b>		<b>2016</b>		von	286.500	Euro	270.000	Euro	um	286.500	Euro			auf	0	Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>		<b>2016</b>																														
von	286.500	Euro	270.000	Euro																													
um	286.500	Euro																															
auf	0	Euro																															
SPD	nein																																
CDU	Enth.																																
GRÜNE	nein																																
FDP	ja																																
PIRATEN	nein																																

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	FDP	<p><b>Kapitel 02 040 Internationale Angelegenheiten und Eine Welt</b>  <b>Titel 684 10 Zuschüsse zur entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>277.500</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">250.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>277.500</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>0</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Diese Projekte werden überwiegend bereits durch die EU gefördert. Deshalb wird der Ansatz aus Gründen der Haushaltskonsolidierung reduziert.</p>	<b>2017</b>			<b>2016</b>	von	277.500	Euro	250.000 Euro	um	277.500	Euro		auf	0	Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>			<b>2016</b>																										
von	277.500	Euro	250.000 Euro																										
um	277.500	Euro																											
auf	0	Euro																											
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p><b>Kapitel 02 040 Internationale Angelegenheiten und Eine Welt</b>  <b>Titel 684 20 Koordination der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Nordrhein-Westfalen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von 1.120.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.120.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 1.120.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Wird aus Gründen der Haushaltskonsolidierung gestrichen.</p>	<b>2017</b>	<b>2016</b>	von 1.120.000 Euro	1.120.000 Euro	um 1.120.000 Euro		auf 0 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>	<b>2016</b>																				
von 1.120.000 Euro	1.120.000 Euro																				
um 1.120.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																								
	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 02 040 Internationale Angelegenheiten und Eine Welt</b>  <b>Titel 684 20 Promotorinnen- und Promotorenprogramm der</b>  <b>entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Nordrhein-Westfalen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von 1.120.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um 300.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.420.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.120.000 Euro</td> </tr> </table> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">Von 500.000 Euro</td> <td style="width: 50%;"></td> </tr> <tr> <td>Um 400.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Auf 900.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Fälligkeit in 2018 400.000 €</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>In dem Integrationsantrag wurde vereinbart, dass das Promotorenprogramm dauerhaft um 7 Personalstellen aufgestockt werden soll. Diese</p>	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von 1.120.000 Euro		um 300.000 Euro		auf 1.420.000 Euro	1.120.000 Euro	Von 500.000 Euro		Um 400.000 Euro		Auf 900.000 Euro		<p><b>angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	nein
<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																										
von 1.120.000 Euro																											
um 300.000 Euro																											
auf 1.420.000 Euro	1.120.000 Euro																										
Von 500.000 Euro																											
Um 400.000 Euro																											
Auf 900.000 Euro																											
SPD	ja																										
CDU	nein																										
GRÜNE	ja																										
FDP	nein																										
PIRATEN	nein																										

	<p>sollen für die Schnittstelle Eine-Welt und Migration eingesetzt werden. Schwerpunkt ist die Aufklärung über globale Zusammenhänge, Fluchtursachen und welchen Einfluss unser Lebensstil und Konsumverhalten auf die Lebenssituation der Menschen in Schwellen- und Entwicklungsländern hat.</p> <p>Das ist eine wichtige Maßnahme, um Vorurteile und Ressentiments abzubauen. Durch die interkulturelle Öffnung des Programms gelingt es auch, Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung in das Programm einzubeziehen.</p> <p>Die Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung um 400.000 € dient der Umsetzung dieses Projekts im Jahr 2018.</p>	
--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 02 040 Internationale Angelegenheiten und Eine Welt</b>  <b>Titel 684 30 Zuschüsse für den Einsatz junger Menschen in Entwicklungsländern- Konkreter Friedensdienst</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">346.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">280.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">66.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">280.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>            Kurzaufenthalte im Ausland werden durch NGOs in hinreichendem Umfang angeboten. Zudem lag das IST 2015 nicht im Umfang der Erhöhung über dem Ansatz.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	346.000 Euro	280.000 Euro	um	66.000 Euro		auf	280.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	346.000 Euro	280.000 Euro																							
um	66.000 Euro																								
auf	280.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								



**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																						
	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 02 060                      Medien</b> <b>Titel 685 00                              Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke</b></p> <p><b>Erhöhung des Baransatzes</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>1.080.000 Euro</td> <td></td> <td>1.080.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>250.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>1.330.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Erhöhung der VE</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">von</td> <td style="width: 35%;">250.000 Euro</td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>100.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>350.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Fälligkeit in 2018</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Im Kontext Geflüchtete/Integration besteht weiter hoher Handlungsbedarf und die in 2016 durch den 2. Nachtrag zum Haushalt 2016 gestartete Maßnahmen (Medienkompetenz, Freifunk Filmpreis, Medienpreis) sollen fortgesetzt werden, nachhaltig Wirkungen zeigen und sich vollumfänglich entfalten. Dafür ist eine Erhöhung des Ansatzes um 250.000 Euro für Integrationsvorhaben und Projekte mit den hier lebenden Menschen in den genannten</p>		<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	1.080.000 Euro		1.080.000 Euro	um	250.000 Euro			auf	1.330.000 Euro			von	250.000 Euro			um	100.000 Euro			auf	350.000 Euro			<p><b>angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">SPD</td> <td style="width: 30%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																																						
von	1.080.000 Euro		1.080.000 Euro																																						
um	250.000 Euro																																								
auf	1.330.000 Euro																																								
von	250.000 Euro																																								
um	100.000 Euro																																								
auf	350.000 Euro																																								
SPD	ja																																								
CDU	nein																																								
GRÜNE	ja																																								
FDP	nein																																								
PIRATEN	nein																																								

	<p>Bereichen erforderlich. Engagierte Akteure der Medienlandschaft NRW entwickeln intelligente Ansätze für neue Wege der Integrationsförderung. Die Ansatzserhöhung soll auch ermöglichen, ausgewählte Projekte mit Pilotcharakter in allen Bereichen zu unterstützen. Die Verstetigung der Projekte soll unter anderem mit den folgenden Leitlinien geschehen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Im Bereich Medienkompetenz soll damit die Zielgruppe der Geflüchteten, die bisher kein Schwerpunkt der Förderung war, in altersübergreifenden und innovativen Projekten (ergänzend zu bereits etablierten Maßnahmen entlang der Bildungskette) neu erschlossen und nachhaltig adressiert werden.</li> <li>– Im Bereich Freifunkförderung soll weiter das ehrenamtliche Engagement der Freifunkvereine in NRW unterstützt werden. Dies erhöht die Chancen, dass die Freifunkvereine noch stärker als bisher auf die Zielgruppe der Flüchtlinge im Sinne der Förderung von Integration zugehen können.</li> <li>– Die Finanzierung der Vergabe eines Filmpreises sowie eines Medienpreises dürfen keine einmalige Aktion bleiben. Nur aus einer Verstetigung dieser beiden Preise ergibt sich die Möglichkeit, herausragende Projekte im Kontext Flucht und Integration zu prämiieren und dadurch Anreize zu schaffen, sich mit diesen Themen zu beschäftigen.</li> </ul> <p>Die Erhöhung der VE dient der Finanzierung von überjährigen Projekten.</p>	
--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 02 060                    Medien</b> <b>Titel 685 00                    Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke</b></p> <p><b>Erhöhung des Baransatzes</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.080.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">710.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.180.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b> 100.000 Euro dienen der zusätzlichen Finanzierung von Freifunk-Projekten in Nordrhein-Westfalen sowie Maßnahmen zur Beschleunigung des Prozesses, Gemeinnützigkeit von Freifunk-Initiativen anzuerkennen. Im Titel 685 00 und Titel 685 60 aus 2016, die hier zusammengefasst wurden, waren für die Freifunk-Förderung in 2016 explizit 100.000 EUR vorgesehen. Diese Förderung soll sich zum Jahr 2017 auf 250.000 EUR erhöhen. Dadurch wird die Vorreiterrolle Nordrhein-Westfalens im Bereich bürgerfreundlicher, offener Internetzugänge gestärkt und ein weiterer wichtiger Beitrag zur Digitalisierung geleistet.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	1.080.000 Euro	710.000 Euro	um	100.000 Euro		auf	1.180.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	1.080.000 Euro	710.000 Euro																							
um	100.000 Euro																								
auf	1.180.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 02 040 Internationale Angelegenheiten und Eine Welt</b>  <b>Titel 686 00 Zuschüsse für Projekte im In- und Ausland</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.420.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">590.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">830.500 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">590.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Erfahrungsgemäß werden die Mittel dieser Titelgruppe im Haushaltsvollzug nicht vollständig abgerufen, so dass der ursprüngliche Ansatz genügt.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	1.420.500 Euro	590.000 Euro	um	830.500 Euro		auf	590.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	1.420.500 Euro	590.000 Euro																							
um	830.500 Euro																								
auf	590.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 02 060 Medien</b> <b>Titel 683 00 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.100.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">400.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">700.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">400.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Der Antrag zielt nicht auf eine finanzielle Schlechterstellung bei den Zuwendungs- und Zuschussempfängern ab, sondern soll zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich an welcher Stellen ausgeschüttet werden. Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	1.100.000 Euro	400.000 Euro	um	700.000 Euro		auf	400.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	1.100.000 Euro	400.000 Euro																							
um	700.000 Euro																								
auf	400.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis														
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 03 010</b> <b>Titel 546 70</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Ministerium</b> <b>Aufwendungen für Leistungen der IT- Dienstleister des Landes Nordrhein- Westfalen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">von 22.055.600 Euro um 25.000.000 Euro auf 47.055.600 Euro</td> <td style="text-align: center;">22.240.600 Euro</td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b> Um die Kommunen bei der Digitalisierung und eGovernment zu unterstüt- zen, kann der CIO mit diesen Mittel zentrale Dienste für Kommunen an- bieten. Dies soll die Einführung von eGovernment-Lösungen in der Flä- che unterstützen und die Schaffung landesweiter Standards vereinfachen.</p>	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von 22.055.600 Euro um 25.000.000 Euro auf 47.055.600 Euro	22.240.600 Euro	<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																
von 22.055.600 Euro um 25.000.000 Euro auf 47.055.600 Euro	22.240.600 Euro																
SPD	nein																
CDU	nein																
GRÜNE	nein																
FDP	nein																
PIRATEN	ja																

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 03  
im Haushalts- und Finanzausschuss zum Haushaltsgesetz 2017**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis																						
	CDU	<p><b>Kapitel 03 010      Ministerium</b>  <b>Neuer Titel 633 44      Zuweisungen an Kommunen für Integration</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 30%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 EUR</td> <td style="text-align: right;">0 EUR</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">30.000.000 EUR</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">30.000.000 EUR</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b>  Im Zuge der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration vom 07. Juli 2016 hat der Bund zugesagt, den Ländern für die Jahre 2016 bis 2018 zu ihrer Entlastung eine jährliche Integrationspauschale in Höhe von 2 Mrd. Euro zur Verfügung zu stellen. Die Integrationspauschale wird durch eine Erhöhung des Länderanteils zulasten des Bundes an der Umsatzsteuer zur Verfügung gestellt. Auf Nordrhein-Westfalen entfällt hiervon ein Anteil von 434 Mio. Euro. Es gibt daher keinen Grund mehr, den Kommunen ihren gerechten Anteil an den Bundeshilfen für die Integration von Flüchtlingen zu verweigern. Das Land muss die Kommunen in die Lage versetzen, dass passende Rahmenbedingungen für die Integration vor Ort geschaffen werden können.</p> <p>2017 und 2018 sollen die jeweiligen Kommunen für jeden neuen anerkannten Asylbewerber eine Integrationspauschale von 1.000 Euro einmalig erhalten.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	0 EUR	0 EUR	um	30.000.000 EUR		auf	30.000.000 EUR		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	0 EUR	0 EUR																							
um	30.000.000 EUR																								
auf	30.000.000 EUR																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 03  
zum Haushalt 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																								
	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 03 010    Ministerium</b>  <b>Titel 633 70    Sonstige Zuweisungen und Erstattun-  gen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b></p> <p><b>Erhöhung des Baransatzes</b></p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 15%;"></th> <th colspan="2" style="text-align: center;">2017</th> <th style="width: 25%;"></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td><b>2016</b></td> <td></td> <td></td> <td style="text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">250.000</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: center;">-</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">2.500.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">2.750.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p><b>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung</b></p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 15%;"></th> <th colspan="2" style="text-align: center;">2017</th> <th style="width: 25%;"></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td><b>2016</b></td> <td></td> <td></td> <td style="text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">-</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: center;">-</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">6.000.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">6.000.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p>davon fällig in 2018: 2.000.000 Euro  davon fällig in 2019: 2.000.000 Euro  davon fällig in 2020: 2.000.000 Euro</p>		2017			<b>2016</b>			<b>Ansatz lt. HH</b>	von	250.000	Euro	-	um	2.500.000	Euro		auf	2.750.000	Euro			2017			<b>2016</b>			<b>Ansatz lt. HH</b>	von	-	Euro	-	um	6.000.000	Euro		auf	6.000.000	Euro		<p><b>angenommen</b></p> <p>SPD            ja  CDU            Enth.  GRÜNE        ja  FDP            nein  PIRATEN      nein</p>
	2017																																										
<b>2016</b>			<b>Ansatz lt. HH</b>																																								
von	250.000	Euro	-																																								
um	2.500.000	Euro																																									
auf	2.750.000	Euro																																									
	2017																																										
<b>2016</b>			<b>Ansatz lt. HH</b>																																								
von	-	Euro	-																																								
um	6.000.000	Euro																																									
auf	6.000.000	Euro																																									



		<p><b>Ausbringung eines Haushaltsvermerks:</b></p> <p>„Die Verpflichtungsermächtigung kann nur nach Maßgabe der Erläuterungen zu Unterteil 2 in Anspruch genommen werden.“</p> <p><b>Neufassung des Erläuterungsteils wie folgt :</b></p> <p>„1. Mittel für die flächendeckende Einführung der Behördennummer 115</p> <p>250.000 EUR.</p> <p>2. Mittel für die Förderung von E-Government in Kommunen.....</p> <p><u>2.500.000 EUR</u> Zusammen 2.750.000 EUR</p> <p>Für die bei Unterteil 2 ausgewiesenen Mittel ist folgende Verwendung geplant:</p> <p>a) Aufwendungen für den Aufbau und den Betrieb eines Kompetenzzentrums 1.200.000 EUR  b) Aufwendungen für die Entwicklung, die Weiterentwicklung und den Betrieb von Servicekonto.NRW 800.000 EUR  c) Aufwendungen für einzelfallbezogen beispielhafte kommunale Initiativen und Veranstaltungen in den Bereichen Open-Data, E-Partizipation und Bürgerinformation 500.000 EUR.</p> <p>Die Verpflichtungsermächtigung bezieht sich ausschließlich auf die Positionen zu a) und b).“</p>	
--	--	---	--

		<p><b>Begründung:</b> Förderung des E-Government in Kommunen, insbesondere bei Entwicklung und Betrieb der Infrastruktur (z.B. Servicekonto) und bei Aufbau und Betrieb eines Kompetenzzentrums, das vor allem kleinere Kommunen bei der Digitalisierung der Verwaltung berät und unterstützt. Darüber hinaus sollen aus dem Programm auch einzelfallbezogen beispielhafte kommunale Initiativen und Veranstaltungen in den Bereichen Open Data, E-Partizipation und Bürgerinformation unterstützt werden.</p> <p>Die Förderung des E-Government in den Kommunen bedarf einer verbindlichen Vereinbarung, deren Finanzierung über den Zeitraum der Mittelfristigen Finanzplanung abzusichern ist.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 03 010      Ministerium</b> <b>Titel 684 40        Förderung der Flüchtlingsarbeit</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">400.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">300.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">30.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">430.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b></p> <p>Aufgrund der seit Jahren steigenden Flüchtlingszahlen, der Misshandlungs- und Vergewaltigungsvorfälle in den Landesaufnahmen und der daraus resultierenden zusätzlichen Aufgaben für die Flüchtlingsarbeit des Flüchtlingsrates NRW ist eine weitere Erhöhung des Ansatzes nötig. Der Haushaltstitel wurde für das Haushaltsjahr 2016 erstmals seit dem Haushaltsjahr 2011 erhöht. In allen wichtigen Entscheidungen rund um den Paradigmenwechsel in der Flüchtlingsaufnahme wird der Flüchtlingsrat zurzeit von der Landesregierung einbezogen. Weitere 30.000 Euro sind für die Sicherstellung einer angemessenen und sehr guten Flüchtlingsarbeit erforderlich. Die Deckung des Betrages ergibt sich aus dem</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	400.000 Euro	300.000 Euro	um	30.000 Euro		auf	430.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table border="0"> <tr><td>SPD</td><td>nein</td></tr> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>PIRATEN</td><td>ja</td></tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	400.000 Euro	300.000 Euro																							
um	30.000 Euro																								
auf	430.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

		Änderungsantrag zu Kapitel 03 030, Titel 536 00 249 „Rückführung“.	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 03 010</b>                      <b>Ministerium</b> <b>Titel 684 41</b>                              <b>Soziale Beratung von Flüchtlingen</b></p> <p><b>Erhöhung des Baransatzes</b></p> <p><b>2017</b>    <b>Ansatz lt. HH 2016</b> von 37.123.100 Euro                              27.623.100 Euro um 5.000.000 Euro auf 42.123.100 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Die Erhöhung des Ansatzes dient zum einen dem Ausbau der regionalen Flüchtlingsberatung. Die Neuorganisation des BAMF in den Ankunftszentren wird für die Asylsuchenden mit geringer und hoher Bleibeperspektive zu verkürzten Bearbeitungszeiten führen. Asylsuchende aus anderen Ländern werden absehbar weiter mit sehr langen Verfahrensdauern rechnen müssen, die in den Kommunen einen höheren Beratungsbedarf hervorrufen, der durch den Ausbau gedeckt werden soll. Darüber hinaus soll die Verfahrensberatung zur Vorbereitung der Asylantragstellung sowie zur Umsetzung der EU Aufnahme richtlinie die psychologische Beratung in den Unterbringungseinrichtungen des Landes verstärkt werden.</p>	<p><b>angenommen</b></p> <p>SPD                      ja CDU                      nein GRÜNE                      ja FDP                      Enth. PIRATEN                      nein</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 03 010</b>      <b>Ministerium</b>  <b>Neuer Titel</b>        <b>Förderung von nachhaltigen, humanen und dezentralen Projekten in der Flüchtlingsaufnahme</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>Von            0    Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um    5.000.000   Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf    5.000.000   Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b>            Projekte und kommunale Maßnahmen, die für Nachhaltigkeit, Humanität und praktische Lösungen (Auszugsmanagement, Empowerment-Projekte, Einführung eines Heim-TÜV, Ombudsstellen, Flüchtlingsbeauftragte usw.) in der Flüchtlingsaufnahme sorgen, sollen gefördert werden.</p>	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	Von            0    Euro	0 Euro	um    5.000.000   Euro		auf    5.000.000   Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																				
Von            0    Euro	0 Euro																				
um    5.000.000   Euro																					
auf    5.000.000   Euro																					
SPD	nein																				
CDU	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
PIRATEN	ja																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 03 010      Ministerium</b> <b>Neuer Titel          Virtuelle Sprach- und Begegnungsräume</b> <b>                                 in den Landesaufnahmeeinrichtungen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 30%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b> Das Land soll virtuelle Begegnungs-, Lern- und Sprachräume in den Landesaufnahmen einrichten, wie sie z. B. Sprach.Freude anbietet.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	0 Euro	0 Euro	um	1.000.000 Euro		auf	1.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">SPD</td> <td style="width: 30%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	0 Euro	0 Euro																							
um	1.000.000 Euro																								
auf	1.000.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsentwurf 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	SPD Grüne	<p><b>Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</b></p> <p><b>Einrichtung eines neuen Titels:</b></p> <p><b>547 13 Maßnahmen des Gewaltschutzes in Landeseinrichtungen</b></p> <p><b>Baransatz</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">-</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: center;">-</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">500.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">500.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Um das Risiko von gewaltsamen Übergriffen in den Einrichtungen des Landes im Vorfeld zu minimieren und den bestmöglichen Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner zu gewährleisten, sollen separate Unterkunftsräume mit eigenen Bereichen für allein reisende Frauen (mit Kindern) sowie besondere Schutz- und Rückzugsräume für schutzbedürftige Personen, Frauen (mit Kindern) sowie Familien geschaffen werden.</p>		<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	-	Euro	-	um	500.000	Euro		auf	500.000	Euro		<p><b>angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																										
von	-	Euro	-																										
um	500.000	Euro																											
auf	500.000	Euro																											
SPD	ja																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	ja																												
FDP	Enth.																												
PIRATEN	nein																												



**Änderungsantrag zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</b></p> <p><b>Neuer Titel Projektfinanzierung der anonymen Krankenkarte</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2015</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">0</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">1.000.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">1.000.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b></p> <p>Kommunen, die durch eine anonyme Krankenkarte – analog den Konzepten z. B. in Düsseldorf, Köln oder Essen – die medizinische Versorgung für Menschen ohne definierten Aufenthaltsstatus sicherstellen, können aus diesem Haushaltstitel Gelder beantragen. Ziel ist die geschützte Vermittlung von anonymen Krankenscheinen. Der anonyme Krankenschein wird dabei in kommunalen Projekten in Zusammenarbeit mit Organisationen der medizinischen Flüchtlingshilfe umgesetzt.</p>		<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2015</b>	von	0	Euro	0 Euro	um	1.000.000	Euro		auf	1.000.000	Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2015</b>																										
von	0	Euro	0 Euro																										
um	1.000.000	Euro																											
auf	1.000.000	Euro																											
SPD	nein																												
CDU	nein																												
GRÜNE	nein																												
FDP	nein																												
PIRATEN	ja																												

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 03  
im Haushalts- und Finanzausschuss zum Haushaltsgesetz 2017**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis																						
	CDU	<p><b>Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</b>  <b>Titel 536 00 Rückführung</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 40%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>17.904.500 EUR</td> <td style="text-align: right;">17.904.500 EUR</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>10.000.000 EUR</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>27.904.500 EUR</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b>  Veranschlagt werden höhere Kosten für die Rückführung abgelehnter Asylbewerber. Angesichts der massiv steigenden Anzahl an negativen Asylentscheiden durch die schnellere und vermehrte Bearbeitungspraxis bei Asylanträgen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist parallel zur Erhöhung des Ansatzes für die freiwillige Rückkehr auch der Ansatz für Rückführungen ausreisepflichtiger Ausländer zu erhöhen. Die Durchsetzung der Ausreisepflicht, die zudem durch bundesgesetzliche Maßnahmen erleichtert wurde und auch weitere gesetzliche Erleichterungen erfahren soll, ist auch in Form von Abschiebungen notwendig, um die rechtsstaatliche Entscheidung der Ausreisepflicht vollziehen zu können. Perspektivisch ist die derzeitige Beteiligung des Landes an der Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer zur zentralen Zuständigkeit des Landes für Rückführungen auszubauen.</p> <p>Die Finanzierung erfolgt durch die Reduzierung des Verstärkungstitels - Titel 971 10.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	17.904.500 EUR	17.904.500 EUR	um	10.000.000 EUR		auf	27.904.500 EUR		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	17.904.500 EUR	17.904.500 EUR																							
um	10.000.000 EUR																								
auf	27.904.500 EUR																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</b>  <b>Titel 536 00 Rückführung</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>17.904.500 Euro</td> <td></td> <td>17.904.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>10.503.500 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>7.401.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b></p> <p>Die tatsächlichen Ausgaben für Rückführungen im Jahr 2015 lagen bei ca. 4.709.000 Euro (Ist-Betrag). Obwohl NRW im Ländervergleich bereits die meisten Abschiebungen durchführt, hat die Landesregierung angekündigt, im nächsten Jahr noch mehr Menschen abzuschicken. Dennoch ist eine Vervielfachung der Abschiebezahlen von 2015 unwahrscheinlich.</p>		<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	17.904.500 Euro		17.904.500 Euro	um	10.503.500 Euro			auf	7.401.000 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																										
von	17.904.500 Euro		17.904.500 Euro																										
um	10.503.500 Euro																												
auf	7.401.000 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	nein																												
GRÜNE	nein																												
FDP	nein																												
PIRATEN	ja																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</b></p> <p><b>Neuer Titel Zinslose Darlehen für mehr Schutz in Flüchtlingsunterkünften</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von 0 Euro</td> <td>0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 20.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 20.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b> In vielen nordrhein-westfälischen Flüchtlingsunterkünften sind Frauen und Kinder vor Gewalt und Missbrauch nicht ausreichend geschützt. Um endlich für den effektiven Gewaltschutz für Frauen, Kinder und besonders schutzbedürftigen Gruppen in den Unterkünften in ganz NRW zu sorgen, soll ein Förderprogramm angelehnt an das ehemalige Bundesprogramm der KFW-Bank eingerichtet werden. Kommunen können Darlehen erhalten, wenn sie die vom <b>BMFSFJ</b> und UNICEF entwickelten Mindeststandards in ihren Unterkünften etablieren wollen. Mit dem Geld soll der Neu- und Umbau oder der Erwerb von Flüchtlingsunterkünften zur ausschließlichen Nutzung durch Frauen und Kinder ermöglicht werden. Darüber hinaus kann auch die Umsetzung baulicher Schutzmaßnahmen in Flüchtlingsunterkünften mit gemischter Belegung gefördert werden.</p>	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von 0 Euro	0 Euro	um 20.000.000 Euro		auf 20.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																				
von 0 Euro	0 Euro																				
um 20.000.000 Euro																					
auf 20.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
PIRATEN	ja																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</b>  <b>Neue Titelgruppe: Einrichtung eines Flüchtlingsforums</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von 0 Euro</td> <td>0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 70.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 70.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b></p> <p>Erfahrungswissen und Best-Practice-Beispiele sollten an einer zentralen Stelle gesammelt und ausgetauscht werden können. Dies kann ein moderiertes Flüchtlingsforum garantieren, das Fragen professionell beantwortet und Aktiven in ganz NRW den Austausch sowie die Vernetzung ermöglicht.</p>	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von 0 Euro	0 Euro	um 70.000 Euro		auf 70.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																				
von 0 Euro	0 Euro																				
um 70.000 Euro																					
auf 70.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
PIRATEN	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 03  
im Haushalts- und Finanzausschuss zum Haushaltsgesetz 2017**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis																						
	CDU	<p><b>Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</b>  <b>Neuer Titel 537 00 Einrichtung zum Vollzug des Ausreisegewahrsams</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 30%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 EUR</td> <td style="text-align: right;">0 EUR</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">2.000.000 EUR</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">2.000.000 EUR</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b>            § 62 b Aufenthaltsgesetz bildet die gesetzliche Grundlage zur Schaffung eines Ausreisegewahrsams in Nordrhein-Westfalen. Dieses Instrument soll der Sicherstellung der Durchführbarkeit von konkret geplanten Abschiebungsmaßnahmen dienen und Vollzugsprobleme bei der Ausweisung und Abschiebung von Ausländern beseitigen. Die Vorschrift sieht zur Abwicklung von Abschiebungen vor, dass, wenn eine Abschiebung anberaumt ist, der Betroffene aber im Verdacht steht, dass er sich dem entziehen will, er für maximal vier Tage in Gewahrsam genommen werden kann – möglichst direkt im Transitbereich eines Flughafens. Im Vorgriff auf die Planungen des Innenministeriums, diesen Zeitraum des Ausreisegewahrsams auf 14 Tage zu verlängern, um das Instrument besser nutzbar machen zu können, wird in Nordrhein-Westfalen eine separate Einrichtung zum Vollzug des Ausreisegewahrsams in Flughafennähe geschaffen.</p> <p>Mit dem Ansatz werden Kosten für Miete, Pacht und den weiteren Betrieb geschätzt.</p> <p>Die Finanzierung erfolgt durch die Reduzierung des Verstärkungstitels - Titel 971 10.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	0 EUR	0 EUR	um	2.000.000 EUR		auf	2.000.000 EUR		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">SPD</td> <td style="width: 30%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	0 EUR	0 EUR																							
um	2.000.000 EUR																								
auf	2.000.000 EUR																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 03  
im Haushalts- und Finanzausschuss zum Haushaltsgesetz 2017**

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag- steller (Frak- tion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergeb- nis																						
	CDU	<p><b>Kapitel 03 030      Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</b> <b>Titel 633 23        Härtefallfonds für Krankheitskosten Asylsuchender</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">8.090.600 EUR</td> <td style="text-align: right;">8.090.600 EUR</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">17.702.300 EUR</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">25.792.900 EUR</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b> Mit dem Härtefallfonds werden die Gemeinden unterstützt, bei denen besonders hohe Krankheits- und Pflegeaufwendungen für Asylbewerber und Asylbewerberinnen entstehen. Der bislang ange-setzte Schwellenwert für Behandlungen, die im Kalenderjahr die Summe von 35.000 EUR je Flüchtling überschreiten, war nicht geeignet, eine wirkliche Entlastung der Kommunen darzustellen. Insofern wird eine Reduzierung des Schwellenwerts von 35.000 EUR auf 15.000 EUR vorge-nommen. Der erhöhte Haushaltsansatz trägt der Absenkung des Schwellenwertes und der damit einhergehenden erhöhten Fallzahl Rechnung.</p> <p>Die Finanzierung erfolgt durch die Reduzierung des Verstärkungstitels - Titel 971 10.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	8.090.600 EUR	8.090.600 EUR	um	17.702.300 EUR		auf	25.792.900 EUR		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	8.090.600 EUR	8.090.600 EUR																							
um	17.702.300 EUR																								
auf	25.792.900 EUR																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 03  
im Haushalts- und Finanzausschuss zum Haushaltsgesetz 2017**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis																						
	CDU	<p><b>Kapitel 03 030      Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</b> <b>Titel 971 10        Zur Verstärkung der Ansätze der Hauptgruppen 5 bis 8</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 30%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">80.000.000 EUR</td> <td style="text-align: right;">0 EUR</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">80.000.000 EUR</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0 EUR</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b> Angesichts der kontinuierlich sinkenden Flüchtlingszahlen bei reduzierter Bearbeitungsdauer von Asylanträgen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie der bereitgestellten Ansätze für den Umbau des Erstaufnahmesystems in Nordrhein-Westfalen ist ein weiterer Verstärkungstitel in der gegebenen Höhe nicht notwendig.</p> <p>Stattdessen werden mit den Mitteln die finanziellen Belastungen der Kommunen durch ausreisepflichtige Asylsuchende vermindert, indem die Maßnahmen zur Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer, unter anderem durch die Schaffung einer Einrichtung eines Abschiebegewahrsams, in Höhe von 12.000.000 Euro verstärkt werden.</p> <p>Darüber hinaus werden die Dynamisierungen der Schul- und Bildungspauschale sowie der Sportpauschale in Kapitel 20 020 analog der Investitionspauschalen finanziert sowie die erhöhten Investitionsmittel im Bereich Feuerschutz sowie die Absenkung des Schwellenwerts des Härtefallfonds für Krankheitskosten Asylsuchender (Titel 633 23).</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	80.000.000 EUR	0 EUR	um	80.000.000 EUR		auf	0 EUR		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	80.000.000 EUR	0 EUR																							
um	80.000.000 EUR																								
auf	0 EUR																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	nein																								



**Änderungsantrag zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 03 110 Polizei</b>  <b>Titel 428 01 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">von 305.483.800 Euro</td> <td style="text-align: center;">287.695.000 Euro</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">um 6.401.800 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">auf 299.082.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b>  Der Bedarf für diese Stellen wurde nicht ausreichend begründet.</p>	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von 305.483.800 Euro	287.695.000 Euro	um 6.401.800 Euro		auf 299.082.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																				
von 305.483.800 Euro	287.695.000 Euro																				
um 6.401.800 Euro																					
auf 299.082.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
PIRATEN	ja																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis														
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 03 110 Polizei</b>  <b>Titel 517 01 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">von 9.345.000 Euro um 45.000 Euro auf 9.300.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">9.300.000 Euro</td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b>  Ebenso wie die zusätzlichen Stellen sind auch die Sachmittel für diese Stellen abzulehnen, wenn die Landesregierung es nicht für nötig hält, mithilfe einer nachvollziehbaren Datengrundlage gegenüber dem Landtag zu begründen.</p>	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von 9.345.000 Euro um 45.000 Euro auf 9.300.000 Euro	9.300.000 Euro	<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																
von 9.345.000 Euro um 45.000 Euro auf 9.300.000 Euro	9.300.000 Euro																
SPD	nein																
CDU	nein																
GRÜNE	nein																
FDP	nein																
PIRATEN	ja																

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis														
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 03 110 Polizei</b>  <b>Titel 518 01 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">Von 33.023.700 Euro um 144.900 Euro auf 32.878.800 Euro</td> <td style="text-align: center;">30.942.000 Euro</td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b>  Ebenso wie die zusätzlichen Stellen sind auch die Sachmittel für diese Stellen abzulehnen, wenn die Landesregierung es nicht für nötig hält, mithilfe einer nachvollziehbaren Datengrundlage gegenüber dem Landtag zu begründen.</p>	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	Von 33.023.700 Euro um 144.900 Euro auf 32.878.800 Euro	30.942.000 Euro	<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																
Von 33.023.700 Euro um 144.900 Euro auf 32.878.800 Euro	30.942.000 Euro																
SPD	nein																
CDU	nein																
GRÜNE	nein																
FDP	nein																
PIRATEN	ja																

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																				
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 03 610 Information und Technik NRW - Landesbetrieb - Titel 682 10 Betriebskostenzuschuss des Landes für zuführungsfinanzierte Aufgaben</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: right;">64.621.700 Euro</td> </tr> <tr> <td>von 70.455.400 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um 1.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 71 455 400 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b> Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) ist nicht aussagekräftig. Die aktuelle Kritik der Sachverständigen an der aktuellen PKS hat gezeigt, dass die PKS qualitativ und inhaltlich ungeeignet ist, die Kriminalitätsentwicklung und die Qualität polizeilicher Ermittlungen zu bewerten. Viele Ermittlungen, die ohnehin von den Staatsanwaltschaften eingestellt werden, sind verschwendete Arbeitszeit der Polizei. Zur ordnungsgemäßen Evaluation polizeilicher Ermittlungsarbeit ist eine Schaffung einer einheitlichen Polizei- und Justizstatistik notwendig. Zur Durchführung einer fundierten Aufgabenkritik und zum effizienten Einsatz und zur Haushaltsplanung polizeilicher Ressourcen benötigt das Land belastbare Daten. Die Erhöhung</p>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	<b>2017</b>	64.621.700 Euro	von 70.455.400 Euro		um 1.000.000 Euro		auf 71 455 400 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																						
<b>2017</b>	64.621.700 Euro																						
von 70.455.400 Euro																							
um 1.000.000 Euro																							
auf 71 455 400 Euro																							
SPD	nein																						
CDU	nein																						
GRÜNE	nein																						
FDP	nein																						
PIRATEN	ja																						

		des Titels dient der Umsetzung und Errichtung einer durchgehenden statistischen Erfassung polizeilicher Ermittlungen und Justizverfahren.	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 03  
im Haushalts- und Finanzausschuss zum Haushaltsgesetz 2017**

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag- steller (Frak- tion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis																						
	CDU	<p><b>Kapitel 03 710      Feuerschutz und Hilfeleistungen</b> <b>Titel 833 10        Landeszuschüsse an Gemeinden (GV) zur Förderung des Feuer- schutzes und der Hilfeleistungen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">22.637.300 EUR</td> <td style="text-align: right;">30.831.500 EUR</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">19.800.000 EUR</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">42.437.300 EUR</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b> Infolge gestiegener Anforderungen an den Brandschutz, den Katastrophenschutz und Hilfeleistungen werden die Landeszuschüsse an Gemeinden erstmals seit 2010 wieder verstärkt. Jede der 396 Städte und Gemeinden erhält pauschal 50.000 EUR in 2017 als Ausdruck der Wertschätzung gegenüber haupt- und ehrenamtlichen Feuerwehrmännern und -frauen, die sich tagtäglich für den Schutz der nordrhein-westfälischen Bürgerinnen und Bürger einsetzen.</p> <p>Die Finanzierung erfolgt durch die Reduzierung des Verstärkungstitels in Kapitel 03 030 Titel 971 10.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	22.637.300 EUR	30.831.500 EUR	um	19.800.000 EUR		auf	42.437.300 EUR		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	22.637.300 EUR	30.831.500 EUR																							
um	19.800.000 EUR																								
auf	42.437.300 EUR																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 04  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Personalhaushall

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 04 410      Justizvollzugseinrichtungen</b>  <b>Neuer Titel          Rentenversicherung für Gefangene und Sicherheitsverwahrte</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 35%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. Haushalt 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">40.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">40.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b>  In NRW erwerben arbeitende Strafgefangene und Sicherheitsverwahrte keine Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Dabei hatte sich der Bundesgesetzgeber bereits 1977, als damals zuständiges Gesetzgebungsorgan, dazu verpflichtet, die Rentenversicherungspflicht für Strafgefangene einzuführen. Weder der Bundesgesetzgeber noch der Landesgesetzgeber hat dies bisher getan. Aktuell scheitert eine Lösung an der Finanzierungsfrage zwischen Bund und Ländern.</p> <p>Diese offene rechtspolitische Flanke führt insbesondere bei langjährigen Inhaftierten zu einem immens hohen Altersarmutsrisiko. Dies widerspricht diametral dem Resozialisierungsgedanken als obersten Ziel des Freiheitsentzuges. Daher fordern wir den Einbezug der Gefangenen in die gesetzliche Rentenversicherung.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. Haushalt 2016</b>	von	0 Euro	0 Euro	um	40.000.000 Euro		auf	40.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. Haushalt 2016</b>																							
von	0 Euro	0 Euro																							
um	40.000.000 Euro																								
auf	40.000.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								





		<p><b>Begründung:</b></p> <p>Mit dem Antrag werden die Stellen des Justizhaushalts – gegenfinanziert durch Umschichtungen im Justizhaushalt - an den aktuellen nach dem Personalbedarfssystem PEBB§Y errechneten Personalbedarf aller Gerichtsbarkeiten und Staatsanwaltschaften des Landes Nordrhein-Westfalen (vgl. Vorlage 16/4336 Anlage) angepasst. Aufgrund der größten Betroffenheit erfolgt dies im Kapitel der ordentlichen Gerichtsbarkeit, einen gegebenenfalls nachgelagerten Belastungsausgleich vorausgesetzt. Im Bereich des richterlichen Dienstes ist der stellenbasierte Personalbedarf allerdings so hoch (342,44 Stellen), dass mit 118 zusätzlichen Stellen lediglich ein erster Schritt zur Bedarfsdeckung erfolgen kann. Die Erfahrungen mit dem Nachtragshaushalt 2016 - im 1. Halbjahr 2016 ist in den Bezirken des Oberlandesgerichts Hamm und der Generalstaatsanwaltschaft Hamm der Anteil der Eingestellten, die über eine Prädikatsnote in der zweiten juristischen Staatsprüfung verfügten, auf unter 38% gesunken (Drs. 16/12640 Anlage 3) - zeigen insoweit, dass unter den derzeitigen Bedingungen innerhalb eines Kalenderjahres neben den Nachbesetzungen der freiwerdenden Stellen bei einer Besetzung von mehr als 200 zusätzlichen Stellen für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte dem Qualitätsanspruch der Justiz nicht mehr hinreichend Rechnung getragen werden könnte.</p> <p>Ziel der Personalbedarfsberechnung nach dem bundesweit angewandten PEBB§Y-System ist es unter anderem, den Personalbedarf der Justiz auf der jeweiligen Landesebene zuverlässig zu ermitteln, der wiederum als Orientierungs- und Entscheidungshilfe für die Haushaltsaufstellung dienen soll (vgl. z.B. Vorlage 16/3629, Seite 4).</p> <p>Die Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister hat im Jahr 2010 beschlossen, das Personalbedarfssystem „PEBB§Y“ mittels einer Erhebung bei den ordentlichen Gerichten und den Staatsanwaltschaften im Jahr 2014 auf eine aktuelle Grundlage zu stellen. Die Erhebung wurde in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsprüfungsunternehmen PricewaterhouseCoopers (PwC) im ersten Halbjahr 2014 durchgeführt. PwC hat im April 2015 das Endgutachten zur PEBB§Y-Fortschreibung 2014 vorgelegt. Der Justizminister stellte am 02.06.2015 eine aussagekräftige Berechnung des Personalbedarfs auf der Grundlage der im Zuge der PEBB§Y-Fortschreibung 2014 ermittelten Basiszahlen auf Basis der Ergebnisse des ersten Halbjahres 2016 für das III. Quartal 2016 in Aussicht (Vorlage 16/2985, Seite 3). Diese Berechnung liegt mittlerweile vor (vgl. Vorlage 16/4336 Anlage).</p>	
--	--	--	--

	<p>Dabei hat sich herausgestellt, dass die Landesregierung die Auswirkungen der PEBB§Y-Fortschreibung deutlich unterschätzt hat. So führte der Justizminister am 02.06.2015 aus (Vorlage 16/2985, Seite 2):</p> <p><i>„... kann nach den ersten Berechnungen davon ausgegangen werden, dass die im Zuge der PEBB§Y-Fortschreibung 2014 ermittelten Basiszahlen die Ergebnisse der bisherigen Personalbedarfsberechnung grundsätzlich bestätigen. Im richterlichen und staatsanwaltlichen Bereich sowie im gehobenen Dienst zeichnet sich landesweit ein annähernd gleichbleibender Personalbedarf ab...“</i></p> <p>In der 45. Sitzung des Rechtsausschusses vom 10.06.2015 verlieh der Staatssekretär im Justizministerium seiner Zufriedenheit Ausdruck, dass sich nach der Vollerhebung die Personalbedarfe als zutreffend erwiesen hätten (APr 16/924, Seite 41 f.).</p> <p>Tatsächlich ist der Personalbedarf an Richterinnen und Richtern in der ordentlichen Gerichtsbarkeit 2026 gegenüber 2015 jedoch um 200,74 gestiegen (vgl. Vorlage 16/4336 Anlagen).</p> <p>In Bezug auf den richterlichen Dienst trägt der Antrag dem Umstand Rechnung, dass sich der durch die PEBB§Y-Fortschreibung offenkundig gewordene zusätzliche Personalbedarf im richterlichen Dienst auf die Landgerichte konzentriert (vgl. Stellungnahme 16/4288, Seite 4). Der – möglicherweise in Teilen vorübergehenden – besonderen Belastung der Verwaltungsgerichtsbarkeit kann – wie bereits derzeit praktiziert – gegebenenfalls im Wege von Abordnungen Rechnung getragen werden.</p> <p>Die Landesregierung musste in der Vergangenheit auf kritische Nachfragen zur langen Dauer verschiedener Strafverfahren vor dem Rechtsausschuss mehrfach einräumen, dass die Strafkammern zahlreicher Landgerichte in NRW durch die hohe Anzahl von Haftsachen, die aufgrund des Beschleunigungsgebotes vorrangig zu bearbeiten waren, so ausgelastet waren, dass dort aufgelaufene Nicht-Haftsachen regelmäßig über mehrere Jahre nicht oder kaum bearbeitet und verhandelt werden konnten.</p> <p>So ist die <u>durchschnittliche</u> Bearbeitungszeit von Nicht-Haftsachen an den Landgerichten im Landesdurchschnitt von 2010 mit 239 Tagen auf 2015 mit 337 Tagen kontinuierlich um 98 Tage (41 %) spürbar angestiegen (vgl. Vorlagen 16/2927 und 16/3860 Anlage 2):</p>	
--	---	--

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Nicht Haft sachen in Tagen / Land NRW:

2010	2011	2012	2013	2014	2015
239 Tage	257 Tage	267 Tage	274 Tage	306 Tage	337 Tage

Bei den Strafkammern der Landgerichte ist insoweit ein besorgniserregender Zustand zu beklagen, in dem nicht mehr nur die Strafe der Tat nicht mehr auf den Fuß folgt, sondern im Gegenteil immer öfter die lange Verfahrensdauer strafmildernd zugunsten des Täters berücksichtigt werden muss oder aufgrund dessen bereits im Urteil ausgesprochen werden muss, dass ein Teil der Strafe als vollstreckt gilt.

Auch Nicht Haft sachen bei Landgerichten betreffen indes schwere Straftaten und nicht selten auch gefährliche Täter. Die Strafkammern der Landgerichte sind nach § 74 Absatz 1 GVG als erkennende Gerichte des ersten Rechtszuges zuständig für Verbrechen, die nicht zur Zuständigkeit des Amtsgerichts oder des Oberlandesgerichts gehören, sowie für alle Straftaten, bei denen eine höhere Strafe als vier Jahre Freiheitsstrafe oder die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus, allein oder neben einer Strafe, oder in der Sicherungsverwahrung zu erwarten ist oder bei denen die Staatsanwaltschaft in den Fällen des § 24 Abs. 1 Nr. 3 GVG Anklage beim Landgericht erhebt.

Insgesamt ist die durchschnittliche Dauer aller Strafverfahren vor den Landgerichten in Verfahren 1. Instanz, die von 2005 bis 2009 zwischen 5,9 und 6,1 Monaten betragen hat, von 2010 bis 2015 schrittweise von 6,0 auf 7,8 Monate gestiegen

([https://www.justiz.nrw.de/Gerichte\\_Behoerden/zahlen\\_fakten/statistiken/justizgeschaefsstatis-tik/landgerichte/verfahrensdauer/straf\\_1instanz.pdf](https://www.justiz.nrw.de/Gerichte_Behoerden/zahlen_fakten/statistiken/justizgeschaefsstatis-tik/landgerichte/verfahrensdauer/straf_1instanz.pdf)).

Eine vom Justizstaatssekretär in Aussicht gestellte Verschiebung von Richtern aus den Zivilkammern in die Strafkammern (APr 16/881, Seite 37) wäre kontraproduktiv und im Hinblick auf die Rechtssuchenden nicht vertretbar. Denn auch die durchschnittliche Dauer der Zivilverfahren vor den Landgerichten ist in den Verfahren 1. Instanz von 7,9 Monaten im Jahr 2010 bis 2015 kontinuierlich auf 9,7 Monate gestiegen ([https://www.justiz.nrw.de/Gerichte\\_Behoerden/zahlen\\_fakten/statistiken/justiz-geschaefsstatistik/landgerichte/verfahrensdauer/zivil\\_1instanz.pdf](https://www.justiz.nrw.de/Gerichte_Behoerden/zahlen_fakten/statistiken/justiz-geschaefsstatistik/landgerichte/verfahrensdauer/zivil_1instanz.pdf)).

Wer Rechtsfrieden sichern, Gerechtigkeit durchsetzen und für alle Bürgerinnen und Bürger eine effektive Rechtsprechung und zügige Vollstreckung auf hohem Niveau bieten will (APr 15/35, Seite 5, APr 16/41, Seite 8), muss dazu auch das notwendige Personal bereitstellen.

**Änderungsantrag zum Einzelplan 04  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergeb- nis																										
	FDP	<p><b>Kapitel 04 210      Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit</b> <b>Titel 422 02        Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten</b> <b>                         auf Widerruf im Vorbereitungsdienst</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes und Einrichtung von 50 weiteren Planstellen für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst A9 g.D. Rechtspflegeranwärter/innen und Erhöhung der Anzahl der beabsichtigten Einstellungen von 124 um 50 auf 174 Einstellungen von Rechtspflegeranwärter/innen A9 g.D. sowie entsprechende Anpassung des Haushaltsvermerks.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: right;"><b>2016</b></td> <td style="width: 30%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>10.800.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">10.868.300 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>800.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>11.600.600 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Es bedarf dringend der personellen Verstärkung der Staats- und Anwaltschaften in NRW. Nach der Hochrechnung auf der Basis des I. und II. Quartals 2016 liegt der Personalbedarf an Anwälten um 46,59 über der Anzahl der kontingentierten Stellen (Vorlage 16/4336 Anlagen). 2015 war zudem ein Anstieg der Eingänge bei den Staatsanwaltschaften um 38.185 bzw. 3,4% (Vorlage 16/4336, Seite 11) sowie ein Anstieg der Bestände um 4.708 bzw. 3,29% (<a href="https://www.justiz.nrw.de/Gerichte_Behoerden/zahlen_fakten/statistiken/justizgeschaefsstatistik/staatsanwaltschaften/ge_sta.pdf">https://www.justiz.nrw.de/Gerichte_Behoerden/zahlen_fakten/statistiken/justizgeschaefsstatistik/staatsanwaltschaften/ge_sta.pdf</a>) zu verzeichnen.</p>	<b>2017</b>		<b>2016</b>		von	10.800.600 Euro	10.868.300 Euro		um	800.000 Euro			auf	11.600.600 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">SPD</td> <td style="width: 30%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>		<b>2016</b>																											
von	10.800.600 Euro	10.868.300 Euro																											
um	800.000 Euro																												
auf	11.600.600 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

		<p>Die Schaffung von 50 zusätzlichen Stellen für Amtsanwälte in den Haushalten 2014/15 hat zu keiner nachhaltigen Entlastung geführt. Das Hochrechnungsergebnis des Justizministeriums für den amtsanwaltlichen Dienst auf Basis der Ergebnisse des I. und II. Quartals 2016 ergibt bei einem Gesamtpersonalbedarf von 404,59 Stellen bei nunmehr 358 Planstellen eine stellenbasierte Belastungsquote von 113,02 % und eine verwendungsbasierte Belastungsquote von 145,62 %. Damit stellt der amtsanwaltliche Dienst weiterhin die mit Abstand höchstbelastete Laufbahn der Justiz dar.</p> <p>Zurückzuführen sein dürfte dies unter anderem auf die Verlagerung von Kriminalität in die amtsanwaltliche Zuständigkeit. So ist der Bearbeitungsanteil der Amtsanwälte bei den Gesamteingängen zwischen 2009 und 2014 von 47,4% auf 51% gestiegen. Der Bearbeitungsanteil an der allgemeinen Kriminalität ohne Sondersachgebiete hat sich nach Schätzungen von etwa 65 % auf ca. 75% erhöht.</p> <p>Ausgerechnet die mit Abstand am höchsten belastete Laufbahn der nordrhein-westfälischen Justiz, die der Amtsanwälte, ist im Nachtragshaushalt 2016 unberücksichtigt geblieben und hat keinerlei personelle Verstärkung erfahren. Ein Änderungsantrag der FDP-Fraktion zur Verstärkung im Bereich der Amtsanwälte wurde von den Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der CDU-Fraktion abgelehnt (Drs. 16/11712, Seite 10).</p> <p>In der 56. Sitzung des Rechtsausschusses vom 13.04.2016 hat Justizminister Kutschaty dazu ausgeführt (APr 16/1232, Seite 45):</p> <p><i>„Bei der Frage zu den Amtsanwaltsstellen bitte ich zu berücksichtigen, dass wir in den letzten Jahren in einer Runde 20 und in einer andern Runde 30 neue Stellen geschaffen haben. Diese sind erst im letzten Jahr vollständig besetzt worden. Sie sehen daran den entsprechenden Drei-Jahres-Vorlauf. Ganz wesentlich war natürlich für die Landesregierung, Ihnen diese Variante der Stellen im Nachtragshaushalt vorzuschlagen, die möglichst schnell Personal aktiv in den Dienst bringt.“</i></p> <p>Es bedarf daher dringend der personellen Verstärkung der Laufbahn der Amtsanwälte in NRW. Wer im aktuellen Umfeld eine schnelle und effektive Strafverfolgung durch die Staatsanwaltschaften unseres Landes und die schnelle Aburteilung ermittelter Straftäter vor unseren Gerichten sichern will (Vorlage 16/4240, Seite I), kann die Laufbahn der Amtsanwälte nicht außen vor lassen.</p> <p>Zusätzliche 50 Amtsanwälte und Amtsanwältinnen sollen den stark belasteten Amtsanwaltsdienst in NRW verstärken, sind jedoch erst nach erfolgreicher Einführungszeit der Amtsanwaltsanwärter aus</p>	
--	--	---	--

	<p>dem Kreis der Rechtspfleger verfügbar. Die Einführungszeit der Amtsanwaltsanwärter von 15 Monaten beginnt am 2. Januar eines Ausbildungsjahres. Zur Einführungszeit kann eine Beamtin oder ein Beamter zugelassen werden, die oder der die Rechtspflegerprüfung abgelegt hat und nach ihrer oder seiner Persönlichkeit und den bisherigen Leistungen für den Amtsanwaltsdienst besonders geeignet erscheint. Insoweit ist in einem ersten Schritt eine Erhöhung um 50 Anwärterstellen für Rechtspfleger erforderlich, um die nach erfolgreicher Einführungszeit in den Amtsanwaltsdienst wechselnden Rechtspfleger entsprechend zu ersetzen. In einem zweiten Schritt sind zeitlich nachgezogen entsprechende 50 Planstellen für neue Amtsanwälte/Amtsanwältinnen (A 12) zu schaffen. Somit kann der Gesamtpersonalbedarf in Stellen zumindest mittelfristig abgebildet werden.</p>	
--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 04  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	FDP	<p><b>Kapitel 04 210      Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit</b>  <b>Titel 532 36        Sonstige Auslagen in Rechtssachen (einschl. Geld-</b>  <b>                                 belohnungen für die Mitwirkung der Bevölkerung bei</b>  <b>                                 der Aufklärung strafbarer Handlungen, bei der</b>  <b>                                 Festnahme Beschuldigter und bei der</b>  <b>                                 Wiederergreifung entwichener Gefangener)</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">10.965.700 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">8.191.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">10.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">965.700 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Der Antrag dient zusammen mit dem Antrag zu Kapitel 04 210 Titel 546 53 der Gegenfinanzierung der Änderungsanträge zu Kapitel 04 210 Titel 422 01, Kapitel 04 210 Titel 422 02 und Kapitel 04 215 Titel 422 01.</p> <p>Die Ansätze für die Auslagen in Rechtssachen liegen seit 2012 deutlich über den Ist-Ergebnissen (vgl. Vorlagen 16/2248, 16/3328 und 16/4049):  Differenz 2012: 23,6 Mio. €  Differenz 2013: 34,9 Mio. €  Differenz 2014: 20,9 Mio. €  Differenz 2015: 32,2 Mio. €</p>		<b>2017</b>		<b>2016</b>	von	10.965.700 Euro		8.191.000 Euro	um	10.000.000 Euro			auf	965.700 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>		<b>2016</b>																										
von	10.965.700 Euro		8.191.000 Euro																										
um	10.000.000 Euro																												
auf	965.700 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

		<p>Der Haushaltsentwurf sieht gegenüber dem Ist 2015 von 524,6 Mio. € eine weitere Steigerung von 31,4 Mio. € auf 556 Mio. € vor. Dies entspricht dem Ansatz des im Dezember 2015 von den Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen verabschiedeten Haushalts 2016. Die von der FDP-Fraktion in der 3. Lesung des Haushalts- und Finanzausschusses zum Haushalt 2016 beantragte Reduzierung um 7,1 Mio. € wurde von den Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt (Drs. 16/10600, Seite 46 f.). Mit dem 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2016 erfolgte dann doch eine Reduzierung des Ansatzes der Auslagen in Rechtssachen auf Vorschlag der Landesregierung um insgesamt 5 Mio. € (Drs. 16/12117, Seiten 34/35 bzw. 71) sowie auf Vorschlag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen um weitere 5 Mio. € (Drs. 16/12913, Seite 8) auf 546 Mio. €.</p> <p>Der Ansatz der Auslagen in Rechtssachen kann auch im Haushalt 2017 um 10 Mio. € auf 546 Mio. € reduziert werden. Die Auswirkungen des am 01.08.2013 in Kraft getretenen 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes sind mittlerweile hinreichend bekannt. Die Ist-Zahlen jeweils zum 31.05. sowie zum 30.09. bzw. 29.09. der Jahre 2014 bis 2016 (vgl. Vorlagen 16/4049 und 16/4336) belegen eine sehr konstante unterjährige Entwicklung. So lagen die Auslagen in Rechtssachen zum 29.09.2016 mit 402,3 Mio. € um 0,4% über dem Wert zum 30.09.2015 (400,8 Mio. €), welcher wiederum um 0,5% über dem Wert zum 30.09.2014 (398,7 Mio. €) lag. In der 65. Sitzung des Rechtsausschusses hat die Landesregierung am 02.11.2016 sinngemäß erklärt, dass ihr keine Umstände bekannt sind, die einen über dieses Niveau hinaus gehenden Anstieg der Auslagen in Rechtssachen erwarten lassen. Da danach selbst bei einem für 2017 auf 546 Mio. € reduzierten Ansatz der Auslagen in Rechtssachen noch ein „Puffer“ von deutlich mehr als 10 Mio. € verbleibt, kann eine Reduzierung des Ansatzes der Auslagen in Rechtssachen auf das Niveau des 2. Nachtragshaushalts 2016 erfolgen.</p> <p>Die Reduzierung erfolgt zur Vereinfachung in Kapitel 04 210 Titel 532 36. Auf die Haushaltsvermerke 2. und 4. zu den sächlichen Verwaltungsausgaben der Kapitel 04 210, 04 215, 04 220, 04 230, 04 240 und 04 250 wird Bezug genommen.</p>	
--	--	--	--



**Änderungsantrag zum Einzelplan 04  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	FDP	<p><b>Kapitel 04 210      Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit</b> <b>Titel 546 53        Vergütungen an Berufsbetreuer (§ 1836 BGB, § 4 VBVG)</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>232.300.000 Euro</td> <td></td> <td>212.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>10.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>222.300.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Der Antrag dient zusammen mit dem Antrag zu Kapitel 04 210 Titel 532 36 der Gegenfinanzierung der Änderungsanträge zu Kapitel 04 210 Titel 422 01, Kapitel 04 210 Titel 422 02 und Kapitel 04 215 Titel 422 01.</p> <p>Die Aufwandsentschädigungen und Vergütungen an Vormünder, Pfleger und Betreuer sind im Haushaltsentwurf 2017 mit insgesamt 312,8 Mio. € veranschlagt. Gegenüber dem Ist 2015 (240,3 Mio. €) bedeutet dies einen Anstieg von 72,5 Mio. € bzw. 30,2% (vgl. Vorlage 16/4240, Seite 27). Davon sind 33 Mio. € für die Vergütung von Berufsvormündern minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge, deren Zahl mit 16.500 kalkuliert ist, sowie 500 T€ für zusätzliche Ausgaben für Verfahrenspfleger aufgrund der Änderung des PsychKG vorgesehen. Somit verbleibt eine Differenz von 39 Mio. € für die allgemeine Kosten-</p>		<b>2017</b>		<b>2016</b>	von	232.300.000 Euro		212.000.000 Euro	um	10.000.000 Euro			auf	222.300.000 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>		<b>2016</b>																										
von	232.300.000 Euro		212.000.000 Euro																										
um	10.000.000 Euro																												
auf	222.300.000 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

		<p>entwicklung. Für diese wurde für die Jahre 2016 und 2017 eine jährliche Steigerungsrate von circa 8% auf das Ist 2015 angenommen (vgl. Vorlage 16/4336, Seite 8).</p> <p>Nach den letzten bekannten Zahlen entwickeln sich die Ist-Ausgaben nicht in der der Kalkulation der Landesregierung zugrundeliegenden Dynamik (vgl. Vorlage 16/4381, Seiten 2 bis 4). So lag das Ist zum 30.09.2016 mit 193,8 Mio. € lediglich um 3,2% über dem Ist vom 30.09.2015 (187,8 Mio. €), während die Bestandszahlen der Vormundschaften zwischen dem 30.09.2015 und dem 30.06.2016 bereits um 8.678, mithin um etwas über die Hälfte der kalkulierten 16.500, gestiegen sind. Selbst bei Annahme der von der Landesregierung kalkulierten Zahl an Vormundschaften minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge erscheint danach ein Anstieg 2017 um weitere 27% gegenüber dem Ist 2015 nicht plausibel. Dafür spricht auch, dass die unterjährige Ausgabenentwicklung trotz des in absoluten Zahlen 9,7%-igen Anstiegs der Ist-Ausgaben 2015 gegenüber 2014 (240,3 Mio. € zu 219,0 Mio. €) in Relation zu den Gesamtjahres-Ist-Werten jeweils konstant verlaufen ist (30.06.2014: 53,0%; 30.06.2015: 53,6%; 30.09.2014: 78,0%; 30.09.2015: 78,2%).</p> <p>Mithin ist nach derzeitigem Sachstand nicht zu erwarten, dass der Ansatz von 312,8 Mio. € ausgeschöpft werden wird. Selbst nach der beantragten Reduzierung des Ansatzes stehen 2017 mit 302,8 Mio. € dann noch 17,2% mehr zur Verfügung als nach den auf der Basis des Ausgabenstandes zum 30.09.2016 rein rechnerisch zum 31.12.2016 zu erwartenden Ist-Ausgaben (vgl. Vorlage 16/4381, Seite 3). Selbst bei Abzug der für die Vergütung der Berufsvormünder unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge sowie zusätzlicher Ausgaben für Verfahrenspfleger kalkulierten 33,5 Mio. € verblieben 29 Mio. € für die allgemeine Kostenentwicklung, entsprechend einer Steigerungsrate von jeweils circa 6% in 2016 und 2017, die in etwa dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre entspricht (vgl. Vorlage 16/4240, Seite 27), zumal nach Auskunft des Justizministers in der 65. Sitzung des Rechtsausschusses vom 02.11.2016 die Zahl der Betreuungen weiterhin sinkt.</p>	
--	--	--	--

		Die Reduzierung erfolgt zur Vereinfachung in Kapitel 04 210 Titel 546 53. Auf den Haushaltsvermerk 5. zu den sächlichen Verwaltungsausgaben des Kapitels 04 210 wird Bezug genommen.	
--	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 04  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	FDP	<p><b>Kapitel 04 215      Generalstaatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaften</b></p> <p><b>Titel 422 01        Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</b></p> <p>Die Zahl der Planstellen für Oberstaatsanwälte/Oberstaatsanwältinnen der BesGr. R 2 wird von 258 um 21 auf 279 erhöht.</p> <p>Die Zahl der Planstellen für Staatsanwälte/Staatsanwältinnen der BesGr. R 1 wird von 830 um 61 auf 891 erhöht.</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 40%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 40%; text-align: right;"><b>2016</b></td> <td style="width: 10%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>151.551.400 Euro</td> <td style="text-align: right;">146.527.500 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>5.700.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>157.251.400 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Mit dem Antrag wird die Anzahl der Stellen für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte – gegenfinanziert durch Umschichtungen im Justizhaushalt - an den aktuellen nach dem Personalbedarfsberechnungssystem PEBB§Y errechneten Personalbedarf (vgl. Vorlage 16/4336</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>		von	151.551.400 Euro	146.527.500 Euro		um	5.700.000 Euro			auf	157.251.400 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																											
von	151.551.400 Euro	146.527.500 Euro																											
um	5.700.000 Euro																												
auf	157.251.400 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

	<p>Anlage) angepasst. Die 82 Planstellen für Ober-/Staatsanwälte dienen der Verstärkung der stark belasteten Staatsanwaltschaften in NRW. Wer im aktuellen Umfeld eine schnelle und effektive Strafverfolgung durch die Staatsanwaltschaften unseres Landes und die schnelle Aburteilung ermittelter Straftäter vor unseren Gerichten sichern will (Vorlage 16/4240, Seite I), muss neben den Gerichten auch die Ermittlungsbehörden ausreichend personell verstärken. Nach der Hochrechnung auf der Basis des I. und II. Quartals 2016 ist der Personalbedarf an Staatsanwälten seit 2015 um 66,26 gestiegen (Vorlage 16/4336 Anlagen). 2015 war zudem ein Anstieg der Eingänge bei den Staatsanwaltschaften um 38.185 bzw. 3,4% (Vorlage 16/4336, Seite 11) sowie ein Anstieg der Bestände um 4.708 bzw. 3,29% (<a href="https://www.justiz.nrw.de/Gerichte_Behoerden/zahlen_fakten/statistiken/justizgeschaeftsstatistik/staatsanwaltschaften/ge_sta.pdf">https://www.justiz.nrw.de/Gerichte_Behoerden/zahlen_fakten/statistiken/justizgeschaeftsstatistik/staatsanwaltschaften/ge_sta.pdf</a>) zu verzeichnen.</p> <p>Zudem sollen 50 zusätzliche Amtsanwälte und Amtsanwältinnen den Amtsanwaltsdienst verstärken. Die Einführungszeit der Amtsanwaltsanwärter von 15 Monaten beginnt am 2. Januar eines Ausbildungsjahres. Zur Einführungszeit kann eine Beamtin oder ein Beamter zugelassen werden, die oder der die Rechtspflegerprüfung abgelegt hat und nach ihrer oder seiner Persönlichkeit und den bisherigen Leistungen für den Amtsanwaltsdienst besonders geeignet erscheint. Insoweit ist in einem ersten Schritt eine Erhöhung um 50 Anwärterstellen für Rechtspfleger (vgl. dazu den gesonderten Änderungsantrag zu Kapitel 04 210 Titel 422 02) erforderlich, um die nach erfolgreicher Einführungszeit in den Amtsanwaltsdienst wechselnden Rechtspfleger entsprechend zu ersetzen. In einem zweiten Schritt sind zeitlich nachgezogen entsprechende 50 Planstellen für neue Amtsanwälte/Amtsanwältinnen (A 12) zu schaffen.</p>	
--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 05 010      Ministerium</b>  <b>Titel 511 10        Herstellungs- und Versandkosten für die</b>  <b>                                 Bekanntgabe von Vorschriften, Richtlinien,</b>  <b>                                 Empfehlungen, Handreichungen und</b>  <b>                                 einschlägiger Fachliteratur</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">240.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">240.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">106.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">134.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	240.000 Euro	240.000 Euro	um	106.000 Euro		auf	134.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	240.000 Euro	240.000 Euro																							
um	106.000 Euro																								
auf	134.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 05 010      Ministerium</b>  <b>Titel 518 02        Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">69.800 Euro</td> <td style="text-align: center;">69.800 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">39.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">30.800 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	69.800 Euro	69.800 Euro	um	39.000 Euro		auf	30.800 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	69.800 Euro	69.800 Euro																							
um	39.000 Euro																								
auf	30.800 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 05 010      Ministerium</b> <b>Titel 534 00        Ausgaben für die Pflege von</b> <b>                              Auslandsbeziehungen und Förderung der</b> <b>                              politischen Zusammenarbeit</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">60.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">60.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">30.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">30.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	60.000 Euro	60.000 Euro	um	30.000 Euro		auf	30.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	60.000 Euro	60.000 Euro																							
um	30.000 Euro																								
auf	30.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								



**Änderungsantrag zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 05 010      Ministerium</b> <b>Titel 546 03        Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">35.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">35.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">25.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">10.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	35.000 Euro	35.000 Euro	um	25.000 Euro		auf	10.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	35.000 Euro	35.000 Euro																							
um	25.000 Euro																								
auf	10.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 05 010      Ministerium</b>  <b>Titel 547 63        Nicht aufteilbare sächliche</b>  <b>                                 Verwaltungsausgaben</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">580.900 Euro</td> <td style="text-align: right;">580.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">230.900 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">350.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	580.900 Euro	580.900 Euro	um	230.900 Euro		auf	350.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	580.900 Euro	580.900 Euro																							
um	230.900 Euro																								
auf	350.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p><b>Kapitel 05 020 Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 972 20 Globale Minderausgaben durch Abschaffung von VOBASOF</b></p> <p>Ausbringung eines neuen Ansatzes und eines Haushaltsvermerks sowie Reduzierung des Ansatzes.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>Von 0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 1.200.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf - 1.200.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Die Erwirtschaftung des Einsparbeitrags hat durch die Einstellung der VOBASOF-Ausbildung im Einzelplan 05 zu erfolgen.</p> <p><b>Begründung:</b>            Eine 18-monatige berufsbegleitende Ausbildung (VOBASOF) soll in zehn Durchgängen für insgesamt 2.500 Auszubildende den Erwerb eines Lehramts für sonderpädagogische Förderung ermöglichen. Fachverbände haben jedoch dringend z.B. vor einer fehlenden universitären Anbindung gewarnt. Auch werden geplante Auszubildendenzahlen nicht ansatzweise erreicht. Diese qualitativ fragwürdige Ausbildung wird gestrichen und pauschal werden Mittel anteilig für das Haushaltsjahr 2017 von 1,2 Mio. Euro abgesetzt.</p>	<b>2017</b>	<b>2016</b>	Von 0 Euro	0 Euro	um 1.200.000 Euro		auf - 1.200.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>	<b>2016</b>																				
Von 0 Euro	0 Euro																				
um 1.200.000 Euro																					
auf - 1.200.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2017  
Sachhaushalt**

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag- steller (Frak- tion/en)	Antrag	Abstimmungsergeb- nis																						
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 05 072      Landesförderungen der Weiterbildung</b> <b>Titel 633 20        Zuweisungen für zertifizierte Einrichtungen der Weiterbildung in der Trägerschaft der Gemeinden</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">46.701.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">44.197.300 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">2.458.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">49.159.600 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b></p> <p>Anpassung des Konsolidierungsbeitrags gemäß § 16 Abs. 4 HHG von 5% auf Null.</p> <p><b><i>Anmerkung: Dies macht eine Änderung von § 16 HHG Abs. 4 erforderlich.</i></b></p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	46.701.600 Euro	44.197.300 Euro	um	2.458.000 Euro		auf	49.159.600 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table> <p style="text-align: center;">- entfällt -</p>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	46.701.600 Euro	44.197.300 Euro																							
um	2.458.000 Euro																								
auf	49.159.600 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05 zum Haushaltsgesetz 2017  
Sachhaushalt**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 05 072 Landesförderungen der Weiterbildung</b>  <b>Titel 684 10 Zuweisungen für zertifizierte Einrichtungen der Weiterbildung in anderer Trägerschaft</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">48.234.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">45.717.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">2.538.700 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">50.773.200 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b></p> <p>Aussetzung des Konsolidierungsbeitrags gemäß § 16 Abs. 4 HHG von 5% auf Null.</p> <p><b><i>Anmerkung: Dies macht eine Änderung von § 16 HHG Abs. 4 erforderlich.</i></b></p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	48.234.500 Euro	45.717.100 Euro	um	2.538.700 Euro		auf	50.773.200 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table> <p>- entfällt -</p>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	48.234.500 Euro	45.717.100 Euro																							
um	2.538.700 Euro																								
auf	50.773.200 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2017  
Sachhaushalt**

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Frak- tion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 05 075      Zentren für schulpraktische Lehrerbildung</b>  <b>Titel 422 10        Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Rich-  terinnen und Richter</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p style="text-align: center;"><b>2017</b> <span style="float: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></span></p> <p>von 118.195.400 Euro <span style="float: right;">116.811.200 Euro</span>  um 3.545.862 Euro  auf 121.741.262 Euro</p> <p><b><u>Begründung:</u></b>  Durch eine Erhöhung des Baransatzes um 3% wird die Verbesserung der Betreuungsrelation der ZfSL für die Durchführung des Praxissemesters der Lehramtsstudierenden erhöht. Die Mittel sind den Titeln 422 01 der Kapitel 05 310 - 05 410 durch Absetzen von der Ausgabe pauschal zu erstatten.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>SPD            nein  CDU            nein  GRÜNE        nein  FDP            nein  PIRATEN        ja</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 05 075      Zentren für schulpraktische Lehrerbildung</b>  <b>Titel 527 01      Reisekostenvergütungen für Dienstreisen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">4.179.100 Euro</td> <td style="text-align: right;">4.600.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.200.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">2.979.100 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	4.179.100 Euro	4.600.000 Euro	um	1.200.000 Euro		auf	2.979.100 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	4.179.100 Euro	4.600.000 Euro																							
um	1.200.000 Euro																								
auf	2.979.100 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p><b>Kapitel 05 077      Qualitäts- und UnterstützungsAgentur - Landesinstitut für Schule (QUA-LiS NRW)</b></p> <p><b>Titel 422 01        Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von 7.868.900 Euro</td> <td>7.776.700 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 1.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 6.368.900 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Notwendigkeit einer Einrichtung eines neuen Landesinstituts ist höchst zweifelhaft. Die Aufgabenwahrnehmung, die der Arbeit des Instituts zugrunde liegt, müsste eigentlich durch bestehende Strukturen geleistet werden. Da inzwischen jedoch eine Vielzahl für das Schulleben unerlässlicher Aufgaben in das Landesinstitut verlagert wurde, ist eine vollständige Streichung des Kapitels nicht sinnvoll. Allerdings ist hier ein massiver Stellenaufwuchs erfolgt, gleichzeitig sind laut Ministerium 26 Stellen mit einem Jahresgesamtvolumen von 1,5 Millionen Euro nicht besetzt. Die 26 Stellen werden gestrichen.</p>	<b>2017</b>	<b>2016</b>	von 7.868.900 Euro	7.776.700 Euro	um 1.500.000 Euro		auf 6.368.900 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>	<b>2016</b>																				
von 7.868.900 Euro	7.776.700 Euro																				
um 1.500.000 Euro																					
auf 6.368.900 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				



**Änderungsantrag zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 05 077      Qualitäts- und UnterstützungsAgentur - Landesinstitut für Schule (QUA-LiS NRW)</b></p> <p><b>Titel 531 10        Öffentlichkeitsarbeit</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">50.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">50.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">15.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">35.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	50.000 Euro	50.000 Euro	um	15.000 Euro		auf	35.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	50.000 Euro	50.000 Euro																							
um	15.000 Euro																								
auf	35.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 05 300      Schulen gemeinsam</b> <b>Titel 462 00        Globale Minderausgabe</b></p> <p>1500 Stellen sind kw. Realisierung erfolgt ausschließlich durch Substitu- tion administrativer Tätigkeiten von Lehrerinnen und Lehrern sowie Schul- leitungen durch Schulverwaltungsassistenten/innen.</p> <p>Ausbringung eines neuen Titels und Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: right;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">75.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">-75.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Von Lehrern und Lehrerinnen wird eine Vielzahl nicht pädagogischer Leis- tungen erbracht. Diese binden die Lehrkraft, kommen den Kindern und Jugendlichen aber nicht in Form von Betreuung, Erziehung und Unterricht zugute. Schulverwaltungsassistenten/innen werden die Lehrenden zu wichtigen Teilen von diesen bürokratischen Aufgaben entlasten. Es wer- den gleichzeitig 1500 Stellen für Schulverwaltungsassistenten/innen ge- schaffen (vgl. Kapitel 05 300 TG 63).</p>	<b>2017</b>		<b>2016</b>	von	0 Euro	0 Euro	um	75.000.000 Euro		auf	-75.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>		<b>2016</b>																							
von	0 Euro	0 Euro																							
um	75.000.000 Euro																								
auf	-75.000.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p><b>Kapitel 05 300      Schulen gemeinsam</b>  <b>Titel 526 01      Sachverständige</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von 292.000 Euro</td> <td>292.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 100.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 192.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Der Erläuterungsband legt dar, dass im Bereich der Unterrichtsversorgung wissenschaftliche Untersuchungen eine verstärkte sozialindizierte Steuerung der Ressourcen in den Blick genommen werden soll. Dies kann durchaus sinnvoll sein. Allerdings haben weitergehende Erläuterungen des Ministeriums darüber hinaus verdeutlicht, dass sich Untersuchungen auch erneut mit der Frage des Unterrichtsausfalls befassen sollen. Hierbei werden jedoch keine, ggf. inhaltlich fragwürdigen Studien benötigt, die von der wirklichen Aufgabe, nämlich einer ganzjährigen, schulscharfen Erfassung des Unterrichtsausfalls ablenken sollen. Diese muss zeitnah eingeführt werden. Daher wird der Titel um 100.000 € abgesenkt, die Mittel kommen der allgemeinen Haushaltskonsolidierung zugute.</p>	<b>2017</b>	<b>2016</b>	von 292.000 Euro	292.000 Euro	um 100.000 Euro		auf 192.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>	<b>2016</b>																				
von 292.000 Euro	292.000 Euro																				
um 100.000 Euro																					
auf 192.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p><b>Kapitel 05 300      Schulen gemeinsam</b>  <b>Titelgruppe 63      Schulverwaltungsassistenz</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von      11.636.900 Euro</td> <td>11.563.600    Euro</td> </tr> <tr> <td>um      44.926.700 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf      56.563.600 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Schulverwaltungsassistenten/innen sollen Lehrerinnen und Lehrer sowie Schulleitungen bei der Erfüllung „nichtunterrichtlicher Aufgaben“ entlasten. So können die Pädagogen sich stärker auf die Erteilung des Unterrichts konzentrieren. Zudem können fachfremde Tätigkeiten die Lehrenden demotivieren. Da Lehrkräfte ihrem höheren Bildungsabschluss entsprechend entlohnt werden, wird durch die Ausweitung der Schulverwaltungsassistenz eine sinnvolle Entlastung der Schulen herbeigeführt und gleichzeitig ein Konsolidierungsbeitrag erbracht.</p>	<b>2017</b>	<b>2016</b>	von      11.636.900 Euro	11.563.600    Euro	um      44.926.700 Euro		auf      56.563.600 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>	<b>2016</b>																				
von      11.636.900 Euro	11.563.600    Euro																				
um      44.926.700 Euro																					
auf      56.563.600 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 05  
im Haushalts- und Finanzausschuss zum Haushaltsgesetz 2017**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																										
	CDU	<p><b>Kapitel 05 300      Schulen gemeinsam</b></p> <p>Aufnahme einer neuen Titelgruppe:  <b>Titelgruppe 67      Erhebung des Unterrichtsausfalls</b></p> <p>Aufnahme eines neuen Titels:  <b>Titel 633 67      Zuweisungen an Gemeinden</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">-</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: center;">-</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">8.000.000</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: center;">-</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">8.000.000</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: center;">-</td> </tr> </table> <p>Aufnahme eines neuen Titels  <b>Titel 547 67      Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">-</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: center;">-</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">200.000</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: center;">-</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">200.000</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: center;">-</td> </tr> </table>		<b>2017</b>		<b>2016</b>	von	-	Euro	-	um	8.000.000	Euro	-	auf	8.000.000	Euro	-		<b>2017</b>		<b>2016</b>	von	-	Euro	-	um	200.000	Euro	-	auf	200.000	Euro	-	<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>		<b>2016</b>																																										
von	-	Euro	-																																										
um	8.000.000	Euro	-																																										
auf	8.000.000	Euro	-																																										
	<b>2017</b>		<b>2016</b>																																										
von	-	Euro	-																																										
um	200.000	Euro	-																																										
auf	200.000	Euro	-																																										
SPD	nein																																												
CDU	ja																																												
GRÜNE	nein																																												
FDP	Enth.																																												
PIRATEN	nein																																												

		<p><b>Begründung:</b></p> <p>Unter Unterrichtsausfall leiden vor allem die schwächeren Schülerinnen und Schüler. Es ist eine Problematik, die durch transparentes Handeln der Landesregierung bekämpft werden muss. Bisher gab es zur Erfassung des ausfallenden Unterrichts nur Stichproben. Diese hatten Ergebnisse, die für die interessierte Öffentlichkeit und vor allem die betroffenen Eltern und Lehrer nicht nachvollziehbar waren.</p> <p>Daher ist es notwendig, den Unterrichtsausfall schulscharf zu erheben, um durch den genauen Überblick bessere Maßnahmen zur Gegensteuerung ergreifen zu können. Hierfür sollen diejenigen Schulen, die noch keine digitalen Möglichkeiten zur exakten Feststellung des Unterrichtsausfalls haben, mit der entsprechenden Software ausgestattet werden.</p> <p>Auf Seiten der Schulaufsicht soll eine Schnittstelle zur Erfassung und Auswertung der durch die Schulen gelieferten Ergebnisse eingerichtet werden. Hierfür sollen insgesamt 8,2 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Davon entfallen auf ca. 4.000 Schulen Kosten für die Anschaffung der Software von durchschnittlich 2.000 Euro sowie 200.000 Euro auf die Ausstattung der Schnittstelle.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des An- trags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis																															
	SPD Grüne	<p><b>Kapitel 05 300      Schule gemeinsam</b>  <b>Titelgruppe 72      Offene Ganztagschule im Primarbereich</b>  <b>Titel 633 72          Zuweisungen an Gemeinden und Ge-</b>  <b>meindeverbände</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>301.060.400 Euro</td> <td style="text-align: right;">274.919.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>6.220.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>307.280.400 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">von</td> <td style="width: 45%;">228.568.500 Euro</td> <td style="width: 40%; text-align: right;">215.796.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>3.110.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>231.678.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b>  Die Offene Ganztagschule leistet hervorragende Arbeit bei der Verzahnung von Schule und Jugendhilfe. Um die Träger in ihrer Arbeit zu unterstützen, soll die Förderpauschale für andere Betreuungsformen eine Erhöhung um jährlich 2.000 Euro pro Offene Ganztagschule erfahren. Diese Erhöhung soll durch die Kommunen zu 100 Prozent an die Träger der OGS weitergeleitet werden. Sie soll zur Finanzierung von Sach- und/oder Personalkosten, auch zur Durchfüh-</p>	<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	301.060.400 Euro	274.919.100 Euro	um	6.220.000 Euro		auf	307.280.400 Euro		von	228.568.500 Euro	215.796.500 Euro	um	3.110.000 Euro		auf	231.678.500 Euro		<p><b>angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																																
von	301.060.400 Euro	274.919.100 Euro																																
um	6.220.000 Euro																																	
auf	307.280.400 Euro																																	
von	228.568.500 Euro	215.796.500 Euro																																
um	3.110.000 Euro																																	
auf	231.678.500 Euro																																	
SPD	ja																																	
CDU	Enth.																																	
GRÜNE	ja																																	
FDP	Enth.																																	
PIRATEN	nein																																	

		rung von Ferienangeboten genutzt werden. Die Erhöhung wird zunächst auf drei Jahre befristet. Eine begleitende Evaluation der Maßnahmen in unterrichtsfreien Zeiten soll erfolgen.	
--	--	--	--



**Änderungsantrag zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 05 300      Schule gemeinsam</b>  <b>Titel 633 72        Zuweisung an Gemeinden und</b>  <b>                           Gemeindeverbände</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">301.060.400 Euro</td> <td style="text-align: right;">274.919.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">30.760.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">331.820.400 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b></p> <p>Die Zuweisungen zur Förderung der Offenen Ganztagschulen reichen nicht aus, um die erforderliche pädagogische Qualität und die angemessene Bezahlung qualifizierten Personals zu gewährleisten. Viele Kommunen setzen deshalb freiwillig zusätzliche Mittel ein. Aber auch freie Träger setzen eigene Mittel ein, um ihre Einrichtungen des offene Ganztags aufrecht zu erhalten. Als Beitrag zur Sicherung der Bildungsangebote und zur Qualitätsentwicklung der offenen Ganztagschulen ist die Landesförderung um 100 Euro pro Platz und Jahr zu erhöhen.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	301.060.400 Euro	274.919.100 Euro	um	30.760.000 Euro		auf	331.820.400 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	301.060.400 Euro	274.919.100 Euro																							
um	30.760.000 Euro																								
auf	331.820.400 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 05 300      Schule gemeinsam</b>  <b>Titel 633 72        Zuweisung an Gemeinden und</b>  <b>                           Gemeindeverbände</b></p> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 35%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">228.568.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">215.769.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">23.353.344 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">251.921.844 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b></p> <p>Anpassung der Verpflichtungsermächtigung im Zuge der Anhebung der Landesförderung für die Offenen Ganztagschulen um 100 Euro pro Platz und Jahr zur Sicherung der Bildungsangebote und zur Qualitätsentwicklung.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	228.568.500 Euro	215.769.500 Euro	um	23.353.344 Euro		auf	251.921.844 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	228.568.500 Euro	215.769.500 Euro																							
um	23.353.344 Euro																								
auf	251.921.844 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 05 300      Schule gemeinsam</b>  <b>Titelgruppe 62      Medienberatung NRW, Lehren und Lernen in der</b>  <b>                                 digitalen Welt</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 35%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">324.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">324.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">350.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">674.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b></p> <p>a) Zur Information und für den Austausch zum Thema „Lehren und Lernen in der digitalen Welt“ zu steigern sind in allen Regierungsbezirken regionale Veranstaltungen hierzu durchzuführen.</p> <p>b) Entsprechend der Empfehlungen des Berichts der Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der Länder und des Bundes zu Open Educational Resources (OER) vom 27.01.2015 sind geeignete Maßnahmen zur Sensibilisierung für die Potentiale von</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	324.600 Euro	324.600 Euro	um	350.000 Euro		auf	674.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	324.600 Euro	324.600 Euro																							
um	350.000 Euro																								
auf	674.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

		OER sowie zur Förderung des Erkenntnisstands zu OER zu ergreifen. Hierfür ist eine zentrale Veranstaltung auszurichten. Zudem ist ein Wettbewerb durchzuführen, bei dem Preise für besonders gelungenen Materialien unter freier Lizenz ausgelobt werden. Die Prämierung soll im Rahmen der zentralen OER-Veranstaltung erfolgen.	
--	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p><b>Kapitel 05 300      Schule gemeinsam</b>  <b>Titelgruppe 82      Schulentwicklungsfonds</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von 1.256.300 Euro</td> <td>1.156.300 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 100.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.156.300 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>In Titelgruppe 82 wird Nr. 8 „Zukunftsschulen NRW - Netzwerk Lernkultur individuelle Förderung“ von 180.000 auf 80.000 € abgesenkt. Generell wären die Stärkung individueller Förderung, der Begabtenförderung oder der inhaltlich-qualitative Austausch von Schulen sehr zu begrüßen. Das Netzwerk fußt jedoch nicht auf einer qualitativen Basis. So kritisierte die eigene Schulaufsicht das Schulministerium öffentlich, dass Schulen im Netzwerk „Zukunftsschulen“ nicht durch von der Qualitätsanalyse erhobene Daten zu Referenzschulen würden, sondern durch Selbsteinschätzung. Hier soll davon abgelenkt werden, dass Rot-Grün keine wirklichen Anstrengungen zur individuellen Förderung oder zur Begabtenförderung unternimmt. Um weiterhin Austausch der Schulen zu ermöglichen, verbleiben 80.000 €.</p>	<b>2017</b>	<b>2016</b>	von 1.256.300 Euro	1.156.300 Euro	um 100.000 Euro		auf 1.156.300 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>	<b>2016</b>																				
von 1.256.300 Euro	1.156.300 Euro																				
um 100.000 Euro																					
auf 1.156.300 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 05 310      Öffentliche Grundschulen</b>  <b>Titel 422 01      Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von 1.388.830.300 Euro</td> <td style="text-align: center;">1.344.971.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 611.829 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.389.442.129 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b>  Durch eine Erhöhung des Baransatzes um 3% wird die Verbesserung der Betreuungsrelation der ZfSL für die Durchführung des Praxissemesters der Lehramtsstudierenden erhöht. Die Mittel sind den Titeln 422 01 der Kapitel 05 310 - 05 410 durch Absetzen von der Ausgabe pauschal zu erstatten.</p>	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von 1.388.830.300 Euro	1.344.971.100 Euro	um 611.829 Euro		auf 1.389.442.129 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																				
von 1.388.830.300 Euro	1.344.971.100 Euro																				
um 611.829 Euro																					
auf 1.389.442.129 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
PIRATEN	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 05 320 Öffentliche Hauptschulen</b>  <b>Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von 221.925.200 Euro</td> <td>243.031.700 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 205.656 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 222.130.856 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Durch eine Erhöhung des Baransatzes um 3% wird die Verbesserung der Betreuungsrelation der ZfSL für die Durchführung des Praxissemesters der Lehramtsstudierenden erhöht. Die Mittel sind den Titeln 422 01 der Kapitel 05 310 - 05 410 durch Absetzen von der Ausgabe pauschal zu erstatten.</p>	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von 221.925.200 Euro	243.031.700 Euro	um 205.656 Euro		auf 222.130.856 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																				
von 221.925.200 Euro	243.031.700 Euro																				
um 205.656 Euro																					
auf 222.130.856 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
PIRATEN	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 05 330 Öffentliche Realschulen</b>  <b>Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von 511.772.900 Euro</td> <td>510.832.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 253.644 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 512.026.544 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Durch eine Erhöhung des Baransatzes um 3% wird die Verbesserung der Betreuungsrelation der ZfSL für die Durchführung des Praxissemesters der Lehramtsstudierenden erhöht. Die Mittel sind den Titeln 422 01 der Kapitel 05 310 - 05 410 durch Absetzen von der Ausgabe pauschal zu erstatten.</p>	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von 511.772.900 Euro	510.832.500 Euro	um 253.644 Euro		auf 512.026.544 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																				
von 511.772.900 Euro	510.832.500 Euro																				
um 253.644 Euro																					
auf 512.026.544 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
PIRATEN	ja																				



## Änderungsantrag zum Haushaltsgesetz 2017

### Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p><b>Kapitel 05 340 Öffentliche Gymnasien</b>  <b>Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</b></p> <p>Einrichtung von 255 Stellen der Besoldungsgruppe A13 und 258 Stellen der Besoldungsstelle A14</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von 1.641.646.400 Euro</td> <td>1.595.686.800 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 20.309.600 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.661.956.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Als Folge des Wegfalls des doppelten Abiturjahrgangs eröffnete sich die Chance, die Gymnasien zu stärken und z.B. auch im Vergleich mit den strukturell begünstigten Sekundarschulen zu unterstützen. Rot-Grün hat die Stellen abgebaut. Den Gymnasien soll – auch aufgrund der Kienbaum-lücke – dennoch durchschnittlich eine Stelle zusätzlich bereitgestellt werden. Die Zuweisung der Stellenanteile wird nach Schulgrößen gestaffelt erfolgen, wobei kleinen Gymnasien mindestens eine halbe Stelle zur Verfügung gestellt werden soll. Über Jahre bestanden insgesamt 627 Gymnasien. Eine Stelle wird hierbei mit 50.000 Euro valuiert.</p>	<b>2017</b>	<b>2016</b>	von 1.641.646.400 Euro	1.595.686.800 Euro	um 20.309.600 Euro		auf 1.661.956.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>	<b>2016</b>																				
von 1.641.646.400 Euro	1.595.686.800 Euro																				
um 20.309.600 Euro																					
auf 1.661.956.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 05 340 Öffentliche Gymnasien</b>  <b>Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von 1.641.646.400 Euro</td> <td>1.595.686.800 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 1.274.646 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.642.921.046 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b>  Durch eine Erhöhung des Baransatzes um 3% wird die Verbesserung der Betreuungsrelation der ZfSL für die Durchführung des Praxissemesters der Lehramtsstudierenden erhöht. Die Mittel sind den Titeln 422 01 der Kapitel 05 310 - 05 410 durch Absetzen von der Ausgabe pauschal zu erstatten.</p>	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von 1.641.646.400 Euro	1.595.686.800 Euro	um 1.274.646 Euro		auf 1.642.921.046 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																				
von 1.641.646.400 Euro	1.595.686.800 Euro																				
um 1.274.646 Euro																					
auf 1.642.921.046 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
PIRATEN	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis																		
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 05 350</b>      <b>Öffentliche Sekundarschulen</b>  <b>Titel 422 01</b>        <b>Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">von 155.031.900 Euro</td> <td style="text-align: center;">135.193.700 Euro</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">um 15.849 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">auf 155.047.749 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b>  Durch eine Erhöhung des Baransatzes um 3% wird die Verbesserung der Betreuungsrelation der ZfSL für die Durchführung des Praxissemesters der Lehramtsstudierenden erhöht. Die Mittel sind den Titeln 422 01 der Kapitel 05 310 - 05 410 durch Absetzen von der Ausgabe pauschal zu erstatten.</p>	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von 155.031.900 Euro	135.193.700 Euro	um 15.849 Euro		auf 155.047.749 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																				
von 155.031.900 Euro	135.193.700 Euro																				
um 15.849 Euro																					
auf 155.047.749 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
PIRATEN	ja																				



		lung bei den Klassengrößen auch einen weiteren Differenzierungszuschlag, der laut MSW 55 Stellen umfasst. In Anbetracht der massiven rot-grünen Verschuldung und im Sinne der Generationengerechtigkeit ist eine solche Doppelprivilegierung nicht zu rechtfertigen. Daher werden die 55 Stellen gestrichen.	
--	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p><b>Kapitel 05 350      Öffentliche Sekundarschulen</b> <b>Titelgruppe 60      Modellversuch "Längeres gemeinsames Lernen/ Öffentliche Gemeinschaftsschule"</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von 18.625.600 Euro</td> <td>18.299.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 5.300.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 13.325.600 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Gemeinschaftsschulen erhalten umfängliche Privilegien. Hierzu zählen u.a. ein Versuchszuschlag (5 Stellen), Stellen für einen Differenzierungszuschlag (6 Stellen). Auch sind die Klassenfrequenzrichtwerte mit 24 niedriger als an Sekundarschulen mit 25, noch deutlicher im Vergleich zu Realschulen, aus denen die Schulen u.a. hervorgegangen sind (54 Stellen). An Realschulen beträgt die Unterrichtsverpflichtung 28 Stunden, hier jedoch nur 25,5 Stunden (41 Stellen). Die zusätzlichen Privilegien werden gestrichen. Die 106 Stellen werden jeweils mit 50.000 € valuiert.</p>	<b>2017</b>	<b>2016</b>	von 18.625.600 Euro	18.299.200 Euro	um 5.300.000 Euro		auf 13.325.600 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>	<b>2016</b>																				
von 18.625.600 Euro	18.299.200 Euro																				
um 5.300.000 Euro																					
auf 13.325.600 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	FDP	<p><b>Kapitel 05 350 Öffentliche Sekundarschulen</b>  <b>Titelgruppe 61 Modellversuch "Primus"</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">7.556.400 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">7.443.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.600.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">5.956.400 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Der Modellversuch „Primus“ stellt einen weiteren Weg zur leistungslosen Einheitsschule dar. Die Schulen werden mit umfangreichen Privilegien ausgestattet. Laut Ministerium für Schule und Weiterbildung handelt es sich um einen Unterschied von 3 Stellen für den Versuchszuschlag, bei einem Vergleich zu den Parametern der Grundschulen um 7 Stellen sowie in der Sek I im Vergleich zu Gesamtschulen um 22 Stellen. Aus Fairnessgründen gegenüber anderen Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern sowie den Eltern werden diese Privilegien gestrichen. Dabei wird eine Stelle mit 50.000 Euro valuiert.</p>		<b>2017</b>		<b>2016</b>	von	7.556.400 Euro		7.443.000 Euro	um	1.600.000 Euro			auf	5.956.400 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>		<b>2016</b>																										
von	7.556.400 Euro		7.443.000 Euro																										
um	1.600.000 Euro																												
auf	5.956.400 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis																		
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 05 360</b>      <b>Öffentliche Weiterbildungskollegs</b>  <b>Titel 422 01</b>        <b>Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von 79.720.700 Euro</td> <td>72.992.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 15.423 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 79.736.123 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b>  Durch eine Erhöhung des Baransatzes um 3% wird die Verbesserung der Betreuungsrelation der ZfSL für die Durchführung des Praxissemesters der Lehramtsstudierenden erhöht. Die Mittel sind den Titeln 422 01 der Kapitel 05 310 - 05 410 durch Absetzen von der Ausgabe pauschal zu erstatten.</p>	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von 79.720.700 Euro	72.992.100 Euro	um 15.423 Euro		auf 79.736.123 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																				
von 79.720.700 Euro	72.992.100 Euro																				
um 15.423 Euro																					
auf 79.736.123 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
PIRATEN	ja																				



**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 05 380 Öffentliche Gesamtschulen</b>  <b>Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 45%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>1.047.447.100 Euro</td> <td>957.137.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>409.599 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>1.047.856.699 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b>  Durch eine Erhöhung des Baransatzes um 3% wird die Verbesserung der Betreuungsrelation der ZfSL für die Durchführung des Praxissemesters der Lehramtsstudierenden erhöht. Die Mittel sind den Titeln 422 01 der Kapitel 05 310 - 05 410 durch Absetzen von der Ausgabe pauschal zu erstatten.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	1.047.447.100 Euro	957.137.100 Euro	um	409.599 Euro		auf	1.047.856.699 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	1.047.447.100 Euro	957.137.100 Euro																							
um	409.599 Euro																								
auf	1.047.856.699 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2017  
Personalhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p><b>Kapitel 05 380 Öffentliche Gesamtschulen – Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von 1.047.447.100 Euro</td> <td style="text-align: right;">957.137.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 800.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.046.647.100 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Bei der Laborschule Bielefeld handelt es sich um einen sehr langwierigen Modellversuch. Die – nicht unumstrittenen – Ergebnisse werden jedoch nicht auf der Basis eines Vergleichs der tatsächlichen durchschnittlichen Personalausstattung der Schulen erzielt. Die Laborschule erhält zum Ausgleich für Gruppenbildung, Entwicklungs- und Erprobungsaufgaben 16 zusätzliche Stellen. Um Chancengerechtigkeit und eine tatsächliche Vergleichbarkeit auf der Basis realistischer Schulbedingungen zwischen den Schulen zu ermöglichen, sollten in Jahrestanchen jeweils 4 Stellen abgebaut werden. Da dies in den letzten Haushaltsjahren nicht erfolgt ist, werden nun alle 16 Stellen abgebaut. Jede Stelle wird hierbei mit 50.000 € valuiert.</p>	<b>2017</b>	<b>2016</b>	von 1.047.447.100 Euro	957.137.100 Euro	um 800.000 Euro		auf 1.046.647.100 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>	<b>2016</b>																				
von 1.047.447.100 Euro	957.137.100 Euro																				
um 800.000 Euro																					
auf 1.046.647.100 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Personalhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
	SPD Grüne	<p><b>Kapitel 05 390 Inklusion, sonderpädagogische Förderung an allgemeinen Schulen, an öffentlichen Förderschulen und an Schulen für Kranke</b></p> <p><b>Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>2017</b></p> <p style="text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></p> <p>von 865.148.800 Euro um 4.583.300 Euro auf 869.732.100 Euro</p> <p style="text-align: right;">798.132.700 Euro</p> <p>Erhöhung der Planstellenzahl</p> <p>von 15.078 Bes. Gr. A 13 Sonderschullehrer/Sonderschullehrerin</p> <p>um 100 Bes. Gr. A 13 Sonderschullehrer/Sonderschullehrerin</p> <p>auf 15.178 Bes. Gr. A 13 Sonderschullehrer/Sonderschullehrerin</p> <p><b><u>Begründung:</u></b></p> <p>Das Stellenbudget für Lern- und Entwicklungsstörungen wird von 10.028 Stellen um 100 Stellen auf 10.128 Stellen erhöht.</p>	<p><b>angenommen</b></p> <p>SPD ja CDU Enth. GRÜNE ja FDP Enth. PIRATEN nein</p>

		<p>Mit dieser Aufstockung soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass der Ressourcenbedarf für die intensivpädagogische Förderung im Bereich der Lern- und Entwicklungsstörungen (Mehrbedarf II des Stellenbudgets) aufgrund des in diesem Bereich besonders schwierigen Transformationsprozesses höher ist als ursprünglich bei der Bildung des Stellenbudgets angenommen.</p> <p>Bei der Bemessung des Mehrbedarfs II wurden die Verhältnisse des Schuljahres 2012/13 zu Grunde gelegt. Inzwischen zeigt sich jedoch, dass ein höherer Bedarf an intensivpädagogischer Förderung im Bereich Emotionale und soziale Entwicklung besteht. Diese zusätzlichen Stellen sollen den entsprechenden Schulen als sog. Mehrbedarf II aus dem Stellenbudget für Lern- und Entwicklungsstörungen zugewiesen werden.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis								
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 05 390</b>      <b>Inklusion, sonderpädagogische Förderung an öffentlichen allgemeinen Schulen, an öffentlichen Förderschulen und an Schulen für Kranke</b></p> <p><b>Titel 422 01</b>        <b>Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von 865.148.800 Euro</td> <td>798.132.700 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 382.179 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 865.530.979 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b> Durch eine Erhöhung des Baransatzes um 3% wird die Verbesserung der Betreuungsrelation der ZfSL für die Durchführung des Praxissemesters der Lehramtsstudierenden erhöht. Die Mittel sind den Titeln 422 01 der Kapitel 05 310 - 05 410 durch Absetzen von der Ausgabe pauschal zu erstatten.</p>	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von 865.148.800 Euro	798.132.700 Euro	um 382.179 Euro		auf 865.530.979 Euro		erledigt durch Annahme des weitergehenden Änderungsantrags SPD/GRÜNE
<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>										
von 865.148.800 Euro	798.132.700 Euro										
um 382.179 Euro											
auf 865.530.979 Euro											

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 05 390 Inklusion, sonderpädagogische Förderung an öffentlichen allgemeinen Schulen, an öffentlichen Förderschulen und an Schulen für Kranke</b></p> <p><b>Titel 633 20 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b></p> <p><b>Anbringung eines Haushaltsvermerks:</b></p> <p>„Siehe Deckungsvermerk bei Titel 633 76.“</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Ausbringung des Deckungsvermerks ermöglicht die gemäß § 1 Absatz 8 und § 2 Absatz 7 des Gesetzes zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion (InkFöG) vorgesehene Anpassung.</p>	<p><b>angenommen</b></p> <p>SPD ja            CDU Enth.            GRÜNE ja            FDP Enth.            PIRATEN nein</p>



		<p>sonals der Schulträger im Rahmen der Inklusion, bei den betrachteten Kommunen voraussichtlich überschritten ist. Durch Umschichtung aus den auskömmlichen Mitteln für schulische Sachkosten (§ 1 InkFöG, 5 Millionen aus Korb I) und Erhöhung des Baransatzes werden die Kommunen unterstützt, um durch den flankierenden Einsatz von nicht lehrendem Personal einem Anstieg der Kosten für Integrationshilfe gem. SGB VIII und SGB XII gegenzusteuern. Damit wird auch einer Forderung der Kommunalen Spitzenverbände Rechnung getragen.</p> <p>Korrespondenzvermerk zum Haushaltsvermerk (neu) bei Kapitel 05 390 Kapitel 633 20.</p>	
--	--	--	--



**Änderungsantrag zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 05 390 Inklusion, sonderpädagogische Förderung an öffentlichen allgemeinen Schulen, an öffentlichen Förderschulen und an Schulen für Kranke</b></p> <p><b>Titelgruppe 76 Inklusionspauschale</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">10.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">10.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">10.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">20.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Der zweite Bericht über die Ergebnisse der Evaluierung des Gesetz zur Förderung der kommunalen Aufwendungen für die schulische Inklusion in Nordrhein-Westfalen gibt Hinweise darauf, dass die Inklusionspauschale in ihrer bisherigen Höhe den tatsächlichen Aufwendungen der Kommunen für die Unterstützung der Schulen des Gemeinsamen Lernens durch nicht lehrendes Personal im Dienst der Kommunen nicht entspricht. Der</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	10.000.000 Euro	10.000.000 Euro	um	10.000.000 Euro		auf	20.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	10.000.000 Euro	10.000.000 Euro																							
um	10.000.000 Euro																								
auf	20.000.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

		Forderung der Kommunalen Spitzenverbände folgend ist sie zu verdoppeln.	
--	--	---	--



		Anpassung bei der von ihr zuvor massiv ausgeweiteten Personalvertretung im Schulbereich vor. Eine Lehrerstelle wird dabei mit 50.000 Euro valuiert.	
--	--	---	--



**Änderungsantrag zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 05 450 Staatliche Schulen</b>  <b>Titel 514 21 Betriebsausgaben des Schülerwohnheimes des Staatlichen Kollegs in Bielefeld</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">60.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">60.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">20.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">40.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	60.000 Euro	60.000 Euro	um	20.000 Euro		auf	40.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	60.000 Euro	60.000 Euro																							
um	20.000 Euro																								
auf	40.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 05 490      Ersatzschulen</b> <b>Titel 684 11        Zuschüsse für private Gymnasien</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 35%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: right;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">644 877 700 Euro</td> <td style="text-align: right;">629 859 200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">5.700.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">650.577.700 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Als Folge des Wegfalls des doppelten Abiturjahrgangs eröffnete sich die Chance, um etwa die individuelle Förderung an Gymnasien zu stärken und z.B. auch im Vergleich mit den strukturell begünstigten Sekundarschulen zu unterstützen. Rot-Grün hat die Stellen abgebaut. Den Gymnasien sollte dennoch durchschnittlich eine Stelle zusätzlich bereitgestellt werden. Die Zuweisung der Stellenanteile wird nach Schulgrößen gestaffelt erfolgen, wobei kleinen Gymnasien mindestens eine halbe Stelle zur Verfügung gestellt werden soll. Über lange Jahre Schuljahren bestanden 627 Gymnasien. Bei den hier betroffenen Stellen handelt es sich um die wirkungsgleiche Übertragung auf private Gymnasien.</p>	<b>2017</b>		<b>2016</b>	von	644 877 700 Euro	629 859 200 Euro	um	5.700.000 Euro		auf	650.577.700 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>		<b>2016</b>																							
von	644 877 700 Euro	629 859 200 Euro																							
um	5.700.000 Euro																								
auf	650.577.700 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungser- gebnis																						
	SPD Grüne	<p><b>Kapitel 06 026      Technologie- und Innovationsförderung des Landes Nordrhein- Westfalen</b></p> <p><b>Titelgruppe 61      Förderung von Innovationen</b></p> <p><b>Titel 683 61          Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen</b></p> <p><b>Erhöhung des Baransatzes</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">5.891.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">5.891.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">6.891.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Anbringung eines Haushaltsvermerkes:</b> <i>Minderausgaben aus diesem Titel dürfen nicht zur Erbringung der Globalen Minderausgabe im Einzelplan 06 verwendet werden.</i></p> <p><b>Begründung:</b> Der Mittelstand ist eine tragende Säule für Wachstum und Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen. Hierzu trägt wesentlich die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen bei.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	5.891.500 Euro	5.891.500 Euro	um	1.000.000 Euro		auf	6.891.500 Euro		<p><b>angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	5.891.500 Euro	5.891.500 Euro																							
um	1.000.000 Euro																								
auf	6.891.500 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	ja																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	nein																								



Lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
		<p>Mit dem Programmlinie "Mittelstand.innovativ" werden kleine und mittlere Unternehmen (KMU) unterstützt, verstärkt auf diese Zusammenarbeit zurückgreifen zu können, da ihre personellen und finanziellen Ressourcen oft nicht ausreichen, sich innovativen Forschungsprojekten und/oder Prozessinnovationen zu öffnen. Hier greift insbesondere das Förderinstrument "Innovationsgutschein", das von den KMU sehr gut angenommen wird. Das Antragsaufkommen lässt sogar einen deutlich gestiegenen Bedarf erkennen.</p> <p>Darüber hinaus stellt die fortschreitende Digitalisierung insbesondere KMU vor Herausforderungen, da unter anderem neue Geschäftsmodelle oder auch andere Produktions- und Wertschöpfungsprozesse erforderlich sind. Zudem stellen sich Lösungsprobleme im Bereich IT/IT-Sicherheit bei KMU zunehmend als Investitionshemmnis heraus. Hier soll ein "Innovationsgutschein Digitalisierung" zur Unterstützung greifen.</p>	

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 06 031</b> <b>Gottfried</b></p> <p><b>Titel 686 39</b> <b>Leibniz-</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Wissenschaftsgemeinschaft</b> <b>Wilhelm Leibniz e. V.</b> <b>Sonderfinanzierung für das</b> <b>Institut für umweltmedizinische</b> <b>Forschung</b></p> <p><b>Erhöhung des Baransatzes</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>200.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">200.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>100.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>300.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Das Leibniz-Institut für umweltmedizinische Forschung wurde 2015 um ein „Zentrum für Ersatzmethoden zum Tierversuch (CERST-NRW)“ erweitert. Schon nach dieser kurzen Zeit stößt die Arbeit des CERST bundesweit in Wissenschaft und Wirtschaft auf ein großes Interesse. Die Erhöhung der Sonderfinanzierung dient dem weiteren Ausbau des CERST hinsichtlich seiner IT-Infrastruktur, digitalen Projekte und Kooperationsprojekte mit Hochschulen und Unternehmen.</p>	<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	200.000 Euro	200.000 Euro	um	100.000 Euro		auf	300.000 Euro		<p><b>angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	nein
<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	200.000 Euro	200.000 Euro																							
um	100.000 Euro																								
auf	300.000 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	ja																								
FDP	nein																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 06 042</b> <b>meinschaft</b> <b>Neuer Titel</b> <b>Titel 686 21</b> <b>institut für</b>  <b>an der</b>  <b>RWTH Aachen (FiW) e. V.</b></p> <p><b>Ansatz 2017</b> 500.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Das Forschungsinstitut für Wasser- und Abfallwirtschaft an der RWTH Aachen (FiW) ist eines von drei „Wasserinstituten“ in der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF). Bei der Gründung der JRF wurde diesen Instituten in Aussicht gestellt, von einer Projektförderung in eine institutionelle Förderung überführt und damit vom Land NRW grundfinanziert zu werden. Dies ist notwendig, um den Bestand der Institute zu sichern. Die Umstellung auf die institutionelle Förderung erfolgt mit dem Änderungsantrag, mit dem die Einrichtungen gemeinsam im Kapitel mit den übrigen Instituten der JRF verortet werden.</p>	<p><b>angenommen</b></p> <p>SPD ja CDU nein GRÜNE ja FDP nein PIRATEN nein</p>

		Die drei Institute sind anerkannt gemeinnützig für Forschung tätig und An-Institute der Universitäten in Aachen, Duisburg-Essen und Bochum. Sie erbringen – wie die anderen JRF-Institute – exzellente Forschungsleistungen, die von besonderem Landesinteresse sind.	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 06 042 Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft</b>  <b>Neuer Titel</b>  <b>Titel 686 22 Zuschuss an das IKT - Institut für Unterirdische Infrastruktur gGmbH</b></p> <p><b>Ansatz 2017</b>            500.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b>            Das IKT – Institut für Unterirdische Infrastruktur gGmbH an der RWTH Aachen (IKT) ist eines von drei „Wasserinstituten“ in der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF). Bei der Gründung der JRF wurde diesen Instituten in Aussicht gestellt, von einer Projektförderung in eine institutionelle Förderung überführt und damit vom Land NRW grundfinanziert zu werden. Dies ist notwendig, um den Bestand der Institute zu sichern. Die Umstellung auf die institutionelle Förderung erfolgt mit dem Änderungsantrag, mit dem die Einrichtungen gemeinsam im Kapitel mit den übrigen Instituten der JRF verortet werden.</p> <p>Die drei Institute sind anerkannt gemeinnützig für Forschung tätig und An-Institute der Universitäten in Aachen, Duisburg-</p>	<p><b>angenommen</b></p> <p>SPD ja            CDU nein            GRÜNE ja            FDP nein            PIRATEN nein</p>

		Essen und Bochum. Sie erbringen – wie die anderen JRF-Institute – exzellente Forschungsleistungen, die von besonderem Landesinteresse sind.	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 06 042</b></p> <p><b>Johannes-Rau-Forschungs-</b> <b>gemeinschaft</b></p> <p><b>Neuer Titel</b></p> <p><b>Titel 686 23</b></p> <p><b>nisch-</b></p> <p><b>Westfälisches Institut für</b> <b>Wasserforschung gemeinnüt-</b> <b>zige GmbH</b></p> <p><b>Ansatz 2017</b> 500.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Das Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gGmbH an der RWTH Aachen (IWW) ist eines von drei „Wasserinstituten“ in der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF). Bei der Gründung der JRF wurde diesen Instituten in Aussicht gestellt, von einer Projektförderung in eine institutionelle Förderung überführt und damit vom Land NRW grundfinanziert zu werden. Dies ist notwendig, um den Bestand der Institute zu sichern. Die Umstellung auf die institutionelle Förderung erfolgt mit dem Änderungsantrag, mit dem die Einrichtungen gemeinsam im Kapitel mit den übrigen Instituten der JRF verortet werden.</p>	<p><b>angenommen</b></p> <p>SPD ja CDU nein GRÜNE ja FDP nein PIRATEN nein</p>

		Die drei Institute sind anerkannt gemeinnützig für Forschung tätig und An-Institute der Universitäten in Aachen, Duisburg-Essen und Bochum. Sie erbringen – wie die anderen JRF-Institute – exzellente Forschungsleistungen, die von besonderem Landesinteresse sind.	
--	--	---	--



**Änderungsantrag zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 06 100      Hochschulen Allgemein</b>  <b>Titelgruppe 72      Maßnahmen zur Verbesserung der Lehr- und Studienqualität an den Hochschulen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>249.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">249.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>249.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Der Verzicht auf Studienbeiträge, die ohnehin nur einen Bruchteil der Kosten eines Studiums ausgemacht haben, wird von der rot-grünen Landesregierung ausschließlich mit höheren Schulden bezahlt und überdies nicht umfassend kompensiert, was schon jetzt zu Qualitätseinbußen an den Hochschulen führt, da die Summe der „Kompensationsmittel“ statisch 249 Millionen Euro beträgt – eine Anpassung an den neuen Rekordstand der Studierendenzahlen erfolgt nicht.</p> <p>Im Basisjahr der „Kompensationsmittel“ (Wintersemester 2009/2010) studierten rund 398.000 junge Menschen an den Hochschulen, die Studien-</p>	<b>2017</b>		<b>2016</b>	von	249.000.000 Euro	249.000.000 Euro	um	249.000.000 Euro		auf	0 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>		<b>2016</b>																							
von	249.000.000 Euro	249.000.000 Euro																							
um	249.000.000 Euro																								
auf	0 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

	<p>beiträge erhoben. Im Wintersemester 2014/2015 studierten an den Hochschulen, die seit 2011 im Zuge des Wegfalls der Studienbeiträge „Kompensationsmittel“ erhalten, bereits 537.000 Studierende. Das führt zu folgender prekären Entwicklung: Pro Kopf sind die Mittel, die zur Verbesserung der Studienbedingungen vorgesehen waren, von 620 Euro nunmehr auf 463 Euro pro Jahr stark gesunken.</p> <p>Aufgrund des anhaltenden Studierendenandrangs wird diese Finanzierungslücke von Jahr zu Jahr größer. So ist die Studienanfängerzahl im Wintersemester 2015/2016 von 103.000 auf einem weiterhin hohen Niveau. Die derzeit absehbaren Qualitätseinbußen werden sich daher verfestigen und die Planungssicherheit für die Hochschulen wird weiter abnehmen. Das ist nicht hinnehmbar.</p> <p>Wenn das akademische Niveau unserer Hochschulen daher erhalten und verbessert werden soll, müssen in Zeiten begrenzter Haushaltsmittel auch Hochschulabsolventen einen verantwortungsvollen finanziellen Beitrag leisten. Diese Studienbeiträge sollen künftig nachgelagert einkommensabhängig mit Eintritt ins Berufsleben fällig werden. Das ist fair, auch gegenüber dem Handwerksmeister, der für seine Ausbildung selbst aufkommen muss. Dabei muss sichergestellt sein, dass die Beiträge den Hochschulen als zusätzliche Mittel ausschließlich für die Verbesserung der Bedingungen von Studium und Lehre zur Verfügung gestellt werden, und damit unmittelbar den Studierenden zugutekommen sowie die Studierenden bei der Mittelverwendung ein Mitspracherecht haben.</p>	
--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 06 100      Hochschulen Allgemein</b>  <b>Titelgruppe 75      Fortschritt NRW</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">20.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">20.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">10.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">10.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Der Ansatz wird aus Gründen der Haushaltskonsolidierung reduziert. Der Ansatz aus dem Jahr 2013 wird übernommen, da bereits begonnenen Projekten nicht die Möglichkeit genommen werden soll, zum Abschluss gebracht zu werden. Langfristig ist die gesamte Titelgruppe zu konsolidieren.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	20.000.000 Euro	20.000.000 Euro	um	10.000.000 Euro		auf	10.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	20.000.000 Euro	20.000.000 Euro																							
um	10.000.000 Euro																								
auf	10.000.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	FDP	<p><b>Kapitel 07 010      Ministerium</b>  <b>Titel 422 01        Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 35%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: right;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>9.475.700 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">8.959.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>300.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>9.175.700 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Streichen von sechs im Vorjahr zusätzlich eingerichteten Planstellen, die nicht ausreichend begründet waren. Etwaige Verschiebungen von Prioritäten können durch entsprechende interne Umstrukturierungen geleistet werden.</p>	<b>2017</b>			<b>2016</b>	von	9.475.700 Euro		8.959.200 Euro	um	300.000 Euro			auf	9.175.700 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>			<b>2016</b>																										
von	9.475.700 Euro		8.959.200 Euro																										
um	300.000 Euro																												
auf	9.175.700 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												



**Änderungsantrag zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 07 010      Ministerium</b> <b>Titel 511 91        Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie</b> <b>Geräte, Ausstattungs- und</b> <b>Ausrüstungsgegenstände, sonstige</b> <b>Gebrauchsgegenstände</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">127.100 Euro</td> <td style="text-align: right;">127.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">26.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">101.100 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	127.100 Euro	127.100 Euro	um	26.000 Euro		auf	101.100 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	127.100 Euro	127.100 Euro																							
um	26.000 Euro																								
auf	101.100 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 07 010      Ministerium</b>  <b>Titel 518 02        Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">136.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">136.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">50.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">86.200 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	136.200 Euro	136.200 Euro	um	50.000 Euro		auf	86.200 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	136.200 Euro	136.200 Euro																							
um	50.000 Euro																								
auf	86.200 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 07 010      Ministerium</b> <b>Titel 525 01        Aus- (und Fort)bildung der Bediensteten</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">70.900 Euro</td> <td style="text-align: right;">70.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">32.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">38.900 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	70.900 Euro	70.900 Euro	um	32.000 Euro		auf	38.900 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	70.900 Euro	70.900 Euro																							
um	32.000 Euro																								
auf	38.900 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								



**Änderungsantrag zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 07 010      Ministerium</b> <b>Titel 526 01        Sachverständige</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">429.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">429.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">229.500 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">200.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	429.500 Euro	429.500 Euro	um	229.500 Euro		auf	200.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	429.500 Euro	429.500 Euro																							
um	229.500 Euro																								
auf	200.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 07 010      Ministerium</b> <b>Titel 526 11        Ausgaben für den Arbeitsschutz im Ministerium</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">19.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">19.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">16.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">3.600 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	19.600 Euro	19.600 Euro	um	16.000 Euro		auf	3.600 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	19.600 Euro	19.600 Euro																							
um	16.000 Euro																								
auf	3.600 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 07 010      Ministerium</b> <b>Titel 527 01        Reisekostenvergütungen für Dienstreisen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">256.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">256.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">109.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">147.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	256.000 Euro	256.000 Euro	um	109.000 Euro		auf	147.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	256.000 Euro	256.000 Euro																							
um	109.000 Euro																								
auf	147.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 07 010      Ministerium</b>  <b>Titel 527 02        Reisekostenvergütungen für Reisen in</b>  <b>Personalvertretungs- und</b>  <b>Schwerbehindertenangelegenheiten</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">25.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">25.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">24.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">1.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	25.000 Euro	25.000 Euro	um	24.000 Euro		auf	1.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	25.000 Euro	25.000 Euro																							
um	24.000 Euro																								
auf	1.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 07 010      Ministerium</b> <b>Titel 538 91        Ausgaben für Informationstechnologie und E-Governmentinfrastruktur</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">648.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">648.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">513.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">135.200 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	648.200 Euro	648.200 Euro	um	513.000 Euro		auf	135.200 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	648.200 Euro	648.200 Euro																							
um	513.000 Euro																								
auf	135.200 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 07 010      Ministerium</b> <b>Titel 541 10        Veranstaltungen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">182.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">182.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">66.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">116.600 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	182.600 Euro	182.600 Euro	um	66.000 Euro		auf	116.600 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	182.600 Euro	182.600 Euro																							
um	66.000 Euro																								
auf	116.600 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07  
im Haushalts- und Finanzausschuss zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	CDU	<p><b>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfen</b>  <b>Neuer Titel 614 00 Zuschuss zum Fonds zur Finanzierung von Kommunikationsdiensten für Eltern mit Hör- und Sprachbehinderung</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>2017</b> <span style="float: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></span>            von 0 Euro            um 180.000 Euro            auf 180.000 Euro <span style="float: right;">0 Euro</span></p> <p><b>Begründung:</b>            Durch den Zuschuss soll ein Fonds zur Finanzierung von Kommunikationsdiensten für Eltern mit Hör- und Sprachbehinderung errichtet werden. Aus diesem Fonds sollen Eltern mit Hör- bzw. Sprachbehinderung, die Kommunikationsassistenten benötigen, Geld für Dolmetscherdienste erhalten können. Die Rolle von Eltern verlangt über die Gespräche in Schulen und Kindertagesstätten hinaus weitere Außenkontakte. Der Fonds sollte nach dem Vorbild Baden-Württembergs durch den Landesverband der Gehörlosen eigenständig verwaltet werden. Dies ermöglicht eine schnelle und unbürokratische Unterstützung von Eltern.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>SPD        nein            CDU        ja            GRÜNE    nein            FDP        Enth.            PIRATEN   nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																				
	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 07 040</b> <b>Titel 633 13</b> <b>und</b> <b>Gemeindeverbände für Kinder- betreuung</b> <b>in besonderen Fällen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH</b></td> </tr> <tr> <td><b>2016</b></td> <td></td> </tr> <tr> <td>von 30.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">30.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 3.200.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 33.200.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Brückenprojekte unterstützen seit 2015 vor Ort – über die Leistungen des Kinderbildungsgesetzes hinaus – mit niedrigschwelligen Betreuungsangeboten die Heranführung von Flüchtlingskindern und ihren Eltern an institutionalisierte Formen der Kindertagesbetreuung. In diesen niedrigschwelligen Angeboten werden die Kinder nach ihren spezifischen Bedürfnissen gefördert und in einem ersten Schritt an weitergehende Angebote der Kindertagesbetreuung herangeführt. Für die Eltern sind die Brückenprojekte in mehrerlei Hinsicht eine wichtige Institution, zum einen lernen sie auf diesem Weg</p>	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH</b>	<b>2016</b>		von 30.000.000 Euro	30.000.000 Euro	um 3.200.000 Euro		auf 33.200.000 Euro		<p><b>angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH</b>																						
<b>2016</b>																							
von 30.000.000 Euro	30.000.000 Euro																						
um 3.200.000 Euro																							
auf 33.200.000 Euro																							
SPD	ja																						
CDU	Enth.																						
GRÜNE	ja																						
FDP	Enth.																						
PIRATEN	nein																						



		erste Angebote der Kinderbetreuung kennen und können positive Erfahrungen mit staatlichen Einrichtungen sammeln, zum anderen sehen sie so auch die positive Förderung ihrer Kinder.	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07  
im Haushalts- und Finanzausschuss zum Haushaltsgesetz 2017**

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag-steller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis																						
	CDU	<p><b>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe</b>  <b>Titel 633 16 Zuschüsse für Familienzentren nach § 21 Abs. 5 bis 7 des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz)</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <thead> <tr> <th style="width: 30%;"></th> <th style="width: 35%; text-align: center;">2017</th> <th style="width: 35%; text-align: center;">2016</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">33.941.000 EUR</td> <td style="text-align: right;">34.571.000 EUR</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">11.959.000 EUR</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">45.900.000 EUR</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b>  Das Ziel, bis zum Jahr 2012 in Nordrhein-Westfalen 3000 Familienzentren zu fördern, konnte bisher nicht erreicht werden. Die Landesregierung bleibt deutlich hinter diesem Ziel zurück. Im Sinne eines flächendeckenden Angebots für alle Familien in Nordrhein-Westfalen muss der Ausbau der Familienzentren daher weiter vorangetrieben werden.</p> <p>Um die Leistungen der Familienberatung und der Familienbildung in den Familienzentren gesichert zu finanzieren, soll der Zuschuss pro Familienzentrum aufgrund der Kosten- und Aufgabenentwicklung auf 15.000 Euro pro Kindergartenjahr erhöht werden. Familienzentren in sozial benachteiligten Gebieten sollen darüber hinaus weiterhin eine zusätzliche Förderung von 1.000 Euro pro Jahr erhalten.</p>		2017	2016	von	33.941.000 EUR	34.571.000 EUR	um	11.959.000 EUR		auf	45.900.000 EUR		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tbody> <tr> <td style="width: 70%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </tbody> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
	2017	2016																							
von	33.941.000 EUR	34.571.000 EUR																							
um	11.959.000 EUR																								
auf	45.900.000 EUR																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07  
im Haushalts- und Finanzausschuss zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des An- tra- gs	Antrag- steller (Frak- tion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergeb- nis																						
	CDU	<p><b>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe</b>  <b>Titel 633 20 Kostenerstattung für die Elternbeitragsfreiheit nach § 21 Abs. 10 des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz)</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">173.118.800 EUR</td> <td style="text-align: right;">162.540.900 EUR</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">173.118.800 EUR</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0 EUR</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  der Beitragsfreiheit im letzten Kitajahr wird – insb. in Anbetracht der aktuellen Herausforderungen im Elementarbereich - eine völlig falsche Priorität gesetzt. Ferner ist das beitragsfreie Kindergartenjahr sozialpolitisch der falsche Weg. Dadurch werden weder Bildungschancen verbessert, noch besuchen nachweislich mehr Kinder die Kindertagesbetreuung.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	173.118.800 EUR	162.540.900 EUR	um	173.118.800 EUR		auf	0 EUR		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table> <p>gleich (bis auf Begründung) mit FDP-Antrag</p>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	173.118.800 EUR	162.540.900 EUR																							
um	173.118.800 EUR																								
auf	0 EUR																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	FDP	<p><b>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe</b> <b>Titel 633 20 Kostenerstattung für die Elternbeitragsfreiheit nach §21 Abs. 10 des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz)</b></p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 60%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">173.118.800 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">162.540.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">173.118.800 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Zwar ist die Beitragsfreiheit von Kindergartenjahren wünschenswert und grundsätzlich auch als mittelfristiges Ziel erstrebenswert, jedoch ist es im höchsten Maße unverantwortlich, die Frage der Gegenfinanzierung komplett auszublenden. In Zeiten enger werdender finanzieller Spielräume ist eine politische Priorisierung wünschenswerter Vorhaben notwendig. Insofern muss sich das Land zuerst dem weiter dringend erforderlichen Angebots- und Qualitätsausbau in der frühkindlichen Bildung sowie der Elternbeitragsgerechtigkeit widmen und kann erst dann unter Berücksichtigung des Aspekts der Gegenfinanzierung eine Beitragsfreiheit in Angriff nehmen.</p>		<b>2017</b>		<b>2016</b>	von	173.118.800 Euro		162.540.900 Euro	um	173.118.800 Euro			auf	0 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table> <p>gleich (bis auf Begründung) mit CDU-Antrag</p>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>		<b>2016</b>																										
von	173.118.800 Euro		162.540.900 Euro																										
um	173.118.800 Euro																												
auf	0 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

		Hinzu kommt, dass die erfolgte Beitragsfreistellung im letzten Kindergartenjahr vor der Einschulung keinen nennenswerten bildungspolitischen Vorteil bzw. Anreizsetzung nach sich zieht, da in diesem Kindergartenjahr ohnehin weit über 90 Prozent aller Kinder die frühkindlichen Bildungsangebote nutzen. Zudem benachteiligt die derzeitige Regelung Eltern von sogenannten „Kann-Kindern“ in nicht zu rechtfertigender Weise und leistet keinen Beitrag zur Erhöhung der Qualität in den Einrichtungen selbst.	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2017  
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe</b>  <b>Titelgruppe 61 Kinder- und Jugendförderplan</b>  <b>Titel 684 61 Zuweisungen an Träger der freien Jugendhilfe</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>64.865.700 Euro</td> <td style="text-align: right;">66.265.700 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>9.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>73.865.700 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Die Bewältigung der Aufgaben, die sich aus der verstärkten Zuwanderung ergeben, stellt auch die Träger der Jugendhilfe vor zusätzliche strukturelle Herausforderungen. Dies war unter anderem Ergebnis der Anhörung des Landtags am 12. September 2016. Deshalb werden Mittel für den Kinder- und Jugendförderplan des Landes dauerhaft und plafonderhöhend an die Kostenentwicklung angepasst.</p> <p>Des Weiteren soll die Erhöhung dazu dienen, die Jugendsozial- und Jugendarbeit dahingehend weiterzuentwickeln, mit neuen Zielgruppen zusammenarbeiten zu können, einer Radikalisierung (Neosalafismus) präventiv entgegenzuwirken und Projekte, die die interkulturelle Kompetenz und interreligiöse Kompetenz sowie Empowerment zum Ziel haben, verstärkt zu fördern.</p> <p>Zur Umsetzung dieser Maßnahmen wird die Beilage 3 zum Einzelplan 07 wie folgt geändert:</p>	<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	64.865.700 Euro	66.265.700 Euro	um	9.000.000 Euro		auf	73.865.700 Euro		<p><b>angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	64.865.700 Euro	66.265.700 Euro																							
um	9.000.000 Euro																								
auf	73.865.700 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	ja																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	nein																								

## Gesamtübersicht Kinder- und Jugendförderplan

### Förderbereich I

<b>Pos.</b>	<b>Förderbereiche</b>	<b>2017</b>
<b>FB I</b>	<b>Förderung der allg. Kinder- und Jugendarbeit/ Internationale Jugendarbeit</b>	
<b>1.1</b>	<b>Förderung landesweiter, regionaler und kommunaler Einrichtungen/ Angebote</b>	
1.1.1	Offene Kinder- und Jugendarbeit	25.700.000
1.1.2	Förderung von Einrichtungen der offenen Jugendarbeit	4.487.385
1.1.3	Jugendverbandsarbeit	20.433.688
1.1.4	Jugendbildungsstätten	1.656.491
1.1.5	Zusammenschlüsse landeszentraler Träger der Jugendarbeit	1.457.059
1.1.6	Ring politischer Jugend	1.226.021
1.1.7	Fachberatung Jugendarbeit	902.352
<b>1.2</b>	<b>Projektförderung</b>	
1.2.1	Initiativgruppenarbeit	414.122
1.2.2	Kinder-/Jugendarbeit in kommunalen Bildungslandschaften	4.359.189
1.2.3	Internationale Jugendarbeit, Gedenkstättenfahrten, Europa/1Welt	2.125.104
1.2.4	Stark durch Beteiligung - Jugendliche aktiv und direkt an politischen und gesellschaftlichen Prozessen beteiligen	1.089.797
1.2.5	Nachhaltige Entwicklung in der globalisierten Welt	326.939
	<b>Zusammen</b>	<b>64.178.147</b>

### Förderbereich II

<b>Pos.</b>	<b>Förderbereiche</b>	<b>2017</b>
<b>FB II</b>	<b>Kulturelle Jugendbildung/Medienkompetenz</b>	
<b>2.1</b>	<b>Förderung landesweiter, regionaler und kommunaler Einrichtungen/Angebote</b>	
2.1.1	Zusammenschlüsse Landeszentraler Träger der kulturellen Jugendarbeit	1.743.669
2.1.2	Jugendkunstschulen	1.089.797
2.1.3	Akademie Remscheid	926.327
2.1.4	Koordination und fachliche Beratung in der kulturellen Jugendarbeit	207.061
2.1.5	Träger der Medienpädagogik	463.163
<b>2.2</b>	<b>Projektförderung</b>	
2.2.1	Jugendkurland NRW	2.179.594
2.2.2	Fit für die mediale Zukunft	839.143
	<b>Zusammen</b>	<b>7.448.754</b>

**Förderbereich III**

<b>Pos.</b>	<b>Förderbereiche</b>	<b>2017</b>
<b>FB III</b>	<b>Chancengleichheit / Integration / Inklusion</b>	
<b>3.1</b>	<b>Förderung landesweiter, regionaler und kommunaler Einrichtungen /Angebote</b>	
3.1.1	Angebote der Jugendsozialarbeit	13.500.000
3.1.2	Zusammenschlüsse Landeszentraler Träger der Jugendsozialarbeit	501.306
<b>3.2</b>	<b>Projektförderung</b>	
3.2.1	Integration als Chance	1.634.695
3.2.2	Teilhabe junger Menschen mit Behinderung	1.089.797
3.2.3	Soziale Teilhabe und Chancengleichheit	2.302.061
	<b>Zusammen</b>	<b>19.027.859</b>



**Förderbereich IV**

<b>Pos.</b>	<b>Förderbereiche</b>	<b>2017</b>
<b>FB IV</b>	<b>Prävention gesellschaftlicher und individueller Risiken</b>	
<b>4.1</b>	<b>Förderung landesweiter, regionaler und kommunaler Einrichtungen/Angebote</b>	
4.1.1	Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz	634.262
4.1.2	Fachstellen des Kinder- und Jugendschutzes	174.367
4.1.3	Gewaltpräventive Angebote	1.928.941
<b>4.2</b>	<b>Projektförderung</b>	
4.2.1	Präventive Angebote in der Kinder- und Jugendhilfe	1.768.741
4.2.2	Jugendschutz/Jugendmedienschutz	141.673
	<b>Zusammen</b>	<b>4.647.984</b>

**Förderbereich V**

<b>Pos.</b>	<b>Förderbereiche</b>	<b>2017</b>
<b>FB V</b>	<b>Mädchen- und Jungenarbeit/Gender Mainstreaming</b>	
5.1	Förderung der Fachstellen der Mädchen- und Jungenarbeit	632.082
5.2	Projektförderung geschlechtsspezifischer Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit	708.368
	<b>Zusammen</b>	<b>1.340.450</b>

**Förderbereich VI**

<b>Pos.</b>	<b>Förderbereiche</b>	<b>2017</b>
<b>FB VI</b>	<b>Jugendfreiwilligendienste</b>	
6.1	Freiwilliges ökologisches Jahr	1.634.695
6.2	Qualifizierung der Jugendfreiwilligendienste durch Bildungsarbeit	1.634.695
	<b>Zusammen</b>	<b>3.269.390</b>

**Förderbereich VII**

<b>Pos.</b>	<b>Förderbereiche</b>	<b>2017</b>
<b>FB VII,</b>		
<b>Pos.7</b>	<b>Besondere Maßnahmen und Projekte zur Erprobung zukunftsweisender Initiativen</b>	2.436.499

**Förderbereich VIII**

<b>Pos.</b>	<b>Förderbereiche</b>	<b>2017</b>
<b>FB VIII</b>	<b>Wissenschaftliche Arbeiten im Forschungsfeld Kinder- und Jugendhilfe</b>	
8.1	Forschungspartnerschaften	435.918

8.2	Begleitforschung Ganztage	108.979
8.3	Forschungsprojekte Kinder- / Jugendarbeit	653.878
8.4	Kooperation Praxis, Politik, Wissenschaft	272.449
	<b>Zusammen</b>	<b>1.471.224</b>
	<b>Förderbereich IX</b>	
	<b>Pos. Förderbereiche</b>	<b>2017</b>
	<b>FB IX,</b>	
	<b>Pos. 9 Investitionen</b>	3.269.391
	<b>Förderbereich X</b>	
	<b>Pos. Förderbereiche</b>	<b>2017</b>
	<b>FB X,</b>	
	<b>Pos. 10 Förderung nach dem Sonderurlaubsgesetz</b>	2.136.002
	 <b>Kinder- und Jugendförderplan insgesamt:</b>	 <b>109.225.700</b>

**Tabellen zu Position 1.1.3**

<b>Jugendverband</b>	<b>fachbezogene Pauschale 2017</b>
Bund der Deutschen Katholischen Jugend	4.604.642
Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in NRW	3.055.686
Sportjugend NRW im Landessportbund NRW	3.873.972
Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk NRW	1.541.798
Pfadfinderring NRW	1.714.210
DJO - Deutsche Jugend in Europa	386.255
Deutsche Wanderjugend NRW	287.911
Deutsches Jugendrotkreuz	478.034
Deutscher Pfadfinderverband NRW	228.780
Deutscher Beamtenbund	415.638
Landesjugendwerk der AWO NRW	203.713
Naturschutzjugend NRW	105.627
Landesmusikverband NRW 1960	87.557
Jugendfeuerwehr im Verbund der Feuerwehren NRW - Landesgeschäftsstelle -	106.554
Arbeiter Samariter Jugend	87.557
<b>Summe Landschaftsverband Rheinland</b>	<b>17.177.934</b>

<b>Jugendverband</b>	<b>fachbezogene Pauschale 2017</b>
SJD "Die Falken" Landesverband NRW e. V.	2.086.594
Naturfreundejugend Deutschlands Landesgruppe NRW e. V.	430.116
Westfälisch-Lippische Landjugend e. V.	253.513
Jugendverband Computer und Medien (Stenojugend NRW) im Verband für Informationsverarbeitung NRW e. V.	107.597
Sängerjugend im Chorverband NRW e. V.	115.263
Landesmusikjugend NRW e.V.	87.557
BUND Jugend NRW	87.557
Alevitische Jugend in NRW e. V.	87.557
<b>Summe Landschaftsverband Westfalen</b>	<b>3.255.754</b>

---

**Tabelle zu Position 2.1.1**

<b>Landesarbeitsgemeinschaft</b>	<b>fachbezogene Pauschale 2017</b>
LAG Arbeit Bildung Kultur NRW e. V.	234.064
LAG Figurentheater NRW	36.225
LAG Kunst und Medien NRW e. V.	145.629
LAG Jugend und Literatur NRW	178.694
LAG Musik NRW	358.294
LAG Tanz NRW	148.533
LAG Spiel und Theater NRW e. V.	151.795
LAG Kulturpädagogische Dienste/Jugendkunstschulen NRW e. V.	288.593
Landesvereinigung Kulturelle Jugendarbeit NRW e. V.	173.508
LAG Zirkuspädagogik NRW	28.334
<b>Summe</b>	<b>1.743.669</b>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 07  
im Haushalts- und Finanzausschuss zum Haushaltsgesetz 2017**

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag- steller (Frak- tion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis																						
	CDU	<p><b>Kapitel 07 040      Kinder- und Jugendhilfe</b> <b>Titelgruppe 61      Kinder- und Jugendförderplan</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes in der Titelgruppe</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 35%; text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">100.225.700 EUR</td> <td style="text-align: right;">100.225.700 EUR</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">20.000.000 EUR</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">120.225.700 EUR</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b> Die Pauschalen des Kinder- und Jugendförderplans wurden trotz zunehmender Aufgaben seit 2010 nicht mehr erhöht. Angesichts der deutlichen Tarifsteigerungen der letzten sechs Jahre fordern die Jugendverbände deshalb übereinstimmend, die jährliche Fördersumme des Kinder- und Jugendförderplans zu Erhöhen. Berechnungen des Landesjugendrings ergeben, dass eine Steigerung der jährlichen Fördersumme ab 2017 um 20 Prozent auf 120.225.700 Euro notwendig ist, damit die Kostensteigerungen bei Personal- und Sachkosten abgedeckt werden können. Durch diese Erhöhung können wir die Träger- und Angebotsvielfalt in der Kinder- und Jugendarbeit für die nächsten Jahre sicherstellen. Wir erkennen die Kinder- und Jugendarbeit als eigenständiges Politikfeld an, das einen wichtigen Beitrag zu der Persönlichkeitsentfaltung junger Menschen und zu deren Hineinwachsen in unsere Gesellschaft leistet.</p> <p>Die Beilage 3 zu Einzelplan 07 ist entsprechend anzupassen.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	100.225.700 EUR	100.225.700 EUR	um	20.000.000 EUR		auf	120.225.700 EUR		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	100.225.700 EUR	100.225.700 EUR																							
um	20.000.000 EUR																								
auf	120.225.700 EUR																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 07 040      Kinder- und Jugendhilfe</b> <b>Neuer Titel          Sonderprogramm zur auskömmlichen</b> <b>Finanzierung der Kindertageseinrichtungen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">2.000.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">2.000.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b> Das Recht aller Kinder in Nordrhein-Westfalen auf frühkindliche Bildung lässt sich nur verwirklichen, wenn in den Kindertageseinrichtungen qualifiziertes Personal in sicheren Arbeitsverhältnissen beschäftigt wird und sich in kindgerechter Umgebung bei Einhaltung eines angemessenen Fachkraft-Kind-Schlüssels Förderung und Betreuung widmen kann.</p> <p>Die Kindertageseinrichtungen in NRW leiden jedoch seit Jahren unter gravierender Unterfinanzierung, die von den Trägern immer weniger aufgefangen werden kann. Die Kindpauschalen sind nicht auskömmlich und können mit einer Steigerung von jährlich nur 1,5% bzw. zukünftig 3% we-</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	0 Euro	0 Euro	um	2.000.000.000 Euro		auf	2.000.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	0 Euro	0 Euro																							
um	2.000.000.000 Euro																								
auf	2.000.000.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

		<p>der die Tarifentwicklungen der letzten Jahre ausgleichen, noch anfallende Betriebskosten decken oder gar zum Abbau der Verschuldung vieler Träger beitragen. Zu den Konsequenzen der prekären Situation gehören wachsende Defizite, vermehrte Anstellungen von Fachkräften nur noch in Teilzeit oder unter Befristung, weiterhin bundesweit unterdurchschnittliche Betreuungsschlüssel sowie Rückbau von Betreuungszeiten und Erhöhung von Elternbeiträgen.</p> <p>„In dem bestehenden System [...] kann die aus fachwissenschaftlicher Sicht notwendige Qualität der Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder nicht erreicht werden“, heißt es im aktuellen Gutachten „Bildung, Erziehung und Betreuung in Kindertageseinrichtungen in NRW“ der Hochschule Niederrhein.</p> <p>Bezüglich der Untauglichkeit des bestehenden Finanzierungssystems herrscht Konsens – jetzt dürfen die dringend notwendigen Investitionen unter keinen Umständen bis zu einer erst in unbestimmter Zukunft in Kraft tretenden grundlegenden Revision des Kinderbildungsgesetzes aufgeschoben werden. Die freien Wohlfahrtsverbände errechneten – allein für die von ihnen betriebenen Einrichtungen –, dass ihnen bei planmäßiger Umsetzung des aktuellen Kinderbildungsgesetzes bereits jetzt 1,5 Milliarden Euro fehlen würden.</p> <p>Eine weitere Verschleppung der Entlastung würde nur zu höheren Folgekosten führen und mehreren Jahrgängen wichtige frühkindliche Förderung in eigentlich erreichbarer Qualität vorenthalten – in einem Entwicklungsabschnitt, der das ganze Leben prägt, mit nachhaltigen Folgen.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe</b>  <b>Neuer Titel Kostenerstattung an Kommunen für Einnahmeausfälle durch Elternbeitragsfreiheit</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">426.881.200 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">426.881.200 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b>  Der Koalitionsvertrag versprach die schrittweise Einführung der Elternbeitragsfreiheit in den Kindertageseinrichtungen Nordrhein-Westfalens. Im bisher einzigen Schritt wurde Beitragsfreiheit nur für das letzte Kindergartenjahr realisiert. Veranschlagt werden in einem abschließenden zweiten Schritt dementsprechend die Mittel zur Erstattung an Kommunen für Einnahmeausfälle, die durch den Wegfall aller Elternbeiträge entstehen.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	Von	0 Euro	0 Euro	um	426.881.200 Euro		auf	426.881.200 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
Von	0 Euro	0 Euro																							
um	426.881.200 Euro																								
auf	426.881.200 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								



**Änderungsantrag zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 07 040      Kinder- und Jugendhilfe</b> <b>TG 61                    Kinder- und Jugendförderplan</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>100.225.700 Euro</td> <td></td> <td>100.225.700 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>25.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>125.225.700 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b> Die Mittel des Kinder- und Jugendförderplans fangen bisher weder Sach- noch Personalkostensteigerungen auf. Gerade letztere belasten die Träger nach den erheblichen Tarifentwicklungen der letzten Jahre stark. Eine Erhöhung ist erforderlich, damit qualifiziertes Personal in zumutbaren Arbeitsverhältnissen beschäftigt werden kann, ohne dass dafür die Quantität oder Qualität des Angebotes eingeschränkt werden muss.</p> <p>Der Kinder- und Jugendförderplan teilt sich in verschiedene Förder- und Projektbereiche sowie in Struktur- und Projektförderung auf. Die Gelder werden über die zwei Landesjugendämter verwaltet. Aufgrund der Form</p>		<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	100.225.700 Euro		100.225.700 Euro	um	25.000.000 Euro			auf	125.225.700 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																										
von	100.225.700 Euro		100.225.700 Euro																										
um	25.000.000 Euro																												
auf	125.225.700 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	nein																												
GRÜNE	nein																												
FDP	nein																												
PIRATEN	ja																												

		der Beantragung der Projektgelder kam es in den vergangenen Haushaltsjahren nie zur Ausschüttung des gesamten Volumens des Kinder- und Jugendförderplanes. Auch um der Kinder- und Jugendhilfe faktisch den gesamten (Fehl-)Betrag zu Gute kommen zu lassen, ist es nötig, den Ansatz haushaltstechnisch zu erhöhen.	
--	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 07 040      Kinder- und Jugendhilfe</b> <b>Titel 633 61        Zuweisungen an Träger der öffentlichen Jugendhilfe</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>29.000.000 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">29.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>100.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>29.100.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b> Das UN-Übereinkommen über die Menschenrechte des Kindes und die EU-Grundrechte-Charta bescheinigen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen einen hohen Stellenwert. In der Anhörung zum Antrag „Rechte von Kindern und Jugendlichen in NRW stärken“ begrüßten Sachverständige Bestrebungen zur stärkeren Beteiligung jüngst nicht nur, sondern verdeutlichten auch, was in diesem Zuge notwendig ist. Wenig hinzuzufügen ist den Ausführungen der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW:</p> <p>„Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist nicht nur eine Hal- tungsfrage [... ]</p>		<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	29.000.000 Euro		29.000.000 Euro	um	100.000 Euro			auf	29.100.000 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																										
von	29.000.000 Euro		29.000.000 Euro																										
um	100.000 Euro																												
auf	29.100.000 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	nein																												
GRÜNE	nein																												
FDP	nein																												
PIRATEN	ja																												

	<p>Eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen setzt auf kommunaler Ebene die Erarbeitung und das Vorhalten umfangreichen Fachwissens voraus. Dies setzt den koordinierenden, aber auch begleiteten Einsatz entsprechend qualifizierten Fachpersonals in den Kommunen voraus. Dies bedeutet, dass eine Verbesserung von Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen ressourcenintensiv ist. Wenn die Landesregierung diese Prozesse forcieren soll, müssen den Kommunen auch entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden. [...]</p> <p>Die Umsetzung sollte deshalb nicht auf gesetzliche Beteiligungsverfahren beschränkt bleiben und muss mit einer entsprechend gesicherten auskömmlichen landesseitigen Finanzierung, z.B. über den Kinder- und Jugendförderplan des Landes, einhergehen.“</p> <p>Unabhängig von der präferierten Ausgestaltung der Verwirklichung des Rechts der Kinder und Jugendlichen auf Beteiligung vor Ort sind die Kommunen in entsprechenden Bestrebungen auch finanziell zu unterstützen.</p>	
--	---	--





**Änderungsantrag zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe</b>  <b>Titel 684 61 Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">64.865.700 Euro</td> <td style="text-align: right;">66.265.700 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">134.530 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">65.000.230 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b></p> <p>Ombudschaften sind nach Ansicht der Monitoring-Stelle UN-KRK ein wichtiges und hilfreiches Instrument zur Stärkung der Kinderrechte in der Kinder- und Jugendhilfe. Unabhängige, externe Ombudsstellen haben einen besonderen Stellenwert, da sie nicht von den wirtschaftlichen und anderen Interessen der Träger abhängig sind.</p> <p>Der Fachstelle Ombudschaft NRW wird im Evaluationsbericht „beeindruckende Entwicklung“ beschieden.</p> <p>Allerdings stehen der durch Anfragen stark in Anspruch genommenen Fachstelle zurzeit nur 1,5 VK Fachkräfte und eine 0,5 VK Verwaltungskraft zur Verfügung, obwohl sie umfangreichen Aufgaben nachkommen</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	64.865.700 Euro	66.265.700 Euro	um	134.530 Euro		auf	65.000.230 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	64.865.700 Euro	66.265.700 Euro																							
um	134.530 Euro																								
auf	65.000.230 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

		<p>soll und zur wohnortnahen Versorgung aller Regionen in Nordrhein-Westfalen noch viel Aufbauarbeit zu leisten ist. Zusammenarbeit besteht erst mit fünf von 186 Jugendämtern, auch gibt es erst ca. 20 aktive statt anvisierten 300 Ombudtsleuten. Um die Erreichbarkeit der Fachstelle zu verbessern, um unabhängige externe Beschwerdestellen flächendeckend aufzubauen, zu unterstützen und ehrenamtliche Kräfte zu qualifizieren, wird mehr Personal benötigt.</p> <p>Zu diesem Zweck sollen die Mittel für die „Fachstelle zur Förderung örtlicher Beschwerden in der Jugendhilfe“ (Förderbereich VII, Position 7) verdoppelt werden.</p>	
--	--	--	--



**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergeb- nis																						
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 07 050 Kulturförderung</b>  <b>Titel 547 10 Sächliche Verwaltungsausgaben für den Bereich der Kulturförderung</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 35%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">4.580.900 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.402.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.104.500 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">5.685.400 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b>  Die zusätzlichen Mittel sollen wie folgt dauerhaft und plafonderhöhend bereitgestellt werden:</p> <p>a) Unterteil 4  Zur Realisierung einer altersunabhängigen Förderung für Künstlerinnen und Künstler am Anfang ihrer Karriere, sollen dem Förderpreis des Landes Nordrhein-Westfalen für junge Künstlerinnen und Künstler zusätzliche Mittel in Höhe von dauerhaft 122.500 € zur Verfügung gestellt werden. Hieraus soll für jede Kategorie für unter 35-Jährige für diejenigen über dieser Altersgrenzen dieselbe Auszeichnung ermöglicht werden.</p> <p>b) Unterteil 5</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	4.580.900 Euro	2.402.900 Euro	um	1.104.500 Euro		auf	5.685.400 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	4.580.900 Euro	2.402.900 Euro																							
um	1.104.500 Euro																								
auf	5.685.400 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

		<p>Dem Kinderbuchpreis wird die Kategorie Integration und kulturelle Vielfalt hinzugefügt. Hier sollen Kinderbücher ausgezeichnet werden, die das Thema Interkulturellen Austausch und auch Flucht und Ankunft in Deutschland thematisieren. Zusätzlich sollen Mittel in Höhe von 12.000 € zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>c) Unterteil 16</p> <p>Die zusätzlichen Mittel von 900.000 € zur Förderung des Bibliothekswesens sowie zur Förderung innovativer Entwicklungen der Kultur, der Kunst und der kulturellen Bildung sollen dauerhaft und plafonderhöhend für die Realisierung und den Ausbau von Routineaufgaben im Bereich Integration eingesetzt. Dies gilt auch für Programme und wiederkehrende Projekte die der Zusammenhalt der Gesellschaft fördern und den Austausch zwischen verschiedenen Teilen der Bevölkerung erleichtern.</p> <p>d) Unterteil 18</p> <p>Zur stärkeren Förderung der Bildenden Kunst und der Medienkunst werden die Mehrausgaben von 70.000 € zum Ankauf von Kunstwerken verwendet. Hierbei liegt der Schwerpunkt bei der Medienkunst.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 07 050 Kulturförderung</b> <b>Titelgruppe 60 Musikpflege und Musikerziehung</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. Haushalt 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">13.229.400 Euro</td> <td style="text-align: right;">13.029.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">13.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">26.229.400 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b> Musikprojekte und niedrighschwellige Angebote mit integrativem Charakter sind ein wichtiger Bestandteil der Prävention von Radikalisierung, Extremismus, Faschismus und anderen antidemokratischen Tendenzen die sich heutzutage in der Gesellschaft ausbreiten. Es ist dringend notwendig an allen Stellen wo es möglich ist, eine Erweiterung des Aktivitäts- und Möglichkeitsspektrums vorzunehmen um eine möglichst große Wirkung auf den Zusammenhalt und der Akzeptanz für Andersartiges und Fremdens in unserer Gesellschaft zu fördern. Erhöhung zur Deckung des Bedarfs an Personal, Projekt- und Entwicklungskosten im Angesicht der aktuellen Flüchtlingssituation. Die jeweiligen Institutionen können für Projekte mit integrativem Charakter erhöhte Mittelzuweisung beantragen die bis zum Doppelten des ursprünglichen Ansatzes reichen. .</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. Haushalt 2016</b>	von	13.229.400 Euro	13.029.400 Euro	um	13.000.000 Euro		auf	26.229.400 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. Haushalt 2016</b>																							
von	13.229.400 Euro	13.029.400 Euro																							
um	13.000.000 Euro																								
auf	26.229.400 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 07 050 Kulturförderung</b> <b>Titelgruppe 61 Filmförderung</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. Haushalt 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.475.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.475.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">2.475.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b> Der Film ist ein Möglichkeitsraum. Er ist eine wichtige Projektionsfläche und ein Ideenraum für das was in unserer Wahrnehmung und auch in unserer Gesellschaft und Welt existiert, ereignet und was noch ermöglicht werden kann. Die Mehrausgaben von 1.000.000 sollen vor allem für Festivals und Veranstaltungen zur Verfügung stellen, die Diversität, kulturellen Austausch und zum Zusammenhalt der Gesellschaft auf niedrigschwelliger Basis beitragen.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. Haushalt 2016</b>	von	1.475.000 Euro	1.475.000 Euro	um	1.000.000 Euro		auf	2.475.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. Haushalt 2016</b>																							
von	1.475.000 Euro	1.475.000 Euro																							
um	1.000.000 Euro																								
auf	2.475.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis												
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 07 050      Kulturförderung</b>  <b>Titelgruppe 62      Theaterförderung</b>  <b>Titel 633 62          Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 35%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. Haushalt 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">20.946.900 Euro</td> <td style="text-align: right;">20.821.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">21.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">41.946.900 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b>  Das Theater ist als Kunstform, die in jedem Zeitalter stets relevante, provokante und inspirierende Beiträge zum gesellschaftlichen und politischen Diskurs geleistet hat, muss im Sinne des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Förderung des Austauschs und der Akzeptanz von Diversität, Anderssein und Veränderung verstärkt unterstützt werden. Daher werden die zusätzlichen Mittel von 21.000.000 Euro sinnvoll für die verstärkte Unterstützung von Projekten die Integration, Inklusion und Dialoge in der Gesellschaft fördern.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. Haushalt 2016</b>	von	20.946.900 Euro	20.821.900 Euro	um	21.000.000 Euro		auf	41.946.900 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <p>SPD            nein  CDU            nein  GRÜNE        nein  FDP            nein  PIRATEN        ja</p>
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. Haushalt 2016</b>													
von	20.946.900 Euro	20.821.900 Euro													
um	21.000.000 Euro														
auf	41.946.900 Euro														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 07 050</b> <b>Titelgruppe 62</b> <b>Titel 633 62</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Kulturförderung Theaterförderung Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>2017</b> von 20.966.900 Euro um 500.000 Euro auf 21.466.900 Euro</p> <p style="text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b>  20.821.900 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Das geplante deutsch-arabische Theaterprojekt des Theater an der Ruhr soll weiter mit 300.000,- Euro gefördert werden, da es sich um ein ganz besonders aktuelles und nachhaltiges Integrationsprojekt an einem unserer renommiertesten NRW-Theater handelt. Außerdem sollen mit 50.000,- EURO die interkulturellen Aktivitäten des Katakomben-Theaters in Essen gefördert werden. Mit den weiteren 150.000,- EURO sind zusätzlich besondere Theaterprojekte zu fördern, die sich mit Interkultur und Integration gezielt beschäftigen.</p>	<p style="text-align: center;"><b>angenommen</b></p> <p>SPD ja CDU nein GRÜNE ja FDP nein PIRATEN nein</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	FDP	<p><b>Kapitel 07 050 Kulturförderung</b>  <b>Titel 633 67 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 35%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: right;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>3.680.500 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">2.721.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>300.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>3.980.500 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Verbesserung der Unterstützung der Digitalisierung von Bibliotheken zur Förderung und Stärkung des Bibliothekswesens sowie innovativer Entwicklungen von Kultur, Kunst und kultureller Bildung in Nordrhein-Westfalen.</p>	<b>2017</b>			<b>2016</b>	von	3.680.500 Euro		2.721.000 Euro	um	300.000 Euro			auf	3.980.500 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>			<b>2016</b>																										
von	3.680.500 Euro		2.721.000 Euro																										
um	300.000 Euro																												
auf	3.980.500 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 07 050</b> <b>Titel 685 50</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Kulturförderung</b> <b>Zuschuss für das Europäische</b> <b>Übersetzer-Kollegium Nordrhein-</b> <b>Westfalen e. V. in Straelen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>2017</b> von 288.800 Euro um 50.000 Euro auf 338.800 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Mehr für die Stärkung der Interkulturalität und der vermehrten Anfragen auch aufgrund von Migration und Flucht. Die Einrichtung arbeitet voll ausgelastet, vermittelt mehr denn je Übersetzerinnen und Übersetzern aus vielen Ländern deutsche Literatur und hat erheblichen Mehrbedarf, der durch die hier beantragte moderate Anpassung immerhin anteilig berücksichtigt werden kann.</p>	<p style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></p> <p style="text-align: center;">288.800 Euro</p> <p><b>angenommen</b></p> <p>SPD ja CDU Enth. GRÜNE ja FDP nein PIRATEN nein</p>



**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 07 050</b> <b>Titelgruppe 60</b> <b>Titel 685 60</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Kulturförderung Musikpflege und Musikerziehung Zuschüsse an sonstige Träger für Orchester, Musikschulen und Musikpflege</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von 13.229.400 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um 500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 13.729.400 Euro</td> <td style="text-align: right;">13.029.400 Euro</td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Die verschiedenen Projekte des Landesmusikrates NRW, der Musikschulen in NRW brauchen Förderung zur Stärkung der Arbeit in den Bereichen Interkulturalität, Identitätsbildung und immer auch Inklusion. Gerade Kinder und Jugendliche, die durch Flucht und Vertreibung nach NRW kommen, bieten die bisherigen musikerzieherischen und musikalischen Angebote eine hervorragende Möglichkeit, sich nachhaltig zu integrieren. Aufgrund der steigenden Nachfrage nach solchen Angeboten ist hier der Fördermehrbedarf nachweislich durch schon bestehende Anfragen klar gegeben.</p>	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von 13.229.400 Euro		um 500.000 Euro		auf 13.729.400 Euro	13.029.400 Euro	<p style="text-align: center;"><b>angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	nein
<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																				
von 13.229.400 Euro																					
um 500.000 Euro																					
auf 13.729.400 Euro	13.029.400 Euro																				
SPD	ja																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	ja																				
FDP	nein																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 07 050      Kulturförderung</b>  <b>Titelgruppe 63      Stiftung „Jedem Kind Instrumentenspiel, Tanzen, Singen (JeKits)“</b>  <b>Titel 686 63      Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. Haushalt 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">11.240.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">9.940.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">11.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">22.240.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b>  Die Erhöhung der Mittel um 11.000.000 Euro wird zur Erreichung einer flächendeckenden Verbreitung des JeKits Programms eingesetzt. Zusätzlich sollen sie zur der Ausweitung der geförderten Schuljahre ohne Zuzahlung. Gleichzeitig ist bei der Wahl der Schwerpunkte die Eignung und die Neigung des jeweiligen Kindes zu betrachten und somit flexibel in Kooperation zwischen verschiedenen Schulen oder an einer Schule – je nach Auslastung und Nachfrage – alle Schwerpunkte Singen, Tanzen und Musik anzubieten.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. Haushalt 2016</b>	von	11.240.000 Euro	9.940.000 Euro	um	11.000.000 Euro		auf	22.240.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. Haushalt 2016</b>																							
von	11.240.000 Euro	9.940.000 Euro																							
um	11.000.000 Euro																								
auf	22.240.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungs- ergebnis																						
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 07 050 Kulturförderung</b> <b>Titelgruppe 64 Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">8.842.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">9.392.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">8.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">16.842.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b></p> <p>Das Projekt „Kulturrucksack“ für Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 14 Jahren ist hervorragend dafür geeignet die Integration von Geflüchteten Kindern und Jugendlichen hier vor Ort nachhaltig durch entsprechende kreative Projekte und Angebote eine Erhöhung der Mittel um 8.000.000 Euro erfolgt zur größtmöglichen Ausdehnung des Raumes der Möglichkeiten in denen beispielsweise bisher noch nicht realisierte oder aufgeschobene Projektideen realisiert werden können oder Experimente getätigt werden können. Insbesondere Projekte und Angebote zur Digitalisierung und der Förderung der Medien- und Technikkompetenz sind von großer Bedeutung. Hierfür sind auch Kooperationen mit den lokalen Hacker- und Makerspaces möglich, die bereits mit kommunalen Kulturinstitutionen wie Theater oder Bibliotheken zusammen arbeiten.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	8.842.500 Euro	9.392.500 Euro	um	8.000.000 Euro		auf	16.842.500 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	8.842.500 Euro	9.392.500 Euro																							
um	8.000.000 Euro																								
auf	16.842.500 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								



**Änderungsantrag zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungs- ergebnis																						
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 07 050      Kulturförderung</b> <b>Titelgruppe 65      Erhalt von Kulturgütern</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.205.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">850.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">2.205.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b></p> <p>Die bisherige finanzielle Unterstützung, insbesondere für die Digitalisierung von Kulturgütern ist nicht ausreichend. Daher ist die Erhöhung der Fördersumme um 1.000.000 Euro schwerpunktmäßig für die Entwicklung und den Ausbau von Routineaufgaben in der Digitalisierung und Veröffentlichung von Kunst- und Kulturgütern vorgesehen. Eine besondere Priorität erhalten die Werke und Exemplare deren Urheberrechtsschutz bereits abgelaufen ist. Die Digitalisierung von gemeinfreien Werken ist unter einer freien Lizenz und zur freien Weiterverwendung, Veränderung und Weiterverbreitung zu realisieren. Gemeinfreies muss auch digital gemeinfrei bleiben.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	1.205.000 Euro	850.000 Euro	um	1.000.000 Euro		auf	2.205.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	1.205.000 Euro	850.000 Euro																							
um	1.000.000 Euro																								
auf	2.205.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungs- ergebnis																						
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 07 050      Kulturförderung</b> <b>Titelgruppe 66      Interkulturelle Kulturarbeit</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">720.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">720.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">700.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.420.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b></p> <p>Der Dialog zwischen Kulturen, Menschen und auch Bevölkerungsschichten wird im Alltag durch den Austausch im Möglichkeitsraum Kultur erleichtert. Die derzeitige gesellschaftliche und politische Situation verlangt einen stärkeren Einsatz auf personeller und auch auf der Maßnahmenebene. Die Erhöhung der Mittel um 700.000 Euro sollen zur Diversifikation der jeweiligen Aufgabenfelder und des Spektrums bestehender und noch zu realisierender Maßnahmen verwendet werden.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH2016</b>	von	720.000 Euro	720.000 Euro	um	700.000 Euro		auf	1.420.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH2016</b>																							
von	720.000 Euro	720.000 Euro																							
um	700.000 Euro																								
auf	1.420.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergeb- nis																						
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 07 050      Kulturförderung</b> <b>Titelgruppe 67      Zur Förderung des Bibliothekswesens sowie zur Förderung</b> <b>                                 innovativer Entwicklungen der Kultur, der Kunst und der kulturellen</b> <b>                                 Bildung</b></p> <p><b>Titel 633 67      Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">4.830.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.721.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">4.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">8.830.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b></p> <p>Die Mittelerhöhung um 4.000.000 Euro soll folgenden Zwecken dienen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1.) Zusätzliche 3.000.000 sollen die Erweiterung und der diversifizierenden Vertiefung der Aufgaben die integrative, präventive Entwicklungen in der Gesellschaft unterstützen fördern.</li> <li>2.) Weitere 1.000.000 Euro sind im Sinne von §17 Kulturförderungsgesetz Experimente zu Gunsten von neuartigen, experimentellen und noch nicht geförderten Kultur- und Kunstformen einzusetzen.</li> </ol>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	4.830.500 Euro	2.721.000 Euro	um	4.000.000 Euro		auf	8.830.500 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	4.830.500 Euro	2.721.000 Euro																							
um	4.000.000 Euro																								
auf	8.830.500 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																														
	FDP	<p><b>Kapitel 07 050 Kulturförderung</b>  <b>Titel 685 90 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;"><b>2016</b></td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>2.624.000</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">944.000</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>226.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>2.850.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Stärkung der Kulturförderung zur besseren finanziellen Absicherung von Einrichtungen von besonderem kulturellem Rang und zur Ermöglichung neuer Einrichtungen und Maßnahmen von überregionaler Bedeutung insbesondere in den Bereichen bildende Kunst, Museen, Archive, Musik, Schrifttum, Theater, Film, Bild sowie Soziokultur und Tanz.</p>	<b>2017</b>			<b>2016</b>		von	2.624.000	Euro	944.000	Euro	um	226.000	Euro			auf	2.850.000	Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>			<b>2016</b>																														
von	2.624.000	Euro	944.000	Euro																													
um	226.000	Euro																															
auf	2.850.000	Euro																															
SPD	nein																																
CDU	Enth.																																
GRÜNE	nein																																
FDP	ja																																
PIRATEN	nein																																





**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 09 010      Ministerium</b>  <b>Titel 511 01        Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie</b>  <b>Geräte, Ausstattungs- und</b>  <b>Ausrüstungsgegenstände, sonstige</b>  <b>Gebrauchsgegenstände</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">497.100 Euro</td> <td style="text-align: right;">503.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">190.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">307.100 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	497.100 Euro	503.600 Euro	um	190.000 Euro		auf	307.100 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	497.100 Euro	503.600 Euro																							
um	190.000 Euro																								
auf	307.100 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 09 010      Ministerium</b> <b>Titel 511 60        Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie</b> <b>Geräte, Ausstattungs- und</b> <b>Ausrüstungsgegenstände, sonstige</b> <b>Gebrauchsgegenstände für die</b> <b>Informationstechnik</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">143.900 Euro</td> <td style="text-align: right;">143.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">46.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">97.900 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	143.900 Euro	143.900 Euro	um	46.000 Euro		auf	97.900 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	143.900 Euro	143.900 Euro																							
um	46.000 Euro																								
auf	97.900 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 09 010      Ministerium</b> <b>Titel 519 03        Schönheitsreparaturen und Instandhaltung an angemieteten Grundstücken, Gebäuden und Räumen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">244.700 Euro</td> <td style="text-align: right;">244.700 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">112.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">132.700 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	244.700 Euro	244.700 Euro	um	112.000 Euro		auf	132.700 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	244.700 Euro	244.700 Euro																							
um	112.000 Euro																								
auf	132.700 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 09 010      Ministerium</b>  <b>Titel 519 11        Zur Verstärkung der in den Kapiteln</b>  <b>                              vorgesehenen Ansätze bei den Titeln 519 03</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">237.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">237.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">237.500 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein Strichansatz ausgebracht. Die vorhandenen Deckungsfähigkeiten der Titel der Hauptgruppe 5 können genutzt werden, um vereinzelt anfallende Abweichungen des IST-Abflusses zu ermöglichen.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	237.500 Euro	237.500 Euro	um	237.500 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	237.500 Euro	237.500 Euro																							
um	237.500 Euro																								
auf	- Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 09 010      Ministerium</b> <b>Titel 525 10        Ausgaben für die Inübunghaltung der Luftfahrer</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">40.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">40.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">16.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">24.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	40.500 Euro	40.500 Euro	um	16.000 Euro		auf	24.500 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	40.500 Euro	40.500 Euro																							
um	16.000 Euro																								
auf	24.500 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 09 010      Ministerium</b> <b>Titel 526 01        Sachverständige</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">2.328.800 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.573.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.300.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.028.800 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	2.328.800 Euro	2.573.600 Euro	um	1.300.000 Euro		auf	1.028.800 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	2.328.800 Euro	2.573.600 Euro																							
um	1.300.000 Euro																								
auf	1.028.800 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 09 010      Ministerium</b> <b>Titel 527 01        Reisekostenvergütungen für Dienstreisen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">332.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">332.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">120.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">212.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	332.500 Euro	332.500 Euro	um	120.000 Euro		auf	212.500 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	332.500 Euro	332.500 Euro																							
um	120.000 Euro																								
auf	212.500 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								



**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 09 010      Ministerium</b> <b>Titel 531 30        Veröffentlichungen von Bürgerinformationen aus den Fachbereichen des Ministeriums</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">290.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">290.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">256.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">34.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	290.000 Euro	290.000 Euro	um	256.000 Euro		auf	34.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	290.000 Euro	290.000 Euro																							
um	256.000 Euro																								
auf	34.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 09 010      Ministerium</b>  <b>Titel 531 40        Aufwendungen für Online-Kommunikation</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">37.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">37.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">18.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">19.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	37.000 Euro	37.000 Euro	um	18.000 Euro		auf	19.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	37.000 Euro	37.000 Euro																							
um	18.000 Euro																								
auf	19.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 09 010      Ministerium</b> <b>Titel 534 70        Aufwendungen für die Pflege auswärtiger Beziehungen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">60.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">60.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">20.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">40.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	60.000 Euro	60.000 Euro	um	20.000 Euro		auf	40.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	60.000 Euro	60.000 Euro																							
um	20.000 Euro																								
auf	40.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 09 010      Ministerium</b> <b>Titel 541 00        Aufwendungen für Veranstaltungen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">869.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">869.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">336.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">533.200 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	869.200 Euro	869.200 Euro	um	336.000 Euro		auf	533.200 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	869.200 Euro	869.200 Euro																							
um	336.000 Euro																								
auf	533.200 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 09 040      <b>Angelegenheiten des Bauwesens</b></b>  <b>Titel 537 71      <b>Planungen durch Dienststellen und</b></b>  <b>                         <b>Einrichtungen des Landes</b></b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">25.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">25.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">25.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein Strichansatz ausgebracht. Die vorhandenen Deckungsfähigkeiten der Titel der Hauptgruppe 5 können genutzt werden, um vereinzelt anfallende Abweichungen des IST-Abflusses zu ermöglichen.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	25.000 Euro	25.000 Euro	um	25.000 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	25.000 Euro	25.000 Euro																							
um	25.000 Euro																								
auf	- Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	SPD / Grüne	<p><b>Kapitel 09 050      Förderung des Wohnungsbaus</b></p> <p><b>Titel 231 10        Anteil des Bundes an den Aufwendungen des Landes für Wohngeld</b></p> <p><u>Absenkung des Ansatzes</u></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">2017</td> <td style="width: 30%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2016</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">172.500.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">175.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">7.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">165.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Anpassung der Ansätze an den voraussichtlichen Bedarf.</p>		2017	Ansatz lt. HH 2016	von	172.500.000 Euro	175.000.000 Euro	um	7.500.000 Euro		auf	165.000.000 Euro		<p><b>angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	ja	PIRATEN	nein
	2017	Ansatz lt. HH 2016																							
von	172.500.000 Euro	175.000.000 Euro																							
um	7.500.000 Euro																								
auf	165.000.000 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	ja																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 09 050 Förderung des Wohnungsbaus</b>  <b>Titel 231 10 Anteil des Bundes an den Aufwendungen des Landes für Wohngeld</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <thead> <tr> <th></th> <th style="text-align: center;"><b>2017</b></th> <th style="text-align: center;"><b>2016</b></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">172.500.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">175.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">47.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">125.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p><b>Begründung:</b>  Der Ansatz „Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz“ (09 050 - 681 10) wurde in den letzten Jahren deutlich unterschritten und ist aus Gründen der Haushaltskonsolidierung dem IST-Ergebnis anzunähern. Die vorgeschlagene Reduzierung berücksichtigt bereits die Erhöhung des Wohngeldes im Rahmen der Wohngeldnovelle 2016 um etwa 40%. Infolgedessen wird der hier ausgewiesene Anteil des Bundes zum Wohngeld reduziert.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	172.500.000 Euro	175.000.000 Euro	um	47.500.000 Euro		auf	125.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tbody> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </tbody> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	172.500.000 Euro	175.000.000 Euro																							
um	47.500.000 Euro																								
auf	125.000.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 09 050      Förderung des Wohnungsbaus</b> <b>Titel 681 10        Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">345.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">350.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">95.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">250.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Der Plan-Ansatz des Titels ist in den vergangenen Jahren dauerhaft unterschritten worden. In den Jahren 2013 und 2014 diente der Titel zur Erbringung der Globalen Minderausgabe. Im Jahr 2013 wurden über 85 Millionen Euro nicht verausgabt – rund die Hälfte dieser Mittel floss in der Globale Minderausgaben des Einzelplans 20. Aus Gründen der Haushaltskonsolidierung ist der Titel daher dem IST-Ergebnis anzunähern. Die vorgeschlagene Reduzierung berücksichtigt bereits die Erhöhung des Wohngeldes im Rahmen der Wohngeldnovelle 2016 um etwa 40%. Der Anteil des Bundes zum Wohngeld wird entsprechend angepasst.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	345.000.000 Euro	350.000.000 Euro	um	95.000.000 Euro		auf	250.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	345.000.000 Euro	350.000.000 Euro																							
um	95.000.000 Euro																								
auf	250.000.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								



**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungs-ergebnis
	SPD / Grüne	<p><b>Kapitel 09 050      Förderung des Wohnungsbaus</b>  <b>Titel 681 10        Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz</b></p> <p><u>Absenkung des Ansatzes</u>  <span style="margin-left: 150px;">2017</span> <span style="margin-left: 150px;">Ansatz lt. HH 2016</span></p> <p>von                      345.000.000 Euro                      350.000.000 Euro  um                         15.000.000 Euro  auf                        330.000.000 Euro</p> <p><u>Begründung:</u>  Anpassung der Ansätze an den voraussichtlichen Bedarf.</p>	<p><b>angenommen</b></p> <p>SPD                      ja  CDU                        Enth.  GRÜNE                    ja  FDP                         ja  PIRATEN                   nein</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 09 110 Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs</b></p> <p><b>Titel 546 02 Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">20.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">20.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">20.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein Strichansatz ausgebracht. Die vorhandenen Deckungsfähigkeiten der Titel der Hauptgruppe 5 können genutzt werden, um vereinzelt anfallende Abweichungen des IST-Abflusses zu ermöglichen.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	20.000 Euro	20.000 Euro	um	20.000 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	20.000 Euro	20.000 Euro																							
um	20.000 Euro																								
auf	- Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt /Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungser- gebnis																						
	PIRATEN	<p style="text-align: center;"><b>Kapitel 09 110 Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs Titel 526 10 ÖPNV-Gutachten</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">480.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">480.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">980.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b> Um mittelfristig den ÖPNV fahrscheinfrei nutzen zu können, müssen vorab in einem Modellprojekt Tauglichkeit und Bedingungen geprüft werden. Dazu ist (mindestens) eine Modellkommune zu identifizieren und zu benennen, in der in einer Testphase von längerer Dauer (z.B. ein Kalenderjahr) die Auswirkungen eines fahrscheinfrei zu nutzenden ÖPNV ermittelt und bewertet werden.</p> <p>Diese Testphase ist wissenschaftlich zu begleiten und zu evaluieren. Auf den so ermittelten Ergebnissen baut zu einem späteren Zeitpunkt die landesweite Etablierung der fahrscheinfreien Nutzung des ÖPNV auf. Auf die wissenschaftliche Studie entfallen vom Haushaltsansatz 500.000,- Euro, hälftig verteilt auf die zwei Haushaltsjahre 2017 und 2018. Auf den Praxistest selbst entfällt im Haushaltsjahr 2017 die zweite Hälfte des Etats. Im Haushaltsjahr 2018 fallen weitere Kosten an, die Abhängigkeit von der ausgewählten Kommune bzw. den ausgewählten Kommunen stehen und für die entsprechende Vorhaltungen zu treffen sind.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	480.000 Euro	480.000 Euro	um	500.000 Euro		auf	980.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	480.000 Euro	480.000 Euro																							
um	500.000 Euro																								
auf	980.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungser- gebnis																						
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 09 110 Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs</b> <b>Titel 526 10 ÖPNV-Gutachten</b></p> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">250.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">250.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.750.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b> Um mittelfristig den ÖPNV fahrscheinfrei nutzen zu können, müssen vorab in einem Modellprojekt Tauglichkeit und Bedingungen geprüft werden. Dazu ist (mindestens) eine Modellkommune zu identifizieren und zu benennen, in der in einer Testphase von längerer Dauer (z.B. ein Kalenderjahr) die Auswirkungen eines fahrscheinfrei zu nutzenden ÖPNV ermittelt und bewertet werden.</p> <p>Diese Testphase ist wissenschaftlich zu begleiten und zu evaluieren. Auf den so ermittelten Ergebnissen baut zu einem späteren Zeitpunkt die landesweite Etablierung der fahrscheinfreien Nutzung des ÖPNV auf. Auf die wissenschaftliche Studie entfallen vom Haushaltsansatz 500.000,- Euro, hälftig verteilt auf die zwei Haushaltsjahre 2017 und 2018. Auf den Praxistest selbst entfällt im Haushaltsjahr 2017 die zweite Hälfte des Etats. Im Haushaltsjahr 2018 fallen weitere Kosten an, die Abhängigkeit von der ausgewählten Kommune bzw. den ausgewählten Kommunen stehen und für die entsprechende Vorhaltungen zu treffen sind.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	250.000 Euro	250.000 Euro	um	1.500.000 Euro		auf	1.750.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	250.000 Euro	250.000 Euro																							
um	1.500.000 Euro																								
auf	1.750.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 09 110 Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs</b></p> <p><b>Titel 631 10 Erstattung von Verwaltungsausgaben an das Eisenbahn-Bundesamt</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.600.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">313.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.287.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Der Antrag zielt nicht auf eine finanzielle Schlechterstellung bei den Zuwendungs- und Zuschussempfängern ab, sondern soll zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich an welcher Stellen ausgeschüttet werden. Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	1.600.000 Euro	1.500.000 Euro	um	313.000 Euro		auf	1.287.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	1.600.000 Euro	1.500.000 Euro																							
um	313.000 Euro																								
auf	1.287.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09  
im Haushalts- und Finanzausschuss zum Haushaltsgesetz 2017**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	CDU	<p><b>Kapitel 09 110 Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs</b></p> <p><b>Titelgruppe 60 Sozialticket</b></p> <p><b>Titel 633 60 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">40.000.000 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">40.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">40.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Das sogenannte „Sozialticket“ ist eine rein konsumtive Ausgabe, die der Landeshaushalt nicht hergibt. Höhere Haushaltsansätze müssen insbesondere im investiven Bereich getätigt werden.</p> <p>Vor dem Hintergrund der allgemein anerkannten Notwendigkeit zum sparsamen Umgang mit Steuergeld ist die Aufrechterhaltung dieser Ausgabe nicht finanzierbar.</p>		<b>2017</b>		<b>2016</b>	von	40.000.000 Euro		40.000.000 Euro	um	40.000.000 Euro			auf	0 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table> <p>gleich mit FDP-Antrag (bis auf die Begründung)</p>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>		<b>2016</b>																										
von	40.000.000 Euro		40.000.000 Euro																										
um	40.000.000 Euro																												
auf	0 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p><b>Kapitel 09 110 Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs</b></p> <p><b>Titelgruppe 60 Sozialticket</b></p> <p><b>Titel 633 60 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von 40.000.000 Euro</td> <td>30.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 40.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Das Sozialticket ist eine freiwillige Sozialleistung der Kommunen zur Verbesserung der örtlichen Mobilität einkommensschwacher Bürgerinnen und Bürger. Das Land hat weder die Aufgabe noch die finanziellen Möglichkeiten, das Sozialticket aus Haushaltsmitteln zu unterstützen. Die hier eingesparten konsumtiven Ausgaben werden in den notwendigen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur investiert und zum Abbau der Nettokreditaufnahme des Landes verwendet.</p>	<b>2017</b>	<b>2016</b>	von 40.000.000 Euro	30.000.000 Euro	um 40.000.000 Euro		auf 0 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table> <p>gleich mit CDU-Antrag (bis auf die Begründung)</p>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>	<b>2016</b>																				
von 40.000.000 Euro	30.000.000 Euro																				
um 40.000.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungser- gebnis																						
	PIRATEN	<p style="text-align: center;"><b>Kapitel 09 110 Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs</b> <b>Titel 637 60 Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">6.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">6.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b> In der Novelle des ÖPNVG werden Regionalbussysteme erstmals explizit erwähnt. Wenn Mittel in die Regionalbussysteme fließen, ginge dies zu Lasten der bisher eingesetzten Mittel für den SPNV, welche eine Durchleitung der Bundesmittel nach dem Regionalisierungsgesetz sind. Eine eigene Förderung durch das Land ist bisher nicht vorgesehen. Um den Aufbau eines Regionalbussystems nicht zu Lasten des – ohne hin unterfinanzierten – bestehenden ÖPNV-Systems voranzutreiben, muss ein eigener Haushaltsposten mit originären Landesmitteln geschaffen werden. Dies wurde von Sachverständigen in der Anhörung zur ÖPNVG-Novelle explizit gefordert. Die Höhe der Landesmittel orientiert sich an dem Haushaltsansatz für den Aufbau eines Regionalbussystems in Baden-Württemberg.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	0 Euro	0 Euro	um	6.000.000 Euro		auf	6.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	0 Euro	0 Euro																							
um	6.000.000 Euro																								
auf	6.000.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	ja																								





		<p>Seit 2013 stellt der Bund über das Schienengüterfernverkehrsnetzförderungsgesetz (SGFFG) jährlich 25 Millionen Euro Fördermittel für die Infrastrukturen der NE-Bahnen zur Verfügung. Damit die SGFFG-Förderung des Bundes effektiv genutzt werden kann, sollte – wie etwa in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz oder Baden-Württemberg – auch in Nordrhein-Westfalen eine Komplementärförderung des Landes erfolgen. Beispielhaft ist Niedersachsen, wo die Förderquote auf mindestens 82 Prozent, zumeist aber 90 Prozent aufgestockt wird. Im Landeshaushalt sind dafür 6,5 Millionen Euro aus originären Landesmitteln vorgesehen.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09  
im Haushalts- und Finanzausschuss zum Haushaltsgesetz 2017**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	CDU	<p><b>Kapitel 09 110 Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs</b></p> <p><b>Titelgruppe 80 Zuwendungen nach § 14 ÖPNVG NRW zur Förderung sonstiger Maßnahmen im besonderen Landesinteresse</b></p> <p><b>Titel 633 80 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">250.000 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">250.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">350.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Mit der Erhöhung soll eine Anpassung der Organisationspauschale für Bürgerbusse vorgenommen werden. Zudem soll die Aufnahme von Elektro-Kleinbussen als gesonderten Tatbestand im Förderkatalog des Landes erfolgen. Um den Anteil an Elektrofahrzeugen im Land zu erhöhen, bieten sich die Bürgerbusfahrzeuge mit einer kalkulierbaren und kontinuierlichen Fahrleistung und der öffentlichen Präsenz im Verkehrsraum als Referenzprojekt an.</p>		<b>2017</b>		<b>2016</b>	von	250.000 Euro		250.000 Euro	um	100.000 Euro			auf	350.000 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>		<b>2016</b>																										
von	250.000 Euro		250.000 Euro																										
um	100.000 Euro																												
auf	350.000 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungs-er- gebnis																						
	PIRATEN	<p style="text-align: center;"><b>Kapitel 09 110 Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs Titel 637 80 Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">2.500.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">50.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">52.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b> Während der Umstellungsphase des bisherigen Finanzierungssystems des ÖPNV auf fahr-scheinfreie Nutzung entstehen über einen mehrjährigen Zeitraum Anpassungskosten, wofür Mittel bereit zu stellen sind. In längerer Sicht ist die Umstellung jedoch kostenneutral. Für ei-nen Zeitraum von fünf Jahren, beginnend mit dem Haushaltsjahr 2017, werden jährlich 50 Milli-onen zur Verfügung gestellt, mit denen die Aufgabenträger die Übergangskosten decken.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	2.500.000 Euro	2.500.000 Euro	um	50.000.000 Euro		auf	52.500.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: center;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: center;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: center;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: center;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	2.500.000 Euro	2.500.000 Euro																							
um	50.000.000 Euro																								
auf	52.500.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungs-er- gebnis																						
	PIRATEN	<p style="text-align: center;"><b>Kapitel 09 110 Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs Titel 637 80 Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände</b></p> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 35%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">10.500.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">10.500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">200.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">210.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b> Während der Umstellungsphase des bisherigen Finanzierungssystems des ÖPNV auf fahr-scheinfreie Nutzung entstehen über einen mehrjährigen Zeitraum Anpassungskosten, wofür Mittel bereit zu stellen sind. In längerer Sicht ist die Umstellung jedoch kostenneutral. Für ei-nen Zeitraum von fünf Jahren, beginnend mit dem Haushaltsjahr 2017, werden jährlich 50 Milli-onen zur Verfügung gestellt, mit denen die Aufgabenträger die Übergangskosten decken.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	10.500.000 Euro	10.500.000 Euro	um	200.000.000 Euro		auf	210.500.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	10.500.000 Euro	10.500.000 Euro																							
um	200.000.000 Euro																								
auf	210.500.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungs-er- gebnis																						
	PIRATEN	<p style="text-align: center;"><b>Kapitel 09 110 Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs Titel 887 80 Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände</b></p> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.050.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.050.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b> Um das bisherige Finanzsystem des ÖPNV auf fahrscheinfreie Nutzung umzustellen, sind die infrastrukturellen Voraussetzungen zu schaffen. Doch auch ohne den Bezug auf „fahrscheinfrei“ sind die Infrastrukturen des ÖPNV dringend zu sanieren. Nach den Ergebnissen verschiedener auf Bundes- und Landesebene angesiedelter Kommissionen ist hierfür über einen Zeitraum von etwa anderthalb Dekaden jährlich ein dreistelliger Millionenbetrag zu investieren. Geschieht dies nicht, gehen jeden Tag volkswirtschaftliche Werte in großem Umfang verloren. Daher beantragen wir für den Haushalt 2017 erstmalig 100 Millionen Euro, der 15 Jahre lang, also bis einschließlich 2031 einzubringen ist, allein, um den Substanzverzehr zu stoppen. Für diese notwendige nachholende Sanierung sind zwar Bundesmittel zu verwenden, doch kann nicht gewartet werden, soll weiterer Substanzverzehr vermieden werden. Das Land muss hier in die Vorleistung gehen. Der genannte Betrag verteilt sich hälftig auf die Titel 887 80 und 891 80, kann aber bei Bedarf auch anders aufgeteilt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	0 Euro	0 Euro	um	1.050.000.000 Euro		auf	1.050.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	0 Euro	0 Euro																							
um	1.050.000.000 Euro																								
auf	1.050.000.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

		<p>Darüber hinaus müssen aufgrund des mit der Umstellung des ÖPNV-Finanzierungssystems auf fahrscheinfreie Nutzung erwarteten und beabsichtigten substanziellen Zuwachses der Fahrgastzahlen die infrastrukturellen Kapazitäten angepasst werden. Die ÖPNV-Zukunftskommission fordert eine Verdopplung der Fahrgastzahlen. Der erforderliche Ausbau der Kapazitäten soll über einen Zeitraum von 15 Jahren erfolgen. Dafür sind nach vorliegenden Gutachten jährlich 50 Millionen Euro zu investieren. Dieser Betrag verteilt sich in gleicher Weise auf die oben genannten Titel.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt /Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungser- gebnis																						
	PIRATEN	<p style="text-align: center;"><b>Kapitel 09 110 Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs</b> <b>Titel 887 80 Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 35%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">75.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">75.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b> Um das bisherige Finanzsystem des ÖPNV auf fahrscheinfreie Nutzung umzustellen, sind die infrastrukturellen Voraussetzungen zu schaffen. Doch auch ohne den Bezug auf „fahrscheinfrei“ sind die Infrastrukturen des ÖPNV dringend zu sanieren. Nach den Ergebnissen verschiedener auf Bundes- und Landesebene angesiedelter Kommissionen ist hierfür über einen Zeitraum von etwa anderthalb Dekaden jährlich ein dreistelliger Millionenbetrag zu investieren. Geschieht dies nicht, gehen jeden Tag volkswirtschaftliche Werte in großem Umfang verloren. Daher beantragen wir für den Haushalt 2017 erstmalig 100 Millionen Euro. Für diese notwendige nachholende Sanierung sind zwar Bundesmittel zu verwenden, doch kann nicht gewartet werden, soll weiterer Substanzverzehr vermieden werden. Das Land muss hier in die Vorleistung gehen. Der genannte Betrag verteilt sich hälftig auf die Titel 887 80 und 891 80, kann aber bei Bedarf auch anders aufgeteilt werden.</p> <p>Darüber hinaus müssen aufgrund des mit der Umstellung des ÖPNV-Finanzierungssystems auf fahrscheinfreie Nutzung erwarteten und beabsichtigten substanziellen Zuwachses der Fahrgast-</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	0 Euro	0 Euro	um	75.000.000 Euro		auf	75.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	0 Euro	0 Euro																							
um	75.000.000 Euro																								
auf	75.000.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								



	zahlen die infrastrukturellen Kapazitäten angepasst werden. Die ÖPNV-Zukunftskommission fordert eine Verdopplung der Fahrgastzahlen. Dafür sind nach vorliegenden Gutachten im Haushaltsjahr 2017 erstmalig 50 Millionen Euro zu investieren. Dieser Betrag verteilt sich in gleicher Weise auf die oben genannten Titel.	
--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungser- gebnis																						
	PIRATEN	<p style="text-align: center;"><b>Kapitel 09 110 Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs Titel 891 80 Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen</b></p> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.050.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.050.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b> Um das bisherige Finanzsystem des ÖPNV auf fahrscheinfreie Nutzung umzustellen, sind die infrastrukturellen Voraussetzungen zu schaffen. Doch auch ohne den Bezug auf „fahrscheinfrei“ sind die Infrastrukturen des ÖPNV dringend zu sanieren. Nach den Ergebnissen verschiedener auf Bundes- und Landesebene angesiedelter Kommissionen ist hierfür über einen Zeitraum von etwa anderthalb Dekaden jährlich ein dreistelliger Millionenbetrag zu investieren. Geschieht dies nicht, gehen jeden Tag volkswirtschaftliche Werte in großem Umfang verloren. Daher beantragen wir für den Haushalt 2017 erstmalig 100 Millionen Euro, der 15 Jahre lang, also bis einschließlich 2031 einzubringen ist, allein, um den Substanzverzehr zu stoppen. Für diese notwendige nachholende Sanierung sind zwar Bundesmittel zu verwenden, doch kann nicht gewartet werden, soll weiterer Substanzverzehr vermieden werden. Das Land muss hier in die Vorleistung gehen. Der genannte Betrag verteilt sich hälftig auf die Titel 887 80 und 891 80, kann aber bei Bedarf auch anders aufgeteilt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	0 Euro	0 Euro	um	1.050.000.000 Euro		auf	1.050.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	0 Euro	0 Euro																							
um	1.050.000.000 Euro																								
auf	1.050.000.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

	<p>Darüber hinaus müssen aufgrund des mit der Umstellung des ÖPNV-Finanzierungssystems auf fahrscheinfreie Nutzung erwarteten und beabsichtigten substanziellen Zuwachses der Fahrgastzahlen die infrastrukturellen Kapazitäten angepasst werden. Die ÖPNV-Zukunftskommission fordert eine Verdopplung der Fahrgastzahlen. Der erforderliche Ausbau der Kapazitäten soll über einen Zeitraum von 15 Jahren erfolgen. Dafür sind nach vorliegenden Gutachten jährlich 50 Millionen Euro zu investieren. Dieser Betrag verteilt sich in gleicher Weise auf die oben genannten Titel.</p>	
--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungser- gebnis																						
	PIRATEN	<p style="text-align: center;"><b>Kapitel 09 110 Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs Titel 891 80 Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">750.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">750.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">75.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">75.750.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b> Um das bisherige Finanzsystem des ÖPNV auf fahrscheinfreie Nutzung umzustellen, sind die infrastrukturellen Voraussetzungen zu schaffen. Doch auch ohne den Bezug auf „fahrscheinfrei“ sind die Infrastrukturen des ÖPNV dringend zu sanieren. Nach den Ergebnissen verschiedener auf Bundes- und Landesebene angesiedelter Kommissionen ist hierfür über einen Zeitraum von etwa anderthalb Dekaden jährlich ein dreistelliger Millionenbetrag zu investieren. Geschieht dies nicht, gehen jeden Tag volkswirtschaftliche Werte in großem Umfang verloren. Daher beantragen wir für den Haushalt 2017 erstmalig 100 Millionen Euro. Für diese notwendige nachholende Sanierung sind zwar Bundesmittel zu verwenden, doch kann nicht gewartet werden, soll weiterer Substanzverzehr vermieden werden. Das Land muss hier in die Vorleistung gehen. Der genannte Betrag verteilt sich hälftig auf die Titel 887 80 und 891 80, kann aber bei Bedarf auch anders aufgeteilt werden.</p> <p>Darüber hinaus müssen aufgrund des mit der Umstellung des ÖPNV-Finanzierungssystems auf fahrscheinfreie Nutzung erwarteten und beabsichtigten substanziellen Zuwachses der Fahrgast-</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	750.000 Euro	750.000 Euro	um	75.000.000 Euro		auf	75.750.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	750.000 Euro	750.000 Euro																							
um	75.000.000 Euro																								
auf	75.750.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

		zahlen die infrastrukturellen Kapazitäten angepasst werden. Die ÖPNV-Zukunftskommission fordert eine Verdopplung der Fahrgastzahlen. Dafür sind nach vorliegenden Gutachten im Haushaltsjahr 2017 erstmalig 50 Millionen Euro zu investieren. Dieser Betrag verteilt sich in gleicher Weise auf die oben genannten Titel.	
--	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 09 140 Straßenverkehr und kommunaler Straßenbau</b>  <b>Titel 511 10 Überarbeitung und Druck der Straßenkarte und der Verkehrsstärkenkarte des Landes</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">20.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">20.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">20.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein Strichansatz ausgebracht. Die vorhandenen Deckungsfähigkeiten der Titel der Hauptgruppe 5 können genutzt werden, um vereinzelt anfallende Abweichungen des IST-Abflusses zu ermöglichen.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	20.000 Euro	20.000 Euro	um	20.000 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	20.000 Euro	20.000 Euro																							
um	20.000 Euro																								
auf	- Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 09 140 Straßenverkehr und kommunaler Straßenbau</b>  <b>Titel 537 10 Erhebung und Auswertung von Daten zur Verkehrs- und Unfallentwicklung sowie Auswertung von Verkehrserhebungen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">225.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">225.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">122.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">103.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	225.000 Euro	225.000 Euro	um	122.000 Euro		auf	103.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	225.000 Euro	225.000 Euro																							
um	122.000 Euro																								
auf	103.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 09 140 Straßenverkehr und kommunaler Straßenbau</b>  <b>Titel 538 61 Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">200.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">200.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">73.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">127.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	200.000 Euro	200.000 Euro	um	73.000 Euro		auf	127.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	200.000 Euro	200.000 Euro																							
um	73.000 Euro																								
auf	127.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								



**zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
	SPD Grüne	<p><b>Kapitel 09 140      Straßenverkehr und kommunaler Straßenbau</b>  <b>Titelgruppe 61      Nahmobilität</b>  <b>Titel 682 61        Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>2017</b> <span style="float: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></span>            von      500.000 Euro <span style="float: right;">500.000 €</span>            um      500.000 Euro            auf      1.000.000 Euro</p> <p><b><u>Begründung:</u></b>            Die Schaffung von Radschnellwegen (RS) ist wichtiger Bestandteil unserer modernen Verkehrsinfrastrukturpolitik in Nordrhein-Westfalen. Das Projekt hat perspektivischen Charakter und reicht weit über die 16. LEG hinaus. Mit der Novellierung des Straßen- und Wegegesetzes - Verabschiedung steht im Herbst an - werden Radschnellwege den Landesstraßen gleichgestellt. Das ist bundesweit einmalig. Diese Aufwertung macht die Bedeutung des Verkehrsträgers deutlich, insbesondere was große Ballungsräume und Metropolen angeht. Zugleich wird damit die E-Mobilität gefördert, indem geeignete Verkehrsinfrastruktur für E-Bikes usw. geschaffen wird. Auch der Bund hat die Bedeutung von Radschnellwegen erkannt. Er wird über den Bundesverkehrswegeplan (BVWP 2030) 25 Mio. € für die Länder zur Verfügung stellen. Darüber sind für NRW ca. 10 Mio. € aus dem Bundes-HH 2017 zu erwarten. Der Aufwand für die Planung und den Bau der RS in NRW ist erheblich. So werden allein für den Radschnellweg Ruhr (RS1) von Duisburg bis nach Hamm (101 km Länge) rund 183 Mio. € Kosten veranschlagt. Die Aufstockung der Mittel dient der Herstellung einer entsprechenden Planungsreserve zur vollständigen Abnahme der Bundesmittel</p>	<p><b>angenommen</b></p> <p>SPD            ja            CDU            Enth.            GRÜNE        ja            FDP            nein            PIRATEN        nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		i.V.m. dem HH-Antrag zu 09 140 777 61, zudem der Beschleunigung der Realisierung von Rad-schnellwegen und der indirekten Förderung von E-Mobilität.	

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag- steller (Frak- tion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergeb- nis
	SPD Grüne	<p><b>Kapitel 09 140</b> <b>Titelgruppe 61</b> <b>Titel 777 61</b></p> <p><b>Straßenverkehr und kommunaler Straßenbau</b> <b>Nahmobilität</b> <b>Investitionen in Radschnellwege in der Baulast des Landes</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p><b>2017</b> von 2.000.000 Euro um 1.000.000 Euro auf 3.000.000 Euro</p> <p><b>Ansatz lt. HH 2016</b> 500.000 €</p> <p><b><u>Begründung:</u></b> Die Schaffung von Radschnellwegen (RS) ist wichtiger Bestandteil unserer modernen Verkehrsinfrastrukturpolitik in Nordrhein-Westfalen. Das Projekt hat perspektivischen Charakter und reicht weit über die 16. LEG hinaus. Mit der Novellierung des Straßen- und Wegegesetzes - Verabschiedung im Herbst steht an - werden Radschnellwege den Landesstraßen gleichgestellt. Das ist bundesweit einmalig. Diese Aufwertung macht die Bedeutung des Verkehrsträgers deutlich, insbesondere was große Ballungsräume und Metropolen angeht. Zugleich wird damit die E-Mobilität gefördert, indem geeignete Verkehrsinfrastruktur für E-Bikes usw. geschaffen wird. Auch der Bund hat die Bedeutung von Radschnellwegen erkannt. Er wird über den Bundesverkehrswegeplan (BVWP 2030) 25 Mio. € für die Länder zur Verfügung stellen. Darüber sind für NRW ca. 10 Mio. € aus dem Bundes-HH 2017 zu erwarten. Der Aufwand für die Planung und den Bau der RS in NRW ist erheblich. So werden allein für den Radschnellweg Ruhr (RS1) von Duisburg bis nach</p>	<p><b>angenommen</b></p> <p>SPD ja CDU Enth. GRÜNE ja FDP nein PIRATEN nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		Hamm (101 km Länge) rund 183 Mio. € Kosten veranschlagt. Die Aufstockung der Mittel dient somit der Beschleunigung der Realisierung von Radschnellwegen, der indirekten Förderung von E-Mobilität und der vollständigen Abnahme von Bundesmitteln.	

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017  
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 09 140 Straßenverkehr und kommunaler Straßenbau</b></p> <p><b>Titelgruppe 61 Nahmobilität</b></p> <p><b>Neufassung des Haushaltsvermerks der Titelgruppe:</b> <i>1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.</i></p> <p><b>Erhöhung des Baransatzes</b></p> <p><b>Titel 883 61 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Vorhaben der Nahmobilität</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von 14.100.000 Euro</td> <td>14.100.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 1.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 15.100.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Die Stärkung der Nahmobilität ist eine zentrale Aufgabe einer nachhaltigen Verkehrspolitik in NRW. Mit der Förderrichtlinie Nahmobilität wurde ein Instrument geschaffen, um aus Landesmitteln Vorhaben des Rad- und Fußverkehrs in Städten, Gemeinden und Kreisen zu fördern. Die Mittel sind für Kommunen zentral, um die notwendigen Maßnahmen für eine attraktive Nahmobilität umsetzen zu können. Auch aufgrund auslaufender Bundesmittel nach dem Entflechtungsgesetz (FöRi-Kom-Stra) ist davon</p>	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von 14.100.000 Euro	14.100.000 Euro	um 1.000.000 Euro		auf 15.100.000 Euro		<p><b>angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	nein
<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																				
von 14.100.000 Euro	14.100.000 Euro																				
um 1.000.000 Euro																					
auf 15.100.000 Euro																					
SPD	ja																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	ja																				
FDP	nein																				
PIRATEN	nein																				

		auszugehen, dass der Bedarf weiter zunimmt. Der Ansatz sollte daher noch einmal erhöht werden.	
--	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p><b>Kapitel 09 150 Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßen NRW)</b>  <b>Titel 777 11 Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen</b></p> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung (VE)            von 81.000.000 Euro            um 173.000.000 Euro            auf 254.000.000 Euro (davon in 2018: 200.000.000 Euro)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von 117.500.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">115.500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 42.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 160.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Der Landesrechnungshof hat festgestellt, dass die Landesregierung nach ihrer eigenen Erhaltungsbedarfsprognose mindestens 195 Millionen Euro pro Jahr in die Erhaltung der Landesstraßen investieren müsste, damit sich der Zustand des Landesstraßennetz nicht noch weiter verschlechtert. Dieser Ansatz muss im Jahr 2018 realisiert werden. Wegen des notwendigen Planungsvorlaufs für Erhaltungsinvestitionen in den Straßenbau ist</p>	<b>2017</b>	<b>2016</b>	von 117.500.000 Euro	115.500.000 Euro	um 42.500.000 Euro		auf 160.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>	<b>2016</b>																				
von 117.500.000 Euro	115.500.000 Euro																				
um 42.500.000 Euro																					
auf 160.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

		zunächst eine Erhöhung um 42,5 Millionen Euro im Jahr 2017 ausreichend. Damit wird bereits im kommenden Jahr der Löwenanteil der notwendigen Investitionserhöhung ausgebracht.	
--	--	--	--



**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 09 150 Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßen NRW)</b> <b>Titel 777 11 Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p><b>2017</b> <b>2016</b> von 117.500.000 Euro um 10.000.000 Euro auf 127.500.000 Euro</p> <p style="text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH</b> 115.500.000 Euro</p> <p><b><u>Begründung:</u></b> Für die Landesregierung geht der Erhalt des Landesstraßennetzes konsequent vor Neubau. Obwohl bereits 2006 ein Nachholbedarf in Höhe von 322 Mio. Euro festgestellt wurde, gab die Landesregierung 2005-2010 viel zu wenig Geld für den Erhalt aus. Die Trendwende kam 2011 mit seitdem kontinuierlich und deutlich anwachsenden Ausgaben dafür. Zuletzt waren im Haushalt 115,5 Mio. Euro, mithin 42,5 Mio. Euro mehr als 2010, veranschlagt. Wie das MBWSV im August 2015 mitteilte (Vorlage 16/3125) wird der notwendige durchschnittliche Haushaltsansatz im Qualitätsszenario bei 194,8 Mio. Euro gesehen. Der Landesrechnungshof schließt sich dem an. Der Antrag zur weiteren Erhöhung führt den Haushaltsansatz deutlich schneller in den Bereich, der für einen dauerhaften Erhalt des Landesstraßennetzes notwendig ist. Die Expertise des Ingenieurbüros SEP Maerschalk zum Zustand der Landesstraßen im Auftrag des Landesbetriebs Straßen.NRW kommt zu dem Ergebnis, dass zur Wiederherstellung des Zustandsniveaus von 2011 - das bereits als suboptimal bezeichnet werden muss (Basis: Zustandserfassung und -bewertung 2004-2008) – ein jährlicher Aufwand von 195 Mio. Euro</p>	<p><b>angenommen</b></p> <p>SPD ja CDU Enth. GRÜNE ja FDP Enth. PIRATEN nein</p>

		<p>erforderlich ist. Zugrunde liegt die Zielvorgabe des Qualitätsszenarios QS1. Dieses geht davon aus, das Zustandsniveau von 2011 wieder zu erreichen und dann nachhaltig zu erhalten. Ein weiteres Anwachsen des Nachholbedarfs kann nur verhindert werden, wenn das Ertüchtigungsprogramm unverzüglich beginnt und insbesondere bei den Brückenbauwerken auf hohem Niveau einsetzt. Im Zentrum des Programms muss die bauliche Erhaltung des Landesstraßennetzes im engeren Sinne stehen (Erhaltung Fahrbahnen, Erhaltung Ingenieurbauwerke, sonstige Anlagenteile und Radwege). Qualitätsverbessernde Maßnahmen können nur situativ z.B. bei verkehrabhängigen Fahrbahnverbreiterungen und notwendigen Brückener-tüchtigungen realisiert werden. Die Erhöhung der Mittel dient unmittelbar der Funktionserhaltung des rund 13.100 km langen Landesstraßennetzes. Auch der Landesrechnungshof empfiehlt entsprechende Investitionen für den Substanz erhalt dieses Landesvermögens.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09  
im Haushalts- und Finanzausschuss zum Haushaltsgesetz 2017**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	CDU	<p><b>Kapitel 09 150 Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßen NRW)</b></p> <p><b>Titel 777 13 Baumaßnahmen des Landesstraßenbausplans</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">32.000.000 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">32.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">30.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">62.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Der angebliche Vorrang des „Erhalts vor Neubau“ ist nicht durch Kürzung der Neubaumittel zu erreichen. Eine Politik, die eine konstruktive Weiterentwicklung der Infrastruktur verfolgt, sieht den Bedarf insgesamt und verbessert daher die Mittelansätze sowohl für Neubau als auch für den Erhalt. Darüber hinaus ist vor dem Hintergrund des vielerorts schlechten Zustands der Brücken, die nicht mehr saniert werden können, eine entsprechende Erhöhung der Neubaumittel erforderlich.</p> <p>Als Gegenfinanzierung dient die Streichung der Mittelansätze für das Sozialticket um insgesamt 40 Millionen Euro.</p>		<b>2017</b>		<b>2016</b>	von	32.000.000 Euro		32.000.000 Euro	um	30.000.000 Euro			auf	62.000.000 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>		<b>2016</b>																										
von	32.000.000 Euro		32.000.000 Euro																										
um	30.000.000 Euro																												
auf	62.000.000 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	nein																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung  
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p><b>Kapitel 09 150 Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßen NRW)</b></p> <p><b>Titel 777 13 Baumaßnahmen des Landesstraßenbausplans</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von 32 000 000 Euro</td> <td>32.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 18.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 50.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist Voraussetzung für Mobilität, Arbeitsplätze und Wohlstand in Nordrhein-Westfalen. Dennoch bleiben die Investitionen in das Landesstraßennetz seit vielen Jahren hinter dem tatsächlichen Bedarf zurück. Die von der rot-grünen Landesregierung vorgenommenen weiteren Kürzungen führen dazu, dass dringend notwendige Maßnahmen im Bereich des Landesstraßenbaus, die ein hohes volkswirtschaftliches Nutzen-Kosten-Verhältnis aufweisen und deren Bedarf im Landesstraßenbedarfsplan gesetzlich festgelegt wurde, nicht realisiert werden können. Um die damit einhergehende Schwächung des Wirtschaftsstandorts NRW abzuwenden, müssen die Mittel für das Landesstraßenbauprogramm dringend wieder erhöht werden.</p>	<b>2017</b>	<b>2016</b>	von 32 000 000 Euro	32.000.000 Euro	um 18.000.000 Euro		auf 50.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>	<b>2016</b>																				
von 32 000 000 Euro	32.000.000 Euro																				
um 18.000.000 Euro																					
auf 50.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag- steller (Frak- tion/en)	Antrag	Abstimmungsergeb- nis																						
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 09 150      Straßen- und Brückenbau</b> <b>Titel 777 13        Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplans</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 40%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">32.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">32.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">300.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">31.700.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b> Für die L677 OU Holzwickede sind im HH-Entwurf 2017 300.000,- Euro vorgesehen. Dieser Ansatz kann entfallen, da sich die dem Ausbau zugrunde liegenden Verkehrsprognosen nicht bestätigt haben. Das Verkehrsaufkommen ist gegen die Erwartungen sogar rückläufig. Daher ist eine Weiterbetreibung des Projekts verzichtbar.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	32.000.000 Euro	32.000.000 Euro	um	300.000 Euro		auf	31.700.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	32.000.000 Euro	32.000.000 Euro																							
um	300.000 Euro																								
auf	31.700.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 09 500      <b>Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Freizeit</b></b></p> <p><b>Titel 533 60      <b>Informationstagungen</b></b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein Strichansatz ausgebracht. Die vorhandenen Deckungsfähigkeiten der Titel der Hauptgruppe 5 können genutzt werden, um vereinzelt anfallende Abweichungen des IST-Abflusses zu ermöglichen.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	100.000 Euro	100.000 Euro	um	100.000 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	100.000 Euro	100.000 Euro																							
um	100.000 Euro																								
auf	- Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 09 500      <b>Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Freizeit</b></b></p> <p><b>Titel 537 00        <b>Planung städtebaulicher Maßnahmen</b></b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">650.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">650.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">329.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">321.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	650.000 Euro	650.000 Euro	um	329.000 Euro		auf	321.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	650.000 Euro	650.000 Euro																							
um	329.000 Euro																								
auf	321.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag- steller (Frak- tion/en)	Antrag	Abstimmungs-ergeb- nis																						
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 09 500      Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Freizeit</b> <b>Titel 633 72        Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">10.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">10.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b> Seit der Neufassung des Wohnungsaufsichtsgesetzes (WAG NRW) im Jahr 2014 haben die Kommunen verbesserte und weiterreichende Möglichkeit, die ihnen obliegende Aufgabe der Wohnungsaufsicht umzusetzen. Das zuständige Ministerium sieht dies genauso, wenn dort gesagt wird, dass „das Land NRW den Kommunen ein wirksames Instrument an die Hand gegeben (hat), um gegen verwahrloste Wohnungen und schwarze Schafe unter den Vermietern vorzugehen“. Leider wurde versäumt, die den Kommunen mit einer wirksamen Wohnungsaufsicht entstehenden Kosten zu kompensieren. Mit dem hier beantragten Baransatz soll dies geschehen.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	0 Euro	0 Euro	um	10.000.000 Euro		auf	10.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	0 Euro	0 Euro																							
um	10.000.000 Euro																								
auf	10.000.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								



**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	SPD / Grüne	<p><b>Kapitel 09 500      Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Freizeit</b></p> <p><b>Titel 883 11        Zuweisung an die Gemeinden und Gemeindeverbände für die Förderung von Maßnahmen zur Stadterneuerung (Landesanteil, alle Programme)</b></p> <p><u>Absenkung des Ansatzes</u></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">152.545.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">136.335.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">152.045.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Absenkung des Ansatzes zur Deckung bei Kapitel 09 510 Titel 893 60.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	152.545.000 Euro	136.335.200 Euro	um	500.000 Euro		auf	152.045.000 Euro		<p><b>angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	152.545.000 Euro	136.335.200 Euro																							
um	500.000 Euro																								
auf	152.045.000 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	ja																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 09 510      Denkmalpflege</b>  <b>Titel 526 10        Kosten für den Landesdenkmalrat</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">15.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">15.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">15.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein Strichansatz ausgebracht. Die vorhandenen Deckungsfähigkeiten der Titel der Hauptgruppe 5 können genutzt werden, um vereinzelt anfallende Abweichungen des IST-Abflusses zu ermöglichen.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	15.000 Euro	15.000 Euro	um	15.000 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	15.000 Euro	15.000 Euro																							
um	15.000 Euro																								
auf	- Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	SPD / Grüne	<p><b>Kapitel 09 510      Denkmalpflege</b>  <b>Titel 893 60        Zuschüsse zur Förderung privater und kirchlicher denkmalpflegerischer Maßnahmen</b></p> <p><b><u>Erhöhung des Ansatzes</u></b></p> <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td></td> <td align="center"><b>2017</b></td> <td align="center"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td align="right">1.678.000 Euro</td> <td align="right">1.678.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td align="right">500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td align="right">2.178.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b>  Die Denkmalpflege in NRW wird einerseits durch die Ausgabe von Förderkrediten der NRW.BANK an Großprojekte gesichert. Andererseits kann die private und kirchliche Denkmalpflege aus vielerlei Gründen eben nicht auf das Angebot der NRW.BANK zurückgreifen und ist nach wie vor auf Landesfördermittel angewiesen, damit auch künftig lokale Denkmalpflege mit kleinen Mitteln weitere Unterstützung akquirieren kann. Im Koalitionsvertrag 2012-2017, Seite 78, heißt es hierzu: "Nordrhein-Westfalen ist reich an materiellen und immateriellen Kulturgütern. Wir wollen die Anstrengungen, sie zu erhalten und zu sichern, weiter verstärken. Denkmalpflege, Archäologie und konsequenter Erhalt und Ausbau der Archive bleiben deshalb wichtige Aufgaben."</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	1.678.000 Euro	1.678.000 Euro	um	500.000 Euro		auf	2.178.000 Euro		<p><b>angenommen</b></p> <table border="0"> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	1.678.000 Euro	1.678.000 Euro																							
um	500.000 Euro																								
auf	2.178.000 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	ja																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	nein																								

## Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung

### Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 010      Ministerium</b>  <b>Titel 518 02        Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">158.300 Euro</td> <td style="text-align: right;">158.300 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">56.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">102.300 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	158.300 Euro	158.300 Euro	um	56.000 Euro		auf	102.300 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	158.300 Euro	158.300 Euro																							
um	56.000 Euro																								
auf	102.300 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 010      Ministerium</b> <b>Titel 526 01        Sachverständige</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">200.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">200.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">84.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">116.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	200.000 Euro	200.000 Euro	um	84.000 Euro		auf	116.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	200.000 Euro	200.000 Euro																							
um	84.000 Euro																								
auf	116.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 010      Ministerium</b> <b>Titel 526 02      Gerichts- und ähnliche Kosten</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">38.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">38.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">29.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">9.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	38.000 Euro	38.000 Euro	um	29.000 Euro		auf	9.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	38.000 Euro	38.000 Euro																							
um	29.000 Euro																								
auf	9.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 010      Ministerium</b> <b>Titel 535 64        Aufträge an Dritte in Flurbereinigungsverfahren</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">20.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">20.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">11.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">9.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	20.000 Euro	20.000 Euro	um	11.000 Euro		auf	9.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	20.000 Euro	20.000 Euro																							
um	11.000 Euro																								
auf	9.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 020 Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 519 00 Zur Verstärkung der in den Kapiteln vorgesehenen Ansätze bei den Titeln 519 03</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">200.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">200.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">200.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein Strichansatz ausgebracht. Die vorhandenen Deckungsfähigkeiten der Titel der Hauptgruppe 5 können genutzt werden, um vereinzelt anfallende Abweichungen des IST-Abflusses zu ermöglichen.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	200.000 Euro	200.000 Euro	um	200.000 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	200.000 Euro	200.000 Euro																							
um	200.000 Euro																								
auf	- Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								



**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 020 Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 525 01 Aus- (und Fort)bildung der Bediensteten</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.070.300 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.070.300 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">335.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">735.300 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	1.070.300 Euro	1.070.300 Euro	um	335.000 Euro		auf	735.300 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	1.070.300 Euro	1.070.300 Euro																							
um	335.000 Euro																								
auf	735.300 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 020      Allgemeine Bewilligungen</b> <b>Titel 526 02        Gerichts- und ähnliche Kosten</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">15.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">15.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">10.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">5.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	15.000 Euro	15.000 Euro	um	10.000 Euro		auf	5.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	15.000 Euro	15.000 Euro																							
um	10.000 Euro																								
auf	5.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 020 Allgemeine Bewilligungen</b> <b>Titel 531 11 Öffentlichkeitsarbeit</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">497.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">497.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">145.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">352.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	497.500 Euro	497.500 Euro	um	145.000 Euro		auf	352.500 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	497.500 Euro	497.500 Euro																							
um	145.000 Euro																								
auf	352.500 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 020      Allgemeine Bewilligungen</b> <b>Titel 534 70        Ausgaben für die Pflege von</b> <b>                                  Auslandsbeziehungen und Förderung der</b> <b>                                  politischen Zusammenarbeit</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">145.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">145.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">44.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">101.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	145.000 Euro	145.000 Euro	um	44.000 Euro		auf	101.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	145.000 Euro	145.000 Euro																							
um	44.000 Euro																								
auf	101.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 020 Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 537 11 Versuche, Untersuchungen und Beratungsleistungen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">200.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">230.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">115.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">85.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	200.000 Euro	230.000 Euro	um	115.000 Euro		auf	85.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	200.000 Euro	230.000 Euro																							
um	115.000 Euro																								
auf	85.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 020      Allgemeine Bewilligungen</b> <b>Titel 537 60        Versuche und Untersuchungen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">303.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">303.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">297.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">6.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	303.000 Euro	303.000 Euro	um	297.000 Euro		auf	6.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	303.000 Euro	303.000 Euro																							
um	297.000 Euro																								
auf	6.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 020 Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 631 00 Erstattung von Verwaltungsausgaben an den Bund</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">155.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">149.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">64.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">91.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Der Antrag zielt nicht auf eine finanzielle Schlechterstellung bei den Zuwendungs- und Zuschussempfängern ab, sondern soll zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich an welcher Stellen ausgeschüttet werden. Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	155.000 Euro	149.000 Euro	um	64.000 Euro		auf	91.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	155.000 Euro	149.000 Euro																							
um	64.000 Euro																								
auf	91.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 020      Allgemeine Bewilligungen</b> <b>Titel 686 65        Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">267.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">120.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">147.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">120.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Die rot-grüne Landesregierung hat die Aufgaben des Landes seit dem Jahr 2010 deutlich ausgebaut. So bindet alleine die Wiedereinführung der Widerspruchsverfahren sowie die Zuständigkeitsverlagerung der Überwachung der Tierärztlichen Hausapotheken erhebliche personelle und finanzielle Mittel beim Landesamt. Durch die Ausweitung des Tätigkeitfeldes des Landes verliert das Regierungshandeln immer weiter an Effizienz. So liegen die durchschnittlichen Verfahrenslaufzeiten in der Widerspruchsbearbeitung sind im dritten Quartal 2016 auf den Rekordwert von 209 angestiegen. Auch für den Verbraucherschutz setzt sich das Land an anderer Stelle laut eigener Analyse nicht ausreichend ein. Anstatt jedoch den Personalbestand immer weiter aufzubauen, sollte das Land eine Reduktion der Aufgaben anstreben, durch Rückübertragung der Aufgaben auf die Kommunen. Die in der zweiten Lesung des HFA</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	267.000 Euro	120.000 Euro	um	147.000 Euro		auf	120.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	267.000 Euro	120.000 Euro																							
um	147.000 Euro																								
auf	120.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								



		beschlossenen Ausweitungen der Personal- und Sachkosten im Einzelplan 10 sind deshalb im Sinne der nachhaltigen Haushaltskonsolidierung rückabzuwickeln.	
--	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 020 Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 686 77 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">250.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">750.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">250.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Die rot-grüne Landesregierung hat die Aufgaben des Landes seit dem Jahr 2010 deutlich ausgebaut. So bindet alleine die Wiedereinführung der Widerspruchsverfahren sowie die Zuständigkeitsverlagerung der Überwachung der Tierärztlichen Hausapotheken erhebliche personelle und finanzielle Mittel beim Landesamt. Durch die Ausweitung des Tätigkeitfeldes des Landes verliert das Regierungshandeln immer weiter an Effizienz. So liegen die durchschnittlichen Verfahrenslaufzeiten in der Widerspruchsbearbeitung sind im dritten Quartal 2016 auf den Rekordwert von 209 angestiegen. Auch für den Verbraucherschutz setzt sich das Land an anderer Stelle laut eigener Analyse nicht ausreichend ein. Anstatt jedoch den Personalbestand immer weiter aufzubauen, sollte das Land eine Reduktion der Aufgaben anstreben, durch Rückübertragung der Aufgaben auf die Kommunen. Die in der zweiten Lesung des HFA</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	1.000.000 Euro	250.000 Euro	um	750.000 Euro		auf	250.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	1.000.000 Euro	250.000 Euro																							
um	750.000 Euro																								
auf	250.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

		beschlossenen Ausweitungen der Personal- und Sachkosten im Einzelplan 10 sind deshalb im Sinne der nachhaltigen Haushaltskonsolidierung rückabzuwickeln.	
--	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p><b>Kapitel 10 020      Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 972 00        Globale Minderausgaben im Einzelplan 10</b></p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>Von                    0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um        50.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf       -50.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Seit dem Jahr 2010 ist der Einzelplan 10 um über 200 Mio. € angewachsen. Pauschal sind in einem ersten Schritt 25% dieses Aufwuchses einzusparen. Es werden Steuergelder entgegen der Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit beispielsweise für das 100-Kantinen-Programm, die Stiftung Umwelt und Entwicklung sowie für Informationsveranstaltungen des ökologischen Landbaus unnötig eingesetzt.</p>	<b>2017</b>	<b>2016</b>	Von                    0 Euro	0 Euro	um        50.000.000 Euro		auf       -50.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>	<b>2016</b>																				
Von                    0 Euro	0 Euro																				
um        50.000.000 Euro																					
auf       -50.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 030      Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege</b></p> <p><b>Titel 531 82        Ausgaben für Veröffentlichungen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">75.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">150.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">26.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">49.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	75.000 Euro	150.000 Euro	um	26.000 Euro		auf	49.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	75.000 Euro	150.000 Euro																							
um	26.000 Euro																								
auf	49.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 030      Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege</b>  <b>Titel 632 60        Sonstige Zuweisungen an Länder</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">250.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">250.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">152.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">98.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Der Antrag zielt nicht auf eine finanzielle Schlechterstellung bei den Zuwendungs- und Zuschussempfängern ab, sondern soll zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich an welcher Stellen ausgeschüttet werden. Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	250.000 Euro	250.000 Euro	um	152.000 Euro		auf	98.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	250.000 Euro	250.000 Euro																							
um	152.000 Euro																								
auf	98.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 030      Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege</b>  <b>Titel 637 75        Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">10.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">10.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">5.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">5.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Der Antrag zielt nicht auf eine finanzielle Schlechterstellung bei den Zuwendungs- und Zuschussempfängern ab, sondern soll zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich an welcher Stellen ausgeschüttet werden. Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	10.000 Euro	10.000 Euro	um	5.000 Euro		auf	5.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	10.000 Euro	10.000 Euro																							
um	5.000 Euro																								
auf	5.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								





**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 030      Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege</b>  <b>Titel 683 76        Zuschüsse (an private Unternehmen)</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">900.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">900.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">504.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">396.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Der Antrag zielt nicht auf eine finanzielle Schlechterstellung bei den Zuwendungs- und Zuschussempfängern ab, sondern soll zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich an welcher Stellen ausgeschüttet werden. Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	900.000 Euro	900.000 Euro	um	504.000 Euro		auf	396.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	900.000 Euro	900.000 Euro																							
um	504.000 Euro																								
auf	396.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 030      Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege</b></p> <p><b>Titel 684 65        Zuschüsse (an soziale oder ähnliche Einrichtungen)</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">11.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">11.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">11.500 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein Strichansatz ausgebracht. Eventuell vorhandene Deckungsfähigkeiten können genutzt werden, um vereinzelt anfallende Abweichungen des IST-Abflusses zu ermöglichen.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	11.500 Euro	11.500 Euro	um	11.500 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	11.500 Euro	11.500 Euro																							
um	11.500 Euro																								
auf	- Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 030      Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege</b></p> <p><b>Titel 686 83        Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">80.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">10.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">75.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">5.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Der Antrag zielt nicht auf eine finanzielle Schlechterstellung bei den Zuwendungs- und Zuschussempfängern ab, sondern soll zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich an welcher Stellen ausgeschüttet werden. Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	80.000 Euro	10.000 Euro	um	75.000 Euro		auf	5.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	80.000 Euro	10.000 Euro																							
um	75.000 Euro																								
auf	5.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 040 Verbraucherangelegenheiten</b> <b>Titel 633 10 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">10.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">10.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">5.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">5.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Der Antrag zielt nicht auf eine finanzielle Schlechterstellung bei den Zuwendungs- und Zuschussempfängern ab, sondern soll zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich an welcher Stellen ausgeschüttet werden. Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	10.000 Euro	10.000 Euro	um	5.000 Euro		auf	5.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	10.000 Euro	10.000 Euro																							
um	5.000 Euro																								
auf	5.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 040 Verbraucherangelegenheiten</b>  <b>Titel 684 10 Zuschüsse für laufende Zwecke der Verbraucherverbände</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <thead> <tr> <th style="width: 10%;"></th> <th style="width: 40%; text-align: center;">2017</th> <th style="width: 40%; text-align: center;">2016</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">14.278.400 Euro</td> <td style="text-align: right;">13.988.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">150.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">14.128.400 Euro</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p><b>Begründung:</b>  Die rot-grüne Landesregierung hat die Aufgaben des Landes seit dem Jahr 2010 deutlich ausgebaut. So bindet alleine die Wiedereinführung der Widerspruchsverfahren sowie die Zuständigkeitsverlagerung der Überwachung der Tierärztlichen Hausapotheken erhebliche personelle und finanzielle Mittel beim Landesamt. Durch die Ausweitung des Tätigkeitfeldes des Landes verliert das Regierungshandeln immer weiter an Effizienz. So liegen die durchschnittlichen Verfahrenslaufzeiten in der Widerspruchsbearbeitung sind im dritten Quartal 2016 auf den Rekordwert von 209 angestiegen. Auch für den Verbraucherschutz setzt sich das Land an anderer Stelle laut eigener Analyse nicht ausreichend ein. Anstatt jedoch den Personalbestand immer weiter aufzubauen, sollte das Land eine Reduktion der Aufgaben anstreben, durch Rückübertragung der Aufgaben auf die Kommunen. Die in der zweiten Lesung des HFA</p>		2017	2016	von	14.278.400 Euro	13.988.500 Euro	um	150.000 Euro		auf	14.128.400 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tbody> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </tbody> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	2017	2016																							
von	14.278.400 Euro	13.988.500 Euro																							
um	150.000 Euro																								
auf	14.128.400 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

		beschlossenen Ausweitungen der Personal- und Sachkosten im Einzelplan 10 sind deshalb im Sinne der nachhaltigen Haushaltskonsolidierung rückabzuwickeln.	
--	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 050 Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz</b>  <b>Titel 537 13 Untersuchungen, Versuche und Vorplanungen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">570.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">620.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">110.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">460.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	570.000 Euro	620.000 Euro	um	110.000 Euro		auf	460.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	570.000 Euro	620.000 Euro																							
um	110.000 Euro																								
auf	460.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 050 Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz</b></p> <p><b>Titel 537 71 Versuche und Untersuchungen zur Entwicklung von Anlagen oder Verfahren zur Verbesserung der Gewässergüte</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">7.200.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">6.650.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">4.048.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">3.152.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	7.200.000 Euro	6.650.000 Euro	um	4.048.000 Euro		auf	3.152.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	7.200.000 Euro	6.650.000 Euro																							
um	4.048.000 Euro																								
auf	3.152.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								



**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 050 Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz</b></p> <p><b>Titel 538 70 Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.439.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.430.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">596.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">843.600 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	1.439.600 Euro	1.430.000 Euro	um	596.000 Euro		auf	843.600 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	1.439.600 Euro	1.430.000 Euro																							
um	596.000 Euro																								
auf	843.600 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 050 Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz</b></p> <p><b>Titel 547 70 Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">60.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">60.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">60.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein Strichansatz ausgebracht. Die vorhandenen Deckungsfähigkeiten der Titel der Hauptgruppe 5 können genutzt werden, um vereinzelt anfallende Abweichungen des IST-Abflusses zu ermöglichen.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	60.000 Euro	60.000 Euro	um	60.000 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	60.000 Euro	60.000 Euro																							
um	60.000 Euro																								
auf	- Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 050 Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz</b>  <b>Titel 631 66 Sonstige Zuweisungen an den Bund</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">10.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">10.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">5.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">5.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Der Antrag zielt nicht auf eine finanzielle Schlechterstellung bei den Zuwendungs- und Zuschussempfängern ab, sondern soll zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich an welcher Stellen ausgeschüttet werden. Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	10.000 Euro	10.000 Euro	um	5.000 Euro		auf	5.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	10.000 Euro	10.000 Euro																							
um	5.000 Euro																								
auf	5.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 050 Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz</b>  <b>Titel 637 70 Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">527.100 Euro</td> <td style="text-align: right;">500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">168.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">359.100 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Der Antrag zielt nicht auf eine finanzielle Schlechterstellung bei den Zuwendungs- und Zuschussempfängern ab, sondern soll zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich an welcher Stellen ausgeschüttet werden. Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	527.100 Euro	500.000 Euro	um	168.000 Euro		auf	359.100 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	527.100 Euro	500.000 Euro																							
um	168.000 Euro																								
auf	359.100 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 050 Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz</b></p> <p><b>Titel 681 66 Entschädigungen und sonstige Leistungen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">23.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">23.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">23.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein Strichansatz ausgebracht. Eventuell vorhandene Deckungsfähigkeiten können genutzt werden, um vereinzelt anfallende Abweichungen des IST-Abflusses zu ermöglichen.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	23.000 Euro	23.000 Euro	um	23.000 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	23.000 Euro	23.000 Euro																							
um	23.000 Euro																								
auf	- Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 060      Klimaschutz, Immissionsschutz, Umwelt und Gesundheit, Gentechnik</b></p> <p><b>Titel 526 10        Ausgaben für Sachverständige für die Anerkennung als zugelassene Stelle nach § 11 EVPG</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">14.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">14.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">9.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">5.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	14.000 Euro	14.000 Euro	um	9.000 Euro		auf	5.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	14.000 Euro	14.000 Euro																							
um	9.000 Euro																								
auf	5.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 060      Klimaschutz, Immissionsschutz, Umwelt und Gesundheit, Gentechnik</b></p> <p><b>Titel 526 61        Ausgaben für Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">40.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">40.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">19.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">21.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	40.000 Euro	40.000 Euro	um	19.000 Euro		auf	21.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	40.000 Euro	40.000 Euro																							
um	19.000 Euro																								
auf	21.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 060 Klimaschutz, Immissionsschutz, Umwelt und Gesundheit, Gentechnik</b></p> <p><b>Titel 537 60 Versuche und Untersuchungen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">900.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">770.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">383.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">517.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	900.000 Euro	770.000 Euro	um	383.000 Euro		auf	517.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	900.000 Euro	770.000 Euro																							
um	383.000 Euro																								
auf	517.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								



**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 060      Klimaschutz, Immissionsschutz, Umwelt und Gesundheit, Gentechnik</b></p> <p><b>Titel 538 61      Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">230.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">314.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">102.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">128.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	230.000 Euro	314.600 Euro	um	102.000 Euro		auf	128.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	230.000 Euro	314.600 Euro																							
um	102.000 Euro																								
auf	128.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 060      Klimaschutz, Immissionsschutz, Umwelt und Gesundheit, Gentechnik</b></p> <p><b>Titel 633 63        Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">630.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">630.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">630.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein Strichansatz ausgebracht. Eventuell vorhandene Deckungsfähigkeiten können genutzt werden, um vereinzelt anfallende Abweichungen des IST-Abflusses zu ermöglichen.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	630.000 Euro	630.000 Euro	um	630.000 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	630.000 Euro	630.000 Euro																							
um	630.000 Euro																								
auf	- Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 060      Klimaschutz, Immissionsschutz, Umwelt und Gesundheit, Gentechnik</b></p> <p><b>Titel 633 64        Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">300.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">300.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">300.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein Strichansatz ausgebracht. Eventuell vorhandene Deckungsfähigkeiten können genutzt werden, um vereinzelt anfallende Abweichungen des IST-Abflusses zu ermöglichen.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	300.000 Euro	300.000 Euro	um	300.000 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	300.000 Euro	300.000 Euro																							
um	300.000 Euro																								
auf	- Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								



		<p>und Bürger ein und nehmen dabei eine Vorbildfunktion bei Klimaschutz und Klimaanpassung wahr. Zur Unterstützung der Schlüsselrolle der Kommunen sind u.a. folgende Maßnahmen vorgesehen:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Initiierung und Durchführung eines Begleitprozesses von Kommunen zur Erstellung einer freiwilligen Selbstverpflichtung zu Klimaschutz und Anpassung</li><li>• Unterstützung bei der Umsetzung der Selbstverpflichtung, z.B.:</li><li>• Finanzierung nicht-ERFRE-kompatibler Projekte mit besonderem Landesinteresse</li><li>• Finanzierung von Klimaschutzmanagern</li><li>• Studie zu ökonomischen Effekten von Klimaschutzkonzepten</li><li>• Finanzierung von Klimaanpassungsmaßnahmen</li></ul>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	FDP	<p><b>Kapitel 10 400 Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz</b></p> <p><b>Titel 428 01 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b></p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;"><b>2016</b></td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td>53.506.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">48.611.700 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>2.761.900 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>50.744.300 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die rot-grüne Landesregierung hat die Aufgaben des Landes seit dem Jahr 2010 deutlich ausgebaut. So bindet alleine die Wiedereinführung der Widerspruchsverfahren sowie die Zuständigkeitsverlagerung der Überwachung der Tierärztlichen Hausapotheken erhebliche personelle und finanzielle Mittel beim Landesamt. Durch die Ausweitung des Tätigkeitfeldes des Landes verliert das Regierungshandeln immer weiter an Effizienz. So liegen die durchschnittlichen Verfahrenslaufzeiten in der Widerspruchsbearbeitung bei über einem halben Jahr und die nicht erledigten Widerspruchsverfahren sind im dritten Quartal 2016 auf den Rekordwert von 209 angestiegen. Auch für den Verbraucherschutz setzt sich das Land an anderer Stelle laut eigener Analyse nicht ausreichend ein. Anstatt jedoch den</p>	<b>2017</b>		<b>2016</b>		Von	53.506.200 Euro	48.611.700 Euro		um	2.761.900 Euro			auf	50.744.300 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>		<b>2016</b>																											
Von	53.506.200 Euro	48.611.700 Euro																											
um	2.761.900 Euro																												
auf	50.744.300 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

		Personalbestand immer weiter aufzubauen, sollte das Land eine Reduktion der Aufgaben anstreben, durch Rückübertragung der Aufgaben auf die Kommunen. Die in der zweiten Lesung des HFA beschlossenen Ausweitungen der Personal- und Sachkosten im Einzelplan 10 sind deshalb im Sinne der nachhaltigen Haushaltskonsolidierung rückabzuwickeln.	
--	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 400 Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz</b></p> <p><b>Titel 511 01 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattung- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <thead> <tr> <th></th> <th style="text-align: center;">2017</th> <th style="text-align: center;">2016</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">3.956.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">3.681.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">350.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">3.606.600 Euro</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p><b>Begründung:</b> Die rot-grüne Landesregierung hat die Aufgaben des Landes seit dem Jahr 2010 deutlich ausgebaut. So bindet alleine die Wiedereinführung der Widerspruchsverfahren sowie die Zuständigkeitsverlagerung der Überwachung der Tierärztlichen Hausapotheken erhebliche personelle und finanzielle Mittel beim Landesamt. Durch die Ausweitung des Tätigkeitfeldes des Landes verliert das Regierungshandeln immer weiter an Effizienz. So liegen die durchschnittlichen Verfahrenslaufzeiten in der Widerspruchsbearbeitung sind im dritten Quartal 2016 auf den Rekordwert von 209 angestiegen. Auch für den Verbraucherschutz setzt sich das Land an anderer Stelle laut eigener Analyse nicht ausreichend ein. Anstatt</p>		2017	2016	von	3.956.600 Euro	3.681.600 Euro	um	350.000 Euro		auf	3.606.600 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tbody> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </tbody> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	2017	2016																							
von	3.956.600 Euro	3.681.600 Euro																							
um	350.000 Euro																								
auf	3.606.600 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								



		<p>jedoch den Personalbestand immer weiter aufzubauen, sollte das Land eine Reduktion der Aufgaben anstreben, durch Rückübertragung der Aufgaben auf die Kommunen. Die in der zweiten Lesung des HFA beschlossenen Ausweitungen der Personal- und Sachkosten im Einzelplan 10 sind deshalb im Sinne der nachhaltigen Haushaltskonsolidierung rückabzuwickeln.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 400 Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz</b></p> <p><b>Titel 525 63 Aus- und Fortbildung der Bediensteten, Lehr- und Lernmittel</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">35.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">35.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">33.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">2.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	35.000 Euro	35.000 Euro	um	33.000 Euro		auf	2.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	35.000 Euro	35.000 Euro																							
um	33.000 Euro																								
auf	2.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 400 Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz</b></p> <p><b>Titel 526 10 Kosten für die Durchführung von Messungen und Analysen gemäß § 44 Bundes-Immissionsschutzgesetz und im Rahmen der Aufstellung von Luftreinhalteplänen sowie für Maßnahmenpläne und Aktionspläne im Rahmen der Luftqualitätsrichtlinien</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <thead> <tr> <th></th> <th style="text-align: center;"><b>2017</b></th> <th style="text-align: center;"><b>2016</b></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">90.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">90.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">42.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">48.000 Euro</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	90.000 Euro	90.000 Euro	um	42.000 Euro		auf	48.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tbody> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </tbody> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	90.000 Euro	90.000 Euro																							
um	42.000 Euro																								
auf	48.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 400 Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz</b></p> <p><b>Titel 531 73 Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">30.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">30.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">30.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein Strichansatz ausgebracht. Die vorhandenen Deckungsfähigkeiten der Titel der Hauptgruppe 5 können genutzt werden, um vereinzelt anfallende Abweichungen des IST-Abflusses zu ermöglichen.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	30.000 Euro	30.000 Euro	um	30.000 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	30.000 Euro	30.000 Euro																							
um	30.000 Euro																								
auf	- Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 400 Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz</b></p> <p><b>Titel 539 00 Fortbildung von Lebensmittelkontrolleuren und sonstiger im Verbraucherschutz tätigen Personen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">41.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">41.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">41.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein Strichansatz ausgebracht. Die vorhandenen Deckungsfähigkeiten der Titel der Hauptgruppe 5 können genutzt werden, um vereinzelt anfallende Abweichungen des IST-Abflusses zu ermöglichen.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	41.000 Euro	41.000 Euro	um	41.000 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	41.000 Euro	41.000 Euro																							
um	41.000 Euro																								
auf	- Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 400 Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz</b></p> <p><b>Titel 543 00 Gewässerkundlicher Dienst, Messung und Auswertung ober- und unterirdischer Abflüsse, Pegelwesen, Landesgrundwasserdienst, Quellmessdienst, Flussüberwachung, Überschwemmungsgebiete</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <thead> <tr> <th></th> <th style="text-align: center;"><b>2017</b></th> <th style="text-align: center;"><b>2016</b></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">720.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">720.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">217.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">503.600 Euro</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	720.600 Euro	720.600 Euro	um	217.000 Euro		auf	503.600 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tbody> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </tbody> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	720.600 Euro	720.600 Euro																							
um	217.000 Euro																								
auf	503.600 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 10 400 Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz</b></p> <p><b>Titel 633 00 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">27.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">27.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">13.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">14.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Der Antrag zielt nicht auf eine finanzielle Schlechterstellung bei den Zuwendungs- und Zuschussempfängern ab, sondern soll zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich an welcher Stellen ausgeschüttet werden. Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	27.500 Euro	27.500 Euro	um	13.000 Euro		auf	14.500 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	27.500 Euro	27.500 Euro																							
um	13.000 Euro																								
auf	14.500 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 11 010      Ministerium</b>  <b>Titel 511 01        Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie</b>  <b>Geräte, Ausstattungs- und</b>  <b>Ausrüstungsgegenstände, sonstige</b>  <b>Gebrauchsgegenstände</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">652.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">752.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">150.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">502.200 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	652.200 Euro	752.200 Euro	um	150.000 Euro		auf	502.200 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	652.200 Euro	752.200 Euro																							
um	150.000 Euro																								
auf	502.200 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								



**Änderungsantrag zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 11 010      Ministerium</b> <b>Titel 518 01        Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">165.900 Euro</td> <td style="text-align: right;">165.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">71.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">94.900 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	165.900 Euro	165.900 Euro	um	71.000 Euro		auf	94.900 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	165.900 Euro	165.900 Euro																							
um	71.000 Euro																								
auf	94.900 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 11 010      Ministerium</b> <b>Titel 519 03        Schönheitsreparaturen und Instandhaltung an angemieteten Grundstücken, Gebäuden und Räumen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">166.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">166.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">36.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">130.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	166.000 Euro	166.000 Euro	um	36.000 Euro		auf	130.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	166.000 Euro	166.000 Euro																							
um	36.000 Euro																								
auf	130.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 11 010      Ministerium</b> <b>Titel 526 02      Gerichts- und ähnliche Kosten</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">208.700 Euro</td> <td style="text-align: right;">208.700 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">30.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">178.700 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	208.700 Euro	208.700 Euro	um	30.000 Euro		auf	178.700 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	208.700 Euro	208.700 Euro																							
um	30.000 Euro																								
auf	178.700 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 11 010      Ministerium</b> <b>Titel 527 01        Reisekostenvergütungen für Dienstreisen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">260.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">260.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">80.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">180.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	260.000 Euro	260.000 Euro	um	80.000 Euro		auf	180.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	260.000 Euro	260.000 Euro																							
um	80.000 Euro																								
auf	180.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 11 010      Ministerium</b>  <b>Titel 527 02        Reisekostenvergütungen für Reisen in</b>  <b>Personalvertretungs- und</b>  <b>Schwerbehindertenangelegenheiten</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">55.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">55.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">28.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">27.200 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	55.200 Euro	55.200 Euro	um	28.000 Euro		auf	27.200 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	55.200 Euro	55.200 Euro																							
um	28.000 Euro																								
auf	27.200 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 11 010      Ministerium</b> <b>Titel 531 10        Öffentlichkeitsarbeit</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">122.100 Euro</td> <td style="text-align: right;">122.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">17.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">105.100 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	122.100 Euro	122.100 Euro	um	17.000 Euro		auf	105.100 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	122.100 Euro	122.100 Euro																							
um	17.000 Euro																								
auf	105.100 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 11 010      Ministerium</b> <b>Titel 547 00        Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">96.400 Euro</td> <td style="text-align: right;">96.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">24.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">72.400 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	96.400 Euro	96.400 Euro	um	24.000 Euro		auf	72.400 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	96.400 Euro	96.400 Euro																							
um	24.000 Euro																								
auf	72.400 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 11 010      Ministerium</b> <b>Titel 547 10        Sächliche Verwaltungsausgaben für</b> <b>                          Datenverarbeitung und Automation im Bereich</b> <b>                          von Haushalts-, Kassen- und</b> <b>                          Rechnungslegungsverfahren</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.796.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.796.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.296.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	1.796.500 Euro	1.796.500 Euro	um	500.000 Euro		auf	1.296.500 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	1.796.500 Euro	1.796.500 Euro																							
um	500.000 Euro																								
auf	1.296.500 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								



**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 11 010</b> <b>Titel 547 11</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Ministerium</b> <b>Sächliche Verwaltungsausgaben für die Umsetzung von arbeitspolitischen Maßnahmen</b></p> <p><b>Anfügung eines Haushaltsvermerks:</b> „Nr. 2: <i>Siehe Haushaltsvermerk Nr. 3 bei Kapitel 11 029 Titelgruppe 70.</i>“</p> <p><b>Begründung:</b> Korrespondenzvermerk zum Haushaltsvermerk Nr. 3 (neu) bei Kapitel 11 029 Titelgruppe 70.</p>	<p><b>angenommen</b></p> <p>SPD            ja CDU            Enth. GRÜNE        ja FDP            Enth. PIRATEN       nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2017  
Sachhaushalt**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
	SPD Grüne	<p><b>Kapitel 11 029 Arbeit und Qualifizierung</b>  <b>Titel 633 20 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Weiterführung der sozialen Arbeit an Schulen im Zusammenhang mit dem Bildungs- und Teilhabepaket für die Jahre 2015-2017</b></p> <p><b>Änderung der Zweckbestimmung:</b>  Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Weiterführung der sozialen Arbeit an Schulen im Zusammenhang mit dem Bildungs- und Teilhabepaket für die Jahre 2015-2018</p> <p><b>Einrichtung einer VE:</b></p> <p><b>2017</b> <span style="float: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></span>  von 0 Euro <span style="float: right;">0 €</span>  um 47.701.000 Euro  auf 47.701.000 Euro</p> <p>Fälligkeit 47.701.000 Euro in 2018</p> <p><b>Begründung:</b>  Mit den Mitteln sollen die Kommunen für das Jahr 2018 durch eine Verpflichtungsermächtigung im Landeshaushalt im Rahmen eines Förderprogrammes „Zielgruppenorientierte Jugendarbeit für Bildung und Teilhabe“ bei den Aufgaben im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes unterstützt werden. Nach wie vor bleibt es erklärtes Ziel, eine entsprechende Unterstützungsstruktur in das Bildungs- und Teilhabepaket des SGB II wieder aufzunehmen, die dann durch den Bund zu finanzieren ist.</p>	<p><b>angenommen</b></p> <p>SPD ja  CDU Enth.  GRÜNE ja  FDP nein  PIRATEN nein</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 11 029 Arbeit und Qualifizierung</b>  <b>Titel 686 10 Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung GmbH (G.I.B.)</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>1.149.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.149.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>300.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>849.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Aufgrund der schwierigen Haushaltslage ist es notwendig, die Mittel in diesem Aufgabenbereich zu reduzieren. Insbesondere die Begleitung der Initiative „Faire Arbeit – fairer Wettbewerb“ ist verzichtbar.</p>	<b>2017</b>		<b>2016</b>	von	1.149.000 Euro	1.149.000 Euro	um	300.000 Euro		auf	849.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>		<b>2016</b>																							
von	1.149.000 Euro	1.149.000 Euro																							
um	300.000 Euro																								
auf	849.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																														
	FDP	<p><b>Kapitel 11 029 Arbeit und Qualifizierung</b>  <b>Titel 686 20 Zuschuss an die Technologieberatungsstelle (TBS) beim DGB Landesbezirk NRW in Dortmund</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 15%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: right;"><b>2016</b></td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>1.506.100</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">1.506.100</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>1.000.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>506.100</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Eine weitere Förderung der Technologieberatungsstelle ist aus Gründen der Haushaltskonsolidierung nicht möglich. Mit dem verbleibenden Ansatz soll die Abwicklung der TBS vorbereitet und umgesetzt werden.</p>		<b>2017</b>		<b>2016</b>		von	1.506.100	Euro	1.506.100	Euro	um	1.000.000	Euro			auf	506.100	Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>		<b>2016</b>																														
von	1.506.100	Euro	1.506.100	Euro																													
um	1.000.000	Euro																															
auf	506.100	Euro																															
SPD	nein																																
CDU	Enth.																																
GRÜNE	nein																																
FDP	ja																																
PIRATEN	nein																																

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 11 029 Arbeit und Qualifizierung</b>  <b>Titel 893 60 Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>2.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.950.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>2.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>4.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Das erfolgreiche duale Ausbildungssystem muss gestärkt und weiterentwickelt werden, um mehr jungen Menschen einen erfolgreichen Berufseinstieg, mehr Aufstiegschancen und mehr Zukunftsperspektiven zu ermöglichen. Dafür müssen nicht zuletzt auch die überbetrieblichen Ausbildungsstätten besser unterstützt und ihre Ausstattung auch mit Blick auf die fortschreitende Digitalisierung modernisiert werden.</p> <p>Dazu muss der Mittelansatz spürbar erhöht werden. Dies würde auch einen Beitrag zur Stärkung der Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung leisten.</p>	<b>2017</b>		<b>2016</b>	von	2.000.000 Euro	1.950.000 Euro	um	2.000.000 Euro		auf	4.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>		<b>2016</b>																							
von	2.000.000 Euro	1.950.000 Euro																							
um	2.000.000 Euro																								
auf	4.000.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis										
	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 11 029 Arbeit und Qualifizierung</b></p> <p><b>Neue Titelgruppe 70 Ergänzung und Flankierung von Bundesprogrammen im Bereich öffentlich geförderter Beschäftigung und eines Sozialen Arbeitsmarktes zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit</b></p> <p>Haushaltsvermerke:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die bei Titel 633 70 veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen dürfen auch zugunsten der übrigen Titel der Titelgruppe in Anspruch genommen werden.</li> <li>2. Abweichend von Nr. 2.4 VVG zu § 44 LHO dürfen zur Förderung von kommunalen Trägern bis 90 v.H. der zuwendungsfähigen Ausgaben aus Landesmitteln bereitgestellt werden.</li> <li>3. Abweichend von § 25 Abs. 2 Haushaltsgesetz dürfen die Ausgaben bis zu 200.000 € der Einsparungen bei Kapitel 11 010 Titel 547 11 überschritten werden.</li> <li>4. Aus den Mitteln dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für den selben Zweck veranschlagt sind (§35 Abs. 2 LHO)</li> </ol>	<p><b>angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	nein
SPD	ja												
CDU	Enth.												
GRÜNE	ja												
FDP	nein												
PIRATEN	nein												

		<p><b>Neuer Titel 633 70</b> Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für laufende Zwecke</p> <table data-bbox="607 293 1541 464"> <thead> <tr> <th data-bbox="607 293 1272 320">2017</th> <th data-bbox="1272 293 1541 320">Ansatz lt. HH 2016</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="607 320 1272 355"><b>Baransatz</b></td> <td data-bbox="1272 320 1541 355"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="607 355 1272 391">von 0 Euro</td> <td data-bbox="1272 355 1541 391">0 €</td> </tr> <tr> <td data-bbox="607 391 1272 426">um 6.800.000 Euro</td> <td data-bbox="1272 391 1541 426"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="607 426 1272 461">auf 6.800.000 Euro</td> <td data-bbox="1272 426 1541 461"></td> </tr> </tbody> </table> <p data-bbox="607 496 1301 531"><b>Einrichtung einer Verpflichtungsermächtigungen:</b></p> <table data-bbox="607 531 1339 632"> <tbody> <tr> <td data-bbox="607 531 1272 566">von 0 Euro</td> <td data-bbox="1272 531 1339 566">0 €</td> </tr> <tr> <td data-bbox="607 566 1272 601">um 6.800.000 Euro</td> <td data-bbox="1272 566 1339 601"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="607 601 1272 632">auf 6.800.000 Euro</td> <td data-bbox="1272 601 1339 632"></td> </tr> </tbody> </table> <p data-bbox="607 667 1048 699">Fälligkeit: 6.800.000 Euro in 2018</p> <p data-bbox="607 734 1554 769"><b>Neuer Titel 686 70</b> Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke</p> <p data-bbox="607 769 831 801">Ansatz: 0 Euro</p> <p data-bbox="607 836 797 871"><b><u>Begründung:</u></b></p> <p data-bbox="607 871 1554 1072">Die Mittel sollen eingesetzt werden, um Kommunen und Jobcenter sowie Beschäftigungsträger bei einer effektiven Umsetzung von Bundesprogrammen zur Beschäftigung Langzeitarbeitsloser zu unterstützen. Dies umfasst insbesondere ergänzende Maßnahmen zur Aktivierung, Begleitung, Qualifizierung, Anleitung und organisatorischer Umsetzung der Programme, soweit nicht vorrangige gesetzliche Instrumente greifen.</p>	2017	Ansatz lt. HH 2016	<b>Baransatz</b>		von 0 Euro	0 €	um 6.800.000 Euro		auf 6.800.000 Euro		von 0 Euro	0 €	um 6.800.000 Euro		auf 6.800.000 Euro		
2017	Ansatz lt. HH 2016																		
<b>Baransatz</b>																			
von 0 Euro	0 €																		
um 6.800.000 Euro																			
auf 6.800.000 Euro																			
von 0 Euro	0 €																		
um 6.800.000 Euro																			
auf 6.800.000 Euro																			

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	FDP	<p><b>Kapitel 11 029 Arbeit und Qualifizierung</b>  <b>Titelgruppe 80 Berufsorientierung – Kein Abschluss ohne Anschluss</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 25%; text-align: right;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>14.000.000 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">13.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>5.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>9.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Grundsätzlich ist eine frühzeitige Berufs- und Studienorientierung sinnvoll. Allerdings führt die jetzige, sehr strikte Ausgestaltung dazu, dass bereits vorhandene, erfolgreiche Programme beendet werden müssen und sogar bisherige, externe Fördergelder verloren gehen. Daher sollten anstatt der strikten Ausgestaltung auch wie bisher Maßnahmen zur Berufsorientierung unter Einbeziehung externer Fördergelder umgesetzt werden.</p>	<b>2017</b>			<b>2016</b>	von	14.000.000 Euro		13.000.000 Euro	um	5.000.000 Euro			auf	9.000.000 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>			<b>2016</b>																										
von	14.000.000 Euro		13.000.000 Euro																										
um	5.000.000 Euro																												
auf	9.000.000 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												



**Änderungsantrag zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD Grüne	<p><b>Kapitel 11 029 Arbeit und Qualifizierung</b></p> <p><b>Neue Titelgruppe 90</b> Förderung von Modellprojekten zur Entwicklung und Implementierung eines sozialen Arbeitsmarktes in NRW</p> <p><b>Haushaltsvermerke:</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Abweichend von § 25 Abs. 2 Haushaltsgesetz ist die Titelgruppe hinsichtlich Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen jeweils gegenseitig deckungsfähig.</li> <li>2. Aus den Mitteln der Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für den selben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).</li> </ol> <p><b>Neuer Titel 429 90 Personalausgaben</b></p> <p><b>Neuer Titel 547 90 Sächliche Verwaltungsausgaben</b></p> <p><b>Neuer Titel 633 90 Zuweisungen an Gemeinde und Gemeindeverbände für laufende Zwecke</b></p> <p><b>Neuer Titel 686 90 Zuweisungen an Sonstige für laufende Zwecke</b></p> <p><b>Strichansatz bei Titel 429 90 und 547 90</b></p>	<p><b>angenommen</b></p> <p>SPD ja            CDU Enth.            GRÜNE ja            FDP nein            PIRATEN nein</p>

		<p><b>Baransatz bei Titel 633 90</b></p> <p><b>2017</b> <span style="float: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></span></p> <p>von 0 Euro <span style="float: right;">-</span></p> <p>um 4.000.000 Euro</p> <p>auf 4.000.000 Euro</p> <p><b>Einrichtung einer VE bei Titel 633 90:</b></p> <p><b>2017</b> <span style="float: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></span></p> <p>von 0 Euro <span style="float: right;">-</span></p> <p>um 10.000.000 Euro</p> <p>auf 10.000.000 Euro</p> <p>Fälligkeit 10.000.000 Euro in 2018</p> <p><b>Baransatz bei Titel 686 90</b></p> <p><b>2017</b> <span style="float: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></span></p> <p>von 0 Euro <span style="float: right;">-</span></p> <p>um 9.000.000 Euro</p> <p>auf 9.000.000 Euro</p> <p><b>Einrichtung einer VE bei Titel 686 90:</b></p> <p><b>2017</b> <span style="float: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></span></p> <p>von 0 Euro <span style="float: right;">-</span></p> <p>um 20.000.000 Euro</p> <p>auf 20.000.000 Euro</p> <p>Fälligkeit 20.000.000 Euro in 2018</p>	
--	--	---	--

		<p><b>Begründung:</b> Mit den im Haushalt 2017 bereitgestellten Mitteln und der Ermächtigung, Verpflichtungen für das Jahr 2018 eingehen zu können, sollen Modellprojekte entwickelt und implementiert werden, die komplementär zu bestehenden Angeboten Integrationsperspektiven für die dauerhafte Beschäftigung langzeitarbeitsloser Menschen in einem sozialen Arbeitsmarkt schaffen.</p> <p>Das Land fördert seit 2013 aus eigenen und Mitteln des Europäischen Sozialfonds gemeinsam mit den Jobcentern Projekte im Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung für den Übergang in den ersten Arbeitsmarkt und hat hier anerkennenswerte Erfolge erzielt. Festzustellen ist aber auch, dass ein erheblicher Teil der Langzeitarbeitslosen, insbesondere die "arbeitsmarktfernen" Arbeitslosen, damit nicht erreicht werden. Das Pendeln zwischen Arbeitslosigkeit und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen einerseits und einer nur ausnahmsweise und kurzzeitigen Beschäftigung andererseits bleibt prägend für ihre Erwerbsbiografie. Für einen beträchtlichen Teil dieser Gruppe ist die Einrichtung eines „zweiten“ sozialen Arbeitsmarktes erforderlich, der durch dauerhafte Förderketten öffentlich geförderter Beschäftigung gekennzeichnet ist.</p> <p>Um dies zu gewährleisten, sind die bestehenden Instrumente des SGB II und die Vorgaben für den Einsatz der Mittel des Europäischen Sozialfonds allein nicht ausreichend geeignet, da sie vor allem durch die 24-monatige Befristung der in der Regel personenzentrierten Förderung zum Drehtüreffekt beitragen. Statt Arbeitslosigkeit muss Arbeit finanziert werden können: Statt den so genannten Regelbedarf und die Kosten für die Unterkunft zu finanzieren, müssen diese Leistungen beim „Passiv-Aktiv-Transfer“ als Zuschuss für eine Beschäftigung eingesetzt werden können. So wird der passive Empfang von Arbeitslosengeld ersetzt durch aktive Teilhabe am Arbeitsleben (Passiv-Aktiv-Transfer). Dies sicherstellen, ist Aufgabe des und Auftrag an den Bundesgesetzgeber.</p>	
--	--	---	--

		<p>Unter dem „Dach eines sozialen Arbeitsmarktes“ werden verschiedene Module zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit eingesetzt. Sie unterscheiden sich je nach Zielsetzung, nach Zielgruppe und hinsichtlich ihrer Fördermodalitäten, die sich aus den Vorgaben der Bundes- und ESF-Förderung ergeben. Um den spezifischen Bedürfnissen des Landes NRW Rechnung zu tragen, soll ein weiteres, mit Landesmitteln gefördertes Modul hinzugefügt werden. Es soll systematisch und schrittweise den Weg für einen dauerhaften, sozialen Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen ebnen. NRW macht damit konkrete Schritte hin zu einem echten Arbeitsmarkt für langzeitarbeitslose Menschen, um die Weichen für ein sozial- und arbeitsmarktpolitisches Projekt zu stellen, das es so in Deutschland noch nicht gab.</p> <p>Im Rahmen von Modellversuchen soll in Regionen des Landes, die von überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, erprobt und ausgewertet werden, welche Wirkung die Einrichtung eines lokal oder regional zu definierenden sozialen Arbeitsmarktes für die Betroffenen, aber auch für die an den Modellversuchen beteiligten Akteure hat.</p> <p>Gefördert werden Modellprojekte, die neue, innovative Ansätze zur Verknüpfung infrastruktureller, investiver und arbeitsmarktpolitischer Instrumente und Vorhaben umfassen und strukturell auf Transfer sowie Nachhaltigkeit abzielen.</p> <p>Die geförderten Arbeitsplätze müssen sozialversicherungspflichtig und arbeitsvertraglich gesichert sein. Sie können bei der Kommune, anderen öffentlichen Stellen, bei Wohlfahrtsverbänden und in der Privatwirtschaft eingerichtet werden. Die Teilnahme muss für die Betroffenen freiwillig sein. Zielgruppe sind langzeitige Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II, die absehbar keine Beschäftigungschancen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt haben. Dieses wird insbesondere dann angenommen, wenn diese Personen seit vier und mehr Jahren im Leistungsbezug sind und in dieser Zeit keine nennenswerte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im allgemeinen Arbeitsmarkt oder selbständige Tätigkeit ausgeübt haben. Nichtteilnahme darf nicht mit sozialrechtlichen Sanktionen verbunden werden, bei Vorlage der Voraussetzungen sollen</p>	
--	--	---	--

		<p>die Zielgruppen aber zur Teilnahme an den Modellprojekten motiviert werden.</p> <p>In den Modellversuchen sollen auch die Arbeitsgelegenheiten, die mit einem sozialen Arbeitsmarkt sinnvoll verknüpft werden können, identifiziert, in einer Positivliste definiert und zwischen den beteiligten Akteuren als entwicklungsoffener Rahmen vereinbart werden. Sie müssen im öffentlichen Interesse liegen, zusätzlich und wettbewerbsneutral sein. Bestehende weitere Fördermöglichkeiten, etwa zur sozialen Stabilisierung und Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit, sollen einbezogen werden.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 11 035 Landesinstitut für Arbeitsgestaltung des Landes Nordrhein-Westfalen (LIA)</b></p> <p><b>Titel 511 01 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">348.300 Euro</td> <td style="text-align: right;">353.300 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">248.300 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	348.300 Euro	353.300 Euro	um	100.000 Euro		auf	248.300 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	348.300 Euro	353.300 Euro																							
um	100.000 Euro																								
auf	248.300 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 11 035 Landesinstitut für Arbeitsgestaltung des Landes Nordrhein-Westfalen</b></p> <p><b>Titel 531 10 Aufklärung im Bereich der Gesundheit bei der Arbeit</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">331.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">331.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">40.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">291.200 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Wird aus Gründen der Haushaltskonsolidierung sowie Haushaltsklarheit und -wahrheit an das IST 2015 angenähert. Der Titel wurde in den letzten Jahren nicht ausgeschöpft und diente in den Jahren 2013 und 2014 zu fast 70 Prozent des Ansatzes zur Erbringung der Globalen Minderausgabe. Der Ansatz ist somit trotz Reduzierung im Jahr 2016 weiter zu kürzen.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	331.200 Euro	331.200 Euro	um	40.000 Euro		auf	291.200 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	331.200 Euro	331.200 Euro																							
um	40.000 Euro																								
auf	291.200 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 11 035      Landesinstitut für Arbeitsgestaltung des Landes Nordrhein-Westfalen</b></p> <p><b>Titel 547 10        Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">349.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">349.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">150.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">199.600 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Wird aus Gründen der Haushaltskonsolidierung sowie Haushaltsklarheit und -wahrheit an das IST 2015 angenähert. Laut Haushaltsrechnung 2013 und 2014 sind Mittel dieses Titels nicht für den angegeben Zweck verwendet worden, sondern in die Globale Minderausgabe geflossen. Der Ansatz ist somit zu reduzieren.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	349.600 Euro	349.600 Euro	um	150.000 Euro		auf	199.600 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	349.600 Euro	349.600 Euro																							
um	150.000 Euro																								
auf	199.600 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								



**Änderungsantrag zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 11 060      Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewan- deter</b> <b>Neue Titelgruppe: Erstellung eines Handlungskonzepts für die ehrenamtli- che Flüchtlingshilfe und für die Ausgestaltung einer hauptamtlichen Ko- ordinierungsstelle</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von            0            Euro</td> <td style="text-align: center;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um    400.000       Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf    400.000       Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b></p> <p>Auf Regionalkonferenzen soll ein Austausch von Helferinnen und Helfern in den Regierungsbezirken in die Wege geleitet werden. Ziel ist die Erstellung eines Handlungskonzepts für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe in ganz NRW sowie für die Ausgestaltung einer hauptamtlichen Koordinierungsstelle.</p> <p>(Beim finanziellen Rahmen und der Ausgestaltung soll sich die Landesregierung an dem Prozess zur Erstellung des Handlungskonzeptes gegen Rechts- extremismus und Rassismus orientieren.)</p>	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von            0            Euro	0 Euro	um    400.000       Euro		auf    400.000       Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																				
von            0            Euro	0 Euro																				
um    400.000       Euro																					
auf    400.000       Euro																					
SPD	nein																				
CDU	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
PIRATEN	ja																				



		<p><b>Begründung:</b></p> <p><u>Ergänzung der Erläuterung:</u>  2.500.000 Euro werden für die zusätzliche Förderung von zehn Kommunalen Integrationszentren in den Kreisen und kreisfreien Städten zu verwenden, die von der Zuwanderung aus Südosteuropa besonders betroffen sind. Diese werden zu gleichen Teilen (je 250.000 ) zur Verfügung gestellt, um entsprechende Maßnahmen durchführen zu können. Zur Ermittlung der Förderberechtigten soll der gemäß § 4 der Verordnung zur Regelung des Wohnsitzes für anerkannte Flüchtlinge und Inhaberinnen und Inhaber bestimmter humanitärer Aufenthaltstitel nach dem Aufenthaltsgesetz (Ausländer-Wohnsitzregelungsverordnung – AWoV) (GV.NRW 2016 S. 965 ff.) gebildete Integrationsschlüssel herangezogen werden.</p> <p><u>Beschluss b)</u></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table data-bbox="607 869 1433 1005"> <tr> <td><b>2017</b></td> <td></td> <td><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>31.121.100 Euro</td> <td>24.936.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>250.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>31.371.100 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Sogenannte Sprach- und Kulturmittler sollen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen (Justiz, Frauenberatung, Flüchtlingsberatung, Sport, etc.) als Integrationslotsen dienen. Hierfür werden weitere 250.000 Euro zur Verfügung gestellt.</p>	<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	31.121.100 Euro	24.936.400 Euro	um	250.000 Euro		auf	31.371.100 Euro		<p><b>b) angenommen</b></p> <table data-bbox="1585 766 1848 933"> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	31.121.100 Euro	24.936.400 Euro																							
um	250.000 Euro																								
auf	31.371.100 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	ja																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	nein																								



		<p>Die Mittel sind vorgesehen für die aktive Mitwirkung der Migrantenselbstorganisation. Sie sind ein Schlüssel dafür, Geflüchtete als aktive Partner für den Integrationsprozess zu gewinnen. Da die meisten der Länder, aus denen aktuell Flüchtlinge kommen, noch keine größeren Gemeinschaften in NRW aufweisen, geht es dabei auch um Starthilfen für Selbstorganisationen und die Stärkung durch Vernetzungs- und Qualifizierungsangebote.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 11 060</b> <b>Titelgruppe 68</b></p> <p><b>Titel 686 68</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>2017</b> von           13.889.700 Euro um             1.500.000 Euro auf            15.389.700 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Eine Erhöhung von 1 Mio. € ist vorgesehen für die interkulturelle Sensibilisierung von Berufsgruppen, die im täglichen Austausch mit Geflüchteten und anderen Neuzugewanderten stehen, ist eine gewachsene Aufgabe. Vor allem für pädagogische Berufsfelder, wie Erzieherinnen und Erzieher, Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter, Lehrerinnen und Lehrer gibt es bereits vielfältige Schulungen und Materialien von freien Trägern, Hochschulen, öffentlichen und privaten Einrichtungen, die von der Landesweiten Koordinierungsstelle Kommunaler Integrationszentren ergänzt und transparent gemacht werden sollen. Ein neuer Bedarf ist auch bei Bediensteten der Flüchtlingsunterkünfte, Sicherheitskräften, psychosozialen Beraterinnen und Beratern und auch Justizangestellten und Beschäftigten im Kulturbereich entstanden. Dieser Bedarf soll durch die Maßnahme „Weiterbildung von Fachkräften“ gedeckt werden, die das Kompetenzzentrum für Integration 2017 ausschreibt. Antragsberechtigt sind insbesondere Migrant*innenorganisationen und Integrationsagenturen, Einrichtungen der politischen Bildung und Volkshochschulen.</p>	<p><b>Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter</b> <b>Förderung der Integration Zugewanderter und des</b> <b>Zusammenlebens in Vielfalt</b> <b>Zuschüsse an Sonstige</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b> 13.469.700 Euro</p> <p><b>angenommen</b></p> <p>SPD           ja CDU           Enth. GRÜNE       ja FDP           Enth. PIRATEN      nein</p>

		<p>Der Erhöhungsbetrag mindert sich gegenläufig um 1.200.000 Euro, da für die bisher beim Titel 686 68 für Migrantenselbstorganisationen mitveranschlagte Position ein neuer Haushaltstitel 684 68 eingerichtet wird. In dem neuen Haushaltstitel 684 68 werden zudem die 1.200.000 Euro um 1.500.000 Euro auf insgesamt 2.700.000 Euro erhöht, um Starthilfen für die Selbstorganisation neuer Zuwanderergruppen geben zu können (siehe gesonderten Antrag).</p> <p>Weitere 1,7 Mio. € sind vorgesehen zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen, insbesondere bei der verstärkten Zuwanderung geflüchteter Menschen in einem Klima, dass neben der nach wie vor großen Hilfsbereitschaft in der Zivilgesellschaft zunehmend von Konflikten vor Ort, in den Stadtteilen und Quartieren geprägt wird, ist eine Stärkung der Integrationsagenturen in Trägerschaft der Freien Wohlfahrtspflege unerlässlich. Denn ebenso bedeutsam wie eine Stärkung von koordinierenden Aufgaben in den Kreisen und kreisfreien Städten, ist auch eine entsprechende Stärkung des operativen Integrationsmanagements und der operativen Infrastruktur vor Ort, in den Sozialräumen.</p> <p>Die hierfür vorgesehenen Mittel sollen dauerhaft für die Stärkung der Integrationsagenturen mit bis zu 30 Stellen eingesetzt werden, u.a. im ländlichen Raum und in Sozialräumen mit besonders hohen Herausforderungen.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 12  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 12 010      Ministerium</b> <b>Titel 531 12        Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichungen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">102.700 Euro</td> <td style="text-align: right;">102.700 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">50.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">52.700 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	102.700 Euro	102.700 Euro	um	50.000 Euro		auf	52.700 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	102.700 Euro	102.700 Euro																							
um	50.000 Euro																								
auf	52.700 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								



**Änderungsantrag zum Einzelplan 12  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 12 010      Ministerium</b> <b>Titel 545 30        Ausgaben für Soziale Ansprechpartner</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">59.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">41.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	100.000 Euro	100.000 Euro	um	59.000 Euro		auf	41.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	100.000 Euro	100.000 Euro																							
um	59.000 Euro																								
auf	41.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 12  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 12 020 Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 526 83 Beratungskosten und Kosten der Einführungsbegleitung</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.365.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.365.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">356.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.009.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	1.365.000 Euro	1.365.000 Euro	um	356.000 Euro		auf	1.009.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	1.365.000 Euro	1.365.000 Euro																							
um	356.000 Euro																								
auf	1.009.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 12  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 12 020 Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 531 83 Veröffentlichung und Dokumentation</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">30.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">30.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">30.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein Strichansatz ausgebracht. Die vorhandenen Deckungsfähigkeiten der Titel der Hauptgruppe 5 können genutzt werden, um vereinzelt anfallende Abweichungen des IST-Abflusses zu ermöglichen.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	30.000 Euro	30.000 Euro	um	30.000 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	30.000 Euro	30.000 Euro																							
um	30.000 Euro																								
auf	- Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 12  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 12 050      Oberfinanzdirektion NRW und Finanzämter</b>  <b>Titel 422 01        Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</b></p> <p>40 Stellen sind kw.</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">893.113.800 Euro</td> <td style="text-align: right;">880.617.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">2.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">891.113.800 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Finanzaufsicht der Spielbanken in Nordrhein-Westfalen bindet fast 100 Bedienstete der Finanzverwaltung des Landes. Laut Jahresbericht 2015 des Landesrechnungshofes NRW kann die Finanzaufsicht den gesetzlichen Vorgaben aber auch mit merklich weniger Personal nachgekommen. Sowohl der Landesrechnungshof NRW als auch das Finanzministerium gehen von einem notwendigen Personalbedarf aus, der bei nur 50 Prozent der jetzt eingesetzten Bediensteten liegt. Aus Gründen der effizienten Aufgabenerfüllung ist die Finanzaufsicht der Spielbanken zu reformieren und auf die überschüssigen Planstellen zu verzichten. Bisher</p>	<b>2017</b>		<b>2016</b>	von	893.113.800 Euro	880.617.500 Euro	um	2.000.000 Euro		auf	891.113.800 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>		<b>2016</b>																							
von	893.113.800 Euro	880.617.500 Euro																							
um	2.000.000 Euro																								
auf	891.113.800 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

		<p>hat sich die Anzahl der für die Finanzaufsicht gebundenen Beamten lediglich marginal auf 87 reduziert. Die im Haushaltsentwurf 2017 ausgebrachten kw-Vermerke verschieben den endgültigen Planstellenabbau auf das Jahr 2023. Es ist insbesondere in Zeiten eines Fachkräftemangels und von Nachwuchssorgen im öffentlichen Dienst nicht hinnehmbar, dass dutzende gut ausgebildete Finanzbeamte für ineffiziente Aufgaben eingesetzt werden.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 12  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 12 070      Staatliche Bauverwaltung - Oberfinanzdirektion NRW</b>  <b>Titel 547 10        Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.471.100 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.401.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">433.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.038.100 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	1.471.100 Euro	1.401.100 Euro	um	433.000 Euro		auf	1.038.100 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	1.471.100 Euro	1.401.100 Euro																							
um	433.000 Euro																								
auf	1.038.100 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 12  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 12 400 Landesamt für Finanzen</b>  <b>Titel 525 64 Mobilitäts- und Qualifizierungsmaßnahmen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">250.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">250.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">142.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">108.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	250.000 Euro	250.000 Euro	um	142.000 Euro		auf	108.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	250.000 Euro	250.000 Euro																							
um	142.000 Euro																								
auf	108.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 12  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 12 400 Landesamt für Finanzen</b>  <b>Titel 527 83 Reisekostenvergütungen für Dienstreisen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">45.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">45.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">12.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">33.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	45.000 Euro	45.000 Euro	um	12.000 Euro		auf	33.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	45.000 Euro	45.000 Euro																							
um	12.000 Euro																								
auf	33.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								



**Änderungsantrag zum Einzelplan 12  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 12 400 Landesamt für Finanzen</b>  <b>Titel 538 83 Ausgaben für die Datenverarbeitung</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">8.900.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">8.200.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">3.967.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">4.933.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	8.900.000 Euro	8.200.000 Euro	um	3.967.000 Euro		auf	4.933.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	8.900.000 Euro	8.200.000 Euro																							
um	3.967.000 Euro																								
auf	4.933.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	FDP	<p><b>Kapitel 14 010      Ministerium</b> <b>Titel 422 01        Personalausgaben</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: right;"><b>2016</b></td> <td style="width: 25%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>11.146.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">10.793.700</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>250.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>10.896.200 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Durch eine Abschaffung des Tariftreue- und Vergabegesetzes kann auf die entsprechende Prüfbehörde verzichtet werden. 5 Stellen für Beamtinnen und Beamte sowie 1 Stelle für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entfallen.</p>	<b>2017</b>		<b>2016</b>		von	11.146.200 Euro	10.793.700	Euro	um	250.000 Euro			auf	10.896.200 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>		<b>2016</b>																											
von	11.146.200 Euro	10.793.700	Euro																										
um	250.000 Euro																												
auf	10.896.200 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	FDP	<p><b>Kapitel 14 010      Ministerium</b> <b>Titel 428 01        Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: right;"><b>2016</b></td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>9.330.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">8.769.900</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>50.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>9.280.200 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Durch eine Abschaffung des Tariftreue- und Vergabegesetzes kann auf die entsprechende Prüfbehörde verzichtet werden. 5 Stellen für Beamtinnen und Beamte sowie 1 Stelle für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entfallen.</p>	<b>2017</b>		<b>2016</b>		von	9.330.200 Euro	8.769.900	Euro	um	50.000 Euro			auf	9.280.200 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>		<b>2016</b>																											
von	9.330.200 Euro	8.769.900	Euro																										
um	50.000 Euro																												
auf	9.280.200 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 14 010      Ministerium</b> <b>Titel 518 02        Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">134.300 Euro</td> <td style="text-align: right;">134.300 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">124.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">10.300 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	134.300 Euro	134.300 Euro	um	124.000 Euro		auf	10.300 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	134.300 Euro	134.300 Euro																							
um	124.000 Euro																								
auf	10.300 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag		Abstimmungsergebnis												
	FDP	<b>Kapitel 14 010</b> <b>Titel 526 01</b>	<b>Ministerium</b> <b>Sachverständige</b>	<b>abgelehnt</b>  SPD            nein CDU            ja GRÜNE        nein FDP            ja PIRATEN        nein												
		Reduzierung des Baransatzes  <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">206.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">206.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">151.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">55.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table>			<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	206.000 Euro	206.000 Euro	um	151.000 Euro		auf	55.000 Euro		
	<b>2017</b>	<b>2016</b>														
von	206.000 Euro	206.000 Euro														
um	151.000 Euro															
auf	55.000 Euro															
		<b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.														

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag		Abstimmungsergebnis												
	FDP	<b>Kapitel 14 010</b> <b>Titel 526 02</b>	<b>Ministerium</b> <b>Gerichts- und ähnliche Kosten</b>	<b>abgelehnt</b>  SPD            nein CDU            ja GRÜNE        nein FDP            ja PIRATEN        nein												
		Reduzierung des Baransatzes														
		<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">111.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">131.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">111.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table>			<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	111.000 Euro	131.000 Euro	um	111.000 Euro		auf	- Euro		
	<b>2017</b>	<b>2016</b>														
von	111.000 Euro	131.000 Euro														
um	111.000 Euro															
auf	- Euro															
		<b>Begründung:</b> Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein Strichansatz ausgebracht. Die vorhandenen Deckungsfähigkeiten der Titel der Hauptgruppe 5 können genutzt werden, um vereinzelt anfallende Abweichungen des IST-Abflusses zu ermöglichen.														

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 14 010      Ministerium</b> <b>Titel 526 61        Kosten für Sachverständige und</b> <b>                                  Untersuchungsvorhaben</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">92.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">92.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">34.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">58.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	92.000 Euro	92.000 Euro	um	34.000 Euro		auf	58.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	92.000 Euro	92.000 Euro																							
um	34.000 Euro																								
auf	58.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 14 010      Ministerium</b>  <b>Titel 526 64        Gutachten, Sachverständige und ähnliche Ausgaben</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">10.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">10.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">10.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein Strichansatz ausgebracht. Die vorhandenen Deckungsfähigkeiten der Titel der Hauptgruppe 5 können genutzt werden, um vereinzelt anfallende Abweichungen des IST-Abflusses zu ermöglichen.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	10.000 Euro	10.000 Euro	um	10.000 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	10.000 Euro	10.000 Euro																							
um	10.000 Euro																								
auf	- Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								



**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 14 010      Ministerium</b> <b>Titel 531 10        Öffentlichkeitsarbeit</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">131.400 Euro</td> <td style="text-align: right;">131.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">36.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">95.400 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	131.400 Euro	131.400 Euro	um	36.000 Euro		auf	95.400 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	131.400 Euro	131.400 Euro																							
um	36.000 Euro																								
auf	95.400 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 14 010      Ministerium</b> <b>Titel 531 64        Veröffentlichungen, Dokumentationen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">120.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">120.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">120.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein Strichansatz ausgebracht. Die vorhandenen Deckungsfähigkeiten der Titel der Hauptgruppe 5 können genutzt werden, um vereinzelt anfallende Abweichungen des IST-Abflusses zu ermöglichen.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	120.000 Euro	120.000 Euro	um	120.000 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	120.000 Euro	120.000 Euro																							
um	120.000 Euro																								
auf	- Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	<p><b>Kapitel 14 010      Ministerium</b>  <b>Titelgruppe 65      Umsetzung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen</b></p> <p>Streichung der Titelgruppe</p> <p>Mit Gesamteinnahmen von            0 Euro  Mit Gesamtausgaben von    125.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Das Tariftreue- und Vergabegesetz hat zusätzliche Bürokratie und unnötige Kosten für die Haushalte von Land und Kommunen geschaffen. Durch eine Abschaffung des Tariftreue- und Vergabegesetzes kann auf die Ausgaben in Titelgruppe 65 verzichtet werden. Die Einsparungen dienen der Haushaltskonsolidierung.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>SPD            nein  CDU            ja  GRÜNE        nein  FDP            ja  PIRATEN        nein</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 14 010      Ministerium</b> <b>Titel 534 70        Aufwendungen für die Pflege auswärtiger Beziehungen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">40.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">40.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">26.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">14.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	40.000 Euro	40.000 Euro	um	26.000 Euro		auf	14.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	40.000 Euro	40.000 Euro																							
um	26.000 Euro																								
auf	14.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 14 010      Ministerium</b> <b>Titel 541 00        Aufwendungen für Veranstaltungen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">47.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">47.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">29.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">18.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	47.500 Euro	47.500 Euro	um	29.000 Euro		auf	18.500 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	47.500 Euro	47.500 Euro																							
um	29.000 Euro																								
auf	18.500 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 14 010      Ministerium</b> <b>Titel 541 20        Wirtschaftsgespräche und andere</b> <b>                                 Veranstaltungen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">250.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">250.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">81.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">169.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	250.000 Euro	250.000 Euro	um	81.000 Euro		auf	169.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	250.000 Euro	250.000 Euro																							
um	81.000 Euro																								
auf	169.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag		Abstimmungsergebnis	
	FDP	<b>Kapitel 14 010</b> <b>Titel 541 64</b>	<b>Ministerium</b> <b>Veranstaltungen und dgl.</b>	<b>abgelehnt</b>	
Reduzierung des Baransatzes		SPD            nein CDU            ja GRÜNE        nein FDP            ja PIRATEN        nein			
von um auf		<b>2017</b> 130.000 Euro 90.000 Euro 40.000 Euro	<b>2016</b> 130.000 Euro		
<b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.					

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 14 010      Ministerium</b>  <b>Titel 547 63        Nicht aufteilbare sächliche</b>  <b>                                 Verwaltungsausgaben</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">460.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">460.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">326.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">134.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	460.000 Euro	460.000 Euro	um	326.000 Euro		auf	134.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	460.000 Euro	460.000 Euro																							
um	326.000 Euro																								
auf	134.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								



**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14  
im Haushalts- und Finanzausschuss zum Haushaltsgesetz 2017**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																
	CDU	<p><b>Kapitel 14 730 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</b></p> <p><b>Neue Titelgruppe 63 Förderung des Breitbandausbaus - Landesanteil –</b></p> <p><b>Neuer Titel: 891 63 Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen</b></p> <p><b>Neuer Titel 892 63 Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen</b></p> <p><b>Neuer Titel 893 63 Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland</b></p> <p><b>Neuer Haushaltsvermerk Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 891 63 gilt für alle Titel der Titelgruppe</b></p> <p>Etatisierung einer Verpflichtungsermächtigung bei Titel 891 63</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">2017</td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 10%; text-align: center;">2016</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>- Euro</td> <td></td> <td>- Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>- Euro</td> <td></td> <td>- Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>- Euro</td> <td></td> <td>- Euro</td> </tr> </table> <p>Aufnahme einer Verpflichtungsermächtigung von 200.000.000 Euro</p>		2017		2016	von	- Euro		- Euro	um	- Euro		- Euro	auf	- Euro		- Euro	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>SPD        nein</p> <p>CDU        ja</p> <p>GRÜNE    nein</p> <p>FDP        Enth.</p> <p>PIRATEN   nein</p>
	2017		2016																
von	- Euro		- Euro																
um	- Euro		- Euro																
auf	- Euro		- Euro																

		<p><b>Begründung:</b></p> <p>Der Breitbandausbau ist unbestritten ein Wachstumstreiber. Hier tritt NRW aber seit 2012 auf der Stelle. Ende 2015 verfügten 6.614.922 Haushalte (76,2%) in NRW über schnelles Internet von mindestens 50 Mbit/s. Ende 2011 (unmittelbar vor der letzten Landtagswahl) verfügten 5.998.571 Haushalte über schnelles Internet. Seit der Landtagswahl 2012 ist die Zahl der Haushalte mit schnellem Internet lediglich um 616.351 (+10,3%) gestiegen, im Schnitt um 154.088 im Jahr. Ende 2015 waren noch 2.066.078 Haushalte in NRW ohne Zugang zum schnellen Netz. Bei gleichbleibender Ausbaudynamik erreichen wir somit eine flächendeckende Versorgung frühestens 2029.</p> <p>Um vom Scheitern des eigenen Breitbandziels abzulenken, legt die Landesregierung jetzt eine „Gigabit-Strategie“ vor, die aber überhaupt nicht mit finanziellen Mitteln hinterlegt ist. Ohne Kurskorrektur wird es nicht möglich sein, bis 2026 alle Haushalte mit FTTB/H zu versorgen. Wir haben bereits für den Haushalt 2016 gefordert, die Mittel aus der digitalen Dividende II um freiwerdende Mittel aus der Steinkohlebeihilfe zu erhöhen. Bis 2019 spart das Land bei der Steinkohlebeihilfe 1,5 Mrd. Euro ein. Wir müssen die Subventionen der Vergangenheit in die Zukunft investieren.</p> <p>Daher wird der Antrag erneuert, dass in den Jahren 2018 und 2019 das Land jeweils weitere 100 Mio. Euro für die Förderung des Breitbandausbaus zur Verfügung stellen soll.</p>	
--	--	--	--



		<p>Die Landesregierung ist aufgefordert, gemeinsam mit dem Verband Freier Berufe im Lande Nordrhein-Westfalen e. V. (VFB NW) als Dachorganisation der Freien Berufe in NRW ein Konzept zur Schaffung eines „interdisziplinären Instituts zur Erforschung der Freien Berufe“ zu entwickeln. Ziel soll es unter anderem sein, die Entwicklung der Freien Berufe unter besonderer Berücksichtigung der Digitalisierung zu beschreiben und dabei insbesondere die Frage zu beantworten, wie Freiberufler unter den veränderten Bedingungen der Digitalisierung ihre gesellschaftliche Funktion als tragender Teil einer starken Mitte der Gesellschaft in Zukunft wahrnehmen können.</p> <p>Das interdisziplinäre Institut zur Erforschung der Freien Berufe ist entsprechend der jährlichen landesseitigen Förderung des Deutschen Handwerksinstituts finanziell auszustatten. Hierzu wird der neue Titel geschaffen.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 14 730 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</b>  <b>Einrichtung einer neuen Titelgruppe: Förderung einer flächendeckenden Gigabit-Netzinfrastruktur</b></p> <p>Erhöhung des Baransatz</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">860.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">860.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b></p> <p>Im digitalen Zeitalter gehört der Zugang zu einer leistungsstarken digitalen Infrastruktur zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Derzeit sind vor allem ländliche und halbstädtische Räume von einem schnellen Internetzugang abgeschnitten. Vor dem Hintergrund der immer weiter anwachsenden Datenmengen raten Experten seit Jahren zum Aufbau eines nachhaltigen Glasfasernetzes, welches Daten im Gigabit-Bereich synchron transportieren kann.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	0 Euro	0 Euro	um	860.000.000 Euro		auf	860.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	0 Euro	0 Euro																							
um	860.000.000 Euro																								
auf	860.000.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

	<p>In Nordrhein-Westfalen ist ein Glasfaseranschluss (FTTH/B) bisher die Ausnahme (6,9 Prozent). Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich ein verbesserter Versorgungsgrad von lediglich 0,6 Prozentpunkten. Bei gleichbleibender Ausbaugeschwindigkeit wird eine flächendeckende Versorgung daher erst im Jahr 2175 erreicht. Die Ausbaugeschwindigkeit muss vor diesem Hintergrund deutlich erhöht werden. Die im Haushalt bereit gestellten Mittel sind dazu nicht in der Lage, da sie a) zu gering ausfallen und b) zum Teil auf nicht-nachhaltige Brückentechnologien setzen, um das Zwischenziel von 50 Mbit/s bis 2018 zu erreichen.</p> <p>Nach Angaben der Micus-Studie (2015) benötigt eine flächendeckende Glasfaserinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen Investitionen in Höhe von 8,6 Mrd. Euro. Um den nationalen sowie internationalen Anschluss nicht zu verlieren, müssen daher mehr als 860 Mio. Euro jährlich für den Breitbandausbau investiert werden, um ein flächendeckendes Glasfasernetz bis in das Jahr 2025 aufzubauen.</p> <p>Die Mittel werden eingesetzt um den Aufbau einer kommunalen, dezentralen OpenAccess-Glasfaserinfrastruktur (z.B. Modell „Nachhaltige Netzerneuerung“ der Micus-Studie) zu fördern. Die so finanzierten Glasfasernetze können an Netzbetreiber verpachtet werden und so zu ihrer Refinanzierung beitragen. Zudem sind Bürgerinitiativen zu unterstützen, die sich für ihre lokale Breitbandversorgung einsetzen. Brückentechnologien (Vectoring) sind nicht förderfähig. Eine Re-Monopolisierung der Netze wird verhindert.</p>	
--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 14 730 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</b>  <b>Titelgruppe 67 Digitale Wirtschaft NRW</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">5.860.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">5.660.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">10.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">15.860.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b>  Der Aufbau eines leistungsstarken Ökosystems zur Unterstützung von Startup-Unternehmen (Inkubatoren, Beratungsdienstleistungen, Rechtsberatung, Technologietransfer, Vernetzung) ist vor dem Hintergrund der digitalen Revolution für den heutigen und zukünftigen Wohlstand Nordrhein-Westfalens von großer Bedeutung. Die eingestellten Mittel sind der Signifikanz der Aufgabe nicht angemessen und müssen aufgestockt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	5.860.000 Euro	5.660.000 Euro	um	10.000.000 Euro		auf	15.860.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	5.860.000 Euro	5.660.000 Euro																							
um	10.000.000 Euro																								
auf	15.860.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 14 730      Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</b></p> <p><b>Titelgruppe 71      Förderung von Gründungen und mittelständischen Unternehmen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.457.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.439.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">2.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">3.457.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b> Startercenter nehmen als Erstanlaufstelle für Gründer eine wichtige Aufgabe wahr. Der Umfang und die Qualität der Beratung muss ausgebaut werden im Hinblick auf a) digitale Kompetenzen und b) migrantische Gründer. Zu dem letzteren Punkt zählt auch die Beratung und zielgenaue Verbreitung von Informationen in nicht-deutscher Sprache, z.B. über Förderprogramme oder unternehmensbezogene Rechtsfragen.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	1.457.000 Euro	1.439.000 Euro	um	2.000.000 Euro		auf	3.457.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	1.457.000 Euro	1.439.000 Euro																							
um	2.000.000 Euro																								
auf	3.457.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								



**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 14 730 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</b></p> <p><b>Titel 531 71 Ausgaben für Veröffentlichungen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">175.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">175.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">175.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein Strichansatz ausgebracht. Die vorhandenen Deckungsfähigkeiten der Titel der Hauptgruppe 5 können genutzt werden, um vereinzelt anfallende Abweichungen des IST-Abflusses zu ermöglichen.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	175.000 Euro	175.000 Euro	um	175.000 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	175.000 Euro	175.000 Euro																							
um	175.000 Euro																								
auf	- Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 14 730 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</b></p> <p><b>Titel 546 05 Entgelte an die NRW.BANK für die finanzielle Abwicklung bzw. Durchführung von Förderprogrammen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.400.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.400.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">596.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">804.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	1.400.000 Euro	1.400.000 Euro	um	596.000 Euro		auf	804.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	1.400.000 Euro	1.400.000 Euro																							
um	596.000 Euro																								
auf	804.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 14 730 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</b></p> <p><b>Titel 683 71 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein Strichansatz ausgebracht. Eventuell vorhandene Deckungsfähigkeiten können genutzt werden, um vereinzelt anfallende Abweichungen des IST-Abflusses zu ermöglichen.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	100.000 Euro	100.000 Euro	um	100.000 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	100.000 Euro	100.000 Euro																							
um	100.000 Euro																								
auf	- Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 14 730 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</b></p> <p><b>Titel 686 71 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">25.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">75.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Der Antrag zielt nicht auf eine finanzielle Schlechterstellung bei den Zuwendungs- und Zuschussempfängern ab, sondern soll zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich an welcher Stellen ausgeschüttet werden. Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	100.000 Euro	100.000 Euro	um	25.000 Euro		auf	75.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	100.000 Euro	100.000 Euro																							
um	25.000 Euro																								
auf	75.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 14 730 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</b></p> <p><b>Titel 682 97 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">50.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">50.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">50.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein Strichansatz ausgebracht. Eventuell vorhandene Deckungsfähigkeiten können genutzt werden, um vereinzelt anfallende Abweichungen des IST-Abflusses zu ermöglichen.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	50.000 Euro	50.000 Euro	um	50.000 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	50.000 Euro	50.000 Euro																							
um	50.000 Euro																								
auf	- Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								



**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 14 731 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes, NRW/EU-Gemeinschaftsprogramme</b></p> <p><b>Titel 682 72 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">2.924.800 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">2.924.800 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein Strichansatz ausgebracht. Eventuell vorhandene Deckungsfähigkeiten können genutzt werden, um vereinzelt anfallende Abweichungen des IST-Abflusses zu ermöglichen.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	2.924.800 Euro	2.500.000 Euro	um	2.924.800 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	2.924.800 Euro	2.500.000 Euro																							
um	2.924.800 Euro																								
auf	- Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 14 731</b>      <b>Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes, NRW/EU-Gemeinschaftsprogramme</b></p> <p><b>Titel 682 73</b>        <b>Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">120.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">120.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">120.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein Strichansatz ausgebracht. Eventuell vorhandene Deckungsfähigkeiten können genutzt werden, um vereinzelt anfallende Abweichungen des IST-Abflusses zu ermöglichen.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	120.000 Euro	120.000 Euro	um	120.000 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	120.000 Euro	120.000 Euro																							
um	120.000 Euro																								
auf	- Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								



**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 14 750      <b>Bergbau und Energie</b></b>  <b>Titel 511 71        <b>Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie</b></b>  <b>Geräte, Ausstattungs- und</b>  <b>Ausrüstungsgegenstände, sonstige</b>  <b>Gebrauchsgegenstände</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">130.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">130.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">93.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">37.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	130.000 Euro	130.000 Euro	um	93.000 Euro		auf	37.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	130.000 Euro	130.000 Euro																							
um	93.000 Euro																								
auf	37.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 14 750      Bergbau und Energie</b>  <b>Titel 511 72        Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie</b>  <b>Geräte, Ausstattungsgegenstände, sonstige</b>  <b>Gebrauchsgegenstände</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">10.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">10.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">10.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein Strichansatz ausgebracht. Die vorhandenen Deckungsfähigkeiten der Titel der Hauptgruppe 5 können genutzt werden, um vereinzelt anfallende Abweichungen des IST-Abflusses zu ermöglichen.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	10.000 Euro	10.000 Euro	um	10.000 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	10.000 Euro	10.000 Euro																							
um	10.000 Euro																								
auf	- Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 14 750      Bergbau und Energie</b>  <b>Titel 526 70        Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">7.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">7.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.877.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">5.123.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	7.000.000 Euro	7.000.000 Euro	um	1.877.000 Euro		auf	5.123.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	7.000.000 Euro	7.000.000 Euro																							
um	1.877.000 Euro																								
auf	5.123.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag		Abstimmungsergebnis	
	FDP	<b>Kapitel 14 750</b> <b>Titel 526 71</b>	<b>Bergbau und Energie</b> <b>Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten</b>	<b>abgelehnt</b>  SPD            nein CDU            ja GRÜNE        nein FDP            ja PIRATEN        nein	
Reduzierung des Baransatzes		von um auf	<p style="text-align: center;"><b>2017</b></p> 17.000 Euro 17.000 Euro - Euro		
<p><b>Begründung:</b>            Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein Strichansatz ausgebracht. Die vorhandenen Deckungsfähigkeiten der Titel der Hauptgruppe 5 können genutzt werden, um vereinzelt anfallende Abweichungen des IST-Abflusses zu ermöglichen.</p>					

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 14 750      Bergbau und Energie</b>  <b>Titel 526 72        Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">92.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">92.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">92.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein Strichansatz ausgebracht. Die vorhandenen Deckungsfähigkeiten der Titel der Hauptgruppe 5 können genutzt werden, um vereinzelt anfallende Abweichungen des IST-Abflusses zu ermöglichen.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	92.000 Euro	92.000 Euro	um	92.000 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	92.000 Euro	92.000 Euro																							
um	92.000 Euro																								
auf	- Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 15 010      Ministerium</b> <b>Titel 511 01        Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie</b> <b>Geräte, Ausstattungs- und</b> <b>Ausrüstungsgegenstände, sonstige</b> <b>Gebrauchsgegenstände</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">474.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">474.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">130.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">344.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	474.000 Euro	474.000 Euro	um	130.000 Euro		auf	344.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	474.000 Euro	474.000 Euro																							
um	130.000 Euro																								
auf	344.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 15 010      Ministerium</b> <b>Titel 519 03        Schönheitsreparaturen und Instandhaltung an angemieteten Grundstücken, Gebäuden und Räumen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">25.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">75.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	100.000 Euro	100.000 Euro	um	25.000 Euro		auf	75.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	100.000 Euro	100.000 Euro																							
um	25.000 Euro																								
auf	75.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 15 010      Ministerium</b> <b>Titel 525 01        Aus- (und Fort)bildung der Bediensteten</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">89.900 Euro</td> <td style="text-align: right;">89.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">51.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">38.900 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	89.900 Euro	89.900 Euro	um	51.000 Euro		auf	38.900 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	89.900 Euro	89.900 Euro																							
um	51.000 Euro																								
auf	38.900 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								



**Änderungsantrag zum Einzelplan 15  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag		Abstimmungsergebnis												
	FDP	<b>Kapitel 15 010</b> <b>Titel 526 01</b>  Reduzierung des Baransatzes  von um auf	<b>Ministerium</b> <b>Sachverständige</b>   <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">200.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">200.000 Euro</td> </tr> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">130.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">70.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table>		<b>2017</b>	<b>2016</b>		200.000 Euro	200.000 Euro		130.000 Euro			70.000 Euro		<b>abgelehnt</b>  SPD            nein CDU            ja GRÜNE        nein FDP            ja PIRATEN        nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>														
	200.000 Euro	200.000 Euro														
	130.000 Euro															
	70.000 Euro															
		<b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.														

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 15 010      Ministerium</b> <b>Titel 527 01        Reisekostenvergütungen für Dienstreisen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">171.700 Euro</td> <td style="text-align: right;">171.700 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">56.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">115.700 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	171.700 Euro	171.700 Euro	um	56.000 Euro		auf	115.700 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	171.700 Euro	171.700 Euro																							
um	56.000 Euro																								
auf	115.700 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 15 010      Ministerium</b>  <b>Titel 531 10        Öffentlichkeitsarbeit, Veröffentlichungen und Dokumentation</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">236.100 Euro</td> <td style="text-align: right;">236.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">182.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">54.100 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	236.100 Euro	236.100 Euro	um	182.000 Euro		auf	54.100 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	236.100 Euro	236.100 Euro																							
um	182.000 Euro																								
auf	54.100 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 15 010      Ministerium</b> <b>Titel 545 00        Ausgaben des betriebsärztlichen und</b> <b>                                 sicherheitstechnischen Dienstes,</b> <b>                                 Gesundheitsförderung und Verbesserung der</b> <b>                                 Vereinbarkeit von Familie und Beruf</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">68.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">68.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">20.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">48.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	68.000 Euro	68.000 Euro	um	20.000 Euro		auf	48.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	68.000 Euro	68.000 Euro																							
um	20.000 Euro																								
auf	48.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								



**Änderungsanträge zum Einzelplan 15  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 15 010      Ministerium</b>  <b>Titel 547 13        Sächliche Verwaltungsausgaben Emanzipation</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 30%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.045.400 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.051.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.545.400 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:  Durch die zusätzlichen Mittel wird das Kompetenzzentrum Frau und Gesundheit im Aufgabenbereich um einen ganzheitlichen Genderaspekt ausgeweitet, so dass alle Menschen gleich welchen Geschlechts hiervon profitieren.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	1.045.400 Euro	1.051.400 Euro	um	500.000 Euro		auf	1.545.400 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	1.045.400 Euro	1.051.400 Euro																							
um	500.000 Euro																								
auf	1.545.400 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 15 010      Ministerium</b> <b>Titel 547 30        Sächliche Verwaltungsausgaben für den europäischen und internationalen Erfahrungsaustausch</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">90.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">90.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">84.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">6.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	90.000 Euro	90.000 Euro	um	84.000 Euro		auf	6.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	90.000 Euro	90.000 Euro																							
um	84.000 Euro																								
auf	6.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 15 010      Ministerium</b>  <b>Titel 547 50        Sächliche Verwaltungsausgaben</b>  <b>Informationstechnologie</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">728.100 Euro</td> <td style="text-align: right;">728.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">279.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">449.100 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	728.100 Euro	728.100 Euro	um	279.000 Euro		auf	449.100 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	728.100 Euro	728.100 Euro																							
um	279.000 Euro																								
auf	449.100 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								



**Änderungsantrag zum Einzelplan 15  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 15 010      Ministerium</b>  <b>Titel 547 55        Sächliche Verwaltungsausgaben Kosten- und Leistungsrechnung, Produkthaushalte, neue Steuerungsinstrumente</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">400.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">400.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">385.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">15.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	400.000 Euro	400.000 Euro	um	385.000 Euro		auf	15.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	400.000 Euro	400.000 Euro																							
um	385.000 Euro																								
auf	15.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	FDP	<p><b>Kapitel 15 010      Ministerium</b> <b>Titelgruppe 70      Patientenbeauftragter der Landesregierung</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td colspan="2"><b>2017</b></td> <td colspan="2"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>400.000 Euro</td> <td>400.000</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>400.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>0 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Angesichts der geringen Inanspruchnahme (knapp über tausend Kontakte im Jahr) und anderer Angebote zur Patientenberatung kann auf den Patientenbeauftragten verzichtet werden.</p>	<b>2017</b>		<b>2016</b>		von	400.000 Euro	400.000	Euro	um	400.000 Euro			auf	0 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table border="0"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>		<b>2016</b>																											
von	400.000 Euro	400.000	Euro																										
um	400.000 Euro																												
auf	0 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 15 010      Ministerium</b> <b>Titel 547 70        Sächliche Verwaltungsausgaben</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">400.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">400.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">400.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein Strichansatz ausgebracht. Die vorhandenen Deckungsfähigkeiten der Titel der Hauptgruppe 5 können genutzt werden, um vereinzelt anfallende Abweichungen des IST-Abflusses zu ermöglichen.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	400.000 Euro	400.000 Euro	um	400.000 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	400.000 Euro	400.000 Euro																							
um	400.000 Euro																								
auf	- Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	FDP	<p><b>Kapitel 15 030      Stiftung Wohlfahrtspflege NRW</b>  <b>Titelgruppe 72      Allgemeiner Zuschuss an die Stiftung Wohlfahrtspflege NRW</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: right;"><b>2016</b></td> <td style="width: 30%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>3.121.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.422.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>3.121.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>0 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Aufgrund rückläufiger Einnahmen aus der Spielbankabgabe sind die Zuschüsse an die Stiftung Wohlfahrtspflege für die Jahre 2015 und 2016 abgesenkt worden. Zusätzlich wurde ein bei Titelgruppe 72 veranschlagter Zuschuss des Landes aus allgemeinen Haushaltsmitteln eingeführt, um den bei Titelgruppe 70 veranschlagten reduzierten Zuschuss aus der Spielbankabgabe teilweise zu kompensieren. 2017 soll die Gesamtsumme der Zuschüsse an die Stiftung Wohlfahrtspflege wie im Jahr 2014 wieder 25,5193 Mio. € betragen. In diesem Zusammenhang wird auch der bei Titelgruppe 72 veranschlagte allgemeine Zuschuss erhöht. Dieses Vorgehen beinhaltet erhebliche fiskalische Risiken. Da ohne Maßnahmen zur wirtschaftlichen Führung der Spielbanken ein weiterer Rückgang der Spielbankeinnahmen zu erwarten ist, besteht die Gefahr, dass in der Folge</p>	<b>2017</b>		<b>2016</b>		von	3.121.000 Euro	2.422.000 Euro		um	3.121.000 Euro			auf	0 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>		<b>2016</b>																											
von	3.121.000 Euro	2.422.000 Euro																											
um	3.121.000 Euro																												
auf	0 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

		auch dieser allgemeine Zuschuss des Landes weiter ansteigen wird. Anstatt einer Erhöhung von Zuschüssen aus allgemeinen Haushaltsmitteln ist zur Finanzierung der Stiftung Wohlfahrtspflege eine nachhaltige Sanierung der Spielbanken verbunden mit höheren Einnahmen aus der Spielbankabgabe erforderlich.	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 15  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 15 035 Emanzipation</b>  <b>Titelgruppen 61 Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen</b>  <b>Titel 684 61 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von 22.681.200 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>um 200.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 22.881.200 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">22.681.200 Euro</td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Die zusätzlichen Mittel dienen der weiteren Unterstützung der Frauenhäuser im Zusammenhang mit der gestiegenen Zahl geflüchteter Frauen.</p>	<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von 22.681.200 Euro			um 200.000 Euro			auf 22.881.200 Euro		22.681.200 Euro	<p><b>angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">SPD</td> <td style="width: 30%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von 22.681.200 Euro																									
um 200.000 Euro																									
auf 22.881.200 Euro		22.681.200 Euro																							
SPD	ja																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	ja																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsanträge zum Einzelplan 15  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 15 035      Emanzipation</b>  <b>Titelgruppe 62      Gleichstellung und Potenzialentwicklung von Frauen in Beruf und Gesellschaft</b>  <b>Titel 686 62        Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 30%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">5.288.100 Euro</td> <td style="text-align: right;">5.298.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">3.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">2.288.100 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:  Die Einführung von 16 Regionalagenturen im Rahmen der „Landesinitiative Frau und Wirtschaft“ führt zum Wiederaufbau von Doppelstrukturen im Bereich der beruflichen Förderung von Frauen und greift darüber hinaus in privatwirtschaftlich bereits besetzte Unternehmensberatungsangebote ein. Auch aus Gründen der Haushaltskonsolidierung ist der Abbau von Doppelstrukturen sinnvoll und geboten.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	5.288.100 Euro	5.298.100 Euro	um	3.000.000 Euro		auf	2.288.100 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	5.288.100 Euro	5.298.100 Euro																							
um	3.000.000 Euro																								
auf	2.288.100 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 15 070 Krankenhausförderung</b>  <b>Neue Titelgruppe Pauschale Förderung der Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter im Bereich der Modernisierung der digitalen Infrastruktur nach dem Krankenhausgestaltungsgesetz NRW</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">600.000.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">600.000.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b>            Im August 2015, den darauffolgenden Monaten sowie insbesondere im Februar 2016 wurden zahlreiche Krankenhäuser in NRW Opfer einer breit gestreuten Attacke durch Schadsoftware. Die IT-Infrastruktur der Krankenhäuser hielt diesen kriminellen Angriffen nicht stand und das Lukaskrankenhaus in Neuss musste sich beispielsweise von der Versorgung abmelden und geplante Operationen verschieben. Bereits am 23. Februar 2016 thematisierte die Piratenfraktion mit ihrem Antrag „Die IT-Infrastruktur der Krankenhäuser in NRW muss sicher sein – die Gesundheit der Patientinnen und Patienten darf nicht zum Spielball von Kriminellen im Netz werden“ (Drucksache 16/11216) dieses Problem. Am 01. Juni 2016 wurde</p>		<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	0	Euro	0 Euro	um	600.000.000	Euro		auf	600.000.000	Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																										
von	0	Euro	0 Euro																										
um	600.000.000	Euro																											
auf	600.000.000	Euro																											
SPD	nein																												
CDU	nein																												
GRÜNE	nein																												
FDP	nein																												
PIRATEN	ja																												



		<p>darüber hinaus eine öffentliche Anhörung mit zahlreichen ausgewiesenen IT-Sicherheits- und Krankenhausesperten durchgeführt (APr 16/1219). Die einhellige Meinung der anwesenden Fachleute deckt sich mit der Einschätzung der Piratenfraktion: Die Landesregierung stellt <u>zu wenig</u> Mittel für notwendige Investitionen im IT-Sicherheitsbereich zur Verfügung. Um eine moderne und sichere IT-Infrastruktur in den Krankenhäusern in Zukunft sicherzustellen, muss die Investitionskostenförderung der Landesregierung insbesondere an dieser Stelle um 600 Millionen Euro erhöht werden. Zur Haushaltstransparenz braucht es einen eigenen Haushaltstitel zur IT-Sicherheit in Krankenhäusern.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsanträge zum Einzelplan 15  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag- steller (Frak- tion/en)	Antrag	Abstimmungsergeb- nis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 15 080      Maßnahmen für das Gesundheitswesen</b>  <b>Titelgruppe 81      Gesundheitshilfe, Gesundheitsschutz</b>  <b>Titel 684 81          Zuschüsse an freie Träger</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 35%; text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">5.862.800 Euro</td> <td style="text-align: right;">5.362.800 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">250.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">6.112.800 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die zusätzlichen Mittel dienen der Förderung der Gesundheit von Jungen und Männern durch Aufbau eines Präventionskonzeptes.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	5.862.800 Euro	5.362.800 Euro	um	250.000 Euro		auf	6.112.800 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	5.862.800 Euro	5.362.800 Euro																							
um	250.000 Euro																								
auf	6.112.800 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 15 080      Gesundheitshilfe, Gesundheitsschutz, Titel- gruppe 81      Aktionsplan Hygiene, Seuchenbekämpfung Titel 684 81      Zuschüsse an freie Träger</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">5.862.800</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">5.362.800 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">122.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">5.984.800</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b> Aus der Kleinen Anfrage 4803 (Drucksache 16/12389) geht hervor, dass der Krebsgesellschaft NRW e.V. (KG NRW) zwischen 2011 und 2016 Landesmitteln für Projekte gemäß satzungsgemäßer Aufgaben gewährt, aber sukzessive reduziert wurden. Im Jahr 2011 betrug die Förder- summe noch 400.000 Euro. Im Jahr 2016 wurde die Krebsberatung nur noch mit 200.000 Euro gefördert – so auch im aktuellen Haushaltsent- wurf für das Jahr 2017. Zur zweiten Lesung des Haushaltsgesetzes 2017 kündigten die Regierungsfraktionen nun an, 500.000 Euro mehr für „Krebsberatungsstellen“ aufwenden zu wollen. <b>Diese Ankündigung ist irreführend.</b> Förderbegünstigte ist wie in den Vorjahren die Krebsgesell- schaft NRW, als ärztliche Fachgesellschaft mit dem Projekt „Qualitäts- verbund Krebsberatung“ (<a href="http://www.krebsgesellschaft-">http://www.krebsgesellschaft-</a></p>		<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	5.862.800	Euro	5.362.800 Euro	um	122.000	Euro		auf	5.984.800	Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	PIRATEN	ja
	<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																										
von	5.862.800	Euro	5.362.800 Euro																										
um	122.000	Euro																											
auf	5.984.800	Euro																											
SPD	nein																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	nein																												
FDP	Enth.																												
PIRATEN	ja																												

		<p>nrw.de/e_wir/d_qualitaetsverbund), in dem es um <b>Langzeit-Datenerfassung aus Krebsberatungsstellen</b> für Dritte geht (<a href="http://www.lag-krebsberatungsstellennrw.de/">http://www.lag-krebsberatungsstellennrw.de/</a>). Die <b>Landesarbeitsgemeinschaft unabhängiger Krebsberatungsstellen</b> (LAG KBS) hingegen soll möglicherweise <b>weiterhin</b> von Landesförderung <b>ausgeschlossen</b> bleiben.</p> <p>Die Erhöhung des Baransatzes ist also notwendig, um <b>unabhängige</b>, flächendeckende, niedrighschwellige und wohnortnahe psychosoziale Hilfen für krebsbetroffene Menschen sicherzustellen. Denn in vielen Regionen wie zum Beispiel am Niederrhein, im Rheinisch Bergischen Kreis, im Kreis Heinsberg, im Kreis Düren und im Kreis Euskirchen ist ein wohnort- und zeitnaher Zugang zu qualitätsgesicherter psychosozialer Krebsberatung noch nicht gewährleistet.</p> <p>Krebserkrankungen sind in NRW so häufig und bedeutsam, dass die Landesregierung sich hier nicht ihrer Verantwortung für die Bevölkerung entziehen kann. Millionen Einwohnerinnen und Einwohner in Nordrhein-Westfalen leiden an Krebs. Jedes Jahr werden circa 98 000 Neuerkrankungen festgestellt. Jährlich sterben circa 50 000 Menschen durch Krebserkrankungen in NRW. Aus Public Health-Perspektive kommt daher dem Krebsbereich eine vergleichsweise große Bedeutung zu, die nachhaltige Fördermaßnahmen für psychosoziale Unterstützung und Beratung erforderlich machen.</p> <p>Insbesondere bei Krebserkrankungen wurden die Möglichkeiten von Prävention, psychosozialer Beratung und Begleitung im Hinblick auf die Krankheitsbewältigung und Verhinderung psychischer Erkrankungen und vorzeitiger Sterblichkeit bisher unterschätzt.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 15 080      Maßnahmen für das Gesundheitswesen</b>  <b>Titel 686 30      Umsetzung des Gesetzes zur Durchführung der internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV-DG)</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">200.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">400.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">200.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein Strichansatz ausgebracht. Eventuell vorhandene Deckungsfähigkeiten können genutzt werden, um vereinzelt anfallende Abweichungen des IST-Abflusses zu ermöglichen.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	200.000 Euro	400.000 Euro	um	200.000 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	200.000 Euro	400.000 Euro																							
um	200.000 Euro																								
auf	- Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 15  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 15 080      Maßnahmen für das Gesundheitswesen</b>  <b>Titelgruppe 81      Gesundheitshilfe, Gesundheitsschutz, Aktionsplan Hygiene,</b>  <b>                                 Seuchenbekämpfung</b>  <b>Titel 684 81            Zuschüsse an freie Träger</b></p> <p><u>Beschluss a)</u></p> <p><b>Erhöhung des Baransatzes</b></p> <p><b>2017</b> <span style="float: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></span></p> <p>von            5.862.800 Euro <span style="float: right;">5.362.400 Euro</span>  um             2.500.000 Euro  auf             8.362.800 Euro</p> <p><b>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung (VE)</b></p> <p><b>2017</b> <span style="float: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></span></p> <p>von            4.805.000 Euro <span style="float: right;">3.555.000 Euro</span>  um             3.057.400 Euro  auf             7.862.400 Euro</p> <p>Fälligkeiten:  2018: 2.500.000€  2019: 557.400 €</p> <p><b>Begründung:</b>  Jedes zweite Kind macht im Laufe seines Lebens Erfahrungen mit Vernachlässigung, Miss-  handlung oder Missbrauch. An den Folgen dieser Gewalt leiden die Kinder ein Leben lang.</p>	<p>a) <b>angenommen</b></p> <p>SPD            ja  CDU            Enth.  GRÜNE        ja  FDP            Enth.  PIRATEN       nein</p>

	<p><b>Kinderschutzambulanzen</b> an Krankenhäusern helfen, die Zeichen von Misshandlung und Missbrauch zu erkennen und die richtigen Maßnahmen zu ergreifen.</p> <p>Mit den zusätzlichen Mitteln in Höhe von 2,5 Mio. € sollen Kinderschutzambulanzen in ihrer Arbeit unterstützt werden. Dies gilt auch für die Vernetzung, Fort- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern, Lehrerinnen und Lehrern und von medizinischem Personal im niedergelassenen Bereich.</p> <p>Die Erläuterung wird wie folgt ergänzt:  <i>Die zusätzlichen Mittel in Höhe von 2.500.000 Euro sollen für die Förderung der Arbeit von Kinderschutzambulanzen sowie Vernetzung, Fort- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern, Lehrerinnen und Lehrern und von medizinischem Personal im niedergelassenen Bereich zu diesem Thema verwendet werden.</i></p> <p><u>Beschluss b)</u></p> <p><b>Erhöhung des Baransatzes</b></p> <table data-bbox="488 810 1657 957"> <tr> <td><b>2017</b></td> <td></td> <td><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>8.362.800 Euro</td> <td>5.362.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>8.862.800 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung (VE)</b></p> <table data-bbox="488 1005 1657 1152"> <tr> <td><b>2017</b></td> <td></td> <td><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>7.862.400 Euro</td> <td>3.555.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>1.650.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>9.512.400 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Fälligkeiten:  2018: 550.000 €  2019: 550.000 €  2020: 550.000 €</p>	<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	8.362.800 Euro	5.362.400 Euro	um	500.000 Euro		auf	8.862.800 Euro		<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	7.862.400 Euro	3.555.000 Euro	um	1.650.000 Euro		auf	9.512.400 Euro		<p><b>b)angenommen</b></p> <table data-bbox="1709 766 1971 933"> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																																		
von	8.362.800 Euro	5.362.400 Euro																																		
um	500.000 Euro																																			
auf	8.862.800 Euro																																			
<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																																		
von	7.862.400 Euro	3.555.000 Euro																																		
um	1.650.000 Euro																																			
auf	9.512.400 Euro																																			
SPD	ja																																			
CDU	Enth.																																			
GRÜNE	ja																																			
FDP	Enth.																																			
PIRATEN	nein																																			

	<p>Die regierungstragenden Fraktionen von SPD und Bündnis 90 /Die GRÜNEN setzen auf frühzeitige Information und Orientierung über das Gesundheitswesen, die in anderen Kulturkreisen gewohnte Formen und Medien der Informationsvermittlung berücksichtigt. Deshalb ist der verstärkte Einsatz von <b>interkulturellen Gesundheitslotsinnen und -lotsen</b> zur Information und Unterstützung der Geflüchteten bei der gesundheitlichen Versorgung notwendig.“ Hierfür werden 500.000 € bereitgestellt.</p> <p>Die Erläuterung wird wie folgt ergänzt: <i>500.000 € sind vorgesehen für die Förderung interkultureller Gesundheitslotsinnen und –lotsen.</i></p>	
--	--	--



**Änderungsantrag zum Einzelplan 15  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 15 260 Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen</b></p> <p><b>Titel 511 01 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td style="text-align: right;">285.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">285.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">50.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">235.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Wird aus Gründen der Haushaltskonsolidierung sowie Haushaltsklarheit und -wahrheit an das IST 2015 angenähert. Laut Haushaltsrechnung 2013 und 2014 sind Mittel dieses Titels nicht für den angegeben Zweck verwendet worden, sondern in die Globale Minderausgabe geflossen. Der Ansatz ist somit zu reduzieren.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	Von	285.000 Euro	285.000 Euro	um	50.000 Euro		auf	235.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
Von	285.000 Euro	285.000 Euro																							
um	50.000 Euro																								
auf	235.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 15 260 Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen – LZG –</b>  <b>Titel 525 01 Aus- (und Fort)bildung der Bediensteten</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">94.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">94.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">12.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">82.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	94.000 Euro	94.000 Euro	um	12.000 Euro		auf	82.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	94.000 Euro	94.000 Euro																							
um	12.000 Euro																								
auf	82.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 15 260      Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen</b></p> <p><b>Titel 547 20        Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td style="text-align: right;">470.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">150.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">320.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Wird aus Gründen der Haushaltskonsolidierung sowie Haushaltsklarheit und -wahrheit an das IST 2015 angenähert. Laut Haushaltsrechnung 2013 und 2014 sind Mittel dieses Titels nicht für den angegebenen Zweck verwendet worden, sondern in die Globale Minderausgabe geflossen. Der Ansatz ist somit zu reduzieren.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	Von	470.000 Euro	500.000 Euro	um	150.000 Euro		auf	320.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
Von	470.000 Euro	500.000 Euro																							
um	150.000 Euro																								
auf	320.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	<p><b>Kapitel 20 010 Steuern</b>  <b>Titel 371 00 Globale Mehreinnahme durch Impulse für Wachstumsdynamik</b></p> <p>Ausbringung eines neuen Ansatzes</p> <p><b>2017</b>            von 0 Euro            um 25.000.000 Euro            auf 25.000.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b>            Nordrhein-Westfalen bleibt in seiner wirtschaftlichen Entwicklung hinter dem Bundesdurchschnitt zurück. Im Jahr 2015 ist die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen nicht gewachsen – in allen anderen Bundesländern hingegen schon. Auch die Zahlen des Wirtschaftswachstums für das erste Halbjahr 2016 zeigen, dass der Abstand der Wirtschaftskraft zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Bundesschnitt und insbesondere den Spitzenreitern immer weiter wächst.</p> <p>Die wirtschaftliche Dynamik des Landes muss gestärkt werden. Die Landesregierung bremst aber beispielsweise mit dem Klimaschutzgesetz oder dem Tariftreue- und Vergabegesetz die Entwicklung ab. Die FDP will wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen, um mit verbesserten Standortbedingungen die Lücke zum Bundestrend zu schließen.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>SPD nein            CDU Enth.            GRÜNE nein            FDP ja            PIRATEN nein</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p><b>Kapitel 20 020      Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 462 20      Minderausgaben für Personalausgaben in allen Einzelplänen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes sowie Anpassung des Haushaltsvermerks</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von    -105.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um      30.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf     -135.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Der Einsparbeitrag ist in allen Einzelplänen zu erbringen. Ausgenommen sind die Kapitel 03 110, 03 130, 03 350, 04 210, 04 215, 04 220, 04 230, 04 240, 04 250, 04 410, 04 510, 05 300 bis 490, 12 050 bis 400.</p> <p><b>Begründung:</b>          Jährlich sollen 2 Prozent der Ausgaben für Personal eingespart werden. Schule, Polizei, Justiz und Finanzverwaltung werden dabei ausgenommen. Die jährliche Produktivitätssteigerung der Mitarbeiter reicht aus, um die Qualität der Leistungserbringung konstant zu halten.</p>	<b>2017</b>	<b>2016</b>	von    -105.000.000 Euro	0 Euro	um      30.000.000 Euro		auf     -135.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>	<b>2016</b>																				
von    -105.000.000 Euro	0 Euro																				
um      30.000.000 Euro																					
auf     -135.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				



**Änderungsantrag zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 462 50 Minderausgaben für Personalausgaben in allen Einzelplänen aufgrund von flexiblen Altersgrenzen</b></p> <p>Erstmalige Ausbringung eines Ansatzes und eines Haushaltsvermerks sowie Reduzierung des Ansatzes.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">3.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- 3.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Der Einsparbeitrag ist in allen Einzelplänen zu erbringen.</p> <p><b>Begründung:</b>            Beamten ist es möglich, über die Regelaltersgrenze hinaus zu arbeiten. Dies erhöht die individuelle Freiheit der Lebensplanung der Beamten und verringert zudem Pensionskosten für das Land. Dieses Instrument wird ausgeweitet, um die positiven Effekte zu verstärken.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	0 Euro	0 Euro	um	3.000.000 Euro		auf	- 3.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	0 Euro	0 Euro																							
um	3.000.000 Euro																								
auf	- 3.000.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p><b>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 462 60 Globale Minderausgaben in allen Einzelplänen durch Bereitstellung von Personal durch die Portigon AG</b></p> <p>Ausbringung eines neuen Ansatzes und eines Haushaltsvermerks sowie Reduzierung des Ansatzes.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>Von 0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 10.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf -10.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Die Erwirtschaftung des Einsparbeitrags hat bei allen Einzelplänen zu erfolgen. Die Landesregierung wird beauftragt, die entsprechenden Schritte einzuleiten.</p> <p><b>Begründung:</b>  Personal, für das unser Land aufgrund rechtlicher Verpflichtungen ohnehin noch längerfristig aufkommen muss, sollte auch einen sinnvollen Arbeits-einsatz für Landesaufgaben erfahren. Es ist nicht hinnehmbar, dass Hun-derte von Landesbankbeamten bei der Portigon AG nach Wegfall ihrer bis-herigen Aufgaben keiner produktiven Beschäftigung mehr nachgehen.</p>	<b>2017</b>	<b>2016</b>	Von 0 Euro	0 Euro	um 10.000.000 Euro		auf -10.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>	<b>2016</b>																				
Von 0 Euro	0 Euro																				
um 10.000.000 Euro																					
auf -10.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				



**Änderungsantrag zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p><b>Kapitel 20 020      Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 462 70        Minderausgaben für Personalausgaben im Einzelplan 10</b></p> <p>300 Stellen sind kw.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von                      0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um            15.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf           - 15.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Der Einsparbeitrag ist im Einzelplan 10 zu erbringen.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Seit dem Jahr 2010 wurden zunächst im Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz 387 Planstellen für die Umweltüberwachung geschaffen. Diese Planstellen wurden inzwischen auf die fünf Bezirksregierungen verteilt. Diese einseitige Privilegierung des Umweltressorts muss beendet werden. Die Aufgaben können, wie zuvor, im Wesentlichen durch die bestehenden Personalressourcen erfüllt werden. Unter Anrechnung der Aufgabenzuwächse aufgrund von EU-Vorgaben können insgesamt 300 Stellen eingespart werden.</p>	<b>2017</b>	<b>2016</b>	von                      0 Euro	0 Euro	um            15.000.000 Euro		auf           - 15.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>	<b>2016</b>																				
von                      0 Euro	0 Euro																				
um            15.000.000 Euro																					
auf           - 15.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 20 020      Allgemeine Bewilligungen</b> <b>Titel 511 01        Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie</b> <b>Geräte, Ausstattungs- und</b> <b>Ausrüstungsgegenstände, sonstige</b> <b>Gebrauchsgegenstände</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">781.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">781.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">626.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">155.600 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	781.600 Euro	781.600 Euro	um	626.000 Euro		auf	155.600 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	781.600 Euro	781.600 Euro																							
um	626.000 Euro																								
auf	155.600 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 517 00 Zur Verstärkung der Ansätze bei Titeln der Gruppe 517 in den Einzelplänen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">5.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">5.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">5.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein Strichansatz ausgebracht. Die vorhandenen Deckungsfähigkeiten der Titel der Hauptgruppe 5 können genutzt werden, um vereinzelt anfallende Abweichungen des IST-Abflusses zu ermöglichen.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	5.000.000 Euro	5.000.000 Euro	um	5.000.000 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	5.000.000 Euro	5.000.000 Euro																							
um	5.000.000 Euro																								
auf	- Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 518 10 Zur Verstärkung der Ansätze bei den Titeln 518 01 und 518 04 in den Einzelplänen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">500.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein Strichansatz ausgebracht. Die vorhandenen Deckungsfähigkeiten der Titel der Hauptgruppe 5 können genutzt werden, um vereinzelt anfallende Abweichungen des IST-Abflusses zu ermöglichen.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	500.000 Euro	500.000 Euro	um	500.000 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	500.000 Euro	500.000 Euro																							
um	500.000 Euro																								
auf	- Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 529 00 Zur Verstärkung der in den Einzelplänen vorgesehenen Ansätze für Verfügungsmittel der Ministerpräsidentin, der Ministerinnen und Minister</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein Strichansatz ausgebracht. Die vorhandenen Deckungsfähigkeiten der Titel der Hauptgruppe 5 können genutzt werden, um vereinzelt anfallende Abweichungen des IST-Abflusses zu ermöglichen.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	100.000 Euro	100.000 Euro	um	100.000 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	100.000 Euro	100.000 Euro																							
um	100.000 Euro																								
auf	- Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 531 00 Zur Verstärkung der in den Einzelplänen vorgesehenen Ansätze für Öffentlichkeitsarbeit</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">3.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">3.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">3.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein Strichansatz ausgebracht. Die vorhandenen Deckungsfähigkeiten der Titel der Hauptgruppe 5 können genutzt werden, um vereinzelt anfallende Abweichungen des IST-Abflusses zu ermöglichen.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	3.000.000 Euro	3.000.000 Euro	um	3.000.000 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	3.000.000 Euro	3.000.000 Euro																							
um	3.000.000 Euro																								
auf	- Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2017 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 20 020      Allgemeine Bewilligungen</b> <b>Titel 538 81        Systemunterstützung</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">13.674.300 Euro</td> <td style="text-align: right;">10.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">2.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">11.174.300 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert. Der Antrag zielt nicht ausschließlich auf eine Veränderung der tatsächlich für den Zweck verwendeten Mittel ab, sondern soll darüber hinaus zu einer höheren Transparenz beitragen, welche Mittel tatsächlich genutzt werden.</p>		<b>2017</b>	<b>2016</b>	von	13.674.300 Euro	10.000.000 Euro	um	2.500.000 Euro		auf	11.174.300 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>2016</b>																							
von	13.674.300 Euro	10.000.000 Euro																							
um	2.500.000 Euro																								
auf	11.174.300 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p><b>Kapitel 20 020      Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 549 00        Einsparbeitrag sächliche Verwaltungsausgaben</b></p> <p>Erstmalige Ausbringung eines Ansatzes und eines Haushaltsvermerks sowie Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von                      0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0      Euro</td> </tr> <tr> <td>um        60.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf        - 60.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Der Einsparbeitrag ist in allen Einzelplänen zu erwirtschaften.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Reduktion bei Gutachten, PR, Publikationen und Veranstaltungen. Zudem Reduktion der sächlichen Verwaltungsausgaben generell über alle Einzelpläne. Bei einem Gesamtvolumen der sächlichen Verwaltungsausgaben (inkl. Zinszahlungen) von über 6,0 Mrd. Euro ist dies ein Konsolidierungsbeitrag von unter 1 Prozent.</p>	<b>2017</b>	<b>2016</b>	von                      0 Euro	0      Euro	um        60.000.000 Euro		auf        - 60.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>	<b>2016</b>																				
von                      0 Euro	0      Euro																				
um        60.000.000 Euro																					
auf        - 60.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				



**Änderungsantrag zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	FDP	<p><b>Kapitel 20 020      Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 549 30        Reduktion der sächlichen Verwaltungsausgaben durch ein zentrales Bedarfs- und Einkaufsmanagement</b></p> <p>Erstmalige Ausbringung eines Ansatzes und eines Haushaltsvermerks sowie Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">50.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- 50.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Der Einsparbeitrag ist in allen Einzelplänen zu erwirtschaften.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Bisher gibt es keine übergeordnete Instanz, die den genauen Ablauf der Bedarfsfeststellung und den späteren Kauf plant und verbindlich Kostendeckelungen vorschreibt. Durch die Einführung eines zentralen Bedarfs- und Einkaufsmanagements wird ein erhebliches Optimierungspotential gehoben. Die einzelnen Ressorts werden bei einem solchen zentralen Bedarfsmanagement nicht in ihrer Entscheidungsfreiheit beschnitten, sondern bedienen sich dieses Instrumentariums, um passgenauere Leistung zu geringeren Kosten zu erhalten.</p>		<b>2017</b>		<b>2016</b>	von	0 Euro		0 Euro	um	50.000.000 Euro			auf	- 50.000.000 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>		<b>2016</b>																										
von	0 Euro		0 Euro																										
um	50.000.000 Euro																												
auf	- 50.000.000 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	FDP	<p><b>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 571 00 Zinsausgaben für Geldmarktgeschäfte</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;"><b>2016</b></td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td>2.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>1.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>1.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Der Titel wurde in den letzten Jahren nicht ausgeschöpft und im Haushaltsberatungsverfahren 2016 bereits deutlich reduziert. Eine weitere Anpassung an den Ist-Wert der vergangenen Jahre ist vorzunehmen, da sich insbesondere die Zinsen auf Kassenkredite auf einem historisch niedrigen Niveau bewegen.</p>	<b>2017</b>		<b>2016</b>		Von	2.000.000 Euro	2.000.000 Euro		um	1.000.000 Euro			auf	1.000.000 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>		<b>2016</b>																											
Von	2.000.000 Euro	2.000.000 Euro																											
um	1.000.000 Euro																												
auf	1.000.000 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	FDP	<p><b>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 811 00 Zur Verstärkung der Ansätze bei Titeln der Gruppe 811 in den Einzelplänen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;"><b>2016</b></td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td>1.300.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.300.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>1.300.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>0 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert.</p>	<b>2017</b>		<b>2016</b>		Von	1.300.000 Euro	1.300.000 Euro		um	1.300.000 Euro			auf	0 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>		<b>2016</b>																											
Von	1.300.000 Euro	1.300.000 Euro																											
um	1.300.000 Euro																												
auf	0 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	FDP	<p><b>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 971 00 Globale Mehrausgaben</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;"><b>2016</b></td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td>7.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">7.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>7.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>0 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Dieser Titel wurde in den Jahren 2013, 2014 und 2015 nicht voll ausgeschöpft. Deshalb wird er aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an das maximale IST-Ergebnis der letzten Jahre angenähert.</p>	<b>2017</b>		<b>2016</b>		Von	7.000.000 Euro	7.000.000 Euro		um	7.000.000 Euro			auf	0 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>		<b>2016</b>																											
Von	7.000.000 Euro	7.000.000 Euro																											
um	7.000.000 Euro																												
auf	0 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p><b>Kapitel 20 020</b>      <b>Allgemeine Bewilligungen</b> <b>Titel 972 20</b>        <b>Globale Minderausgaben in allen Einzelplänen</b> <b>durch Optimierung der Landesbetriebe und</b> <b>Sondervermögen sowie einer</b> <b>Verwaltungsstrukturreform</b></p> <p>Ausbringung eines neuen Ansatzes und eines Haushaltsvermerks sowie Reduzierung des Ansatzes.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>Von                      0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um        135.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf       -135.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Die Erwirtschaftung des Einsparbeitrags hat bei allen Einzelplänen, Landesbetrieben und Sondervermögen zu erfolgen. Die Landesregierung wird beauftragt, die entsprechenden Änderungen umzusetzen.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Das Land ist Eigentümer von Landesbetrieben mit einer Bilanzsumme von rund 10 Mrd. € und rund 10.000 Mitarbeitern. Die Resultate der Vergangenheit zeigen hier zum Teil gravierende Missstände auf. Mittelfristig kann</p>	<b>2017</b>	<b>2016</b>	Von                      0 Euro	0 Euro	um        135.000.000 Euro		auf       -135.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>	<b>2016</b>																				
Von                      0 Euro	0 Euro																				
um        135.000.000 Euro																					
auf       -135.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

	<p>hier eine deutliche Effizienzverbesserung erreicht werden. Im Haushaltsjahr 2017 wird in einem ersten Schritt ein Konsolidierungsbeitrag von unter 1,4 Prozent der Bilanzsumme etatisiert. Langfristig muss sich das Land auf Kernaufgaben konzentrieren und Aufgaben, die von Privaten wirtschaftlicher wahrgenommen werden, privatisieren. Das betrifft auch das Beteiligungsvermögen des Landes.</p> <p>FDP und CDU haben in ihrer Regierungszeit insgesamt 138 der vormals über 1.000 selbständigen Behörden und Einrichtungen des Landes aufgelöst und über 14.000 Stellen sozialverträglich abgebaut. Diese erfolgreichen Strukturreformen in der Verwaltung des Landes müssen konsequent fortgesetzt werden.</p>	
--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20  
im Haushalts- und Finanzausschuss zum Haushaltsgesetz 2017**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
	CDU	<p><b>Kapitel 20 030</b>      <b>Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie Finanzausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden (Steuerverbund und sonstige Leistungen)</b></p> <p><b>Titel 613 19</b>      <b>Schulpauschale/Bildungspauschale gemäß §17 GFG 2017</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes <b>2017</b>      <b>Ansatz lt. HH 2016</b></p> <p>von                      70.000.000 EUR      70.000.000 EUR um                        3.284.400 EUR auf                        73.284.400 EUR</p> <p><b><u>Begründung:</u></b> Entgegen der bisherigen Praxis bei der Schulpauschale, die seit dem Jahr 2009 nicht mehr erhöht wurde, findet eine Dynamisierung der Schulpauschale/Bildungspauschale gemäß §17 GFG entsprechend des Aufwuchses der Investitionspauschalen im Gemeindefinanzierungsgesetz statt (+4,69%). Diese Dynamisierung erfolgt nicht durch eine Verschiebung von den Schlüsselzuweisungen hin zu den investiv gebundenen, steuerkraftunabhängigen Investitionspauschalen, sondern erfolgt in gleicher Höhe durch zusätzliche Landesmittel (Kapitel 03 030 Titel 971 10). Perspektivisch muss es das Ziel sein, die bisherigen pauschalierten Zweckzuweisungen im Gemeindefinanzierungsgesetz, die Investitionspauschale zur Verbesserung der Altenhilfe und Altenpflege, die Investitionspauschale vorrangig für die Eingliederungshilfe sowie die Schul-/Bildungspauschale und die Sportpauschale, in die bisherige Allgemeine Investitionspauschale zu integrieren und ohne weitere besondere Zweckbindung den Kommunen überjährig zur Verfügung zu stellen.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>SPD            nein CDU            ja GRÜNE        nein FDP            Enth. PIRATEN        nein</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p><b>Kapitel 20 030</b>      <b>Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie Finanzausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden (Steuerverbund und sonstige Leistungen)</b></p> <p><b>Titel 883 20</b>              <b>Investitionsprogramm Kommunen</b></p> <p>Ausbringung eines neuen Ansatzes und eines Haushaltsvermerks.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>Von                      0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um    100.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf    100.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) wird die Landesregierung mit der Einführung eines Investitionsprogramms für die Kommunen. Dies soll im Dialog mit den Kommunalen Spitzenverbänden erfolgen. Es handelt sich um eine zusätzliche Aufstockung der GFG-Mittel außerhalb des Steuerverbunds.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Durch Einsparungen und Schwerpunktverschiebungen steht im Haushaltsjahr 2017 eine Summe von 100 Millionen Euro für kommunale Investitionen zur Verfügung. Diese soll den Kommunen, auch solchen im Haushaltssicherungskonzept, unbürokratisch als Pauschalzuweisung im Rahmen des GFG zur Verfügung gestellt werden, um zusätzliche Vorhaben in</p>	<b>2017</b>	<b>2016</b>	Von                      0 Euro	0 Euro	um    100.000.000 Euro		auf    100.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>	<b>2016</b>																				
Von                      0 Euro	0 Euro																				
um    100.000.000 Euro																					
auf    100.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				



		<p>den Zukunftsfeldern der Kinderbetreuung (inklusive U3), der Schulpolitik, der örtlichen Kulturförderung, der Sportförderung oder der Instandhaltung kommunaler Infrastruktur finanzieren zu können. Auch bei den Inklusionskosten nimmt das Land seine Konnexitätspflicht allenfalls halbherzig wahr. Im Zusammenhang mit dieser Thematik stehen die Kommunen vor multiplen Herausforderungen. Bereits jetzt ist abzusehen, dass sie auf erheblichen Mehrkosten sitzen bleiben werden. Die Zukunftspauschale wird auch hier eine wertvolle finanzielle Hilfe zur Anschubfinanzierung sein.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20  
im Haushalts- und Finanzausschuss zum Haushaltsgesetz 2017**

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag- steller (Frak- tion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergeb- nis																						
	CDU	<p><b>Kapitel 20 030      Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie Finanz- ausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden (Steuerver- bund und sonstige Leistungen)</b></p> <p><b>Titel 883 26            Schulpauschale/Bildungspauschale gemäß §17 GFG 2017</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 30%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">530.000.000 EUR</td> <td style="text-align: right;">530.000.000 EUR</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">24.867.400 EUR</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">554.867.400 EUR</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b> Entgegen der bisherigen Praxis bei der Schulpauschale, die seit dem Jahr 2009 nicht mehr erhöht wurde, findet eine Dynamisierung der Schulpauschale/Bildungspauschale gemäß §17 GFG entsprechend des Aufwuchses der Investitionspauschalen im Gemeindefinanzierungsgesetz statt (+4,69%). Diese Dynamisierung erfolgt nicht durch eine Verschiebung von den Schlüsselzuweisungen hin zu den investiv gebundenen, steuerkraftunabhängigen Investitionspauschalen, sondern erfolgt in gleicher Höhe durch zusätzliche Landesmittel (Kapitel 03 030 Titel 971 10). Perspektivisch muss es das Ziel sein, die bisherigen pauschalierten Zweckzuweisungen im Gemeindefinanzierungsgesetz, die Investitionspauschale zur Verbesserung der Altenhilfe und Altenpflege, die Investitionspauschale vorrangig für die Eingliederungshilfe sowie die Schul-/Bildungspauschale und die Sportpauschale, in die bisherige Allgemeine Investitionspauschale zu integrieren und ohne weitere besondere Zweckbindung den Kommunen überjährig zur Verfügung zu stellen.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	530.000.000 EUR	530.000.000 EUR	um	24.867.400 EUR		auf	554.867.400 EUR		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	530.000.000 EUR	530.000.000 EUR																							
um	24.867.400 EUR																								
auf	554.867.400 EUR																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20  
im Haushalts- und Finanzausschuss zum Haushaltsgesetz 2017**

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag- steller (Frak- tion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis																						
	CDU	<p><b>Kapitel 20 030</b>      <b>Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie Finanz- ausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden (Steuerver- bund und sonstige Leistungen)</b></p> <p><b>Titel 883 35</b>      <b>Sportpauschale gemäß §18 GFG 2017</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 30%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">50.000.000 EUR</td> <td style="text-align: right;">50.000.000 EUR</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">2.346.000 EUR</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">52.346.000 EUR</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b> Entgegen der bisherigen Praxis bei der Sportpauschale, die seit dem Jahr 2007 nicht mehr erhöht wurde, findet eine Dynamisierung der Sportpauschale gemäß §18 GFG entsprechend des Aufwuchses der Investitionspauschalen im Gemeindefinanzierungsgesetz statt. Diese Dynamisierung erfolgt nicht durch eine Verschiebung von den Schlüsselzuweisungen hin zu den investiv gebundenen, steuerkraftunabhängigen Investitionspauschalen, sondern erfolgt in gleicher Höhe durch zusätzliche Landesmittel (Kapitel 03 030 Titel 971 10). Perspektivisch muss es das Ziel sein, die bisherigen pauschalierten Zweckzuweisungen im Gemeindefinanzierungsgesetz, die Investitionspauschale zur Verbesserung der Altenhilfe und Altenpflege, die Investitionspauschale vorrangig für die Eingliederungshilfe sowie die Schul-/Bildungspauschale und die Sportpauschale, in die bisherige Allgemeine Investitionspauschale zu integrieren und ohne weitere besondere Zweckbindung den Kommunen überjährig zur Verfügung zu stellen.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	50.000.000 EUR	50.000.000 EUR	um	2.346.000 EUR		auf	52.346.000 EUR		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	50.000.000 EUR	50.000.000 EUR																							
um	2.346.000 EUR																								
auf	52.346.000 EUR																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 20 650      Schuldenverwaltung</b>  <b>Titel 575 10        Zinsen für Kreditmarktmittel</b></p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">2.723.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.925.300.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">82.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">2.641.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b></p> <p>Zur Deckung der Mehrausgaben, welche sich aus Haushaltsänderungsanträgen der Regierungsfaktionen ergeben, erfolgt eine Absenkung des Ansatzes für die Zinsausgaben.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	2.723.000.000 Euro	2.925.300.000 Euro	um	82.000.000 Euro		auf	2.641.000.000 Euro		<p><b>angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	ja	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	2.723.000.000 Euro	2.925.300.000 Euro																							
um	82.000.000 Euro																								
auf	2.641.000.000 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	ja																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis								
	FDP	<p><b>Kapitel 20 650      Schuldenverwaltung</b>  <b>Titel 575 10        Zinsen für Kreditmarktmittel</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>Von 2.723.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.925.300.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 80.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 2.643.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>In der 2. Lesung des Haushaltsplanentwurfs 2017 im Haushalts- und Finanzausschuss hat der Finanzminister geäußert, dass nach Ansicht des Finanzministeriums aufgrund der Marktlage eine weitere Reduzierung des Ansatzes um 80 Millionen Euro gerechtfertigt sei. Diese Mitteilung erfolgte wenige Minuten nachdem die Fraktionsvorsitzenden der regierungstragenden Fraktionen die Kürzung dieses Titels auf rund 2,65 Milliarden Euro – also genau 80 Millionen Euro – in der 3. Lesung des HFA medial als Gegenfinanzierung eines weiteren Wahlkampfpaketes angekündigt hatten.</p>	<b>2017</b>	<b>2016</b>	Von 2.723.000.000 Euro	2.925.300.000 Euro	um 80.000.000 Euro		auf 2.643.000.000 Euro		Erledigt durch Annahme des Änderungsantrags SPD/GRÜNE
<b>2017</b>	<b>2016</b>										
Von 2.723.000.000 Euro	2.925.300.000 Euro										
um 80.000.000 Euro											
auf 2.643.000.000 Euro											

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag- steller (Frak- tion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergeb- nis												
	PIRATEN	<p><b>Kapitel 20 650      Schuldenverwaltung</b> <b>Titel 575 10        Zinsen für Kreditmarktmittel</b></p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">2.723.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.925.300.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">80.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">2.643.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b></p> <p>Wie das Finanzministerium im Haushalts- und Finanzausschuss vom 24.11.2016 einräumte, ist eine Absenkung des Ansatzes für die Zinsausgaben in der oben genannten Größenordnung möglich.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	2.723.000.000 Euro	2.925.300.000 Euro	um	80.000.000 Euro		auf	2.643.000.000 Euro		<b>Erledigt durch An- nahme des Ände- rungsantrags SPD/GRÜNE</b>
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>													
von	2.723.000.000 Euro	2.925.300.000 Euro													
um	80.000.000 Euro														
auf	2.643.000.000 Euro														

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p><b>Kapitel 20 650</b> <b>Titel 575 20</b></p> <p><b>Schuldenverwaltung Bonifikation, Disagio, Agio und Diskont bei Wertpapieren und Schuldscheindarlehen, Courtage und Provision bei Kurspflegegeschäften, Ausgaben (Einnahmen) für Vereinbarungen, i.S. v. § 2 Abs. 4 Haushaltsgesetz 2017, Ausgaben für Gutachten und sonstige Maßnahmen zur Zinsoptimierung.</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;"><b>2016</b></td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td>20.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">10.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>65.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>-45.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Aufgrund der Aufstockung vieler Anleihen des Landes kann im Jahr 2016 mit Agio-Einnahmen in einem mittleren 3-stelligen Millionenbereich gerechnet werden. Der Saldo aus Agio und Disagio wird im Jahr 2016 aller Voraussicht nach deshalb deutlich positiv ausfallen. Da sich die grundlegenden Rahmenbedingungen im Jahr 2017 nicht ändern werden – sehr hohe Refinanzierungssummen von 18 Milliarden Euro und im Vergleich zum Zeitpunkt der Neuemission der Anleihen deutlich niedrigere Kapital-</p>	<b>2017</b>		<b>2016</b>	Von	20.000.000 Euro	10.000.000 Euro	um	65.000.000 Euro		auf	-45.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>2017</b>		<b>2016</b>																							
Von	20.000.000 Euro	10.000.000 Euro																							
um	65.000.000 Euro																								
auf	-45.000.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

	<p>marktzinsen –, ist weiterhin mit höheren Agio-Einnahmen als Disagio-Ausgaben zu rechnen. Aus Gründen der Haushaltsklarheit und -wahrheit ist die Anpassung des Titels geboten, auch wenn es wünschenswert wäre, wenn Anleihen des Landes künftig mit einem marktgerechten Kupon ausgegeben werden würden, damit wieder eine Balance zwischen Agio-Einnahmen und Disagio-Ausgaben hergestellt werden kann. Die Aufstockung laufender Anleihen führt zwar zu erfreulichen Mehreinnahmen in der Gegenwart, erhöht jedoch die Zinslasten des Landes in den kommenden Jahren und Jahrzehnten. Laut Haushaltrechnung 2014 sind auch damals deutlich mehr Einnahmen in diesen Titel geflossen als Ausgaben entstanden sind, was zu der komfortablen Situation für den Finanzminister geführt hat, die hohen im Haushalt ausgewiesenen Globalen Minderausgaben zumindest zu einem Teil faktisch durch Mehreinnahmen bedienen zu können.</p> <p>Die Grünen-Bundestagsfraktion hat dem Bundesfinanzminister kürzlich ein identisches Gebaren als intransparente Haushaltsführung vorgeworfen. Die Belastung der Zukunft und die Entlastung der Gegenwart müsse transparent dargestellt werden. Dies wolle die Bundesregierung – laut Bundestagsfraktion der Grünen – natürlich nicht. Dieser Vorwurf ist aus Sicht der FDP-Landtagsfraktion nachvollziehbar.</p>	
--	---	--



**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag- steller (Frak- tion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergeb- nis																						
	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 20 020      Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 371 10        Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich der Schlusssummen des</b>  <b>                                 Haushaltsplans</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>2017</b></td> <td style="width: 30%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">483.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">828.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">223.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">706.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b>  Die Erhöhung des Ansatzes erfolgt zum Ausgleich des Haushalts in Einnahmen und Ausgaben.</p>		<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	483.000 Euro	828.400 Euro	um	223.000 Euro		auf	706.000 Euro		<p><b>angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																							
von	483.000 Euro	828.400 Euro																							
um	223.000 Euro																								
auf	706.000 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	ja																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum  
zum Haushaltsgesetz 2017**

<b>Ifd. Nr. des An- trags</b>	<b>Antrag der Frak- tion/en</b>	<b>Antrag</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>
	SPD GRÜNE	Text des Haushaltsgesetzes  Veränderung des Haushaltsvolumens (Folgeänderung aus den zuvor an- genommenen Änderungsanträgen):  In § 1 wird die Zahl „72 713 467 600“ durch die Zahl „72 706 190 600“ ersetzt.	<b>angenommen</b>  SPD ja CDU Enth. GRÜNE ja FDP Enth. PIRATEN nein

## **Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2017**

Der nachfolgende Veränderungsnachweis basiert auf den Haushaltsansätzen bzw. den Stellenplänen und Stellenübersichten des Haushaltsentwurfs 2017 einschließlich der Ergänzungsvorlage (Drucksache 16/13400). Dabei berücksichtigt der "bisherige Haushaltsansatz 2017" den Stand nach der 2. Lesung.

**Veränderungsnachweis**

**Haushaltsplan**

**für den Geschäftsbereich**

**der Ministerpräsidentin**

**für das Haushaltsjahr**

**2017**

Kapitel 02 010  
Ministerpräsidentin

## Veränderungsnachweis

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
Funkt.- Kennziffer				

02 010

## Ministerpräsidentin

## Ausgaben

## Personalausgaben

422 01 011 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter. .... 10 820 300 +69 700 10 890 000

## Planstellen

2017 neu	2017 bisher	
32	31	Bes.Gr. A 15 Regierungsdirektor/Regierungsdirektorin
178	177	Planstellen
—		davon Dienstwohnungsinhaber
		<b>Gliederung nach Laufbahngruppen</b>
120	119	Höherer Dienst
51	51	Gehobener Dienst
7	7	Mittlerer Dienst
—	—	Einfacher Dienst

<b>Gesamtausgaben Kapitel 02 010. ....</b>	<b>66 584 500</b>	<b>+69 700</b>	<b>66 654 200</b>
<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 02 010. ....</b>	<b>7 685 000</b>	<b>—</b>	<b>7 685 000</b>

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )			

## 02 040 Internationale Angelegenheiten und Eine Welt

## A u s g a b e n

Zuweisungen und Zuschüsse  
(ohne Ausgaben für Investitionen)

684 20 023	Promotorinnen- und Promotorenprogramm der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Nord- rhein-Westfalen. ....	1 120 000	+300 000	1 420 000
	Verpflichtungsermächtigung:			
	bisher	500 000		
	mehr / weniger		+400 000	
	neu			900 000
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 02 040. ....</b>	<b>4 952 000</b>	<b>+300 000</b>	<b>5 252 000</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 02 040. ....</b>	<b>1 420 000</b>	<b>+400 000</b>	<b>1 820 000</b>

**Kapitel 02 060**  
**Medien**
**Veränderungsnachweis**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
Funkt.- Kennziffer				

02 060

**Medien**
**A u s g a b e n**
**Zuweisungen und Zuschüsse**  
**(ohne Ausgaben für Investitionen)**

685 00	681	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke. . . . .		1 080 000	+250 000	1 330 000
		Verpflichtungsermächtigung:				
		bisher	mehr / weniger	neu		
		250 000	+100 000	350 000		
		<b>Gesamtausgaben Kapitel 02 060. . . . .</b>		<b>13 756 200</b>	<b>+250 000</b>	<b>14 006 200</b>
		<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 02 060. . . . .</b>		<b>10 750 000</b>	<b>+100 000</b>	<b>10 850 000</b>

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
<b>Gesamteinnahmen</b> .....		752 000	—	752 000
<b>Gesamtausgaben</b> .....		128 234 000	+619 700	128 853 700
<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....		20 005 000	+500 000	20 505 000

	PERSONALABSCHLUSS	Bisherige Stellenzahl 2017	mehr (+) / weniger (-)	Neue Stellenzahl 2017
<b>Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter</b> .....		209	+1	210
<b>Richterinnen und Richter auf Probe</b> .....		—	—	—
<b>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b> .....		225	—	225
<b>Summe</b> .....		434	+1	435



# **Veränderungsnachweis**

## **Haushaltsplan**

**für den Geschäftsbereich**

**des Ministeriums für**

**Inneres und Kommunales**

**für das Haushaltsjahr**

**2017**

## Veränderungsnachweis

Kapitel 03 010  
Ministerium

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
Funkt.- Kennziffer				

03 010

Ministerium

## Ausgaben

Zuweisungen und Zuschüsse  
(ohne Ausgaben für Investitionen)

684 41	249	Soziale Beratung von Flüchtlingen. ....	37 123 100	+5 000 000	42 123 100
--------	-----	---	------------	------------	------------

## Titelgruppen

## Titelgruppe 70

Beauftragter der Landesregierung für Informationstechnik  
(CIO)

633 70	012	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Gemein- den und Gemeindeverbände. ....	250 000	+2 500 000	2 750 000
--------	-----	--	---------	------------	-----------

*neuer Vermerk:* Die Verpflichtungsermächtigung kann nur nach Maßgabe der Erläuterungen zu Unterteil 2 in Anspruch genommen werden.  
Verpflichtungsermächtigung:

bisher	mehr / weniger	neu
—	+6 000 000	6 000 000

## Erläuterung

Zu Titel 633 70:

1.	Mittel für die flächendeckende Einführung der Behördennummer 115. ....	250 000 EUR
2.	Mittel für die Förderung von E-Government in Kommunen. ....	2 500 000 EUR
	Zusammen. ....	2 750 000 EUR

Für die bei Unterteil 2 ausgewiesenen Mittel ist folgende Verwendung geplant:

- Aufwendungen für den Aufbau und den Betrieb eines Kompetenzzentrums 1.200.000 EUR
- Aufwendungen für die Entwicklung, die Weiterentwicklung und den Betrieb von Servicekonto.NRW 800.000 EUR
- Aufwendungen für einzelfallbezogenen beispielhafte kommunale Initiativen und Veranstaltungen in den Bereichen Open-Data, E-Partizipation und Bürgerinformation 500.000 EUR,

Die Verpflichtungsermächtigung bezieht sich ausschließlich auf die Positionen zu a) und b).

Summe Titelgruppe 70. ....	35 411 300	+2 500 000	37 911 300
Gesamtausgaben Kapitel 03 010. ....	1 601 849 900	+7 500 000	1 609 349 900
Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 03 010. ....	33 672 800	+6 000 000	39 672 800

## Kapitel 03 030

## Veränderungsnachweis

## Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )		EUR	

03 030

Landesmaßnahmen für Asylbewerber  
und Bürgerkriegsflüchtlinge

## A u s g a b e n

## Sächliche Verwaltungsausgaben

n e u

547 13	249	Maßnahmen des Gewaltschutzes in Landeseinrichtungen.....	—	+500 000	500 000
<b>Gesamtausgaben Kapitel 03 030.....</b>			<b>1 436 287 800</b>	<b>+500 000</b>	<b>1 436 787 800</b>
<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 03 030.....</b>			<b>693 100 800</b>	<b>—</b>	<b>693 100 800</b>

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
	<b>Gesamteinnahmen</b> .....	193 293 000	—	193 293 000
	<b>Gesamtausgaben</b> .....	8 299 250 400	+8 000 000	8 307 250 400
	<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....	967 318 500	+6 000 000	973 318 500

	PERSONALABSCHLUSS	Bisherige Stellenzahl 2017	mehr (+) / weniger (-)	Neue Stellenzahl 2017
	<b>Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter</b> .....	47 143	—	47 143
	<b>Richterinnen und Richter auf Probe</b> .....	—	—	—
	<b>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b> .....	11 430	—	11 430
	<b>Summe</b> .....	58 573	—	58 573

**Veränderungsnachweis**  
**Haushaltsplan**  
**für den Geschäftsbereich**  
**des Ministeriums für**  
**Schule und Weiterbildung**  
**für das Haushaltsjahr**  
**2017**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
Funkt.- Kennziffer				

05 300

**Schule gemeinsam****Ausgaben****Titelgruppen**

Titelgruppe 72

Offene Ganztagschule im Primarbereich

633 72	112	<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände.</b>		301 060 400	+6 220 000	307 280 400
		Verpflichtungsermächtigung:				
		bisher	mehr / weniger	neu		
		228 568 500	+3 110 000	231 678 500		
		<b>Summe Titelgruppe 72.</b>		<b>447 834 400</b>	<b>+6 220 000</b>	<b>454 054 400</b>
		<b>Gesamtausgaben Kapitel 05 300.</b>		<b>1 265 468 200</b>	<b>+6 220 000</b>	<b>1 271 688 200</b>
		<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 05 300.</b>		<b>301 791 300</b>	<b>+3 110 000</b>	<b>304 901 300</b>

## Kapitel 05 390

## Veränderungsnachweis

## Inklusion, sonderpädagogische Förderung an öffentlichen allgemeinen Schulen, an öffentlichen Förderschulen und an Schulen für Kranke

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
Funkt.- Kennziffer				
05 390	<b>Inklusion, sonderpädagogische Förderung an öffentlichen allgemeinen Schulen, an öffentlichen Förderschulen und an Schulen für Kranke</b>			
	<b>A u s g a b e n</b>			
	<b>Personalausgaben</b>			
422 01 124	<b>Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter. . . . .</b>	865 148 800	+4 583 300	869 732 100
	<b>Planstellen</b>			
	<u>2017 neu</u> <u>2017 bisher</u>			
	15.178      15.078			Bes.Gr. A 13 Sonderschullehrer/Sonderschullehrerin
	17.871      17.771			Planstellen davon Dienstwohnungsinhaber
	—			
	<b>Gliederung nach Laufbahngruppen</b>			
	1.227      1.227			Höherer Dienst
	16.644      16.544			Gehobener Dienst
	—      —			Mittlerer Dienst
	—      —			Einfacher Dienst
	<b>Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)</b>			
633 20 124	<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zum Ausgleich von Konnexitätsverpflichtungen. . . . .</b>	25 000 000	—	25 000 000
<i>neuer Vermerk:</i>	Siehe Deckungsvermerk bei Titel 633 76.			
	<b>Titelgruppen</b>			
	<b>Titelgruppe 76</b>			
	<b>Inklusionspauschale</b>			
<i>neuer Vermerk:</i>	6. Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen, maximal bis 5.000.000 EUR, bei Titel 633 20 überschritten werden.			
633 76 124	<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände.</b>	—	+5 000 000	5 000 000
	<b>Summe Titelgruppe 76. . . . .</b>	10 000 000	+5 000 000	15 000 000
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 05 390. . . . .</b>	1 055 799 200	+9 583 300	1 065 382 500
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 05 390. . . . .</b>	400 000	—	400 000

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
	<b>Gesamteinnahmen</b> .....	270 203 700	—	270 203 700
	<b>Gesamtausgaben</b> .....	17 866 131 000	+15 803 300	17 881 934 300
	<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....	305 774 300	+3 110 000	308 884 300

	PERSONALABSCHLUSS	Bisherige Stellenzahl 2017	mehr (+) / weniger (-)	Neue Stellenzahl 2017
	<b>Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter</b> .....	157 303	+100	157 403
	<b>Richterinnen und Richter auf Probe</b> .....	—	—	—
	<b>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b> .....	3 909	—	3 909
	<b>Summe</b> .....	161 212	+100	161 312



**Veränderungsnachweis**  
**Haushaltsplan**  
**für den Geschäftsbereich**  
**des Ministeriums für**  
**Innovation, Wissenschaft**  
**und Forschung**  
**für das Haushaltsjahr**  
**2017**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
Funkt.- Kennziffer				

06 026      **Technologie- und Innovationsförderung  
des Landes Nordrhein-Westfalen**

**A u s g a b e n**

**Titelgruppen**

Titelgruppe 61

Förderung von Innovationen

683 61	634	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen. ....</b>	<b>5 891 500</b>	<b>+1 000 000</b>	<b>6 891 500</b>
<i>neuer Vermerk:</i> 2. Minderausgaben aus diesem Titel dürfen nicht zur Erbringung der Globalen Minderausgabe im Einzelplan 06 verwendet werden.					
<b>Summe Titelgruppe 61. ....</b>			<b>10 714 300</b>	<b>+1 000 000</b>	<b>11 714 300</b>
<b>Gesamtausgaben Kapitel 06 026. ....</b>			<b>10 794 300</b>	<b>+1 000 000</b>	<b>11 794 300</b>
<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 06 026. ....</b>			<b>10 000 000</b>	<b>—</b>	<b>10 000 000</b>

## Kapitel 06 031

## Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V.

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )			

06 031

**Wissenschaftsgemeinschaft  
Gottfried Wilhelm Leibniz e. V.**

**A u s g a b e n**

**Zuweisungen und Zuschüsse  
(ohne Ausgaben für Investitionen)**

686 39	164	Sonderfinanzierung für das Leibniz-Institut für um- weltmedizinische Forschung. ....	200 000	+100 000	300 000
<b>Gesamtausgaben Kapitel 06 031. ....</b>			<b>123 231 500</b>	<b>+100 000</b>	<b>123 331 500</b>

Kapitel Titel	Zweckbestimmung ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+)/ weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
Funkt.- Kennziffer				

## 06 042 Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft

**A u s g a b e n****Zuweisungen und Zuschüsse  
(ohne Ausgaben für Investitionen)**

n e u

686 21	165	Zuschuss an das Forschungsinstitut für Wasser- und Abfallwirtschaft an der RWTH Aachen (FIW) e.V. . . . .	—	+500 000	500 000
--------	-----	---	---	----------	---------

n e u

686 22	165	Zuschuss an das IKT - Institut für Unterirdische Infrastruktur gGmbH. . . . .	—	+500 000	500 000
--------	-----	---	---	----------	---------

n e u

686 23	165	Zuschuss an das IWW - Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gemeinnützige GmbH. . . . .	—	+500 000	500 000
--------	-----	--	---	----------	---------

**Titelgruppen**

Titelgruppe 61

Unterstützung zur Einwerbung von Programmmitteln

Summe Titelgruppe 61. . . . .		400 000	—	400 000
-------------------------------	--	---------	---	---------

Gesamtausgaben Kapitel 06 042. . . . .		12 164 100	+1 500 000	13 654 100
--	--	------------	------------	------------

Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 06 042. . . . .		400 000	—	400 000
--	--	---------	---	---------

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
	<b>Gesamteinnahmen</b> .....	1 514 651 900	—	1 514 651 900
	<b>Gesamtausgaben</b> .....	8 454 661 700	+2 600 000	8 457 261 700
	<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....	214 359 000	—	214 359 000

	PERSONALABSCHLUSS	Bisherige Stellenzahl 2017	mehr (+) / weniger (-)	Neue Stellenzahl 2017
	<b>Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter</b> .....	646	—	646
	<b>Richterinnen und Richter auf Probe</b> .....	—	—	—
	<b>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b> .....	590	—	590
	<b>Summe</b> .....	1 236	—	1 236

**Veränderungsnachweis**  
**Haushaltsplan**  
**für den Geschäftsbereich**  
**des Ministeriums für**  
**Familie, Kinder, Jugend,**  
**Kultur und Sport**  
**für das Haushaltsjahr**  
**2017**

**Kapitel 07 010**  
**Ministerium**
**Veränderungsnachweis**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
------------------	--	---	--------------------------------------	--

07 010

**Ministerium****Ausgaben****Personalausgaben**

422 01 011 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter..... 9 475 700 +71 100 9 546 800

**Planstellen**

2017 neu	2017 bisher	
16	15	Bes.Gr. A 15 Regierungsdirektor/Regierungsdirektorin
140	139	Planstellen
1		davon Dienstwohnungsinhaber
<b>Gliederung nach Laufbahngruppen</b>		
78	77	Höherer Dienst
59	59	Gehobener Dienst
3	3	Mittlerer Dienst
—	—	Einfacher Dienst

<b>Gesamtausgaben Kapitel 07 010.....</b>	<b>27 890 200</b>	<b>+71 100</b>	<b>27 961 300</b>
<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 07 010.....</b>	<b>890 000</b>	<b>—</b>	<b>890 000</b>

Kapitel Titel	Zweckbestimmung ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
Funkt.- Kennziffer				
07 040	<b>Kinder- und Jugendhilfe</b>			
	<b>Ausgaben</b>			
	<b>Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)</b>			
633 13 266	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Kinderbetreuung in besonderen Fällen. . . . .	30 000 000	+3 200 000	33 200 000
	<b>Titelgruppen</b>			
	Titelgruppe 61 Kinder- und Jugendförderplan			
	<b>Erläuterung Zu Titelgruppe 61:</b>			
	Die Beilage 3 zum Epl. (Kinder- und Jugendförderplan) wird im Reindruck entsprechend dem beschlossenen Änderungsantrag angepasst.			
684 61 261	Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe. . . . .	64 865 700	+9 000 000	73 865 700
	<b>Erläuterung Zu Titel 684 61:</b>			
	<b>Summe Titelgruppe 61. . . . .</b>	<b>100 225 700</b>	<b>+9 000 000</b>	<b>109 225 700</b>
	Titelgruppe 64 Leistungen für Mädchen in besonderen Lebenslagen			
684 64 266	Zuschüsse an freie Träger. . . . .	749 800	+400 000	1 149 800
	<b>Summe Titelgruppe 64. . . . .</b>	<b>749 800</b>	<b>+400 000</b>	<b>1 149 800</b>
	Titelgruppe 68 KoordInierung der Maßnahmen für Kinder aus Flüchtlings- familien und für jugendliche Flüchtlinge			
633 68 266	Zuweisungen an Gemeinden (GV). . . . .	8 950 000	+3 650 000	12 600 000
	<b>Summe Titelgruppe 68. . . . .</b>	<b>8 950 000</b>	<b>+3 650 000</b>	<b>12 600 000</b>
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 07 040. . . . .</b>	<b>3 639 144 600</b>	<b>+16 250 000</b>	<b>3 655 394 600</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 07 040. . . . .</b>	<b>44 650 000</b>	<b>—</b>	<b>44 650 000</b>



**Kapitel 07 050**  
**Kulturförderung**

## Veränderungsnachweis

Kapitel Titel	Zweckbestimmung ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
07 050	<b>Kulturförderung</b>			
	<b>A u s g a b e n</b>			
	<b>Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)</b>			
685 50 187	Zuschuss für das Europäische Übersetzer-Kollegium Nordrhein-Westfalen e.V. in Straelen. ....	288 800	+50 000	338 800
	<b>Titelgruppen</b>			
	Titelgruppe 60 Musikpflege und Musikerziehung			
685 60 182	Zuschüsse an sonstige Träger für Orchester, Musik- schulen und Musikpflege. ....	13 229 400	+500 000	13 729 400
	<b>Summe Titelgruppe 60. ....</b>	<b>23 340 700</b>	<b>+500 000</b>	<b>23 840 700</b>
	Titelgruppe 62 Theaterförderung			
633 62 181	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände.	20 966 900	+500 000	21 466 900
	<b>Summe Titelgruppe 62. ....</b>	<b>63 323 400</b>	<b>+500 000</b>	<b>63 823 400</b>
	Titelgruppe 66 Interkulturelle Kulturarbeit			
686 66 187	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke. ....	620 000	+200 000	820 000
	<b>Summe Titelgruppe 66. ....</b>	<b>720 000</b>	<b>+200 000</b>	<b>920 000</b>
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 07 050. ....</b>	<b>200 156 600</b>	<b>+1 250 000</b>	<b>201 406 600</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 07 050. ....</b>	<b>72 232 000</b>	<b>—</b>	<b>72 232 000</b>

Kapitel Titel:	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
Funkt.- Kennziffer				

## 07 070 Landeszentrale für politische Bildung

## A u s g a b e n

## Sächliche Verwaltungsausgaben

534 10 153	Sächliche Verwaltungsausgaben für den Bereich der Landeszentrale für politische Bildung. ....	2 261 500	+178 900	2 430 400
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 07 070. ....</b>	<b>13 838 900</b>	<b>+178 900</b>	<b>14 017 800</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 07 070. ....</b>	<b>3 156 000</b>	<b>—</b>	<b>3 156 000</b>

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
	<b>Gesamteinnahmen</b> .....	193 441 000	—	193 441 000
	<b>Gesamtausgaben</b> .....	4 176 420 200	+17 750 000	4 194 170 200
	<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....	133 047 000	—	133 047 000

	PERSONALABSCHLUSS	Bisherige Stellenzahl 2017	mehr (+) / weniger (-)	Neue Stellenzahl 2017
	<b>Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter</b> .....	227	+1	228
	<b>Richterinnen und Richter auf Probe</b> .....	—	—	—
	<b>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b> .....	213	—	213
	<b>Summe</b> .....	440	+1	441

**Veränderungsnachweis**  
**Haushaltsplan**  
**für den Geschäftsbereich**  
**des Ministeriums für Bauen, Wohnen**  
**Stadtentwicklung und Verkehr**  
**für das Haushaltsjahr**  
**2017**

Kapitel 09 050  
Förderung des Wohnungsbaus

## Veränderungsnachweis

Kapitel Titel	Zweckbestimmung ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
09 050	<b>Förderung des Wohnungsbaus</b>			
	<b>Einnahmen</b>			
	<b>Übrige Einnahmen</b>			
231 10 233	Anteil des Bundes an den Aufwendungen des Landes für Wohngeld. ....	172 500 000	-7 500 000	165 000 000
	<b>Gesamteinnahmen Kapitel 09 050. ....</b>	<b>468 957 300</b>	<b>-7 500 000</b>	<b>461 457 300</b>
	<b>Ausgaben</b>			
	<b>Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)</b>			
681 10 233	Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz. ....	345 000 000	-15 000 000	330 000 000
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 09 050. ....</b>	<b>796 457 700</b>	<b>-15 000 000</b>	<b>781 457 700</b>

Kapitel Titel	Zweckbestimmung ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
09 140	<b>Straßenverkehr und kommunaler Straßenbau</b>			
	<b>A u s g a b e n</b>			
	<b>Titelgruppen</b>			
	Titelgruppe 61			
	Nahmobilität			
<i>geändert:</i>	1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.			
682 61 723	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen. ....	500 000	+500 000	1 000 000
777 61 723	Investitionen in Radschnellwege in der Baulast des Landes. ....	2 000 000	+1 000 000	3 000 000
883 61 729	Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände für Vorhaben der Nahmobilität. ....	14 100 000	+1 000 000	15 100 000
	<b>Summe Titelgruppe 61. ....</b>	<b>16 800 000</b>	<b>+2 500 000</b>	<b>19 300 000</b>
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 09 140. ....</b>	<b>174 419 600</b>	<b>+2 500 000</b>	<b>176 919 600</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 09 140. ....</b>	<b>163 575 000</b>	<b>—</b>	<b>163 575 000</b>

**Kapitel 09 150**  
**Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßen NRW)**

**Veränderungsnachweis**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
Funkt.- Kennziffer				

09 150

**Straßen- und Brückenbau**  
**(Landesbetrieb Straßen NRW)**

**A u s g a b e n**

**Ausgaben für Investitionen**

777 11 723	Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen.....	117 500 000	+10 000 000	127 500 000
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 09 150.....</b>	<b>619 129 100</b>	<b>+10 000 000</b>	<b>629 129 100</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 09 150.....</b>	<b>136 000 000</b>	<b>—</b>	<b>136 000 000</b>

Kapitel Titel	Zweckbestimmung ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	·mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
Funkt.- Kennziffer				

09 500

**Angelegenheiten der  
Stadtentwicklung und Freizeit**

**A u s g a b e n**

**Ausgaben für Investitionen**

883 11	423	Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände für die Förderung von Maßnahmen zur Stadterneuerung (Landesanteil, alle Programme) . . . . .	152 545 000	-500 000	152 045 000
<b>Gesamtausgaben Kapitel 09 500 . . . . .</b>			<b>335 672 000</b>	<b>-500 000</b>	<b>335 172 000</b>
<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 09 500 . . . . .</b>			<b>411 233 000</b>	<b>—</b>	<b>411 233 000</b>



**Kapitel 09 510**  
**Denkmalpflege**
**Veränderungsnachweis**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )			
<b>09 510                    Denkmalpflege</b>				
<b>A u s g a b e n</b>				
<b>Titelgruppen</b>				
Titelgruppe 60 Zuschüsse und Zuweisungen zur Förderung von Maßnah- men im Rahmen des Denkmalschutzgesetzes (DSchG)				
893 60	195 Zuschüsse zur Förderung privater und kirchlicher denkmalpflegerischer Maßnahmen. ....	1 678 000	+500 000	2 178 000
<b>Summe Titelgruppe 60. ....</b>		<b>1 678 000</b>	<b>+500 000</b>	<b>2 178 000</b>
<b>Gesamtausgaben Kapitel 09 510. ....</b>		<b>9 906 500</b>	<b>+500 000</b>	<b>10 406 500</b>
<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 09 510. ....</b>		<b>1 800 000</b>	<b>—</b>	<b>1 800 000</b>

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
	<b>Gesamteinnahmen</b> .....	2 176 985 300	-7 500 000	2 169 485 300
	<b>Gesamtausgaben</b> .....	3 638 671 600	-2 500 000	3 636 171 600
	<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....	1 828 011 000	—	1 828 011 000

	PERSONALABSCHLUSS	Bisherige Stellenzahl 2017	mehr (+) / weniger (-)	Neue Stellenzahl 2017
	<b>Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter</b> .....	1 256	—	1 256
	<b>Richterinnen und Richter auf Probe</b> .....	—	—	—
	<b>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b> .....	5 045	—	5 045
	<b>Summe</b> .....	6 301	—	6 301

**Veränderungsnachweis**  
**Haushaltsplan**  
**für den Geschäftsbereich**  
**des Ministeriums für**  
**Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft,**  
**Natur- und Verbraucherschutz**  
**für das Haushaltsjahr**  
**2017**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
Funkt.- Kennziffer				
10 060	<b>Klimaschutz, Immissionsschutz, Umwelt und Gesundheit, Gentechnik</b>			
	<b>A u s g a b e n</b>			
	<b>Titelgruppen</b>			
	Titelgruppe 65 Klimaschutz			
633 65 332	<b>Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeinde- verbände. ....</b>	—	+2 500 000	2 500 000
	<b>Verpflichtungsermächtigung:</b>			
	bisher	mehr / weniger	neu	
	—	+6 000 000	6 000 000	
	<b>Summe Titelgruppe 65. ....</b>	<b>350 000</b>	<b>+2 500 000</b>	<b>2 850 000</b>
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 10 060. ....</b>	<b>25 491 200</b>	<b>+2 500 000</b>	<b>27 991 200</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 10 060. ....</b>	<b>139 562 400</b>	<b>+6 000 000</b>	<b>145 562 400</b>

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
	<b>Gesamteinnahmen</b> .....	399 348 300	—	399 348 300
	<b>Gesamtausgaben</b> .....	1 095 930 400	+2 500 000	1 098 430 400
	<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....	889 091 000	+6 000 000	895 091 000

	PERSONALABSCHLUSS	Bisherige Stellenzahl 2017	mehr (+) / weniger (-)	Neue Stellenzahl 2017
	<b>Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter</b> .....	1 300	—	1 300
	<b>Richterinnen und Richter auf Probe</b> .....	—	—	—
	<b>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b> .....	1 798	—	1 798
	<b>Summe</b> .....	3 098	—	3 098

**Veränderungsnachweis**  
**Haushaltsplan**  
**für den Geschäftsbereich**  
**des Ministeriums für Arbeit,**  
**Integration und Soziales**  
**für das Haushaltsjahr**  
**2017**

**Kapitel 11 010**  
**Ministerium**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
Funkt.- Kennziffer				

11 010

**Ministerium****Ausgaben****Sächliche Verwaltungsausgaben**

547 11 235	<b>Sächliche Verwaltungsausgaben für die Umsetzung von arbeitspolitischen Maßnahmen. . . . .</b>	<b>396 800</b>	—	<b>396 800</b>
<i>neuer Vermerk:</i>	2. Siehe Haushaltsvermerk Nr. 3 bei Kapitel 11 029 Titelgruppe 70.			
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 11 010. . . . .</b>	<b>80 830 300</b>	—	<b>80 830 300</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 11 010. . . . .</b>	<b>2 600 000</b>	—	<b>2 600 000</b>

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )			

## 11 029 Arbeit und Qualifizierung

## A u s g a b e n

Zuweisungen und Zuschüsse  
(ohne Ausgaben für Investitionen)

633 20	291	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Weiterführung der sozialen Arbeit an Schulen im Zusammenhang mit dem Bildungs- und Teilhabepaket für die Jahre 2015-2018. ....	47 701 000	—	47 701 000
		Verpflichtungsermächtigung:			
		bisher	mehr / weniger	neu	
		—	+47 701 000	47 701 000	

## Titelgruppen

<b>n e u</b>	<b>Titelgruppe 70</b>				
	Ergänzung und Flankierung von Bundesprogrammen im Bereich öffentlich geförderter Beschäftigung und eines Sozialen Arbeitsmarktes zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit				
<i>neuer Vermerk:</i>	1. Die bei Titel 633 70 veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen dürfen auch zugunsten der übrigen Titel der Titelgruppe in Anspruch genommen werden.				
<i>neuer Vermerk:</i>	2. Abweichend von Nr. 2.4 VVG zu § 44 LHO dürfen zur Förderung von kommunalen Trägern bis 90 v.H. der zuwendungsfähigen Ausgaben aus Landesmitteln bereitgestellt werden.				
<i>neuer Vermerk:</i>	3. Abweichend von § 25 Abs. 2 Haushaltsgesetz dürfen die Ausgaben bis zu 200.000 EUR der Einsparungen bei Kapitel 11 010 Titel 547 11 überschritten werden.				
<i>neuer Vermerk:</i>	4. Aus den Mitteln dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für den selben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).				

<b>n e u</b>	<b>633 70</b>	<b>253</b>	<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für laufende Zwecke. ....</b>	—	+6 800 000	6 800 000
			Verpflichtungsermächtigung:			
			bisher	mehr / weniger	neu	
			—	+6 800 000	6 800 000	
<b>n e u</b>	<b>686 70</b>	<b>253</b>	<b>Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke. ....</b>	—	—	—
			<b>Summe Titelgruppe 70. ....</b>	—	+6 800 000	6 800 000



**Kapitel 11 029**  
**Arbeit und Qualifizierung**
**Veränderungsnachweis**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
<b>n e u</b>	<b>Titelgruppe 90</b>			
	Förderung von Modellprojekten zur Entwicklung und Implementierung eines sozialen Arbeitsmarktes in NRW			
<i>neuer Vermerk:</i>	1. Abweichend von § 25 Abs. 2 Haushaltsgesetz ist die Titelgruppe hinsichtlich Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen jeweils gegenseitig deckungsfähig.			
<i>neuer Vermerk:</i>	2. Aus den Mitteln der Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für den selben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).			
<b>n e u</b>				
<b>429 90 253</b>	<b>Personalausgaben. ....</b>	—	—	—
<b>n e u</b>				
<b>547 90 253</b>	<b>Sächliche Verwaltungsausgaben. ....</b>	—	—	—
<b>n e u</b>				
<b>633 90 253</b>	<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für laufende Zwecke. ....</b>	—	+4 000 000	4 000 000
	Verpflichtungsermächtigung:			
	bisher	mehr / weniger	neu	
	—	+10 000 000	10 000 000	
<b>n e u</b>				
<b>686 90 253</b>	<b>Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke. ....</b>	—	+9 000 000	9 000 000
	Verpflichtungsermächtigung:			
	bisher	mehr / weniger	neu	
	—	+20 000 000	20 000 000	
	<b>Summe Titelgruppe 90. ....</b>	—	+13 000 000	13 000 000
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 11 029. ....</b>	112 550 500	+19 800 000	132 350 500
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 11 029. ....</b>	7 900 000	+84 501 000	92 401 000

Kapitel Titel	Zweckbestimmung ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
Funkt.- Kennziffer				
11 060	<b>Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter</b>			
	<b>A u s g a b e n</b>			
	<b>Titelgruppen</b>			
	Titelgruppe 68 Förderung der Integration. Zugewanderter und des Zusammenlebens in Vielfalt			
633 68 249	<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände.</b> Verpflichtungsermächtigung:	<b>28 621 100</b>	<b>+2 750 000</b>	<b>31 371 100</b>
	bisher	mehr / weniger	neu	
	—	+5 000 000	5 000 000	
<b>Erläuterung</b>				
<b>Zu Titel 633 68:</b>				
Ergänzung der Erläuterungen:				
"2.500.000 EUR werden für die zusätzliche Förderung von zehn Kommunalen Integrationszentren in den Kreisen und kreisfreien Städten verwendet, die von der Zuwanderung aus Südosteuropa besonders betroffen sind. Diese werden zu gleichen Teilen (je 250.000 EUR) zur Verfügung gestellt, um entsprechende Maßnahmen durchführen zu können. Zur Ermittlung der Förderberechtigten soll der gemäß § 4 der Verordnung zur Regelung des Wohnsitzes für anerkannte Flüchtlinge und Inhaberinnen und Inhaber bestimmter humanitärer Aufenthaltstitel nach dem Aufenthaltsgesetz (Ausländer-Wohnsitzregelungsverordnung - AWoV) (GV.NRW 2016 S. 965 ff.) gebildete Integrationsschlüssel herangezogen werden."				
<b>n e u</b>				
684 68 249	<b>Zuschüsse an Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten. ....</b>	—	<b>+2 700 000</b>	<b>2 700 000</b>
686 68 249	<b>Zuschüsse an Sonstige. ....</b>	<b>13 889 700</b>	<b>+1 500 000</b>	<b>15 389 700</b>
	<b>Summe Titelgruppe 68. ....</b>	<b>42 510 800</b>	<b>+6 950 000</b>	<b>49 460 800</b>
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 11 060. ....</b>	<b>55 660 800</b>	<b>+6 950 000</b>	<b>62 610 800</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 11 060. ....</b>	<b>20 000 000</b>	<b>+5 000 000</b>	<b>25 000 000</b>

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
	<b>Gesamteinnahmen</b> .....	3 693 426 400	—	3 693 426 400
	<b>Gesamtausgaben</b> .....	4 721 716 900	+26 750 000	4 748 466 900
	<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....	206 836 600	+89 501 000	296 337 600

	PERSONALABSCHLUSS	Bisherige Stellenzahl 2017	mehr (+) / weniger (-)	Neue Stellenzahl 2017
	<b>Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter</b> .....	251	—	251
	<b>Richterinnen und Richter auf Probe</b> .....	—	—	—
	<b>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b> .....	848	—	848
	<b>Summe</b> .....	1 099	—	1 099

**Veränderungsnachweis**  
**Haushaltsplan**  
**für den Geschäftsbereich**  
**des Ministeriums für**  
**Gesundheit, Emanzipation,**  
**Pflege und Alter**  
**für das Haushaltsjahr**  
**2017**

**Kapitel 15 035**  
**Emanzipation**
**Veränderungsnachweis**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
15 035	<b>Emanzipation</b>			
	<b>Ausgaben</b>			
	<b>Titelgruppen</b>			
	Titelgruppe 61 Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen			
684 61 291	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen. ....	22 681 200	+200 000	22 881 200
	<b>Summe Titelgruppe 61. ....</b>	<b>22 681 200</b>	<b>+200 000</b>	<b>22 881 200</b>
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 15 035. ....</b>	<b>29 331 400</b>	<b>+200 000</b>	<b>29 531 400</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 15 035. ....</b>	<b>7 820 000</b>	<b>—</b>	<b>7 820 000</b>

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
Funkt.- Kennziffer				

15 080      **Maßnahmen für das Gesundheitswesen****A u s g a b e n****Titelgruppen**

## Titelgruppe 81

Gesundheitshilfe,    Gesundheitsschutz,    Aktionplan  
Hygiene, Seuchenbekämpfung

684 81	311	<b>Zuschüsse an freie Träger. ....</b>		5 862 800	+3 000 000	8 862 800
		<b>Verpflichtungsermächtigung:</b>				
		bisher	mehr / weniger	neu		
		4 805 000	+4 707 400	9 512 400		

**Erläuterung****Zu Titel 684 81:**

Ergänzung der Erläuterungstabelle zur Titelgruppe 81 um folgende Punkte:

"2.500.000 EUR sollen für die Förderung der Arbeit von Kinderschutzambulanzen sowie Vernetzung, Fort- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern, Lehrerinnen und Lehrern und von medizinischem Personal im niedergelassenen Bereich zu diesem Thema verwendet werden."

sowie

"500.000 EUR sind vorgesehen für die Förderung interkultureller Gesundheitslotsinnen und -lotsen."

<b>Summe Titelgruppe 81. ....</b>	<b>6 906 500</b>	<b>+3 000 000</b>	<b>9 906 500</b>
<b>Gesamtausgaben Kapitel 15 080. ....</b>	<b>42 854 400</b>	<b>+3 000 000</b>	<b>45 854 400</b>
<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 15 080. ....</b>	<b>20 609 000</b>	<b>+4 707 400</b>	<b>25 316 400</b>

	<b>EINZELPLANABSCHLUSS</b>	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
	<b>Gesamteinnahmen .....</b>	240 508 200	—	240 508 200
	<b>Gesamtausgaben .....</b>	1 134 458 900	+3 200 000	1 137 658 900
	<b>Verpflichtungsermächtigungen .....</b>	113 073 000	+4 707 400	117 780 400

	<b>PERSONALABSCHLUSS</b>	Bisherige Stellenzahl 2017	mehr (+) / weniger (-)	Neue Stellenzahl 2017
	<b>Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter .....</b>	290	—	290
	<b>Richterinnen und Richter auf Probe .....</b>	—	—	—
	<b>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer .....</b>	205	—	205
	<b>Summe .....</b>	495	—	495

# **Veränderungsnachweis**

## **Haushaltsplan**

**der allgemeinen Finanzverwaltung**

**für das Haushaltsjahr**

**2017**



**Kapitel 20 020**  
**Allgemeine Bewilligungen**
**Veränderungsnachweis**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
Funkt.- Kennziffer				
20 020	<b>Allgemeine Bewilligungen</b>			
	<b>Einnahmen</b>			
	<b>Übrige Einnahmen</b>			
371 10 881	Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich der Schlusssummen des Haushaltsplans.....	483 000	+223 000	706 000
	<b>Gesamteinnahmen Kapitel 20 020.....</b>	<b>4 532 076 200</b>	<b>+223 000</b>	<b>4 532 299 200</b>

## Veränderungsnachweis

Kapitel 20 650  
Schuldenverwaltung

Kapitel Titel	Zweckbestimmung ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
Funkt.- Kennziffer				
20 650	<b>Schuldenverwaltung</b>			
	<b>Ausgaben</b>			
	<b>Schuldendienst</b>			
575 10 831	Zinsen für Kreditmarktmittel. ....	2 723 000 000	-82 000 000	2 641 000 000
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 20 650. ....</b>	<b>2 749 831 000</b>	<b>-82 000 000</b>	<b>2 667 831 000</b>

	<b>EINZELPLANABSCHLUSS</b>	<b>Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR</b>	<b>mehr (+) / weniger (-) EUR</b>	<b>Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR</b>
	<b>Gesamteinnahmen .....</b>	61 470 914 700	+223 000	61 471 137 700
	<b>Gesamtausgaben .....</b>	15 711 441 100	-82 000 000	15 629 441 100
	<b>Verpflichtungsermächtigungen .....</b>	271 831 300	—	271 831 300

	<b>PERSONALABSCHLUSS</b>	<b>Bisherige Stellenzahl 2017</b>	<b>mehr (+) / weniger (-)</b>	<b>Neue Stellenzahl 2017</b>
	<b>Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter .....</b>	—	—	—
	<b>Richterinnen und Richter auf Probe .....</b>	—	—	—
	<b>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer .....</b>	9	—	9
	<b>Summe .....</b>	9	—	9